

DIE BANKENPUBLIZITÄT IN DER BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND
UND ENGLAND - DARGESTELLT AM BEISPIEL DER GROßBANKEN

Bernd Küppers

1967

Die Bankenpublizität in der Bundesrepublik Deutschland
und England - dargestellt am Beispiel der Großbanken

Inaugural-Dissertation
zur Erlangung der Doktorwürde
einer Hohen Staatswirtschaftlichen Fakultät
der Ludwig-Maximilians-Universität
zu München

vorgelegt von

Bernd Küppers

1967



Referent: Professor Dr. O.Hintner

Korreferent: Professor Dr. L. Perridon

Tag der mündlichen Prüfung: 24.Juli 1967

<u>A. Einleitung</u>	Seite
I. Problemstellung	1
II. Das Wesen der Publizität	5
a. Begriffserklärung	5
b. Die Adressaten der Publizität	8
1. Die Aktionäre	8
2. Die Gläubiger	11
3. Die Öffentlichkeit	13
c. Die Besonderheit der Bankenpublizität	15
<u>Exkurs:</u> Die Berichterstattung an Organe der Bankenaufsicht	18
III. Die Mittel der Publizität	23
a. Der Jahresabschluß	23
1. Die Bilanz	23
2. Die Gewinn- und Verlustrechnung	25
b. Der Geschäftsbericht	27
1. Der Geschäftsbericht in Deutschland	27
2. Directors report (Bericht der Direktoren)	29
3. Chairman's speech (Rede des Vorsitzenden)	31
c. Sonstige	33
 <u>B. Das Bankwesen in Deutschland und England</u>	 35
I. Die Stellung und Bedeutung der Großbanken im deutschen Bankensystem	38
II. Die Organisation des englischen Bankwesens	41
a. Clearing Banks	41
b. Discount Houses	45
c. Merchant Banks	47
1. Accepting Houses	49
2. Issuing Houses	50
d. Sonstige	51

<u>C. Vergleich deutscher und englischer Bilanzierungs- und Bewertungsvorschriften bei veröffentlichten Bilanzen</u>	54
I. Allgemeine Bilanzierungsgrundsätze	54
II. Die Bewertungsvorschriften	61
a. Die Bewertung der Vermögenswerte	63
1. Das Anlagevermögen (fixed assets)	63
2. Das Umlaufvermögen (current assets)	68
b. Der Ansatz der Verbindlichkeiten	70
III. Das Problem der Bilanzwahrheit	72
IV. Sondervorschriften und Ausnahmeregelungen für Banken	77
a. Deutsche Banken	78
1. Die teilweise Befreiung von den Bestimmungen des Aktiengesetzes	78
11. Die Formblätter zur Bilanzaufstellung	78 v
12. Die Gewinn- und Verlustrechnung	79
13. Sonderregelungen für die Bewertungsvorschriften, die Berichterstattungspflicht im Geschäftsbericht und die Folgen von Bewertungsverstößen	80
2. Die Sammelwertberichtigungen	83
b. Englische Banken	85
1. Die teilweise Befreiung von den Vorschriften des Company Act 1948	85
2. Überlegungen und Ergebnisse des Jenkins-Committee	88
21. Die Bankenpublizität - eine der zentralen Fragen der Untersuchung des Committee's	89
22. Die Vorschläge der Mehrheit ("Beibehaltung der Ausnahmestellung für Banken")	93
23. Die Gegenstellungnahme eher Minorität ("Sonderrechte überflüssig")	95
3. Verbesserung der Bankenpublizität als angestrebtes Ziel der gegenwärtigen Regierung	97
V. Zusammenfassung	98

D. Der Publizitätsgehalt deutscher und englischerBankbilanzen

100

I. Gliederungsprinzipien bei deutschen und englischen Bankbilanzen 100

a. Formelle und materielle Unterschiede 100

b. Die Problematik einer Unterteilung in Anlage- und Umlaufvermögen bei Bankbilanzen 102

II. Die Analyse der Aktivseite 104

a. Die liquiden Mittel 107

1. Grundsätzliche Bemerkungen zum Liquiditätsproblem 107

2. Besonderheiten der englischen Liquiditätsauffassung 110

3. Unterschiede der deutschen und englischen Liquiditätspolitik 115

4. Die liquiden Aktiva 120

41. Die Barreserve 120

42. Die Sekundärliquidität 123

b. Wertpapiere 132

1. Die Wertpapieranlage bei deutschen und englischen Großbanken 134

2. Unterschiede der im Portefeuille gehaltenen Papiere 138

3. Probleme der Wertpapieranlage 140

31. Das Liquiditätsproblem 140

331. Generelle Bewertungsmethoden für Wertpapiere 148

332. Die Wirkung der "monetary policy" auf den Ansatz der Wertpapiere in englischen Bankbilanzen 154

c. Forderungen und langfristige Ausleihungen 158

d. Die Beteiligungen 165

e. Sonstige Aktiva 173

	Seite
III. Die Passivseite	176
a. Kapital und Rücklagen	177
b. Die Einlagen	180
1. Sicht- und Termineinlagen	181
2. Die Spareinlagen als Besonderheit der deutschen Großbanken	185
IV. Zusammenfassung	187
 E. <u>Die Publizität außerhalb der Jahresbilanz</u>	 191
I. Der Publizitätsgehalt der Erfolgsrechnungen deutscher und englischer Großbanken	191
a. Die Erfolgsrechnung der deutschen Großbanken	192
b. Die Erfolgsrechnung der "big five"	196
II. Der Informationsgehalt der von den Banken vorgelegten Geschäftsberichte	202
a. Der Geschäftsbericht in Deutschland	203
b. Der Geschäftsbericht in England	209
1. Directors report (Bericht der Direktoren)	209
2. Chairman's speech (Rede des Vorsitzenden)	213
 F. <u>Einschränkungen der Publizität</u>	 220
I. Einschränkungen der Publizität durch bilanz- politische Maßnahmen	220
a. Wesen und Methoden der Bilanzpolitik	220
b. Ziele der Bilanzpolitik	222
c. Einzelmaßnahmen des bilanzierenden Instituts	225
II. Das Sonderproblem der stillen Reserven	229
a. Begriff und Wesen der stillen Reserven	229
b. Die Bildung stiller Reserven in Bankbilanzen	230
c. Die mit der Legung stiller Reserven ver- folgten bilanz- und geschäftspolitischen Zielsetzungen	234

G. Schlußbemerkung

238

- I. Der gegenwärtige Stand der Diskussion über die Berechtigung der Ausnahmestellung der Banken in Deutschland und England 238
 - a. Argumente für eine eingeschränkte Bankenpublizität 240
 - b. Gesichtspunkte gegen eine Sonderstellung der Banken 248
 - c. Überlegungen zur Reform der gegenwärtigen Regelung 253
 1. Beurteilung der Argumentation und eigene Stellungnahme 253
 2. Möglichkeiten einer Verbesserung der Bankenpublizität 265
 21. Deutschland 265
 22. England 271
- II. Schlußwort ("Publicity, the price of freedom") 280

Literaturverzeichnis

I

Abkürzungen

XX

A. Einleitung

I. Problemstellung

Den Ausgangspunkt der vorliegenden Arbeit bildet die Frage, welchen Stand die Bankenpublizität außerhalb Deutschlands erreicht hat. Aufgabe der Untersuchung ist es, speziell die Unterschiede der deutschen und englischen Bankenpublizität darzustellen. Dabei sind zwei verschiedene Aspekte zu berücksichtigen. Einmal sind die wichtigsten gesetzlichen Bestimmungen, die es zur Bankenpublizität gibt, zu erörtern. Eine Beschränkung hierauf wäre aber insofern unbefriedigend, als eine umfassende und vollständige Kodifizierung von Gesetzesnormen in England weitgehend fehlt; daher sind zum andern die Art der Geschäftstätigkeit und die sich hieraus ergebende Bilanzstruktur vor allem der englischen Banken aufzuzeigen, weil Überlegungen und Gedanken zu einer zukünftigen Reform der Bankenpublizität nur dann sinnvoll angestellt werden können, wenn sie sich aus bankwirtschaftlichen Tatbeständen herleiten lassen.

Das Ausmaß dessen, was die Banken veröffentlichen sollen, ist insofern umstritten, weil einmal die zentrale Stellung des Kreditwesens in der Volkswirtschaft und der Einfluß der Kreditinstitute auf alle anderen am Wirtschaftsprozeß beteiligten Gruppen ein überaus starkes Interesse und Bedürfnis an der Bankenpublizität erwarten lassen; hieraus wird ein Anspruch der Öffentlichkeit auf hinreichende Information über alle wichtigen Geschehnisse innerhalb des Bankensektors hergeleitet. Zum andern wird aber von den betroffenen Instituten selbst eine Beschränkung der Publizität auf ein Minimum gefordert; dies wird mit der besonderen Gläubigerposition der Kreditinstitute und den Gefahren, die durch eine zu weitgehende Veröffentlichung bankbetrieblicher In-

terna drohen, begründet. Während man sich früher fraglos zugunsten der Argumentation entschieden hat, die in der zu offenerherzigen Publizität eine Gefahr für die Kreditinstitute sah, sind diese Probleme seit einigen Jahren wieder in den Mittelpunkt der Auseinandersetzung gerückt: durch das Aktiengesetz 1965 wurde auch die Publizität der deutschen Aktienbanken in vieler Hinsicht verbessert, wenngleich die Banken immer noch entscheidende Vorrechte gegenüber den anderen Gesellschaften genießen. In England hat die Regierung Wilson bei der Vorlage des Regierungsprogramms für das Jahr 1966 einen neuen Gesetzesvorschlag angekündigt, dessen Entwurf im Februar 1966 dem Unterhaus zugeleitet wurde, allerdings während der Sitzungsperiode 1965/1966 nicht mehr behandelt werden konnte. Dieser Regierungsvorschlag sieht eine Verbesserung der Unternehmenspublizität vor, wobei auch die Sonderregelungen, durch die die Banken von den Vorschriften des "Company Act 1948" befreit wurden, durch den "Board of Trade" (Handelsministerium) im Einzelfalle wieder aufgehoben werden können. Bemerkenswerterweise sind nämlich die englischen Banken in fast allen wesentlichen und für die Aussagefähigkeit der Bilanz und Gewinn- und Verlustrechnung entscheidenden Punkten von den Bestimmungen des "Company Act" ausgenommen. Man hat bei der Neuformulierung des Gesetzeswerks im Jahre 1948 den Banken eine so weitgehende Sonderstellung eingeräumt, wie es sie in Deutschland nie gegeben hat. Es wird notwendig sein, den Ursachen für eine solche Entwicklung nachzugehen und dabei auch die Berechtigung der ausgeprägten Ausnahmestellung des Bankwesens in Deutschland und England zu erörtern.

Aus einem internationalen Bankenvergleich können sich insofern Komplikationen ergeben, weil jedes Bankwesen im Laufe seiner Geschichte - bedingt durch mannigfache rechtliche, volkswirtschaftliche und politische Einflüsse - eine bestimmte Form in Wesen und Organisation gefunden hat, die einen Ver-

gleich möglicherweise erschwert. Um die hierdurch entstehenden Probleme wenigstens teilweise zu umgehen, soll sich auf die Gegenüberstellung einer bestimmten Bankengruppe beschränkt werden. Es werden nur solche Banken untersucht, die den Bestimmungen des Aktiengesetzes bzw. des "Company Act" unterliegen. Da aber auch hierzu recht heterogene Institutsgruppen gehören, erfolgt zur Stärkung der Vergleichbarkeit eine weitere Einengung: die Publizität der jeweiligen Großbanken soll einander gegenübergestellt werden, ein Vergleich, der bei aller Unterschiedlichkeit der Geschäftsstruktur dieser Banken für das angestrebte Untersuchungsziel jedoch zu klaren Aussagen kommt.

Aus der Beschränkung auf die Londoner Clearingbanken (und speziell auf die "big five") wird deutlich, daß hier nur von England und nicht von Großbritannien gesprochen werden soll. Auf die Besonderheiten der irischen und schottischen Banken wird nicht eingegangen. Der Geschäftsbereich der englischen Großbanken erstreckt sich allerdings auch über Wales. Zudem haben die meisten dieser Institute separate Tochtergesellschaften in Schottland und Nordirland (der Bereich des kurzfristigen Bankgeschäfts liegt in Schottland in den Händen der fünf "scottish banks", die sich nur geringfügig in Aufbau und Funktionsweise von den Londoner Clearingbanken unterscheiden). Um aber Definitions- und Abgrenzungsschwierigkeiten zu vermeiden, wird vereinfachend nur von den Großbanken in England gesprochen.

Es wird sich im Verlauf der Untersuchung als notwendig erweisen, die Grundzüge der Organisation und Wirkungsweise des englischen Bankensystems darzustellen (auch über den Bereich der Clearingbanken hinaus). Außerdem werden die wichtigsten deutschen und englischen Bilanzierungs- und Bewertungsvorschriften zu behandeln sein. Die Darstellung

der Verhältnisse in England wird dabei sehr viel eingehender und gründlicher ausfallen, da die Arbeit vornehmlich für einen deutschen Leserkreis, der sich über die englischen Verhältnisse informieren möchte, angefertigt wurde. Ebenso wird bei der für den Untersuchungszweck im Mittelpunkt stehenden Bilanz und Gewinn- und Verlustrechnung verfahren: das Schwergewicht der Ausführungen wird auf der Darstellung der englischen Verhältnisse liegen.

Naturgemäß steht die Bilanz neben der Gewinn- und Verlustrechnung und dem Geschäftsbericht im Vordergrund einer die Publizität untersuchenden Arbeit. Dennoch werden bei der Beurteilung der Frage, ob die bestehenden Ausnahmenvorschriften für Kreditinstitute ihre Berechtigung haben, auch Gesichtspunkte und Überlegungen aufgegriffen werden müssen, die über die Betrachtung des eigentlichen Jahresabschlusses hinausgehen. Die Trennung von Eigentum und Macht, die sich in den letzten Jahrzehnten entwickelt hat und heute das Kennzeichen der meisten Großunternehmen geworden ist (so auch bei den "big five" und den deutschen Großbanken), hat noch zu keiner stabilen und als endgültig zu bezeichnenden Unternehmensverfassung geführt. Dabei geht es nicht nur um den Komplex der Beziehung Aktionär - Management; gerade bei den Kreditinstituten spielt auch der Faktor "Öffentlichkeit" oder sogar "öffentliche Kontrolle" mit in die Diskussion hinein. Die in diesem Zusammenhang stehenden Probleme - insbesondere die Bedeutung und Funktion der Publizität für die moderne Publikumsgesellschaft - sind so vielschichtig und wichtig, daß in der vorliegenden Untersuchung auch Fragen angeschnitten werden sollen, die den Rahmen eines reinen Bilanzvergleiches sprengen.

II. Das Wesen der Publizität

a. Begriffserklärung

Das Wort "Publizität" ist abgeleitet aus dem lateinischen "publicare" und bedeutet veröffentlichen oder offenkundig-machen. Die Publizität fasst "die Vielzahl von Mitteilungen zusammen, die von den Verwaltungen der Aktiengesellschaften über die Lage des Unternehmens und seine wirtschaftliche Tätigkeit gegeben werden".¹⁾ Die Publizitätsempfänger sind über die gegenwärtige Situation und Erfolge des Unternehmens, sowie über die Ursache der geschäftlichen Entwicklung zu informieren. Dabei ist die Publizität nicht einfach als "Merkmal, das irgendwelchen Dingen anhängt"²⁾ sondern als ein Vorgang zu sehen, der bewirken soll, daß die jeweiligen Adressaten zu eigenen Urteilen fähig werden. Sie ist daher "die Quelle für die Erkenntnis der Zusammenhänge, für die Kritik, die Kontrolle und - notfalls - die Sanktion".³⁾

Der Kreis der Publizitätsempfänger ist weitgespannt: er umfasst Aktionäre, Gläubiger, die Belegschaft und die Gewerkschaften, die Konkurrenz, den Staat und die allgemein am Schicksal des Unternehmens interessierte Öffentlichkeit. Zweifellos kommt der Bankenpublizität wegen der besonderen Stellung, die das Kreditwesen in der Volkswirtschaft einnimmt, eine besondere Bedeutung zu.

Die gesetzliche ist von der freiwilligen Publizität zu unterscheiden. Gegenstand der gesetzlichen Publizität sind

-
- 1) Kronstein/Claussen: Publizität und Gewinnverteilung im neuen Aktienrecht, Frankfurt/Main 1960, Seite 9
 - 2) Leopold Illetschko: "Die Publizität der Kapitalgesellschaften im Auslande", in: ZfhF. 1958, Seite 414
 - 3) Johannes Semler: "Die Publizität der Kapitalgesellschaften vom Standpunkt des Kapitalgebers und des öffentlichen Interesses", in: ZfhF. 1958, Seite 454

vor allem die Bilanz, die Gewinn- und Verlustrechnung und der Geschäftsbericht; diese Publizitätsmittel bezeichnet MOXTER als "herkömmliche Grundform der Publizität".¹⁾ Sie bezieht sich nur auf das, was die Unternehmungen auf Grund der gesetzlichen Vorschriften an Informationsmaterial zur Verfügung zu stellen haben.

Die freiwillige Publizität umfasst dagegen alle zusätzlichen Mitteilungen, die in den verschiedensten Informations-trägern (u.a. Zeitschriften, Zeitungen, Pressekonferenzen, Aktionärsbriefen) gegeben werden.

Die Aufgabenstellung der Publizität hat im Laufe der Zeit erhebliche Wandlungen erfahren. So war sie in früheren Jahren im wesentlichen dazu bestimmt, "Betrug und andere Arten des Mißbrauchs finanzieller Treuhänderschaft zu verhindern", während es heute im allgemeinen keine Meinungsverschiedenheiten mehr darüber gibt, "daß die Publizität ein wirksamer Schutz privater Eigentümer- und Gläubigerinteressen und öffentlicher Belange sein kann".²⁾ Die Erweiterung der Publikationspflicht, die Neugestaltung des Auskunftsrechts und die Einschränkung der Möglichkeit zur Bildung stiller Reserven, wie sie im neuen Aktienrecht in Deutschland vorgenommen wurden und zum Teil auch Gegenstand der von der englischen Regierung vorgelegten "Company Bill" sind, können als sichtbares Ergebnis dieses Wandels der Auffassungen angesehen werden.

Zu unterscheiden ist die Publizität vom englischen Wort "publicity". Publicity umfasst auch Bereiche, die mit der eigentlichen Rechnungslegung nichts zu tun haben; darunter fällt vor allem die Werbung (advertising).³⁾ Die Begriffe

-
- 1) Adolf Moxter: Der Einfluß von Publizitätsvorschriften auf das unternehmerische Verhalten, Köln und Opladen 1962, Seite 3
 - 2) Rudolf Herlt: Publizität in unserer Zeit, Hamburg/Berlin Essen/Frankfurt (M) 1964, Seite 1
 - 3) vgl. R. Lindquist: The Bank and its Publics, New York 1956, Seite 234

"Publizität" und "publicity" sind jedoch nicht eindeutig voneinander zu trennen, da auch eine unter die gesetzlichen Publizitätsvorschriften fallende Bilanzveröffentlichung oder ein geschickt aufgemachter Geschäftsbericht der "publicity" dienen und daher werbewirksam sein können. Diesen letzten Gesichtspunkt stellt der COHEN-Report seinen Ausführungen über die Bedeutung der Bilanzveröffentlichung voran.¹⁾ HUNDHAUSEN setzt die Publizität mit dem aus dem amerikanischen kommenden Begriff "public relations" gleich, den er mit "Gewinnung der Öffentlichkeit" übersetzt. Auch für ihn steht der werbende Effekt der Publizität im Vordergrund, wenn er sagt: "Aufgabe der Publizität einer Aktiengesellschaft ist es, die Öffentlichkeit für diese Aktiengesellschaft zu gewinnen".²⁾ JONES weist darauf hin, daß durch eine gekonnte Publizitätspolitik ein bestimmtes "image" der Unternehmung im Bewußtsein der Öffentlichkeit geschaffen werden könnte, das dazu führt, ebenso wie die Qualität der Produkte oder die anderen Leistungen des Unternehmens auf die Kunden positiv zu wirken.³⁾

So sehr eine umfassende Publizität auch im Interesse des Unternehmens liegen kann, wenn dadurch der Goodwill gestärkt wird, soll jedoch der Werbeeffect der Publizität in dieser Arbeit weitgehend vernachlässigt bleiben, da eine "publicity"-Wirkung meistens die Veröffentlichung positiver Tatbestände voraussetzt. Aber gerade die Publizierung von negativen Ergebnissen und ihre Wirkung auf Aktionäre, Bankkunden und die Öffentlichkeit stehen bei der Erörterung des

-
- 1) Report of the Committee on Company Law Amendment (im folgenden COHEN-Report genannt), London 1945, reprinted 1964, Seite 53
 - 2) Carl Hundhausen: "Die Bedeutung der Publizität unter besonderer Berücksichtigung der historischen Bedeutung", in: Das Frankfurter Publizitätsgespräch, Frankfurt (M) 1962, Seite 26
 - 3) Frank H. Jones: Guide to Company Balance sheets & profit and loss Accounts, 6. Aufl., Cambridge 1964, Seite 394

Ausmaßes der Bankenpublizität im Mittelpunkt. Unter Ausklammerung des "publicity"-Effekts wären daher die Merkmale der Publizität folgendermaßen zusammenzufassen: Unter der Publizität werden alle Informationen verstanden, die von dem publizierenden Unternehmen mit dem Ziel gegeben werden, die Publizitätsempfänger über die wirtschaftliche Lage, Erfolge und Ursachen der geschäftlichen Entwicklung in Kenntnis zu setzen.

b. Die Adressaten der Publizität

1. Die Aktionäre

Die Notwendigkeit der Publizität für den Aktionär ergibt sich aus dem rechtlichen Aufbau der Aktiengesellschaft. Der Aktionär hat als Eigentümer aus seiner Aktie Mitverwaltungs- und Vermögensrechte, die er aber nur dann in vollem Umfange geltend machen kann, wenn er über ausreichende Informationen aller wesentlichen, die Gesellschaft betreffenden Tatsachen verfügt. Daher bezeichnen KRONSTEIN/CLAUSSEN die Publizität als "Ausgleich für die den Aktionären nicht wie dem sachenrechtlichen Eigentümer zur Verfügung stehenden Herrschaftsrechte".¹⁾ Dies gilt umso mehr für Gesellschaften mit einer großen Zahl von Kleinaktionären, die einer dementsprechend starken Verwaltung gegenüberstehen. Das Management dieser Aktiengesellschaften, zu denen auch die deutschen und englischen Großbanken gehören, hat sich gegenüber den Eigentümern so sehr "emanzipiert", daß dies im Laufe der Zeit zu einer stetigen Verringerung der Eigentümerrechte geführt hat.²⁾ Diese Entwicklung veranlaßt RUBNER, von den Direktoren als "paternal guardians of

1) Kronstein/Claussen, a.a.O., Seite 19

2) vgl. Adolf A. Berle: Studies in the Law of Corporation Finance, Chicago 1928, Seite V

the shareholders"¹⁾ zu sprechen, während JONES das Verhältnis zwischen Management und Aktionären als "cold and formal"²⁾ bezeichnet. BERLE/MEANS bezweifeln schließlich überhaupt, ob die Manager die Interessen der Aktionäre mit dem nötigen Vorrang behandeln.³⁾

Die Gründe für diese Entwicklung sind zahlreich und können hier nicht im einzelnen untersucht werden. Der COHEN-Report fasst sie folgendermaßen zusammen:

"Die illusorische Natur der Kontrolle, die theoretisch von den Aktionären über die Direktoren ausgeübt wird, ist offenkundig geworden durch die breite Streuung des Kapitals unter eine immer größer werdende Zahl von Kleinaktionären, die ihrer Kapitalanlage so lange wenig Aufmerksamkeit schenken, als zufriedenstellende Dividenden vorhanden sind, und die nicht genug Zeit, Geld und Erfahrung haben, um bei den sich bietenden Gelegenheiten ihre Rechte voll zu nutzen und auch in vielen Fällen zu zahlreich und zu weit verstreut sind, um sich selbst organisieren zu können."⁴⁾

Hieraus wird deutlich, daß die von Aktionärsseite oftmals gerügte mangelhafte Unternehmenspublizität nur zu einem Teil Schuld daran trägt, daß bisher noch keine restlos befriedigende Form der modernen Publikumsgesellschaft und insbesondere eine als ausreichend zu bezeichnende Mitwirkung der Aktionäre im Unternehmen erreicht wurde. Über die Bedeutung der Publizität als "Schutzfunktion" für den Aktionär kann jedoch kein Zweifel bestehen.

1) Alex Rubner: The ensnared shareholder, London 1965, Seite 138

2) Frank H. Jones, a.a.O., Seite 440

3) "There is no longer any certainty that a corporation will in fact be run primarily in the interest of the stockholders". (Adolf Berle/Gardiner C. Means: The modern Corporation and Private Property, New York 1932, Seite 333)

4) Cohen-Report, a.a.O., Seite 9

Andererseits bezieht sich die Bedeutung der Unternehmenspublizität nicht nur auf den Aktionär allein, sondern auch auf den "potentiellen" Aktionär, der seine Anlageentscheidungen auf Grund der zur Verfügung stehenden Informationen trifft und nur dann bereit ist, Aktien einer bestimmten Gesellschaft zu erwerben, wenn er vorher genaue Kenntnis über die wirtschaftliche Lage und Erfolge des Unternehmens erhalten hat.¹⁾ Dieser Gedanke stand auch Pate bei der Neugestaltung des Aktiengesetzes in Deutschland. Das sozialpolitische Ziel der Bundesregierung, eine möglichst breite Streuung des Aktienbesitzes zu erreichen und die Vermögensbildung aller Bevölkerungsschichten zu fördern, läßt sich nur durch eine Erweiterung der Aktionärsrechte, zu denen das Recht auf möglichst weitgehende Information gehört, erreichen.²⁾

Aktionäre und Gläubiger, die traditionell als die einzigen Publizitätsempfänger angesehen wurden, werden heute und verstärkt wohl in Zukunft nicht mehr allein Adressat der Unternehmenspublizität sein. Dies macht WIETHÖLTER deutlich, wenn er sagt: "Die Publizität ist das Mittel um die Gesellschaftsverwaltung nach außen rechenschaftspflichtig zu halten. Jede legitime Macht bedarf der Verantwortlichkeits- und Rechenschaftssanktion. Die Publizität besteht, um es zuzuspitzen, nicht um der Aktionäre willen, sondern die Aktionäre bestehen um der Publizität willen. Man müßte mit anderen Worten für Publizität sorgen, selbst, wenn es keine Aktionäre gäbe."³⁾ Dieser Gedankengang findet seinen Ausdruck auch in der Forderung, Unternehmen ab einer bestimmten Größenordnung unabhängig von ihrer Rechtsform der Publizitätspflicht zu unterwerfen.

1) vgl. Harold Rose: Disclosure in Company Accounts, 2. Aufl. London 1965

2) vgl. Aktiengesetz 1965, herausgegeben von der Deutschen Bank AG, Stuttgart 1965, Seite 25

3) Rudolf Wiethölter: "Die Publizitätsinteressen der Anteilseigner", in: Das Frankfurter Publizitätsgespräch, Frankfurt (M) 1962, Seite 45 f.

2. Die Gläubiger

Die zweite Gruppe, die an der Unternehmenspublizität interessiert ist, sind die Gläubiger. Diese spielen bei Kreditinstituten als Einleger von Depositen und Spareinlagen eine große Rolle, da nur etwa 5% des von Banken eingesetzten Kapitals von den Aktionären aufgebracht wird, der Rest aber fremde Mittel sind. Die Kunden der Banken werden allerdings erst "seit neuerer Zeit zu dem Personenkreis gezählt, der an der Bankenpublizität ein legitimes Interesse hat".¹⁾

Den Gläubigern kommt es vor allem darauf an, daß das Unternehmen im Kern gesund bleibt. Der Ausweis eines großen Erfolges und die Ausschüttung einer hohen Dividende, wie dies meist von den Aktionären gewünscht wird, steht bei ihnen nicht im Vordergrund. Im Gegenteil: ihnen dürfte mehr daran liegen, daß Gewinne im Unternehmen verbleiben, um die Substanz zu stärken.

Ein interessantes Problem wirft die Frage auf, inwieweit eine offenherzige Publizität die Dispositionen der Bankengläubiger beeinflussen kann. Gerade bei Banken wird dabei immer das Schlimmste befürchtet: die Veröffentlichung von Verlusten würde die Gläubiger zu den Bankschaltern treiben, um ihre Einlagen zu retten. Gerade die möglichen Folgen von Verlustveröffentlichungen auf die Handlungsweise der Bankkunden stehen im Mittelpunkt der Frage, ob eine Ausnahmestellung der Kreditinstitute und eine Befreiung der Banken von Publizitätsvorschriften gerechtfertigt ist. Wenn MOXTER darlegt²⁾, daß eine Rechenschaftslegung (wobei man hierbei auch den ungünstigen Fall von Verlustausweisen in die Betrachtung miteinzubeziehen hat) den Gläubigern gegenüber aus

1) Walther von Diest: Die gesetzliche Berichterstattung und die Publizität der Commercial Banks in den Vereinigten Staaten, Diss., Hamburg 1960, Seite 121

2) vgl. Adolf Moxter, a.a.O., Seite 109 ff.

den verschiedensten Gründen heraus wohl kaum zu einer Beschneidung der freien Dispositionsmöglichkeiten des Unternehmens führt, so ist dies bei Banken zumindest zweifelhaft.¹⁾

Die hier angeschnittene Problemstellung wird uns aber später noch weiter beschäftigen.²⁾

Wenn vom "potentiellen" Aktionär gesprochen wurde, an den sich die Unternehmenspublizität richtet, so kann folgerichtig hier vom "potentiellen" Gläubiger bzw. Bankkunden gesprochen werden. Es sind darunter "alle Bevölkerungs- und Gewerbegruppen im Einflußbereich einer Bank zu verstehen, die noch nicht Bankkunden sind, aber "materiell" bereits die Voraussetzung für eine Bankverbindung erfüllen."³⁾

Aufgabe der Publizität soll es hierbei sein, der Bank neue Kunden zuzuführen.

1) Moxter führt hierzu aus: "Die Einleger bei Kreditinstituten und die Versicherungsnehmer haben meist nicht jenen engen Kontakt mit ihren "Schuldnern", daß ihnen ungünstige Entwicklungen ohnehin bekannt würden. Sie werden zudem "außerordentliche" Verluste oft nicht richtig zu interpretieren vermögen; "normale" Verluste werden von ihnen häufig nicht als im Wirtschaftsleben unvermeidlich und als nicht weiter folgenscher für ein Unternehmen angesehen. Der betroffene Betrieb (die Bank oder der Versicherer) ist zudem nicht "ihr" Kunde; sie sind also nicht gezwungen insoweit Rücksicht zu üben. Der Ausweis einer ungünstigen wirtschaftlichen Lage kann daher für diese Unternehmungen Schwierigkeiten mit sich bringen." (Moxter, a.a.O., Seite 135)

2) vgl. unsere Ausführungen S. 253 ff.

3) Gunter H. Samm: Öffentlichkeitsarbeit der Banken - an welche Adresse gerichtet?", in: ZfgK. Nr. 14 1964, Seite 16

3. Die Öffentlichkeit

Die dritte und letzte Gruppe der an der Bankenpublizität interessierten Kreise stellt die "Öffentlichkeit" dar, wobei dieser Begriff näher zu erläutern wäre. Die Öffentlichkeit ist als eine Sammelbezeichnung von heterogenen Einzelgruppen mit recht verschiedener Interessenslage gemeint. ILLETCHKO unterteilt sie in rechtlich-interessierte Öffentlichkeit, zu der vor allem der Aktionär gehört, in geschäftlich-interessierte Öffentlichkeit, zu der Gläubiger, Lieferanten, Kunden, die Belegschaft und die Gewerkschaften zählen, und in die allgemein-interessierte Öffentlichkeit. Hierzu wären die Regierung, das Parlament und die Wirtschaftspresse zu rechnen.¹⁾

Daß vor allem die Belegschaft ein natürliches Interesse daran hat, etwas über die wirtschaftliche Lage und Ergebnisse "ihrer" Unternehmung zu erfahren, bedarf wohl keines ausdrücklichen Hinweises. Dieses Interesse richtet sich in erster Linie auf die Sicherung des Arbeitsplatzes, ist aber oft auch - vor allem bei neueintretenden Arbeitnehmern - auf die langfristigen Aussichten des Unternehmens gerichtet, wobei vor allem Verdienst- und Aufstiegsmöglichkeiten in Betracht gezogen werden. Durch eine auf die Belegschaft zugeschnittene Publizität könnte das natürliche Interesse der Arbeitnehmer am Wohlergehen der Unternehmung vermehrt geweckt und gefördert werden. "Wenn der Arbeitgeber weitgehendere Informationen geben würde als nur gerade soviel, um seine Arbeitnehmer instand zu setzen, ihre Aufgaben zu erfüllen, würde sich das Verhältnis der Sozialpartner zueinander nachhaltig verbessern."²⁾ Die Publizität für die

1) vgl. Leopold Illetschko, a.a.O., Seite 421

2) W.R. Anderson: "Should a Company tell?", in: The Accountant 1961, Seite 403

Belegschaft ist hier also als "Mittel zur Verbesserung und Intensivierung der menschlichen Beziehungen im Betrieb wegen ihrer Tendenz zur Versachlichung außerhalb der Unternehmung auftretender Konflikte besonders bedeutungsvoll. Die erbitterten Kämpfe um Lohn und Arbeitszeit könnten erheblich gemildert werden, wenn es gelänge, einzelne umstrittene Tatsachen zuverlässig und eindeutig festzustellen und damit der Agitation zu entziehen".¹⁾ Dies gilt vor allem für England, wo auch heute noch die Beziehungen zwischen Arbeitgebern und Gewerkschaften von erheblichem Mißtrauen überschattet sind.

Zum anderen sind für den Staat als dem wichtigsten Träger der Konjunktur- und Wirtschaftspolitik Informationen über die Lage und Erfolge der Großunternehmen absolut notwendig, da er nur auf Grund genauer Kenntnisse konjunkturpolitisch handeln kann. Da das Kreditwesen als einer der wichtigsten und entscheidendsten Sektoren der Volkswirtschaft anzusprechen ist, ist dementsprechend das Interesse des Staates an Vorgängen innerhalb des Bankwesens besonders groß. Daher ist es kein Wunder, daß er in allen modernen Industrieländern ein mehr oder weniger umfangreiches Bankenaufsichtssystem geschaffen hat.

Die Publizität hat aber andererseits auch den Charakter einer allgemeinen Schutzfunktion für die Öffentlichkeit. "Die Gesellschaft ("society") würde großen Nutzen haben, wenn sie mehr Informationen bekommen würde", meint EDWARDS²⁾, während HERLT dies begründet, indem er sagt: "Unternehmerische Fehlentscheidungen können Arbeitslosigkeit zur Folge haben, sozialpolitische Maßnahmen notwendig machen, das

1) Jochen Kraske: Die Publizitätspflicht der Großunternehmung, Dissertation, Freiburg/Breisgau 1962, Seite 85

2) Ronald S. Edwards: "The nature and measurement of income", in: W.T. Baxter/Sidney Davidson: Studies in Accounting Theory, London 1962, Seite 123

Steueraufkommen vermindern und die öffentliche Hand sogar zu Subventionen zwingen".¹⁾ "Von einem umfassenden Blickwinkel aus gesehen, ist es die Hauptfunktion der Publizität, die Effektivität des Kapitalmarktes insofern zu verbessern, indem Kapital der gewinnbringendsten Verwendung zugeführt wird, und dies ist nicht nur wünschenswert, weil es den einzelnen Anlegern nützt, sondern weil es dazu beiträgt, die nationale wirtschaftliche Produktivität zu verbessern."²⁾ Vor allem dieser letzte Gesichtspunkt hat in den Vereinigten Staaten dazu geführt, daß die Publizität selbst "vorwiegend unter dem Druck der öffentlichen Meinung erfolgt und die Publizitätspflicht mehr oder weniger Gegenstand eines ungeschriebenen aber desto unerbitterlicheren Moralkodex geworden ist".³⁾

c. Die Besonderheit der Bankenpublizität

Es wurde bereits darauf hingewiesen, daß die Bankenpublizität eine besondere Bedeutung hat, weil an den Kreditinstituten ein öffentliches Interesse besteht, "which far exceeds that of most other lines of business".⁴⁾

Dies findet seine Erklärung darin, daß in den Bankbilanzen sich nicht nur die individuelle Erfolgs-, Liquiditäts- und Vermögenslage der jeweiligen Bank darstellt, sondern auch "die Entwicklung der Volkswirtschaft auf dem Geldsektor".⁵⁾

Für das große öffentliche Interesse an der Bankenpublizität sprechen zum andern auch die Gefahren, die für die Ge-

1) Rudolf Herlt, a.a.O., Seite 7

2) A.F. Murray: "What Investors want from Company Accounts", in: The Accountants Magazine 1965, Seite 965

3) Jochen Kraske, a.a.O., Seite 91

4) Robert G. Rodkey: Sound policies for Bank Management, New York 1944, Seite 207

5) Obst/Hintner: Geld-, Bank- und Börsenwesen, 35. Aufl. Stuttgart 1963, Seite 608

samtwirtschaft entstehen können, wenn Banken illiquide werden und ihren Verpflichtungen gegenüber den Einlegern nicht mehr nachkommen können. Man ist sich - vor allem seit der Bankenkrise des Jahres 1931 - darüber einig, daß die besonders exponierte Stellung des Bankwesens in der Volkswirtschaft eine gewisse Form der öffentlichen Kontrolle erforderlich macht. Einigkeit besteht dagegen keineswegs in der Frage, wie publizitätsfreudig die veröffentlichte Bilanz und Gewinn- und Verlustrechnung sein soll und wie weit die Ausnahmestellung der Banken gehen kann. Vor allem in England wird die gegenüber anderen Unternehmungen bestehende erhebliche Publizitätseinschränkung damit begründet, daß das Interesse der Einleger und der Öffentlichkeit ein größeres Gewicht habe als dasjenige der Aktionäre.¹⁾ Unterstellt wird dabei offensichtlich, daß das Interesse der Öffentlichkeit gleichbedeutend mit einer Einschränkung der Publizität sei - eine Auffassung, die mit Recht auf Widerspruch gestoßen ist.²⁾

Hintergrund aller Überlegungen zur Bankenpublizität ist die Tatsache, daß das Vertrauen der Einleger und der anderen Bankkunden zum Institut wichtigste Bedingung für ein erfolgreiches Bestehen der Bank ist. So schreibt HOLGATE: "Eine Bank ist dann erfolgreich, wenn sie das öffentliche Vertrauen erworben hat; andererseits kann eine Bank, die dieses Vertrauen niemals gehabt oder aber es verloren hat, nicht überleben."³⁾

Folgt man nun der in England vom COHEN-Committee vertretenen Auffassung, daß das Interesse der Einleger und der

1) vgl. Cohen-Report, a.a.O., Seite 56

2) vgl. H.C.F. Holgate: The contingent Liabilities of the English Commercial Banks, London 1939, Seite 10 f.

3) H.C.F. Holgate: English Bank Accounting, London 1948, Seite 34

Öffentlichkeit ein größeres Gewicht habe als dasjenige der Aktionäre, würde dies bedeuten, daß eine offenherzige Publizität dem Vertrauen der Kunden zur Bank nur schaden könne, daß also - in letzter Konsequenz - das Vertrauen zur Bank dann am größten sei, wenn gar nichts mehr veröffentlicht würde. Die bei informativer Publizitätspolitik möglicherweise auch einmal notwendige Veröffentlichung von Verlusten, die schließlich auch beim besten Institut einmal eintreten können, würde, so wird befürchtet, einen "run" auf die Bankschalter auslösen. Letztlich war es dieses Argument, das die Mehrheit des JENKINS-Committee, das unter anderem die Berechtigung der bestehenden Ausnahmevorschriften für Banken zu prüfen hatte, davon abhielt, auch die englischen Banken voll den Bestimmungen des "Company Act" zu unterwerfen und damit die Sonderstellung der Banken abzuschaffen.¹⁾

Das Vertrauen der Kunden zu ihrer Bank und in das Bankwesen läßt sich allerdings nicht mehr durch übertriebene Geheimhaltung wichtiger Tatbestände erreichen. Während es früher wohl genügt haben mag, die Solidität eines Instituts durch stattliche und prächtige Gebäude zu dokumentieren und damit das Vertrauen der Kunden zu gewinnen, dürfte diese Zeit vorbei sein.²⁾ In Zukunft wird es notwendig sein, die "excessive secrecy on the part of the banks"³⁾ zu beenden, denn auch heute noch sind die Banken und ihre Geschäfte weitge-

1) vgl. Report of the Company Law Committee, London 1962, Seite 156 (im folgenden JENKINS-Report genannt)

2) "The solid nature and cathedral appearance of many of last century's bank buildings were quite appropriate for that period, when it was a desirable aim to assure the public that the days of bank failures were over. The forbidding aspect of bank facades and the solemn atmosphere of the banking hall had much to be said for them: the image was one of security." (Reay Tolfree: "A Bank and its Public", in: Journal of the Institute of Bankers 1963, Seite 71)

3) Russell J. Clark: "Trends in European Banking", in: The Bankers Magazine 1964, Seite 161

hend von einem "veil of mystery"¹⁾ umgeben, so daß die Vorurteile Kreditinstituten gegenüber in manchen Bevölkerungskreisen noch immer erstaunlich groß sind. So stellte eine Untersuchung, die vor einigen Jahren in Deutschland vorgenommen wurde und bei der potentielle Bankkunden auf ihr Verhältnis zum Bankgewerbe hin befragt wurden, fest, daß 32,5% der männlichen und 32,9% der weiblichen Befragungsteilnehmer eine eindeutig negative Einstellung Banken gegenüber zum Ausdruck brachten.²⁾ Ähnliche Erfahrungen werden auch aus Frankreich und der Schweiz berichtet.³⁾

Dieses recht negative Ergebnis ist sicher zum Teil auch darauf zurückzuführen, daß die meisten Menschen wenig darüber wissen, was innerhalb eines Bankgebäudes geschieht. Das Bild über die einzelnen Banktätigkeiten, das sich weite Teile der Bevölkerung und sogar die eigenen Bankkunden machen, ist erstaunlich "verschroben".⁴⁾ Zahlreichen Banken haftet auch heute noch das "image" einer rein "kapitalistischen" Wirtschaftsordnung an; vor allem hierdurch lassen sich Mißtrauen und Unverständnis den Banken gegenüber erklären. Die Publizität wäre ein guter Ansatzpunkt, um diesen Mißverständnissen entgegenzutreten. Sie könnte neben der reinen Rechenschaftslegung gleichzeitig Mittel zur besseren Aufklärung über Natur, Wesen und Aufgaben der Banken sein.

Exkurs: Die Berichterstattung an Organe der Bankenaufsicht

Bei der Darstellung der Bankenpublizität sind zwei verschiedene Ebenen von Veröffentlichungen voneinander zu trennen:

1) Robert G. Rodkey, a.a.O., Seite 207

2) vgl. Gunter H. Samm, a.a.O., Seite 16

3) vgl. Bruno Frick: Werbung und Bankgewerbe, Dissertation, Bern 1957, Seite 96 f.

4) Walter Hofmann: Meinungspflege der Banken, Frankfurt (M) 1951, Seite 4

einmal ist es die Publizität, die sich an Aktionäre, Einleger und die Öffentlichkeit wendet. Sie besteht vor allem aus den veröffentlichten Bilanzen- und Erfolgsrechnungen. Diese Publizität ist, wie noch auszuführen und zu beweisen sein wird, in Deutschland in mancher Beziehung nicht ganz zufriedenstellend, in England jedoch ungenügend. Nur diese Publizität ist Gegenstand der vorliegenden Untersuchung.

Daneben gibt es aber noch die Bankenpublizität, die für die Organe der Bankenaufsicht bestimmt ist; sie beruht meist auf gesetzlicher Grundlage. Diese zweite Ebene der Bankenerklärungen ist in Deutschland sehr ausgeprägt und setzt die verantwortlichen Organe der Bankenaufsicht in die Lage, ihrer Aufsichtspflicht zu genügen. Besondere Bedeutung für eine wirksame Überwachung der Banken haben die "Grundsätze" des Bundesaufsichtsamtes für das Kreditwesen, in denen besondere Vorschriften über die Eigenkapitalausstattung, die Liquidität und die Anlagepolitik der Kreditinstitute niedergelegt worden sind.¹⁾

Zum andern sind für eine wirksame Aufsicht die sog. "Monatsausweise" zu erwähnen (§ 25, Abs. 1 KWG). Diese werden bei der Deutschen Bundesbank eingereicht, die sie mit ihrer Stellungnahme an das Bundesaufsichtsamt weiterleitet. Darüberhinaus ist die Bundesbank berechtigt (§ 18 BBG), zusätzliche Statistiken von den Kreditinstituten zu fordern. Der durch die Monatsausweise gewonnene Einblick wird durch zusätzliche halbmonatliche Teilerhebungen bei 480 ausgewählten Kreditinstituten noch vertieft.²⁾ Die drei Großbanken und die drei großen Regionalbanken³⁾ veröffentlichen freiwillige Zweimonatsbilanzen.

1) vgl. "Grundsätze über das Eigenkapital und die Liquidität der Kreditinstitute" in der Fassung vom 25. August 1964 (Bundesanzeiger Nr. 161 vom 1. September 1964)

2) Obst/Hintner, a.a.O., Seite 608

3) Bayerische Vereinsbank, Bayerische Hypotheken- und Wechsel-Bank, Berliner Bank

Wichtigste Veröffentlichung der Kreditinstitute ist naturgemäß der Jahresabschluß, der nach § 26 Satz 1 KWG neben dem Geschäftsbericht dem Bundesaufsichtsamt und der Deutschen Bundesbank "unverzüglich" einzureichen ist.

Die den staatlichen Organen gemachten zusätzlichen Angaben hält BIRCK "berechtigterweise nur zum Teil der breiten Öffentlichkeit für zugänglich. Es würde sonst u.U. durch die Kundmachung betrieblicher Interna das schutzwürdige Interesse der einzelnen Bank verletzt". Überdies hält es BIRCK für höchst "zweifelhaft, ob durch eine allgemeine Publizität das Kontrollbedürfnis der Öffentlichkeit befriedigt werden könnte".¹⁾

Das englische Bankenaufsichtssystem ist nur schwach ausgebaut, und die "englischen Geschäftsbanken sind wahrscheinlich freier von administrativer Beeinflussung als irgendein anderes Bankensystem in der Welt".²⁾ Von einer Aufsicht kann überhaupt erst seit 1939 gesprochen werden, als die Bank von England mit der Beobachtung und Beaufsichtigung der Kreditpolitik der Geschäftsbanken beauftragt wurde. Ein eigens für die Bankenaufsicht gedachter Verwaltungsapparat wurde in England jedoch nicht geschaffen. So liegt die technische Überwachung der Kreditinstitute in den Händen der Bank von England, die sich allerdings vornehmlich der klassischen Methoden der Kreditpolitik bedient und von dirigistischen Eingriffen in die autonome Bankpolitik der Individualbanken nur im äußersten Notfall Gebrauch macht. In den meisten Fällen werden nur "Empfehlungen" abgegeben, die z.B. in Zeiten eines "credit squeeze" die Banken veranlassen sollen, in der Hergabe von Krediten Zurückhaltung

1) Heinrich Birck: Die Bankbilanz, 2. Aufl. Wiesbaden 1961, Seite 4

2) R.W. Jones: "Commercial Bank Legislation in England and Wales", in: Journal of the Institute of Bankers 1948, Seite 60

zu üben.¹⁾ Auch für die Liquiditätspolitik der englischen Banken bestehen nur "Richtlinien", die mehr oder weniger unverbindlichen Charakter haben. "The case for compulsory action looks extremely weak".²⁾

Oberstes Aufsichtsorgan des englischen Kreditwesens ist das Schatzamt, das sich zur Durchführung der Bank von England bedient. Die Beziehungen zwischen der Notenbank und den übrigen Kreditinstituten sind durch den "Bank of England Act 1946" geregelt. Nach Sektion 5, Abs. 3 dieses Gesetzes darf die Bank von England, wenn es ihr zum Schutz des öffentlichen Interesses absolut notwendig erscheint, von den Banken Informationen verlangen und an sie Empfehlungen abgeben. Das Schatzamt wiederum kann die Bank von England ermächtigen, an die einzelnen Banken Anweisungen zu geben, damit diese die Finanz- und Kreditpolitik der Regierung unterstützen. Voraussetzung für die Ausübung der Weisungsbefugnisse ist es, "daß derartige Anfragen oder Empfehlungen nicht mit Rücksicht auf die Angelegenheiten eines einzelnen Kunden veranlasst werden".³⁾ Wichtig ist dabei, daß den betroffenen Banken Gelegenheit zu einer Gegenstellungnahme gegeben wird.

Die Vollmachten, die durch den "Bank of England Act 1946" der Notenbank übertragen worden sind, haben seinerzeit einen Sturm der Entrüstung ausgelöst; man befürchtete, daß die "confidential relationship" zwischen Kunden und Banken zerstört werden könnte.⁴⁾

Durch den "Borrowing (Control and Guarantees) Act 1946" wurde das Schatzamt außerdem ermächtigt, Vorschriften für

1) vgl. W.J. Thorne: Banking, 2. Aufl. London 1962, Seite 95f.

2) R.S. Sayers: Central Banking after Bagehot, London 1958, Seite 91

3) Friedrich Humburg: Die staatliche Bankenaufsicht in England, Frankreich und der Bundesrepublik Deutschland, Diss. Mainz 1958, Seite 17

4) R.W. Jones, a.a.O., Seite 60

die Regelung einiger wichtiger Bankgeschäfte (u.a. für die Aufnahme von Krediten und die Emission von Aktien oder Schuldverschreibungen) zu erlassen.¹⁾

Ein zusätzliches Gesetz ist der "Exchange Control Act 1947", der vor allem Vorschriften über den Handel mit Gold und Devisen, den Zahlungsverkehr, Wertpapier- sowie Export- und Importgeschäfte und Gewährung von Krediten an ausländische Gesellschaften enthält. Die Kontrolle der Kapital-emissionen durch die "Issuing Houses" unterliegt dem "Capital Issue Committee", das sich aus 7 Mitgliedern, die vom Schatzamt ausgewählt wurden, zusammensetzt.

Bei einer Würdigung der Funktionsweise der englischen Bankenaufsicht erscheint es uns wichtig, darauf hinzuweisen, daß Schatzamt und Bank von England außerordentlich selten von ihren Möglichkeiten Gebrauch machen. Das Prinzip der "moral suasion" hat sich in der Vergangenheit ausgezeichnet bewährt.²⁾ Hinzu kommt, daß zwischen der Bank von England und den Kreditinstituten enge Bindungen und "informal understandings"³⁾ bestehen, die gewährleisten, daß die Vereinbarungen, die vor allem auf dem Sektor der Liquidität bestehen, eingehalten werden. Zum andern hat die lange Tradition des englischen Bankwesens dahin geführt, daß die solide Geschäftsführung dieser Banken eine spezielle gesetzliche Regelung der Anlagepolitik "überflüssig"⁴⁾ erscheinen läßt.

1) Friedrich Humburg, a.a.O., Seite 20

2) "Vieles von dem, was in Deutschland durch behördliche Verordnungen erreicht wird, geschieht in den angelsächsischen Ländern in der psychologisch geschickteren Art der Überredung, des Überzeugens von einer gewissen Notwendigkeit, der Publizität, der persönlichen Fühlungnahme." (Willi Fischöder: Die deutschen und angelsächsischen Kreditbanken im Lichte ihrer Bilanzen, Berlin 1956, Seite 92)

3) Bank of England: "Bank Liquidity in the United Kingdom", in: Quaterly Bulletin 1962, Seite 251

4) Friedrich Humburg, a.a.O., Seite 27

III. Die Mittel der Publizität

Die folgende Darstellung der Mittel der Publizität beschränkt sich im wesentlichen auf die Bilanz, die Gewinn- und Verlustrechnung und den Geschäftsbericht. Alle drei gehören zur gesetzlichen Publizität. Als Besonderheit der englischen Publizität wird auf die "Rede des Vorsitzenden" (chairman's speech) eingegangen, die zwar auch in Deutschland eine besondere Bedeutung hat, in England aber in den letzten Jahren an Informationsgehalt den "Director's report" erheblich übertrifft.

a. Der Jahresabschluß

1. Die Bilanz

Wichtigstes Mittel der Publizität ist die Jahresbilanz. Ihre Aufstellung geschieht aus internen und externen Gründen. Intern dient die Bilanz der Unternehmensleitung als Kontrolle der Wirtschaftlichkeit und der Feststellung der erzielten Ergebnisse, also als Lenkungsinstrument für die Geschäftsführung. Extern dient die Bilanz vor allem der Rechenschaftslegung gegenüber den auskunftsberechtigten Gruppen.

Die grundlegenden Aufgaben einer Bilanzaufstellung sind nach HEINEN folgende:

- "1) Ermittlung des Erfolges und Nachweis der Kapitalerhaltung,
- 2) Feststellung des Vermögens und Darstellung des Vermögensaufbaus (Vermögensstruktur),
- 3) Kennzeichnung des Kapitalaufbaus (Kapitalstruktur),

- 4) Darlegung der Investitionen und ihrer Finanzierung,
- 5) Ausweis der Liquiditätslage."¹⁾

Diese weitgefasste Definition der Aufgabenstellung der Bilanz erlaubt es, Bilanzen aller Gattungen und Geschäftszweige darunter zu verstehen, so auch die Bankbilanzen. Diese sollen nach KALVERAM Auskunft geben über die "geschäftliche Entwicklung und Betriebsgestaltung, über Kapital- und Vermögensstruktur, über den Umsatz, über die Liquidität, den Erfolg und schließlich über die Risiken und die Sicherheiten des betreffenden Bankbetriebes."²⁾

Wenn an dieser Stelle auch nicht in die Diskussionen über die Gültigkeit der verschiedenen Bilanztheorien eingegriffen werden kann und insbesondere die Frage nicht untersucht werden soll, ob die Bilanz der Vermögensfeststellung oder der Ermittlung des Unternehmenserfolges dient, hat vor allem die in England geforderte Bilanzaufstellung mehr "statischen" Charakter. Diese vermögensrechnerische Auffassung spiegelt sich vor allem in den Bewertungsvorschriften des Company Act 1948 wieder. "Die Bilanz ist ein Schnappschuss der finanziellen Lage eines Unternehmens zu einem bestimmten Zeitpunkt, wie z.B. der Liquidation, und - wie das beim Schnappschuss so üblich ist - erscheint der aufgenommene Gegenstand unbeweglich."³⁾ Allerdings ist der statische Charakter der englischen Bilanz immer unter dem Blickwinkel des "going concern" zu sehen, also unter der Voraussetzung, daß das Unternehmen weiterläuft. Neben dem statischen Wesenszug der Bilanz kommt weiter hinzu, daß es sich bei ihr um eine historische Aufzeichnung ("histo-

-
- 1) Edmund Heinen: Handelsbilanzen, Wiesbaden 1960, Seite 17
 - 2) Kalveram/Günther: Bankbetriebslehre, 3. Aufl. Wiesbaden 1961, Seite 239
 - 3) Frank H. Jones, a.a.O., Seite 16

rical record"¹⁾ handelt, deren Erkenntniswert dementsprechend eingeschränkt ist.

Trotz der Einschränkung, die man hinsichtlich der Erkenntnismöglichkeiten der Bilanz machen muß, ist davon auszugehen, daß sie neben der Gewinn- und Verlustrechnung praktisch die einzige Veröffentlichung ist, die dem Außenstehenden einen Einblick in die Unternehmung gewährt.

HENDERSON/TEW weisen darauf hin, daß die veröffentlichte Bilanz die wichtigste Informationsgrundlage ist für alle, die "buy, sell or hold their shares".²⁾

Da die Geschäftsstruktur der Kreditinstitute sich von derjenigen der anderen Unternehmen erheblich unterscheidet, ergibt sich die Notwendigkeit, die Bankbilanz nach anderen Gesichtspunkten aufzubauen als sie das Gliederungsschema des Aktiengesetzes fordert. Daher wurden in Deutschland besondere Formblätter für die Bilanzen und teilweise auch für die Erfolgsrechnung der Kreditinstitute erlassen.

Die englische Bankbilanz ist, was die Gliederung und Aufschlüsselung der Positionen betrifft, an keine diesbezüglichen Formvorschriften gebunden. Daher unterscheiden sich die Bilanzen der hier untersuchten Großbanken in Einzelheiten erheblich voneinander.

2. Die Gewinn- und Verlustrechnung

Aufgabe der Gewinn- und Verlustrechnung ist es, das "Zustandekommen des Erfolges nach Art, Höhe und Quelle"³⁾

1) Cohen-Report, a.a.O., S. 55

2) Memorandum by R.F. Henderson/Brian Tew, in: Minutes of Evidence, a.a.O., Seite 209

3) Emund Heinen: Handelsbilanzen, a.a.O., Seite 225

offenzulegen. Wesentlich dabei ist es, daß der im Verlauf einer Periode erzielte Erfolg zu erläutern ist, d.h. daß sein Zustandekommen nach den Erfolgsquellen aufzuzeigen ist. "Eine klare Bestimmung des Einkommens (income) über aufeinanderfolgende Bilanzierungsperioden hinweg, ist die wichtigste Einzelabsicht der allgemeinen Rechnungslegung einer Gesellschaft."¹⁾ Mit diesen Worten kennzeichnet das amerikanische "Institute of Accountants" die Aufgabenstellung der Gewinn- und Verlustrechnung. Daher ist es nicht erstaunlich, daß viele Vertreter der angelsächsischen Betriebswirtschaftslehre der Meinung sind, daß die Erfolgsrechnung im Grunde wichtiger sei als die Bilanz, "da der Trend der Gewinne das beste Anzeichen der Unternehmensprosperität ist und der Wert der Vermögenswerte wesentlich davon abhängt, ob das Unternehmen weiter geführt werden kann."²⁾

Zwischen Bilanz und Erfolgsrechnung bestehen vielseitige Wechselbeziehungen, da die meisten Bilanzpositionen mit dementsprechenden Aufwands- und Ertragsposten korrespondieren. Die Gewinn- und Verlustrechnung ist als Ergänzung zur Bilanz unentbehrlich, da nur in ihr Aufschluß über die Entstehung und Zusammensetzung des Erfolges gegeben werden kann. So ist die Erfolgsrechnung neben der Bilanz als entscheidendes Mittel der Publizität anzusehen.

Ebenso wie für die Jahresbilanz gibt es auch für die deutschen Kreditinstitute besondere Formblätter für die Aufstellung der Gewinn- und Verlustrechnung. Dieser Formblattzwang fehlt allerdings für die Aktienbanken, so daß die in dieser Untersuchung behandelten Banken ihre Erfolgsrechnung frei aufmachen können. Daher weisen die deutschen Aktien-

1) zitiert bei Jones, a.a.O., Seite 294

2) Cohen-Report, a.a.O., Seite 54

banken unter den Erträgen meist nur zwei (Zinsen und Diskont, Provisionen und Gebühren) und bei den Aufwendungen vier Positionen auf. Für die englischen Clearingbanken bestehen ebensowenig Formvorschriften für die Darstellung der Gewinn- und Verlustrechnung wie für die Aufmachung der Jahresbilanz. Daher weisen die englischen Banken meist nur eine Ertragsposition aus, nämlich den erzielten Nettogewinn (nach Abzug der Steuern, Rückstellungen und Abschreibungen). Zudem ist es das Charakteristikum der deutschen und englischen Banken, daß sie von der Möglichkeit der Netto- und Verlustrechnung Gebrauch machen. Hierbei werden die Aufwendungen für Zinsen, Wertberichtigungen, Abschreibungen mit den entsprechenden Erträgen bereits vorher kompensiert und nur noch der Saldo ausgewiesen. Die Aussagekraft einer Gewinn- und Verlustrechnung wird dadurch natürlich noch zusätzlich abgeschwächt.

Bei der ausführlichen Darstellung der Erfolgsrechnung bei den deutschen und englischen Großbanken wird die ungenügende Aussagekraft der Gewinn- und Verlustrechnung und die Möglichkeit einer Verbesserung eingehender behandelt.¹⁾

b. Der Geschäftsbericht

1. Der Geschäftsbericht in Deutschland

Als dritten für die Publizität wesentlichen Informationsträger ist der Geschäftsbericht anzusehen. Seine Aufgabe ist es, den Aktionären "einen umfassenden Überblick über die wirtschaftliche Situation des Unternehmens und damit auch die Grundlage für Entlastungs-, Gewinnverteilungs- und sonstige Beschlüsse"²⁾ zu geben. Neben der Berichter-

1) vgl. Ausführungen Seite 191 ff.

2) Gerold Morgner: "Die Schutzklausel für den Geschäftsbericht nach neuem Aktienrecht" in: BB Nr. 29 v. 20.10. 1965, Seite 1173

stattung über den Geschäftsverlauf und die Lage der Gesellschaft ist auch über Vorgänge von besonderer Bedeutung zu berichten, die nach dem Schluß des Geschäftsjahres eingetreten sind (§ 160, Abs. 1, Satz 2 AktG 1965).

Obwohl die deutschen Aktienbanken von den wesentlichsten Erfordernissen des Geschäftsberichts befreit sind, werden hier die wichtigsten Publizitätsbestimmungen für den Geschäftsbericht nach dem deutschen Aktienrecht wiedergegeben. Dies geschieht deswegen, um die Unterschiede der Bankenpublizität zu der Berichterstattung der anderen Unternehmen klarer herauszuarbeiten.¹⁾

Wichtigste Aufgabe des Geschäftsberichts ist es, den Jahresabschluß zu erläutern. Dabei sind die Bewertungs- und Abschreibungsmethoden so vollständig anzugeben, "wie es zur Ermittlung eines möglichst sicheren Einblicks in die Vermögens- und Ertragslage der Gesellschaft erforderlich ist" (§ 160, Abs. 2, Satz 2 AktG). Zu jedem einzelnen Posten des Anlagevermögens sind die Abschreibungen und Wertberichtigungen darzulegen, die auf Zugänge des Geschäftsjahres gemacht worden sind. Wesentliche Änderungen der Bewertungs- und Abschreibungsmethoden sind ebenso wie außerplanmäßige Abschreibungen oder Wertberichtigungen zu erörtern. Hierbei müßte wohl auch die bisherige Methode, die neu angewandte Methode und die Gründe des Wechsels angegeben werden, ein Verlangen, das mit der Bildung und Auflösung von stillen Rücklagen im Zusammenhang steht.²⁾

Das Aktiengesetz 1965 hat die weitgefasste Schutzklausel des alten Gesetzes von 1937, nach der die Berichtspflicht bei Gefährdung überwiegender Belange der Gesellschaft ent-

1) vgl. die Ausführungen zu den Sondervorschriften und Ausnahmeregelungen für Banken Seite 78 ff.

2) vgl. hierzu Begründung zu § 148 RegE.

fiel, nicht übernommen. Nach § 160, Abs. 4 AktG 1965 darf die Berichterstattung im Geschäftsbericht künftig nur insoweit unterbleiben, als es für das Wohl der Bundesrepublik Deutschland oder eines ihrer Länder erforderlich ist. Außerdem brauchen bei der Berichterstattung nach Abs. 3 Nr. 7 (Angaben über Haftungsverhältnisse) und Nr. 10 (Angaben über Beziehungen zu verbundenen Unternehmen) Einzelheiten insoweit nicht angegeben zu werden, als nach vernünftiger kaufmännischer Beurteilung damit gerechnet werden muß, daß durch die Angaben der Gesellschaft oder einem verbundenen Unternehmen erhebliche Nachteile entstehen.

2. Directors report (Bericht der Direktoren)

In England ist es Pflicht, daß jeder Bilanz, die der Hauptversammlung vorgelegt werden soll, ein "report of the directors" hinzuzufügen ist, der in etwa dem deutschen Geschäftsbericht entspricht. Dieser Bericht hat mindestens eine Darlegung und Erläuterung der Lage der Gesellschaft, die Höhe der vorgeschlagenen Dividende und die Summe, die zur Stärkung der offenen Reserven vorgesehen ist, zu enthalten. Der "Company Act" verlangt weiter, daß im Geschäftsbericht jede Veränderung in der Geschäftstätigkeit der Gesellschaft aufgeführt werden muß. Allerdings ist hierzu zu sagen, daß der Bericht der Direktoren "im Rahmen der englischen Rechnungslegung eine erheblich geringere Rolle als bei uns der Geschäftsbericht"¹⁾ spielt. Dies läßt sich auf zwei Gründe zurückführen: einmal ist es eine englische Eigenart, daß in der Bilanz Erläuterungen zum Jahresabschluß in Form von Anmerkungen und Fußnoten gegeben werden, so daß sich diesbezügliche Aussagen im Geschäftsbericht er-

1) Alfred Weiß: "Die Rechnungslegungsvorschriften des Company Act 1948" in: WPg. 1949, Seite 121

übrigen. Zum andern hat sich in den letzten Jahren insofern ein gewisser Wandel vollzogen, als der Bericht der Direktoren in seiner Bedeutung weit in den Schatten gestellt wurde durch die mündlichen Aussagen des "chairman".

Daher ist es nicht erstaunlich, daß der Direktorenbericht allgemein für "uninformative"¹⁾ gehalten wird und das JENKINS-Committee in seinem Bericht der Regierung empfohlen hat, bei der Neufassung des englischen Aktiengesetzes vor allem die Aussagefähigkeit des "report of directors" zu verbessern.

Nach den Vorstellungen dieses Ausschusses hätte der Direktorenbericht mindestens zu enthalten:

- 1) die Namen der Direktoren;
- 2) die Haupttätigkeitsbereiche der Gesellschaft und ihrer Tochtergesellschaften im einzelnen;
- 3) alle wichtigen Änderungen in der Geschäftstätigkeit;
- 4) alle wichtigen Änderungen im Anlagevermögen;
- 5) Hinweise darauf, ob wesentliche Unterschiede zwischen Buch- und Marktwerten des Anlagevermögens bestehen.²⁾

Im Februar 1966 ist die neue "Company Bill" als Gesetzentwurf dem Unterhaus zugeleitet worden, die eine Erweiterung der bestehenden Publizitätspflichten vorsieht. So hat sich die Regierung bei der Ausarbeitung des Entwurfs einige der Vorschläge des JENKINS-Committee zu eigen gemacht. In Zukunft sollen alle wichtigen Personalveränderungen, die jährlichen Bezüge für den Vorsitz der Vorstände und in einer Gesamtsumme diejenigen des Direktoriums veröffentlicht werden. Genauere Angaben über die Beteiligungsverhältnisse werden obligatorisch. Der Umsatz und seine Aufgliederung in

1) Frank H. Jones, a.a.O., Seite 311

2) vgl. Jenkins-Report, a.a.O., Seite 40 ff.

die verschiedenen Produktionsbereiche ist zu veröffentlichen, ebenso die Höhe der Exportumsätze. Delikat ist die Pflicht, in Zukunft auch die an politische Gruppen und Parteien gewährten Spenden und Zuschüsse offenzulegen, eine Bestimmung, die auf die enge Verbindung der Industrie und "City of London" zur konservativen Partei anspielt.¹⁾

Weitergehende Forderungen, wie sie beispielsweise von ROSE²⁾ aufgestellt wurden, etwa die Erträge aus den Beteiligungen detailliert und in bestimmten Fällen auch die Eigentumsverhältnisse der Gesellschaft zu veröffentlichen, bleiben im Regierungsentwurf unberücksichtigt.

3. Chairman's speech (Rede des Vorsitzenden)

Eine vor allem in England bestehende Besonderheit der Publizitätsmittel ist in der "Chairman's speech" (Rede des Vorsitzenden) zu sehen. Sie gehört zwar de jure zur freiwilligen Publizität, ihre Veröffentlichung und Versendung an die Aktionäre ist inzwischen jedoch bei den meisten größeren Gesellschaften üblich geworden, so daß schon ein gewisser "moralischer" Druck dahintersteht.

Die Praxis, die Rede des Vorsitzenden zu veröffentlichen und an die Aktionäre zu versenden, hat sich während des letzten Weltkriegs entwickelt, als es nicht immer möglich war, ordnungsmäßige Hauptversammlungen abzuhalten. Inzwischen hat der sich seinerzeit unter dem Zwang der äußeren Verhältnisse entwickelte Brauch so sehr den Beifall der Aktionäre gefunden, daß die Rede des Vorsitzenden heute allgemein als wesentliches Informations- und Publizitätsmittel anzusehen ist, das an Gehalt die Informationen des

1) vgl. o.V.: "Englands Firmen sollen mehr aussagen", in: Handelsblatt Nr. 56 v. 22.3.1966, Seite 8

2) vgl. Harold Rose, a.a.O., Seite 56

Direktorenberichts erheblich übersteigt. Zudem ist die Rede des Vorsitzenden auf der Hauptversammlung (annual meeting), an die sich oft die Fragen der Aktionäre anschließen, eine der wichtigsten Kontaktmöglichkeiten zwischen Verwaltung und Aktionär geworden. Es ist dies auch die einzige offizielle Gelegenheit, bei der der Vorsitzende zu allen wichtigen wirtschafts- und handelspolitischen Fragen persönlich Stellung nehmen kann.

Eine Abgrenzung der "Chairman's speech" zu dem "report of directors" ist nicht ganz einfach; beide haben zwar im Grunde das gleiche Anliegen, nämlich neben der veröffentlichten Rechnungslegung den Aktionären und der Öffentlichkeit zusätzliche Aufklärung zu verschaffen. Man könnte aber sagen, daß der Bericht der Direktoren sich im wesentlichen nur mit den konkreten Problemen der Gesellschaft und den einzelnen Posten der Bilanz und der Gewinn- und Verlustrechnung beschäftigen soll, während die Rede des Vorsitzenden von allgemeinerer Natur ist. Eine andere Auffassung sieht den Unterschied vor allem darin, daß die Rede des Vorsitzenden ganz bewußt die persönliche Meinung des Betreffenden beinhalten soll, während der Bericht der Direktoren nur "objektive" Erläuterungen enthalten sollte.¹⁾

Die Zeitschrift "The Director", das offizielle Publizitätsorgan des "Institute of Directors", hat Überlegungen über den Mindestinhalt der Rede des Vorsitzenden angestellt und sieht folgende Auskünfte als wesentlich an:

- 1) Eine genaue Zusammenfassung der letztjährigen Geschäftsergebnisse, die allgemeiner gehalten werden kann als die Auskünfte des "report of directors";
- 2) Eine Stellungnahme zu allen wichtigen Änderungen der Bilanzpositionen und eine Erklärung zu all den

1) vgl. Frank H. Jones, a.a.O., Seite 449

Positionen, bei denen - nach Auffassung des Vorsitzenden - die Erklärung in der Bilanz und im "report of directors" nicht ausreichend sind;

- 3) Eine allgemeine Darstellung der geschäftlichen Maßnahmen des letzten Jahres, die Einzelheiten aller Probleme des Verkaufs und der Produktion enthalten sollten;
- 4) Einen ungefähren Überblick darüber, wieweit der öffentliche Haushalt, Streiks oder andere nationale Ereignisse die Ergebnisse der Gesellschaft beeinflusst haben oder voraussichtlich beeinflussen werden;
- 5) Einzelheiten über die Geschäftsergebnisse des laufenden Jahres und Aussichten für die Zukunft.¹⁾

Bei der Darstellung des Publizitätsgehaltes der Geschäftsberichte der Clearingbanken wird noch näher auf die Rede des Vorsitzenden eingegangen. Man wird an konkreten Beispielen die unterschiedliche Informationsfreudigkeit der einzelnen Banken sehen können. Dabei hat sich in letzter Zeit vor allem die Lloyds Bank durch einen gegenüber früheren Jahren erheblich verbesserten Geschäftsbericht ausgezeichnet.²⁾

c. Sonstige

Zu den sonstigen Publizitätsmitteln zählen alle Informationsträger, die bisher noch nicht behandelt worden sind. Während zu den gesetzlichen Publizitätsorganen vor allem die Hauptversammlung und das Auskunftsrecht des Aktionärs

1) vgl. Frank H. Jones, a.a.O., Seite 450

2) vgl. o.V.: "The Chairmen Report - to whom?", in: The Banker 1963, Seite 98 ff.

zählt, sind die häufig auf Pressekonferenzen gegebenen Auskünfte freiwilliger Natur. Der Informationsgehalt von Aktionärsbriefen oder anderen regelmäßigen Publikationen ist im allgemeinen sehr gering. Meist werden neben den wichtigsten Zahlenangaben, die nicht über das hinausgehen, was in den Bilanzen auch steht, kritische Anmerkungen zu bedeutenden bankbetrieblichen oder volkswirtschaftlichen Vorgängen abgegeben.

Auch der Publizitätsgehalt von sog. "Werbebilanzen", die in Form von Faltblättern in den Geschäftsräumen der Banken ausliegen oder der Kundschaft zugesandt werden oder von Halbjahresbilanzen, die die englischen Banken veröffentlichten, ist im allgemeinen äußerst gering und bleibt hinter demjenigen der Jahresbilanz und Gewinn- und Verlustrechnung zurück.

B. Das Bankwesen in Deutschland und England

Eine Klarstellung des Begriffs "Bank" ist in Deutschland relativ einfach, da die Kreditinstitute im allgemeinen aus ihren Funktionen heraus erklärt werden und das KWG (§ 1) alle Geschäfte, die nach Auffassung des Gesetzgebers zum Bankgewerbe gehören, erschöpfend aufzählt. Dazu zählen: das Einlagengeschäft, das Depotgeschäft, das Investmentgeschäft, die Eingehung der Verpflichtung, Darlehensforderungen vor Fälligkeit zu erwerben, das Garantiegeschäft und das Girogeschäft.¹⁾

Das englische Recht kennt dagegen keine Definition des Bankbegriffs. Dem Gesetzgeber ist es bisher noch nicht gelungen, "to prescribe the functions and powers of a banker".²⁾ Im § 23, Abs. 3 des 8. Anhangs zum Company Act 1948 heißt es lediglich, daß unter Banken diejenigen Wirtschaftsunternehmen zu verstehen sind, von denen der "Board of Trade" (Handelsministerium) der Ansicht ist, daß es Kreditinstitute sind. Die Art der Geschäfte, die eine bankmäßige Tätigkeit näher kennzeichnen könnten, wird aber nicht näher eingegrenzt.

Das Fehlen einer Definition des Bankbegriffs dürfte der pragmatischen Einstellung, die für die angelsächsischen Länder kennzeichnend ist, entsprechen. Hierdurch werden nach Möglichkeit grundsätzliche Festlegungen vermieden und die Einordnung der Dinge lieber dem Urteil des Ein-

1) Um einer Unternehmung die Eigenschaft einer Bank zu geben, genügt der Betrieb einer der in § 1, Abs. 1, Satz 2, Ziff. 1 bis 9 KWG aufgeführten Bankgeschäfte.

2) R.W. Jones: "Commercial Bank Legislation in England and Wales", a.a.O., Seite 58

zeln überlassen.¹⁾ So sagte z.B. Lord DENNING, Richter am "High Court" zu der Frage der Bankdefinition: "Wie viele andere Dinge läßt sich eine Bank viel leichter als solche erkennen als definieren. Ich bin der Ansicht, daß es im Zweifelsfalle erlaubt sein sollte, darauf zu achten, in welchem Rufe die Firma bei normalen, intelligenten Kaufleuten steht. Sollten diese sie als Kreditinstitut ansehen, dann sollte deren Urteil maßgebend sein."²⁾

Durch das Fehlen einer gesetzlichen Eingrenzung des Bankbegriffs sind in der englischen Literatur sehr unterschiedliche Begriffsbestimmungen anzutreffen. So wird beispielsweise die Breite der Skala des Wortes "Bank" von WHITTLESEY/FREEDMAN/HERMAN folgendermaßen umrissen: "At one extreme it (das Wort "Bank"; Anm. d. Verf.) is used to refer to a reserve fund used in gambling; at the other it is applied to the most conservative investment banking house."³⁾ Als typisch für die meist recht allgemeine und oberflächliche Beschreibung der Funktionen der Kreditinstitute in der englischen Literatur mag hier das Beispiel MACKENZIE's stehen, der die Bankgeschäfte beschreibt als "dealing in money and the instruments of credit".⁴⁾

-
- 1) vgl. Gustav Radbruch: Der Geist des englischen Rechts, Göttingen 1956, Seite 8 ff.
("Englischem Denken liegt es nicht, die Tatsachen mittels der Vernunft zu vergewaltigen, es sucht die Vernunft in den Dingen, Vernunft ist ihr "Natur der Sache". Dieser englische Tatsachensinn liebt es auch nicht, Entschlüsse zu gründen auf die Erwartung künftiger Tatsachen - er läßt die Tatsachen an sich herankommen, um sich erst dann zu entscheiden, wenn sie da sind."), Seite 8 f.
 - 2) zitiert aus: o.V.: "What is a Bank?", in: The Banker 1966, Seite 386
 - 3) Whittlesey/Freedman/Herman: Money and Banking: Analysis and Policy, New York/London 1963, Seite 75
 - 4) Kenneth Mackenzie: The Banking Systems of Great Britain, France, Germany and the United States of America, 4. Aufl. London 1960, Seite VII

Bei den Beratungen des JENKINS-Committee hat man sich eingehend darum bemüht, diesem "luftleerem" Raum ein Ende zu bereiten. Schließlich gelangte man aber - ebenso wie das COHEN-Committee zuvor - zu der Auffassung, daß in der Tat nicht eindeutig geklärt werden könnte, was unter einer Bank zu verstehen sei. Das "Committee" hat daher vorgeschlagen, daß es bei der bisherigen Regelung bleiben solle, daß aber der Board of Trade in regelmäßigen Abständen die einmal getroffene Entscheidung nachzuprüfen habe.

Im August 1966 waren 118 Institute als Banken anerkannt worden.

Wir haben es in dieser Arbeit aber nicht mit den Banken schlechthin zu tun, sondern mit den Großbanken, die in beiden Ländern die Rechtsform der Aktiengesellschaft haben. Sie unterliegen in Deutschland dem Aktiengesetz und in England dem "Company act" - von den noch zu behandelnden Ausnahmenvorschriften einmal abgesehen. Diese Großbanken¹⁾, auf deren Stellung im jeweiligen nationalen Bankensystem noch einzugehen sein wird, sind nach Art ihrer Tätigkeit den Geschäftsbanken (commercial banks) zuzuordnen. Dies bedeutet einmal, daß sie, wenn die Banken in erwerbswirtschaftlich, versorgungswirtschaftlich und gemeinwirtschaftlich orientierte Bankbetriebe unterteilt werden, wie dies bei OBST/HINTNER geschieht²⁾, zur ersten Gruppe gehören. Ihr Handeln geschieht vornehmlich aus erwerbswirtschaftlichen Motiven heraus.³⁾ Zum andern kommt hinzu, daß es sich

1) In Deutschland: Deutsche Bank, Dresdner Bank, Commerzbank

In England: Barclays Bank, Midland Bank, Lloyds Bank, National Provincial Bank, Westminster Bank

2) Obst/Hintner, a.a.O., Seite 254

3) Dies gilt auch für die englischen Clearingbanken, die "corporations" sind, "owned by stockholders, who are interested in the size of earnings and dividends, and whose welfare is a major concern of bank management." (Whittlesey, a.a.O., Seite 79)

weitgehend um Universalbanken handelt, die fast alle Sparten des Bankgeschäfts betreiben. Dies trifft allerdings auf die englischen Clearingbanken nicht in gleichem Maße zu, da dort die Bankgeschäfte auf mehrere Bankengruppen aufgeteilt sind - vor allem die Geld- und Kapitalmarktgeschäfte.¹⁾ Diese - für das englische Bankwesen typische - Spezialisierung hat sich in den letzten Jahren aber immer mehr verwischt; klare Grenzen zwischen Kreditinstituten, die den Markt mit kurzfristigen und solchen, die ihn mit langfristigen Kapital versorgen, gibt es nicht mehr.²⁾

Zusätzliches Merkmal der hier untersuchten Banken ist es, daß es sich um Filialgroßbanken handelt, die über ein weitgespanntes Filialnetz in ihren Ländern verfügen.³⁾

Damit ist die Charakterisierung der hier untersuchten Banken wie folgt gegeben:

- 1) Sie unterliegen im wesentlichen den Bestimmungen des Aktiengesetzes bzw. Company Act;
- 2) Es handelt sich um Geschäftsbanken (Commercial banks);
- 3) Es handelt sich um Filialgroßbanken.

I. Die Stellung und Bedeutung der Großbanken im deutschen Bankensystem

Das deutsche Bankwesen ist dadurch charakterisiert, daß es - im Gegensatz zu England - nicht die Tendenz zur Spezialisierung kennt. In der Bundesrepublik ist die Universalbank

-
- 1) vgl. Obst/Hintner, a.a.O., Seite 156
 - 2) vgl. Committee on the Working of the monetary System, London 1959, Seite 42 (im folgenden Radcliffe-Report genannt)
 - 3) Dies ist ein wesentliches Merkmal der Großbanken Englands und Deutschlands; hier liegt ein entscheidender Unterschied etwa zu den amerikanischen Banken (vgl. Gerald C. Fischer: Bank Holding Companies, New York and London 1961, Seite 1)

üblich, die möglichst alle Bankgeschäfte durchführt. "Zu dem Typ der Universalbank, welche nicht nur das Depositen- und kurzfristige Anlagengeschäft, sondern auch das Effektenkommissions-, kurzfristige Finanzierungs-, Gründungs-, und Emissionsgeschäft betreibt, tendiert auch eine Reihe von Kreditinstituten, die ursprünglich nur begrenzten Aufgaben dienen sollten, so in der Nachkriegszeit deutlich die Sparkassen und die Kreditgenossenschaften."¹⁾ Daraus ergibt sich, daß die Stellung der Kreditbanken, zu denen auch die Großbanken zählen, in Deutschland keineswegs so dominierend ist wie dies auf die Clearingbanken in England zutrifft. Wegen der Vielfalt der in Deutschland anzutreffenden Kreditinstitute, deren Aufgaben auch nicht klar voneinander zu unterscheiden sind, ist eine "Gliederung und Systematisierung des deutschen Bankwesens schwierig".²⁾

Die Großbanken verkörpern am reinsten den Typ der Universalbank. Sie gewähren einmal im Rahmen des Kreditgeschäfts kurzfristige Betriebskredite (Kontokorrent-, Diskont- und Lombardkredite) sowie mittel- und zum Teil auch längerfristige Investitionskredite; zum andern übernehmen sie Bürgschaften und Akzepthergaben. Ferner führen sie den Zahlungsverkehr und die Effektengeschäfte ihrer Kunden durch. Darüber hinaus betreiben sie in Verbindung mit dem übrigen Kreditgeschäft oder als selbständige Geschäfte das Emissions- und Beteiligungsgeschäft, ferner alle Arten von Effektengeschäften.

Die ehemalige Bank deutscher Länder hat für ihre bankstatistischen Veröffentlichungen eine Gliederung und Gruppierung der deutschen Kreditinstitute entwickelt, die ein geeignetes Mittel ist, um auf Grund der verfügbaren Zahlen eine Einordnung der Großbanken innerhalb des deutschen Kre-

1) Obst/Hintner, a.a.O., Seite 257

2) Obst/Hintner, a.a.O., Seite 257

ditwesens treffen zu können. Aus der Fülle des Zahlenmaterials sollen zwei, die Bedeutung der Großbanken kennzeichnende Zahlengruppen herausgegriffen werden.

Bei allen deutschen Bankengruppen betrug zum 31.12.1966 die Summe der Einlagen von Nichtbanken ca. 209 Mrd. DM, von denen auf die privaten Kreditbanken DM 63 Mrd., also etwa 30% entfielen. Der Anteil der Großbanken an den Einlagen der Kreditbanken betrug mit 34 Mrd. DM etwa 54%.

Bei der Gewährung kurzfristiger Kredite ist die Stellung der Kreditbanken und damit auch der Großbanken innerhalb des deutschen Bankwesens erheblich stärker. Von insgesamt per 31.12.1966 gewährten DM 77 Mrd. kurzfristigen Krediten an Nichtbanken entfielen auf die Kreditbanken DM 36 Mrd., wobei der Anteil der Großbanken DM 17 Mrd. betrug.¹⁾

Aus diesen Zahlen ergibt sich deutlich, daß die Stellung der Kreditbanken in Deutschland nicht zu vergleichen ist mit derjenigen der Londoner Clearingbanken im englischen Bankwesen. Dennoch läßt sich sagen, daß die effektive Bedeutung der deutschen Großbanken innerhalb des deutschen Bankwesens höher ist als ihr rein quantitativer Anteil.

"Die Stellung der Filialgroßbanken im Kreditsystem begründet sich in erster Linie auf ihren Einflußbereich, denn er bildet sowohl den Ausgangspunkt als auch das Ergebnis ihrer Geschäftspolitik und weist nach Art und Umfang wesentliche Unterschiede zu den übrigen Kreditinstituten auf. Er ist erfaßbar in gebietsmäßiger Hinsicht und in bezug auf personelle und kapitalmäßige Verbindungen."²⁾ Vor allem in den persönlichen Beziehungen und Verbindungen zur deutschen Großindustrie begründet sich ein wesentlicher Teil der Stellung der Großbanken. Dies wird einmal

1) Die Zahlen wurden den Monatsberichten der Deutschen Bundesbank vom März 1967 entnommen.

2) Karl-Josef Ehlen: Die Filialgroßbanken, Stuttgart 1960, Seite 15

sichtbar in den erheblichen Industriebeteiligungen, über die die Großbanken verfügen, und zum andern in der Zahl der von ihren leitenden Herren innegehabten Aufsichtsratsmandaten.

Bei dem Vergleich der wichtigsten Bankgeschäfte mit den Verhältnissen in England und insbesondere bei der Analyse der Bilanzstruktur wird über die Art der Geschäftstätigkeit der deutschen Großbanken mehr zu sagen sein.¹⁾

II. Die Organisation des englischen Bankwesens

a. Clearing Banks

Im englischen Bankwesen hat sich im Laufe der Zeit eine klare Vormachtstellung der Clearingbanken herausgebildet, welche - alle in der Londoner "City" beheimatet²⁾ - mit einem umfangreichen Filialnetz überall im Lande vertreten sind. Es sind dies die Banken, "with which the public in general deal"³⁾ und die vom "ordinary people"⁴⁾ mit der "Bank" schlechthin gleichgesetzt werden. Die Clearingbanken werden häufig auch wegen ihrer Rechtsform als "Joint Stock Banks" (Aktienbanken) bezeichnet.

1) vgl. Ausführungen Seite 100 ff.

2) Die Bezeichnung "City of London" ist in diesem Zusammenhang nicht geographisch gemeint, sondern als die in England übliche Zusammenfassung von "British Banking, Marchanting and Financing" (Paul Ferris: The City, Harmondsworth 1965, Seite 7) zu verstehen.

3) Report of the Committee on Finance and Industry, London 1931, Seite 33 (im folgenden Macmillan-Report genannt)

4) "When ordinary people talk about banks, they mean one of the "joint stock banks" or "clearing banks" whose names are to be seen, above stone facades, in every high street in the country." (Anthony Sampson: Anatomy of Britain today, London 1964, Seite 420)

Kreditinstitute in der Rechtsform der Aktiengesellschaft sind entstanden nach der Bankenkrise des Jahres 1825, die durch einen "run" auf die Bankschalter ausgelöst wurde. Es hatten seinerzeit so viele Banken ihre Schalter schließen müssen, daß sich die Regierung zu einer umfassenden Bankenreform entschloß. So wurde 1826 die rechtliche Möglichkeit geschaffen, Banken mit mehr als 6 Partnern zu gründen. Diese Banken hatten noch das Recht zur Notenausgabe, mußten aber außerhalb einer 65-Meilen-Grenze um London domizilieren. Der "Declaration act" von 1833 bestimmte dann, daß all diesen Joint Stock Banks das Recht zur Notenausgabe entzogen wurde, diese Banken dafür aber auch in London selbst gegründet werden durften. Dies war die eigentliche Geburtsstunde der heutigen Clearingbanken. Am 10. März 1934 wurde die erste Aktienbank in London (die "London und Westminster Bank") errichtet.¹⁾

Im Laufe der folgenden Jahre und Jahrzehnte wurden die in dieser Rechtsform gegründeten Kreditinstitute sehr erfolgreich und konnten daher überall in England und Wales ihr Niederlassungsnetz ausbauen.²⁾ Es war nicht nur die Größe, die Kapitalkraft und die Vorteile des Filialsystems, die den Erfolg der Aktienbanken in England gewährleisteten. Auch die von diesen Kreditinstituten betriebene Publizität trug wesentlich dazu bei.³⁾ Denn es waren zu dieser

1) vgl. Kenneth Mackenzie, a.a.O., Seite 17 ff.

2) "The Joint Stock Banks ... having in each case a large capital and substantial deposits, were in a better position to meet the financial needs of those engaged in industry and commerce. By means also of their branch system they were well fitted to extend banking facilities to the remotest part of the country. Consequently the private banks in most cases ceased doing business, or amalgamated with the Joint Stock institutions." (Kenneth Mackenzie, a.a.O., Seite 20)

3) "The movement towards joint-stock banking made great strides in the 19th century, and there is no doubt that this was largely due to the confidence engendered by the practice of joint-stock banks of publishing statements of their conditions." (H.C.F. Holgate: English-Bank Accounting, London 1948, Seite 19)

Zeit die Aktienbanken allein, die ihre Bilanzen veröffentlichten. Vor allem kleinere Banken und die Banken "in the provinces" publizierten meistens gar nichts. Gerade in den Zeiten der Bankenkrisen der Jahre 1857, 1866 und 1875 wurde der Wert regelmäßiger Veröffentlichungen durch Bilanzen aber sehr geschätzt, so daß damals zahlreiche Bankkunden zu den Aktienbanken überwechselten. Dies trug wesentlich zu der Vergrößerung dieser Bankengruppe und der zunehmenden Konzentration des englischen Bankwesens bei.

Die heutige bedeutende Stellung der elf Clearingbanken im englischen Kreditwesen zeigt sich darin, daß diese Institute etwa 80% des Bilanzvolumens aller englischen Banken auf sich vereinigen können. Die "big five" wiederum machen 6/7 der Clearingbanken aus. Die Bilanzsumme dieser Großbanken zeigte zum 31.12.1966 folgende Größenordnung (in Mill. £):

1. Barclays Bank	2.550	
2. Midland Bank	2.388	
3. Lloyds Bank	2.090	
4. Westminster Bank	1.471	
5. National Provincial Bank	1.291	1)

Der Name Clearingbanken erklärt sich daher, daß diese so bezeichneten Banken neben der Bank von England Mitglieder des Londoner "Clearing House" sind, einer Einrichtung zur beschleunigten Abrechnung gegenseitiger Forderungen. Der Geschäftsbereich der "Großen Fünf" erstreckt sich über England und Wales. Die meisten dieser Banken haben daneben aber noch Tochtergesellschaften, die die Bankgeschäfte in Schottland und Nordirland einerseits und in Übersee andererseits betreiben.²⁾

1) Nimmt man die Zahlen der jeweiligen konsolidierten Bilanz, verschiebt sich die Reihenfolge der Banken, da dann die Bilanzsumme der National Provincial Bank größer ist als diejenige der Westminster Bank.

2) vgl. H.W.Auburn: Das internationale Bankwesen, Frankfurt/Main 1960, Seite 19 ff.

Das wichtigste Geschäft der Londoner Clearingbanken ist "the receipt, transfer and encashment of deposits",¹⁾ also das Depositengeschäft und der damit eng verbundene bargeldlose Zahlungsverkehr. Die Sichteinlagen sind der bedeutenste Posten auf der Passivseite der Bankbilanzen dieser Banken; sie machen annähernd 60% der Gesamteinlagen aus. Charakteristisch für sie ist ihre Zinslosigkeit. Zusätzlich zu den Sichteinlagen nehmen die Banken auch Termineinlagen an, die im allgemeinen eine Kündigungsfrist von sieben Tagen haben. Für diese Einlagen wird ein Zinssatz vergütet, der in der Regel 2% unter der Bankrate der Bank von England liegt.

Die Aktivgeschäfte dieser Banken liegen vor allem in der Anlage der Einlagen in liquiden Aktiva (Kassenhaltung, Guthaben bei der Bank von England, Nostroguthaben und Ankauf von Handels- oder Schatzwechseln), die Hergabe von Krediten und schließlich im Erwerb langfristiger festverzinslicher Staatspapiere. Dabei sind zwei bemerkenswerte strukturelle Veränderungen der Anlagetätigkeit in neuerer Entwicklung zu beachten: einmal fällt die immer stärker werdende Schwerpunktverschiebung vom privaten Handelswechsel zum Schatzwechsel auf, und zum andern nimmt die in den fünfziger Jahren dominierende Stellung der Wertpapiere als "earning assets" zugunsten der Kredite immer mehr ab. Die Wertpapieranlagen waren in den dreißiger Jahren mit etwa 30% der Einlagen 1935 sehr erheblich und erreichten nach dem Krieg mit 34% der Einlagen im Jahre 1953 einen neuen Höhepunkt. Seitdem nimmt ihr Anteil aber stetig ab und betrug 1966 nur noch etwa 11% der Einlagen.

Die traditionelle Spezialisierung des englischen Bankwesens wurde in den letzten Jahren mehr und mehr durchbro-

1) Radcliffe-Report, a.a.O., Seite 43

chen. Die Versorgung der Industrie mit kurzfristigen Mitteln steht zwar für die Clearingbanken noch im Vordergrund, doch häufen sich in den letzten Jahren die Fälle, wo auch Clearingbanken langfristige Ausleihungen gewährten oder aber Emissionen durchführten¹⁾ und damit in die Bereiche der "Merchant Banks" (und hier speziell der "Issuing Houses") eindrangen. Hierdurch wird die Verbindung zur Industrie enger, wodurch sich vielleicht eines Tages auch die Beteiligungspolitik dieser Banken (die Clearingbanken haben im Gegensatz zu den deutschen Kreditbanken keine Industriebeteiligungen) ändern wird. Schließlich sei auch darauf hingewiesen, daß die Clearingbanken in den letzten Jahren eine Reihe von Teilzahlungsbanken erwarben, ihr Interessengebiet also auch auf diese Bankgeschäfte ausgedehnt haben.

b. Discount Houses

Der Londoner Diskontmarkt ist ein wesentlicher Teil des englischen Bankensystems und in dieser Form vielleicht einzig in der Welt. Er besteht aus 12 Diskonthäusern, die die "Discount Market Association" bilden. In der Fachsprache der "City" werden diese Diskonthäuser einfach "the market" genannt. Sie werden, von anderen Kreditinstituten unabhängig, in Form von Aktiengesellschaften geführt, wobei sie bemerkenswert einfach organisiert sind. Der RADCLIFFE Report schätzt die Zahl aller Angestellten zusammen auf nicht wesentlich mehr als 400. Das Geschäft der "Discount Houses" besteht darin, daß sie in der Regel kurzfristiges Geld aufnehmen, es aber dann nicht ganz so kurzfristig wieder ausleihen ("they lend short but borrow even shorter"²⁾); hinzu kommen in geringerem Umfang Erträge

1) vgl. George Pulay: "Clearing Banks as Issuers", in: The Banker 1965, Seite 724 ff.

2) Radcliffe Report, a.a.O., Seite 59

aus Makler- und Kommissionsgeschäften. Die Gewinne dieser Banken unterliegen allerdings sehr starken Schwankungen. Die Aufnahme und Ausleihung der kurzfristigen Gelder geschieht nämlich auf einem Markt mit unbeständigen und sehr flexiblen Zinssätzen, die in hohem Maße von der Diskontpolitik der Notenbank abhängig sind und daher keiner Beeinflussung der Diskonthäuser unterliegen. Wird die Bankrate z. B. gesenkt, erhöht sich der Gewinn der Diskonthäuser, da ja die Preise der "investments" steigen. Wird die Bankrate dagegen erhöht, fallen die Kurse und den Diskonthäusern entstehen Verluste.¹⁾ In schlechten Jahren wie etwa 1957 oder 1961 können diese Verluste so umfangreich werden, daß sie nur aus den Rücklagen der Banken gedeckt werden können.

Die Diskonthäuser versorgen auf der einen Seite die Regierung mit Kapital, da sie "treasury bills" und kurzfristige "government bonds" ankaufen; auf der anderen Seite versehen sie die Wirtschaft mit dem nötigen Kapital durch Ankauf von "commercial bills". Etwa die Hälfte der von den Diskonthäusern aufgenommenen Geldern kommt von den Londoner Clearing-Banken; der Rest stammt im wesentlichen von anderen "commercial banks", vornehmlich von den Akzepthäusern ("merchant banks"). Der größte Teil der angekauften Papiere bestand in den letzten Jahren bei den kurzfristigen Papieren aus Schatzwechseln.

Seit etwa dreißig Jahren haben die Diskonthäuser aber in zunehmendem Maße auch kurz- und mittelfristige Staatsanleihen angekauft. Im Jahre 1965 haben diese Staatsanleihen sogar zum erstenmal überhaupt die Schatzwechsel überundet.

1) Beispiele finden sich bei: Manning Dacey: The British Banking Mechanism, 5. Aufl., London 1964, Seite 49 ff.

Ein besonderes Verhältnis besteht zwischen den Diskonthäusern und der Bank von England. Diese gilt als ihre letzte Zuflucht ("the Bank will always lend to the Discount Houses at last resort"¹⁾). "Da im britischen System nur die Diskontbanken Zugang zur Zentralbank in ihrer Eigenschaft als "lender of the last resort" haben, fungieren diese Institutionen als praktisch einzige Schleusen von Zentralbankgeld in die Volkswirtschaft, und zwar in der Hauptsache über die Wertpapiere der öffentlichen Haushalte."²⁾ Jede der Diskonthäuser hat das Privileg, ein Überziehungskonto bei der Bank von England zu unterhalten. Das Funktionieren des Währungs- und Bankensystems in England beruht zu einem großen Teil darauf, daß die Diskonthäuser wissen, daß die Bank von England sie niemals im Stich lassen wird, falls an ihre Kassenreserven einmal plötzliche Anforderungen gestellt werden, die sie nicht erfüllen können. So unterhalten sie nur eine Kassenreserve von 8% ihrer Verbindlichkeiten; jedermann in der City weiß aber, daß die Diskonthäuser immer in der Lage sind, die aufgenommenen Gelder zurückzuzahlen, notfalls eben mit Hilfe der Bank von England. "Die Bank von England kann sich die Art und Weise aussuchen, wie sie den Markt mit flüssigen Mitteln versorgen will, sie kann auch die Konditionen bestimmen, zu welchen sie leihen will, aber sie wird es niemals ablehnen, überhaupt zu leihen."³⁾

c. Merchant Banks

Eine andere Gattung von Banken der "City" wird als "merchant bankers" bezeichnet. Es ist darunter aber keine ho-

1) o.V.: The British Banking System, London 1964, Seite 10

2) Herbert Weise: Probleme der Geld- und Kreditpolitik im Lichte des Radcliffe-Reports, Tübingen 1964, Seite 28

3) o.V.: The British Banking System, London 1964, Seite 11

mogene Bankengruppe zu verstehen, sondern der Ausdruck "merchant Banks" wird verwendet für "banks, who are not merchants, sometimes to merchants, who are not banks and sometimes to houses, who are neither merchants nor banks".¹⁾ FERRIS nennt sie eine "spezialised and slightly mysterious variety"²⁾. Ein Teil von ihnen sind einfach Privatbanken, die ähnliche Geschäfte wie auch die Clearingbanken tätigen; andere wiederum befassen sich nur mit ganz bestimmten Bankgeschäften. Viele dieser Bankiers sind die Nachkommen ehemaliger Kaufleute und Handelsherren, wobei ein bemerkenswert großer Teil ehemals aus Deutschland kam. Die "merchant bankers" haben den Ruf, die "Prinzen" der "City" zu sein oder werden als die "innere Bastion der Privatwirtschaft" bezeichnet.³⁾ OBST/HINTNER weisen darauf hin, daß diese Bankiers früher vorwiegend eigene Mittel eingesetzt haben und daher eine weitgehende Freiheit bei der Wahl ihrer Aktivgeschäfte hatten, während zwar heute mehr und mehr mit fremden Mitteln gearbeitet werden muß, der Anteil der fremden Mittel aber noch nicht so groß ist wie bei den Clearingbanken.⁴⁾ Wenn auch die meisten dieser Banken heute nicht mehr in der alten Form der Teilhaberschaft (partnership) sondern als GmbH. oder Aktiengesellschaft (private or public limited company) geführt werden, ist dennoch der Einfluß der alten Bankiersfamilien auf die Geschäftspolitik erheblich. Verglichen mit den Londoner Clearingbanken handelt es sich zwar um verschwindend kleine Institute, deren Einfluß ihre rein quantitative Bedeutung aber weit übertragt.

1) Edward J. Reid: "The role of the merchant banks today", in: Journal of the Institute of Bankers 1963, Seite 171

2) Paul Ferris, a.a.O., Seite 75

3) Anthony Sampson, a.a.O., Seite 431

4) Obst/Hintner, a.a.O., Seite 159

1. Accepting House

Die Elite der "merchant bankers" sind die 17 Akzepthäuser. Ihr Geschäft besteht hauptsächlich darin, gute Handelswechsel zu akzeptieren und sie damit zu international anerkannten und handelbaren Papieren zu machen. Um diese Funktion erfüllen zu können, unterhalten sie Verbindungen und Niederlassungen in allen wichtigen am Welthandel beteiligten Ländern. Einige von ihnen treten zusätzlich direkt als Händler von Gütern und Waren in Erscheinung.

Ein guter Handelswechsel, der die Unterschrift eines Akzepthauses trägt, verkörpert einen äußerst hohen Grad an Liquidität und wird zu denselben oder nur unwesentlich höheren Sätzen gehandelt als Schatzwechsel oder Staatsanleihen. Die Bank von England läßt sich in kurzfristigen Abständen von diesen Banken über ihre wirtschaftliche Entwicklung berichten, damit sie entscheiden kann, ob die tatsächliche Lage eines "Accepting House" auch dem Ruf und internationalen Ansehen dieser Banken entspricht, da eine Insolvenz ungeheueren Vertrauensschäden für alle englischen Banken zur Folge hätte.

Die Verbindung der Akzepthäuser zu den Diskontbanken ist naturgemäß äußerst eng. Ein großer Teil der Stellung Londons als eines der bedeutensten Bank- und Finanzzentren der Welt ist darauf zurückzuführen, daß gute Handelswechsel, die von einem Londoner Akzepthaus angenommen worden sind, durch den Diskontmarkt schnell und reibungslos verflüssigt werden können.

Eine besondere Stellung haben sich die Akzeptbanken in den letzten Jahren auf dem internationalen Geldmarkt erworben. Überseeische Handelsgesellschaften oder Banken legen ihre überschüssigen Gelder häufig durch diese Banken auf dem

Londoner Markt an. Einen besonderen Ruf hat dabei der "Euro-Dollar-Markt" gewonnen. Vor allem ist diesen Banken dabei zugute gekommen, daß sie traditionell zu vielen Ländern besonders enge Verbindungen unterhalten, wie beispielsweise Rothschild zu den kontinental-europäischen Ländern, Hambros zu Skandinavien oder Baring zu den süd-amerikanischen Ländern.

2. Issuing Houses

Eine andere wesentliche Gruppe der "Merchant Banks" sind die "Issuing Houses", die in der "Issuing Houses Association" zusammengeschlossen sind. Sie sind darauf spezialisiert, Neuemissionen für ihre Kunden durchzuführen. Ihre Aufgabe ist es, diese Emissionen beim Publikum oder anderen Anlegern unterzubringen. Dies geschieht meist auf einem gesonderten Markt an den Börsen, dem "New Issue Market", auf dem die Emissionshäuser mit anderen Bank- und Finanzorganisationen, so auch den Versicherungsgesellschaften, zusammen-¹⁾treffen.

Als Makler zwischen den Emittenten und den Kapitalgebern sind diese Banken beiden Teilen von Nutzen. Sie handeln für ihre Kunden als Ratgeber in praktisch allen Finanzierungsfragen, so z.B. bei "Fusionen, Umorganisationen, Kapitalisierungen von Reserven, Erwerb anderer Unternehmungen, Gründung von Niederlassungen ausländischer Unternehmen im Vereinigten Königreich".²⁾ Obwohl die Emissionsbanken in den seltensten Fällen für eigene Rechnung die neuaufgelegte Emission zeichnen, sind sie in letzter Konsequenz für den Erfolg oder Mißerfolg des Geschäfts allein verantwortlich.

1) vgl. zu den technischen Einzelheiten: Oscar R. Hobson: How the City works, London, 7. Aufl. 1962, Seite 108 ff.

2) Radcliffe-Report, a.a.O., Seite 78

In neuerer Zeit allerdings ist der "New Issue Market" nicht mehr die einzige Möglichkeit für die Unternehmen, langfristiges Kapital zu erhalten. Es gibt neue Institutionen, die vor allem dem kleinen Unternehmer helfen sollen, so z. B. die "Commercial Development Corporation" oder die "Charterhouse Industrial Development Co. Ltd."

Die Position der "Issuing Houses" ist in letzter Zeit vor allem durch die Clearingbanken angegriffen worden, die - auf der Suche nach neuen Betätigungsmöglichkeiten - bereits erste größere Emissionen durchführten (so z.B. die Westminster Bank 1965).¹⁾

d. Sonstige

Neben den bisher genannten und beschriebenen Kreditinstituten gibt es in England - wie in jedem anderen modernen Industrieland - eine große Zahl von Spezialinstituten, um die unterschiedlichen und differenzierten Wünsche der Wirtschaft zu erfüllen. Einige sonstige wichtige Bankengruppen sind:

1) Die "Overseas and foreign Banks", zu denen 75 Kreditinstitute zählen, die aber keine homogene Bankengruppe bilden. Einige sind englische Banken, die in London domizilieren, deren Geschäfte aber hauptsächlich in Übersee und dabei vor allem in den Ländern des Commonwealth liegen. Bei anderen Banken dieser Gruppe handelt es sich dagegen um Niederlassungen ausländischer Kreditinstitute.

Die wichtigsten Geschäfte dieser Banken stehen in engem Zusammenhang mit dem Außenhandel und seiner Finanzierung. Zum großen Teil tätigen diese Banken auch heute noch die Bankgeschäfte vieler Commonwealth-Mitgliedsländer und stellen

1) vgl. o.V.: "Should the Banker stick to his Last"?, in: the Banker May 1966, Seite 316, oder auch: Georg Pulay: "Clearing Banks as Issuers", in: the Banker 1965, Seite 734 ff.

dadurch einen wesentlichen Beitrag für die englische Zahlungsbilanz dar ("Invisible exports"¹⁾).

Darüber hinaus sind sie auf dem Londoner Geld- und Kapitalmarkt tätig, wobei sie als Anlage auch Staatsanleihen erwerben; einen großen Teil ihrer Mittel halten sie jedoch in liquider Form, um sich den schnell wachsenden Änderungen des internationalen Handels anpassen zu können.

2) Eine erst in den letzten Jahren bedeutend gewordene Bankengruppe sind die "Hire purchase and the finance houses" (Teilzahlungskreditinstitute), deren wesentliche Geschäftstätigkeit darin besteht, kurz- bis mittelfristige Kredite zum Erwerb langlebiger Gebrauchsgüter zur Verfügung zu stellen. Das hierfür von den Teilzahlungsbanken benötigte Kapital stammt zum größten Teil von privaten Einlegern. Da heute die überwiegende Zahl der bedeutenderen Teilzahlungsbanken Töchter der Clearingbanken sind, ist es nicht erstaunlich, daß diese Banken Refinanzierungshilfe leisten und die Entwicklung dieser Gruppe aufwärtsgerichtet ist. Geringere Beträge werden von ihnen auch durch Einschaltung der "Accepting Houses" beschafft.

3) Ebenso wie in Deutschland sind in den letzten Jahren das Investmentgeschäft und das Bauspargeschäft sehr populär geworden. Auf die Einzelheiten der "Investment" und "Unit" Trusts, von denen es mehr als 300 gibt, oder auf die englischen Bausparkassen ("Building societies") kann hier verständlicherweise nicht näher eingegangen werden.

4) Die Darstellung des englischen Bankwesens soll mit einigen Bemerkungen über das englische Sparkassenwesen abgeschlossen werden; dieses unterscheidet sich nämlich grund-

1) vgl. William M. Clarke: The City's invisible earnings, London 1958

sätzlich von demjenigen Deutschlands. Die englischen Sparkassen haben im englischen Bankwesen nur eine geringe Bedeutung und betätigen sich erst in jüngster Zeit und sporadisch auf dem Sektor der eigentlichen Bankgeschäfte. Sie leihen die ihnen anvertrauten Gelder nicht an die private Wirtschaft aus, sondern sie gewähren Kommunalkredite oder erwerben festverzinsliche Staatspapiere, wobei sich bei ihrer Anlagepolitik ein Verhältnis von 40% Regieranleihen und 60% kommunalen Wertpapieren und Hypotheken herausgebildet hat. Fast alle Wertpapiere und langfristigen Hypotheken enthalten eine Kündigungsklausel, die den Sparkassen das Recht gibt, die hier angelegten Gelder mit sechsmonatiger Frist zurückzufordern. Obwohl die Sparkassen durch die Bestimmungen des "Trustee Savings Act 1964" den Giroverkehr aufnehmen konnten und ihnen seit 1965 auch die passive Scheckfähigkeit gewährt wurde¹⁾, haben sie noch nicht den Charakter der deutschen Sparkassen, die man durchaus als Universalbanken bezeichnen kann, erreicht.

Es lassen sich zwei verschiedene Gruppen von Sparkassen in England unterscheiden: "The Post Office Savings Banks" und die "Trustee Savings Banks". Erstere ähneln in ihrer Wirkungsweise stark der gleichen Organisation in anderen europäischen Ländern. Die "Trustee Savings Banks" sind lokale Banken, die in den meisten größeren Städten Englands anzutreffen sind. Ihre gegenwärtige Zahl beträgt etwa 80 mit ca. 1.400 Zweigstellen und 10 Millionen Konten. Diese Sparkassen sind untereinander durch die "Trustee Savings Banks Association" verbunden; sie werden revidiert durch ein spezielles "Committee", das über seine Tätigkeit dem Parlament einen jährlichen Bericht zu erstatten hat.

1) vgl. Hans-Joachim Runge: "Passive Scheckfähigkeit der Trustee Savings Banks", in: Sparkasse Heft 1 1966, Seite 12 f.

C. Vergleich deutscher und englischer Bilanzierungs- und Bewertungsvorschriften bei veröffentlichten Bilanzen

Es ist das Kennzeichen der deutschen und englischen Banken, daß sie in mancher Hinsicht von der für Aktiengesellschaften gültigen Gesetzgebung befreit sind. Vor allem einige der für die Publizität wichtigsten Gesetzesbestimmungen gelten für Banken - vor allem in England - nicht. Um die Unterschiede der Bankenpublizität zu der Berichterstattung der anderen Unternehmen besser herausarbeiten zu können, sollen im folgenden zunächst die wichtigsten Bilanzierungs- und Bewertungsgrundsätze in Deutschland und England dargestellt werden. Auf die Sondervorschriften für Banken wird dann in einem gesonderten Abschnitt eingegangen.

I. Allgemeine Bilanzierungsgrundsätze

In Deutschland ist Grundlage jeder Bilanzaufstellung eine Buchführung, die den Grundsätzen ordnungsmäßiger kaufmännischer Buchführung und Bilanzierung entspricht. Sie soll den Grundsätzen ordentlicher und ehrenwerter Kaufleute und den gesetzlichen Bestimmungen entsprechen und handels- und steuerrechtliche Beweiskraft besitzen. Zudem sollte sich ein Außenstehender ein Bild über die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Unternehmens machen können.

Diese Grundsätze haben nach HEINEN¹⁾ den Charakter "grundlegender Ordnungsvorschriften", das heißt, daß sie allen anderen Prinzipien, die für die Buchführung und Bilanzierung zu beachten sind, übergeordnet sind. Sie entsprechen dem, was ordentliche und ehrenwerte Kaufleute als "gesunde

1) Edmund Heinen: Handelsbilanzen, a.a.O., Seite 65

Bilanzierungspraxis empfinden".¹⁾ Das geschriebene Recht, das als äußerer Maßstab für die Einhaltung der GoB dient, ist nichts anderes als eine "Kodifizierung des kaufmännischen Brauches".²⁾

Der Ausdruck GoB ist vom Gesetzgeber an verschiedenen Stellen aufgeführt (z.B. §§ 38 HGB, 149 AktG, 5 EStG), wobei vor allem die Vorschriften des Aktiengesetzes als unmittelbare Quelle angesehen werden. Sie spielen auch bei Banken eine wichtige Rolle, "da einerseits die wirtschaftlichen und rechtlichen Tatbestände und Vorgänge im Bankbetrieb sehr vielgestaltig und differenziert sind und andererseits der Gesetzgeber nur die für alle Wirtschaftszweige geltenden Normen allgemeiner Art für die wichtigsten Regelfälle aufstellen kann".³⁾ Daher kommt es, daß sich die GoB bei einzelnen Geschäftszweigen schon so weit spezialisiert haben, daß man im Falle der Banken bereits von Grundsätzen ordnungsmäßiger Bankbilanzierung spricht, "die sich nicht oder nicht in vollem Umfange mit den allgemeinen Grundsätzen ordnungsmäßiger Bilanzierung decken".⁴⁾ Vor allem bei den Forderungen (Bildung von Sammelwertberichtigungen) und Wertpapieren (verschiedene Methoden zur Ermittlung des Niederstwertes) haben sich typische nur im Bankwesen vorkommende Bilanzierungs- und Bewertungsgrundsätze herausgebildet.

Materielle und formelle Bedeutung für die GoB haben die gestaltenden Bilanzierungsprinzipien, zu denen vor allem das Prinzip der Vorsicht gehört. Es entspricht einer allgemeinen kaufmännischen Verhaltensweise, die für Krisen-

1) Adler/Düring/Schmaltz: Rechnungslegung und Prüfung der Aktiengesellschaft, 3. Aufl. Stuttgart 1957, Seite 148

2) Edmund Heinen: Handelsbilanzen, a.a.O., Seite 66

3) Heinrich Birck: Die Bankbilanz, a.a.O., Seite 17

4) Heinrich Birck: Die Bankbilanz, a.a.O., Seite 19

zeiten auf eine Ansammlung von Reserven abzielt. Zudem kann der in jeder Bewertung liegenden Unsicherheit am besten dadurch begegnet werden, indem man von Anfang an einen Wertansatz wählt, der möglichst schon alle Risiken mitberücksichtigt. Außerdem entspricht das Vorsichtsprinzip dem Gedanken des Gläubigerschutzes, der die Erhaltung der Haftungssubstanz des Unternehmens zum Ziel hat. Gläubiger und Unternehmer sind daher in gleicher Weise an einer vorsichtigen Bewertung interessiert. Darüberhinaus liegt aber der Grundsatz der Vorsicht auch im Interesse der Allgemeinheit. Es besteht eine volkswirtschaftliche Notwendigkeit, daß vor allem Großunternehmen dieses Prinzip einhalten.¹⁾

LEFFSON²⁾ weist darauf hin, daß frühere Generationen vor allem die "verhängnisvollen Folgen der Überwertung von Vermögenswerten" vor Augen hatten; daraus erklärt sich, seiner Ansicht nach, die besondere Bedeutung, die man dem Vorsichtsmotiv in Literatur und Praxis beimaß, während "wir heute mit wachsenden Bedenken die Verfälschung der Jahresabschlüsse durch stille Rücklagen betrachten". Daher wurde das Vorsichtsprinzip durch die neuen Bewertungsbestimmungen des AktG 1965 dahingehend modifiziert, daß man von den Bewertungsvorschriften als Höchstwertnormen Abstand nahm und sich zu einem Bewertungsverfahren nach "Festwerten" entschlossen hat.³⁾

Der Grundsatz der Bilanzklarheit ist im § 149 AktG niedergelegt. Danach muß der Jahresabschluß klar und übersichtlich aufgestellt werden und "im Rahmen der Bewertungsvorschriften einen möglichst sicheren Einblick in die Vermö-

1) vgl. Edmund Heinen: Handelsbilanzen, a.a.O., Seite 72

2) Ulrich Leffson: Die Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung, Düsseldorf 1964, Seite 267

3) vgl. Karl Heinz Forster: "Vom Gläubigerschutz zum Aktionärschutz - der Wandel in den Bewertungsbestimmungen des Aktienrechts", in: WPg 15/16 1964, Seite 426

gens- und Ertragslage der Gesellschaft geben." Zu den Erfordernissen der Bilanzklarheit gehören:

- "1. Eindeutige, sachlich zutreffende Bezeichnung des Inhaltes der einzelnen Bilanzposten;
2. Aufgliederung nach wirtschaftlichen Zwecken, für die die einzelnen Vermögens- und Kapitalteile im Betrieb eingesetzt sind (Funktionen und Aufgaben);
3. Auseinanderhaltung der wesensverschiedenen Vermögens- und Kapitalteile (natürliche Arten, rechtliche Bindungen und spezifische Risiken);
4. Vollständige Angabe aller Vermögens- und Kapitalbestände, die in Betrieb und Unternehmung investiert sind;
5. Sichtbarmachung der Bewertung aller Bilanzposten, insbesondere aller Vermögensteile."¹⁾

Die Erfordernisse der Bilanzklarheit ergeben sich zum großen Teil aus den Gliederungsvorschriften der Bilanz und der Erfolgsrechnung der §§ 151 und 157 AktG.

Der Grundsatz der Bilanzkontinuität erfordert eine unveränderte Übernahme des Wertansatzes der vorangegangenen Schlußbilanz in die folgende Eröffnungsbilanz (formelle Bilanzkontinuität) und eine Gleichheit der Bemessungsmethode (materielle Bilanzkontinuität).

Der Grundsatz der Bilanzwahrheit, eines der schwierigsten Probleme der Bilanztheorie, wird im folgenden noch gesondert erörtert.

Auch in England haben sich die Prinzipien ordnungsmäßiger Buchführung und Bilanzierung aus den Gepflogenheiten ehrbarer und ordentlicher Kaufleute entwickelt. Die ersten

1) Walter Le Coutre: Grundzüge der Bilanzkunde, Teil 1, 4. Aufl. Wolfenbüttel 1949, Seite 248 f.
("Bilanzklarheit ist stets in vollem Maße möglich, sobald sie der die Bilanz aufstellende Unternehmer nur will. Aber er will sie meistens gar nicht. Hier liegt kein Problem aus der Natur der Bilanz vor, sondern höchstens ein Problem der Unternehmerpsychologie.")

Vorschriften über die Rechnungslegung für Kapitalgesellschaften waren im "Joint Stock Companies Act 1856" enthalten und forderten das Führen von Aufzeichnungen, die Vorlage einer Bilanz und ihre Prüfung, einen Prüfungsbericht und die Verpflichtung der Gesellschaft, die Bilanz 10 Tage vor der Hauptversammlung jedem Aktionär zuzustellen. Bestimmungen über das Aussehen der Bilanz oder nähere Spezifizierung der Anforderungen an die Aussagekraft des Abschlusses gab es allerdings noch nicht. Dies wurde dem Bilanzprüfer überlassen, wobei der "Company Act 1900" zusätzlich forderte, daß der Prüfer mit seiner Unterschrift die Ordnungsmäßigkeit des Jahresabschlusses zu bestätigen hatte.

Der englische Gesetzgeber hat sich lange Zeit gescheut, bindende Bilanzierungsgrundsätze, Bewertungs- und Publizitätsvorschriften zu erlassen, weil dies zum einen als Verstoß gegen die herrschende liberalistische Wirtschaftsordnung und Rechtsauffassung galt (der "Joint Stock Act 1856" war z.B. gekennzeichnet durch "supreme faith in the virtues of laissez faire"¹⁾), und es zum andern nicht dem englischen Wesen entspricht, "Grundsätze solcher Art zu kodifizieren".²⁾ Erst der Company Act 1929 legte genau fest, in welchen Zeitabständen eine Bilanz veröffentlicht werden muß und welche Informationen sie im einzelnen zu enthalten habe. Den Bestimmungen der §§ 39, 40 HGB entspricht im Company Act 1948 der § 147 (1), in dem es heißt:

"(1) Jede Gesellschaft hat dafür zu sorgen, daß ordnungsmäßige Bücher geführt werden. In diesen sind aufzuzeichnen

-
- 1) Charles Anderson: "Company Law off Course", in: the Banker, März 1966, Seite 158
 - 2) Alfred Weiß: "Die Rechnungslegungsvorschriften des Company Act 1948", a.a.O., Seite 61

- a) alle Geldbeträge, welche die Gesellschaft einnimmt und ausgibt, sowie die Geschäftsvorfälle, für welche die Gelder eingingen und ausgingen;
 - b) alle Verkäufe und Käufe von Waren durch die Gesellschaft;
 - c) die Aktiven und Passiven der Gesellschaft.
- (2) Im Sinne des vorstehenden Absatzes gelten Geschäftsbücher nur dann als ordnungsmäßig im Hinblick auf die aufgeführten Tatbestände, wenn sie ein wahres und faires Bild von der Lage der Gesellschaft geben und deren Geschäfte klarlegen." 1)

Nach den Empfehlungen des "Institute of Chartered Accountants" erfordert das Prinzip der Bilanzklarheit nicht nur, daß die Geschäftsvorfälle und Abschlußposten der Höhe nach richtig sind, sondern daß aus den Büchern auch klar erkannt werden muß, was im einzelnen dargestellt wird, d.h. daß die Bilanzposten sachlich richtig bezeichnet werden.²⁾ Eine Reihe wesentlicher Angaben werden in englischen Bilanzen durch Anmerkungen zur Bilanz oder zur Gewinn- und Verlustrechnung, aber auch durch beigefügte Erläuterungen und im angefügten Bericht der Direktoren gemacht. Die Klarheit des Bilanzabschlusses wird zwar hierdurch gefördert, dennoch muß die Erfüllung des Prinzips der Bilanzklarheit in England als unvollkommen bezeichnet werden, da der Gewinn nur mangelhaft auf seine Herkunft analysiert wird und auch eine in die Tiefe gehende Bilanzgliederung fehlt.

Dem Vorsichtsprinzip als Bilanzierungsgrundsatz entspricht in England das Prinzip des "understatement". Dieses Prinzip leitet sich aus der Ungewißheit von Zukunftserwartun-

-
- 1) "Wahres und faires Bild" wird in Zukunft unübersetzt als "true and fair view" übernommen, da vor allem die Übersetzung von "fair" Schwierigkeiten bereitet.
 - 2) vgl. The Institute of Chartered Accountants in England and Wales: General Principles of Auditing, London 1961, Seite 3

gen her, die in der vorsichtigen Bewertung der Vermögenswerte ihren sichtbaren Ausdruck findet.¹⁾ Vor allem in den ersten Jahrzehnten dieses Jahrhunderts war dieser Grundsatz der alleinig vorherrschende, wobei auch der Gedanke des Gläubigerschutzes mit in die Betrachtung einbezogen wurde. STAHL spricht von einer "Gesetzgebung zur Verhinderung der Veröffentlichung irreführender Abschlüsse".²⁾ Erst, als das Prinzip des "understatement", das inzwischen weitgehend als "conservative"³⁾ gilt, mit der stärker werdenden Forderung nach verbesserter Publizität nicht mehr in Übereinstimmung zu bringen war, hat man sich durch die Neufassung des Gesetzes (Company Act 1948) bemüht, den Interessen der Aktionäre und der Öffentlichkeit verstärkt Rechnung zu tragen. Im COHEN-Report heißt es hierzu: "Wir haben bei unseren Empfehlungen nicht im Auge gehabt, dem erfolgreichen und ehrenwerten Unternehmer Fesseln anzulegen; andererseits haben wir eine Reihe von Vorschlägen aufgenommen, die sicherstellen sollen, daß Aktionäre und Gläubiger der betreffenden Gesellschaften wie auch die Öffentlichkeit soviel Aufschluß, wie sie vernünftigerweise verlangen können, erhalten."⁴⁾ Der Ge-

-
- 1) vgl. Frank H. Knight: Risk, Uncertainty and Profit, 5. Aufl. London 1940, Seite 202
("We do not perceive the present as it is and its totality, nor do we infer the futures from the present with any high degree of dependability, nor yet do we accurately know the consequences of our own actions. In additions there is a fourth source of error to be taken into account, for we do not execute actions in the precise form in which they are imagined and willed.")
 - 2) Günter Stahl: Der Ausweis von Bildung von Reserven in der Entwicklung des Bilanzrechts englischer Aktiengesellschaften, Diss. Nürnberg 1962, Seite 75
 - 3) Kenneth MacNeal: "Whats wrong with Accounting?" in: W.T. Baxter/S. Davidson: Studies in Accounting Theory, London 1962, Seite 60
 - 4) Cohen-Report, a.a.O., Seite 8

setzgeber hat die Empfehlungen dieses Ausschusses in das neue Gesetz aufgenommen, das nun im § 149 C.A. 1948 fordert:

- "(1) Jede Bilanz muß einen "fair and true view" von der Geschäftslage der Gesellschaft zum Ende ihres Geschäftsjahres und jede Gewinn- und Verlustrechnung einen "fair and true view" vom Gewinn oder Verlust der Gesellschaft für das Geschäftsjahr geben."

Er hat sich aber mit der Formulierung des Allgemeingrundsatzes "fair and true view" begnügt und das Aufstellen von "allzu starren Regeln vermieden".¹⁾ Allerdings haben diese Vorschriften zu einer Einschränkung der Bilanzierung nach dem Vorsichtsprinzip geführt. Die ausdrückliche Forderung der Bilanzwahrheit wird verstärkt durch ein klares Verbot stiller Reserven.²⁾ Die Handhabung in der Praxis ist allerdings noch recht uneinheitlich. Sie hängt stark von der persönlichen Einstellung des jeweiligen Wirtschaftsprüfers ab, wobei aber in den letzten Jahren das Anlegen strengerer Maßstäbe als früher beobachtet werden kann.

II. Die Bewertungsvorschriften

Über die Bedeutung der Bewertungsvorschriften für die Bilanzaufstellung kann im Rahmen dieser Untersuchung naturgemäß nicht ausführlich gesprochen werden. Ein Hinweis mag

1) Alfred Weiß, a.a.O., Seite 61

2) Zum generellen Verbotsgrundsatz der stillen Reserven haben im wesentlichen die schlechten Erfahrungen beigetragen, die man 1931 im Falle der Royal Mail Steam Paket Comp. gemacht hat. Diese Gesellschaft hatte in den Zeiten des Schifffahrts-Boom (bis etwa 1920) aus ihren Gewinnen umfangreiche stille Reserven angehäuft, die in der Bilanz in der Position "verschiedene Gläubiger" ausgewiesen wurden. In den Jahren der Depression 1921 - 1927 wurden trotz erheblicher Verluste Dividenden ausgeschüttet und die Aktionäre damit über die wahre Lage des Unternehmens hinweggetäuscht, indem man diese stillen Reserven wieder auflöste.

genügen. Die Werte, mit denen die Aktiva und Passiva in der Bilanz angesetzt werden, sind von "vital importance"¹⁾, da sie direkt die Höhe des Gewinns bzw. Verlustes beeinflussen. Da die Aussagekraft veröffentlichter Bankbilanzen in erheblichem Umfang von den angewendeten Bewertungsmaßstäben abhängt, haben wir uns im folgenden mit den in Deutschland und England geltenden Bewertungsbestimmungen auseinanderzusetzen. Dies ist umso mehr notwendig, als die Banken in beiden Ländern in mehr oder weniger starkem Umfang von den für die anderen Unternehmen geltenden Bewertungsvorschriften befreit sind, also Privilegien genießen, die den Informationsgehalt der veröffentlichten Rechnungslegung erheblich beeinträchtigen. Auf eine Darstellung der in beiden Ländern geltenden Bewertungsbestimmungen kann insofern nicht verzichtet werden, da das Ausmaß der Ausnahmestellung der Banken nur dann voll erkannt werden kann, wenn man die für Banken getroffene Sonderregelung mit den für andere Gesellschaften gültigen Vorschriften vergleicht.

Während sich in Deutschland eine fest umrissene Bewertungslehre entwickelt hat (HEINEN z.B. nennt als vier generelle Bewertungsgrundsätze das Realisationsprinzip, das Zeitwertprinzip, das Niederstwertprinzip und das Höchstwertprinzip²⁾) gibt es in England keine umfassenden Bewertungsbestimmungen. Der englische Gesetzgeber hat sich mit der Aufstellung einiger Grundforderungen (z.B. der Forderung nach Bilanzwahrheit) begnügt, überläßt es aber im übrigen dem Urteil des jeweiligen Bilanzbuchhalters, welche Werte in die Bilanz eingestellt werden. Eine Kontrolle ist jedoch insofern gegeben, als eine abweichende Auffassung des Prüfers im Prüfungsbericht darzulegen ist; dieser ist auch der Öffentlichkeit zugänglich.

1) P.D. Leake: Balance Sheet Values: The Limitation of Industrial Accounting, 4. Aufl., London 1947, Seite 2

2) Edmund Heinen: Handelsbilanzen, a.a.O., Seite 70 f.

a. Die Bewertung der Vermögenswerte

1. Das Anlagevermögen (fixed assets)

Eine allgemeine Grundlage für die Bewertung gibt in Deutschland der § 40 HGB, der aber als exakte Bewertungsvorschrift nicht ausreicht. Es wird insbesondere durch die Bestimmungen des AktG 1965 (§§ 153 ff.) ergänzt, die als eine detaillierte Interpretation des § 40 HGB anzusehen sind. Zwar finden diese Vorschriften zwingende Anwendung nur für Aktiengesellschaften, werden in der Praxis im allgemeinen auch von den anderen Unternehmen angewendet.

Nach den Bewertungsvorschriften des AktG sind unterschiedliche Wertansätze für das Anlage- und Umlaufvermögen erforderlich. Die Gegenstände des Anlagevermögens sind zu den Anschaffungs- oder Herstellungskosten, vermindert um Abschreibungen oder Wertberichtigungen, anzusetzen. Neu ist die im § 154 AktG vorgenommene Regelung, wonach zwischen planmäßigen und außerplanmäßigen Abschreibungen unterschieden wird. Soweit für das Anlagevermögen eine zeitlich begrenzte Nutzungsdauer anzunehmen ist, muß nach einem besonderen Abschreibungsplan vorgegangen werden. Um aber dem "Imparitätsprinzip" zu entsprechen, können auf alle Gegenstände des Anlagevermögens außerplanmäßige Abschreibungen oder Wertberichtigungen vorgenommen werden. Ebenso wie bei den früheren Bestimmungen (AktG 1937) kann der einmal angesetzte niedrigere Wert beibehalten werden, auch wenn die Gründe, die zu den außerplanmäßigen Abschreibungen geführt haben, nicht mehr bestehen. Eine gegenüber früher erhebliche Verschärfung bedeutet es, daß nunmehr im Geschäftsbericht zu den einzelnen Positionen des Anlagevermögens die Abschreibungen und Wertberichtigungen anzugeben sind und wesentliche Änderungen der Bewertungs- und Abschreibungsmethode zu erörtern sind.

Durch das AktG 1965 wurden die bisherigen Freiheiten bei der Bewertung erheblich eingeengt. Der Bildung und Auflösung stiller Reserven wurden feste Grenzen gesetzt. Während man bisher beim Wertansatz der Vermögenswerte von Höchstwerten ausging, die nicht überschritten aber fast beliebig unterschritten werden durften, verbietet das neue Aktiengesetz nicht nur Überschreitungen, sondern setzt auch verbindliche Werte nach unten fest, so daß hier von einer Bewertung nach dem "Festwertverfahren"¹⁾ gesprochen wird.

Auch in englischen Bilanzen wird zwischen Anlage- und Umlaufvermögen unterschieden; dies wurde allerdings den englischen Gesellschaften erst auf die dringenden Empfehlungen des COHEN-Committee zur Pflicht gemacht. Eine solche Aufteilung soll jedoch nicht schematisch erfolgen, sondern den in den verschiedenen Geschäftszweigen erforderlichen Gegebenheiten angepasst werden. Der "Board of Trade" meint dazu: "Die Aufteilung der Vermögenswerte in Anlage- und Umlaufvermögen ist nicht immer durchführbar und führt oft zu einem falschen Bild. Wo die Einordnung in Anlage- oder Umlaufvermögen kein klares Bild ergibt, braucht eine solche nicht zu erfolgen, die Natur der Aktiva sollte aber dennoch klar zum Ausdruck gebracht werden."²⁾

Die Hauptanforderung, die das Gesetz an die Bewertung des Anlagevermögens stellt, ist, daß klar zum Ausdruck kommt, auf welche Weise man zu der in der Bilanz ausgewiesenen Größe gekommen ist. Hierzu heißt es im § 5 Company Act 1948:

"(1) Der Einzelbetrag eines jeden Gegenstandes des Anlagevermögens ist nach folgendem Absatz zu ermitteln als Differenz zwischen:

1) Karl Heinz Lehmann: Aktienrechtsreform 1965 (herausgegeben von der Dresdner Bank AG), Mondorf 1965, Seite 7

2) Frank H. Jones, a.a.O., Seite 25

- a) dem Anschaffungspreis oder, wenn er auf Grund einer Bewertung (valuation) zu Buche steht, den Betrag dieser Bewertung; und
- b) dem Gesamtbetrag der Abschreibungen für Abnutzung oder Wertminderung seit dem Zeitpunkt der Anschaffung oder der Bewertung (valuation)."

Eine klare Bestimmung, welcher dieser beiden Werte einzustellen ist, fehlt im Gesetz. In der Praxis hat sich weitgehend der Grundsatz der "historical-cost-basis" (Anschaffungswertprinzip) durchgesetzt.

In einer Würdigung dieses Prinzips stellt das "Institute of Chartered Accountants" fest: "Ein wichtiger Gesichtspunkt der "historical-cost-basis" bei der Anfertigung der jährlichen Bilanzen ist es, daß das Ausmaß der Beeinflussung der Bilanzen durch die persönlichen Ansichten derjenigen, die für die Bilanz verantwortlich sind, auf ein Minimum beschränkt ist."¹⁾ Wichtiger als die eigentliche Bewertungsmethode selbst ist es dem Gesetzgeber, daß die Veränderung der Bewertungsmethode genauestens angegeben werden muß. Darüberhinaus besteht die Vorschrift, bei jeder Position des Anlagevermögens die angewendete Bewertungsmethode zu nennen (8. Schedule, § 4, Abs. 3). Besonders interessant im Vergleich zu den deutschen Vorschriften ist die Bewertung der Wertpapiere, falls sie eindeutig zum Anlagevermögen zu rechnen sind. Das Gesetz verlangt, daß bei den an der Börse notierten Papieren auch der Marktwert zu veröffentlichen ist, wenn dieser vom Bilanzwert abweicht (8. Schedule, § 11, Abs. 8).

Stille Reserven sind grundsätzlich weder im Anlage- noch im Umlaufvermögen erlaubt. Abschreibungen, die nach Meinung der Direktoren über das erforderliche Maß hinausge-

1) Jenkins-Report, a.a.O., Seite 130

hen, sind als Rücklagen und nicht als Wertberichtigungen zu behandeln. Das gleiche gilt für zu reichlich bemessene Rückstellungen.¹⁾

In England wird in den letzten Jahren darüber diskutiert, ob die "historical-cost-basis" eine geeignete Bewertungsmethode ist, um den Aktionär hinreichend zu informieren, wie sein dem Unternehmen zur Verfügung gestelltes Kapital im Unternehmen verwendet wurde. Der Nachteil dieses Bewertungsprinzips wird einmal darin gesehen, daß es durchaus zweifelhaft ist, ob diese Bewertung mit dem Verbot der stillen Reserven zu vereinbaren sei, da zahlreiche Gesellschaften den Buchwert ihres Anlagevermögens nach Einführung des C.A. 1948 nicht geändert hätten; zum andern sei die Erfüllung des Prinzips der Bilanzwahrheit in Frage gestellt, da die in der Bilanz stehenden Werte oft nur noch geringen Bezug zum Gegenwartswert hätten.²⁾ So wird häufig vorgeschlagen, neben dem Anschaffungswert auch den Tageswert anzugeben. Auch wird im Zusammenhang mit der leicht inflationären Entwicklung der letzten Jahre die Bewertung zum Wiederbeschaffungswert diskutiert.³⁾ Hier scheiden sich allerdings die Geister. Während vor allem die englischen Wirtschaftsprüfer eine Bewertung auf der Basis der Anschaffungskosten wünschen und in diesem Punkt mit der gegenwärtigen

1) vgl. Günter Stahl, a.a.O., Seite 126

2) vgl. R. S. Waldron: "The Company Balance-Sheet - can it really tell a story?", in: the Accountant's Magazine 1963, Seite 48

3) vgl. Harold Rose, a.a.O., Seite 38 f. oder auch Harold Wincott, (a.a.O., Seite 55) der auf die Gefahr zu hoher Dividenden bzw. zu niedriger Abschreibungen hinweist, so daß "customers, employees and shareholders of such a company may be quite unwittingly consuming the substance of the business."

Handhabung durchaus zufrieden sind, wird eine Bewertung zu Wiederbeschaffungswerten vom "National Institute of economic and social research" bejaht.¹⁾

Auch der JENKINS-Report hat sich mit dieser Frage beschäftigt; er gelangt zu der Auffassung, daß der Wiederbeschaffungswert²⁾ vor allem in den Fällen technischen Fortschritts zu Mißverständnissen führen müsse, da ja keine Vergleichsmöglichkeiten bestünden. Auch der Tageswert wird mit folgender Begründung abgelehnt: "Die Aufgabe des Vorstandes ist es, das Unternehmen zu leiten, nicht aber Käufer für die Vermögenswerte des Unternehmens zu finden; wir sind der Auffassung, daß es unvernünftig wäre, der Geschäftsleitung aufzuerlegen, periodische Untersuchungen darüber anzustellen (auch wenn dies für die Aktionäre nützlich wäre), ob eine mögliche alternative Verwendung der Grundstücke und Gebäude bestehen könnte."³⁾

-
- 1) vgl. Report of a joint exploratory Committee: Some accounting terms and concepts, Cambridge 1951, Seite 29 f. ("The economist argues that it is the productive capacity of an enterprise that must be maintained intact, and that this position could be achieved by calculating the depreciation provisions on the basis of original cost only if price levels were stable. Since such stable price levels are most unusual, economists consider that the maintenance of production capacity (or, in other words, the keeping of "real" capital intact) is more likely to be achieved if depreciation provisions are calculated by reference to replacement rather than original cost of fixed assets.")
 - 2) Die Frage von Geldwertänderungen und ihre Folgen für die Bilanzpolitik ist bei Banken ohne große Bedeutung, da ca. 95% der Vermögenswerte einer Bank aus "Geldwerten" bestehen und auch ca. 95% allen Kapitals Fremdkapital ist, so daß Geldwertänderungen möglicherweise nur ca. 5% der Bilanzsumme berühren (vgl. Kurt von Büren: Analytische und vergleichende Bankbilanzkritik, Bern. 1948, Seite 138 f.)
 - 3) Jenkins-Report, a.a.O., Seite 138 f.

Es wird dennoch nicht ausgeschlossen, daß man bei einer zukünftigen Reform darauf bestehen wird, daß schwerwiegende Differenzen zwischen Buch- und Marktwert beim Anlagevermögen ausdrücklich erwähnt werden müssen. Die "Company Bill 1966", die allerdings noch nicht verabschiedet wurde, sieht z.B. vor, daß das Jahr oder die verschiedenen Jahre, in denen die Güter des Anlagevermögens bewertet bzw. Neubewertet wurden, anzugeben seien.¹⁾

2. Das Umlaufvermögen (current assets)²⁾

Wirtschaftsgüter des Umlaufvermögens werden in Deutschland nach dem strengen Niederstwertprinzip bewertet. Dies besagt, daß von zwei möglichen Wertansätzen in jedem Fall der niedrigere gewählt werden muß. Dieser Grundsatz des strengen Niederstwertprinzip leitet sich aus dem Vorsichtsprinzip ab, nach dem Vermögenswerte im Zweifelsfalle eher zu niedrig als zu hoch anzusetzen sind.

Grundsätzlich sind auch die Gegenstände des Umlaufvermögens zu den Anschaffungs- oder Herstellungskosten zu bewerten. Sind die Anschaffungs- oder Herstellungskosten höher als der Börsen- oder Marktpreis am Abschlußstichtag, so ist der letztgenannte anzusetzen. Ist ein solcher nicht festzustellen und übersteigen die Anschaffungs- oder Herstellungskosten den Zeitwert, so ist dieser Wert anzusetzen (§ 155 Abs. 2 AktG). Gegenstände des Umlaufvermögens dürfen gemäß § 155 Abs. 3 AktG mit einem niedrigeren Wert als vorstehend dargelegt bewertet werden, wenn der niedrigere Wertansatz "bei vernünftiger kaufmännischer Beurteilung notwendig ist, um zu verhindern, daß in der nächsten Zu-

1) vgl. Charles Anderson: "Company Law off Course", a.a.O., Seite 160

2) In der amerikanischen Literatur findet sich auch häufig der Ausdruck "circulating assets"

kunft der Wertansatz dieser Gegenstände auf Grund von Wertschwankungen geändert werden muß oder für Zwecke der Steuern vom Einkommen und vom Ertrag für zulässig gehalten wird." Fallen die Gründe für einen niedrigeren Wertansatz nachträglich fort, so darf ebenso wie bei den Gegenständen des Anlagevermögens der niedrigere Wert beibehalten werden (§ 155, Abs. 4 AktG).

Das englische Bewertungsrecht schweigt zu der Bewertung des Umlaufvermögens. Der "Company Act" verlangt keine Auskunft darüber, wie man zu dem in der Bilanz angesetzten Wert gekommen ist, mit anderen Worten wird swm Bilanzierenden bei der Wahl eines Wertansatzes erhebliche Freiheit gelassen. Aus dem Prinzip des "true and fair view" wird aber das Realisationsprinzip bzw. das Niederstwertprinzip abgeleitet.¹⁾ Man wird daher ebenso wie beim Anlagevermögen von den "historical costs" ausgehen müssen.²⁾ Sollten die Direktoren allerdings der Auffassung sein, daß sich der in der Bilanz angegebene Wert nicht mit dem "Realisationswert" deckt, so ist dies ausdrücklich in einer "memorandum note" darzulegen (8.Schedule, para. 11). Daraus wird deutlich, daß es sich von Anfang an empfiehlt, den jeweilig niedrigeren der beiden Werte anzusetzen.³⁾

Eine besondere Problematik entsteht bei der Bewertung der "investments". Es ist schwierig, hier genaue Bewertungsregeln aufzustellen, da im Einzelfalle untersucht werden müßte, welches das Motiv beim Erwerb der "investments" gewesen ist. Handelt es sich um eine auf lange Sicht getätigte Investition (Beteiligung), wäre eine Bewertung, wie sie beim Anlagevermögen notwendig ist, anzuwenden. Handelt

1) vgl. Alfred Weiß, a.a.O., Seite 67

2) vgl. Frank H.Jones, a.a.O., Seite 56

3) vgl. Leslie R. Howard: Auditing, London 1966, Seite 112

es sich aber lediglich um eine vorübergehende Geldanlage, wäre eine Bewertung nach den Vorschriften des Umlaufvermögens durchzuführen.

Das Fehlen präziser Bewertungsvorschriften im englischen Recht ist natürlich Gegenstand permanenter Kritik. Die allgemein gehaltenen Bewertungsbestimmungen brauchen in der Praxis aber keineswegs zu unzutreffenden und ungenaueren Ergebnissen führen, als es der Fall bei exakter Formulierung durch den Gesetzgeber gewesen wäre. Die Direktoren der englischen Gesellschaften sind bei Nichtbeachtung der generellen Bilanzierungsprinzipien nämlich in Gefahr, "gerichtlich verfolgt zu werden, eine Gefahr, die angesichts der relativ großen Freiheit der englischen Gerichte in der Auslegung der gesetzlichen Bestimmungen sehr real ist."¹⁾

Auf der anderen Seite ist auf die besonders starke Stellung des Prüfers in England hinzuweisen²⁾, dessen Mitwirkung zum "ausschließlichen Tauglichkeitskriterium des Publizitätsmittel Bilanz"³⁾ geworden ist.

b. Der Ansatz der Verbindlichkeiten

Der Ansatz der Verbindlichkeiten bereitet erfahrungsgemäß vor allem bei Kreditinstituten, deren Hauptposition aus den Einlagen besteht, nicht die gleichen Probleme wie die Bewertung der Vermögenswerte. Daher können hier einige Bemerkungen genügen.

Nach § 40 HGB sind die Schulden mit dem Wert anzusetzen, der ihnen zum Bilanzstichtag beizulegen ist. Dies ist bei

1) Günter Stahl, a.a.O., Seite 153

2) vgl. hierzu Erhart L.W. Stägmeyr: Das Revisionswesen in angelsächsischen Ländern, Dissertation München 1963

3) Leopold Illetschko, a.a.O., Seite 416

den Einlagen, den aufgenommenen Geldern, den kurzfristigen Darlehen und sonstigen kurzfristigen Schulden der Rückzahlungsbetrag, der meist als identisch mit dem Nominalwert anzusetzen ist.

Für den Ansatz der langfristigen Verbindlichkeiten hat sich ein "Höchstwertprinzip herausgebildet, das dem Niederstwertprinzip bei der Bewertung der Aktiven entspricht".¹⁾ Dies bedeutet - analog zum Niederstwertprinzip -, daß von zwei möglichen Werten (Anschaffungswert oder Zeitwert) in diesem Falle der jeweils höhere zu wählen ist.

Bewertungsprobleme können allerdings bei den Rückstellungen auftreten, weil eine genaue Beurteilung über die Höhe der Aufwendungen im Zeitpunkt der Bilanzaufstellung noch nicht möglich ist. Daher muß die Höhe der Rückstellungen geschätzt werden, wobei nach den Grundsätzen ordnungsmäßiger Buchführung und Bilanzierung, vor allem nach dem Vorsichtsprinzip vorgegangen werden muß. Nach dem AktG (§ 156, Abs. 4) dürfen Rückstellungen nur in Höhe des Betrages angesetzt werden, "der nach vernünftiger kaufmännischer Beurteilung notwendig ist".

Der Company Act gibt keine Hinweise auf die Bewertung der Verbindlichkeiten. Auch in England ist daher die Bewertung zum Nominalwert das allgemein übliche. Das Fachgutachten VII der Wirtschaftsprüfer fordert zusätzlich, daß insbesondere bei langfristigen Verbindlichkeiten Rückzahlungszeitpunkt und eventueller Zinssatz anzugeben sind. Im 8. Anhang zum Gesetz wird darüberhinaus verlangt, daß zurückgekaufte Obligationen, welche die Gesellschaft wieder emittieren kann, gesondert auf der Aktivseite auszuweisen sind (§ 2, d.). Ebenso müssen Anleihe-Emissionskosten gesondert ausgewiesen werden (§ 3, b.).

1) Heinrich Birck: Die Bankbilanz, a.a.O., Seite 27

Die Verbindlichkeiten der englischen Banken werden besonders unübersichtlich dargestellt. Es wird nicht nur nicht die Position der täglich fälligen Einlagen von derjenigen der Termineinlagen getrennt, sondern in der Einlagenposition sind auch noch die Rückstellungen enthalten. Erkenntnisse oder Rückschlüsse auf die angewandten Bewertungsmethoden lassen sich dabei nicht gewinnen.

III. Das Problem der Bilanzwahrheit

Es besteht kaum ein Zweifel darüber, daß die Frage, was unter Bilanzwahrheit zu verstehen ist und inwieweit eine Bilanz überhaupt "wahr" sein kann, zu den umstrittensten Fragen der Betriebswirtschaftslehre gehört.

Die Bilanzwahrheit wird zwar im Schrifttum überwiegend gefordert (wenn sich auch einige Autoren am Begriff "Wahrheit" stoßen¹⁾), wird aber meistens wieder eingeschränkt. Sie leitet sich aus den Grundsätzen ordnungsmäßiger Buchführung und Bilanzierung ab, obwohl sie im deutschen Gesetzestext nicht ausdrücklich erwähnt wird. Geht man von einem absoluten Wahrheitsbegriff aus, so kann eine Bilanz, die nach gültigen handels- und steuerrechtlichen Gesichtspunkten erstellt wird, diesem Grundprinzip nicht gerecht werden. Es ließe sich nur die Tageswertbilanz akzeptieren, da sich bei ihr das Problem der stillen Reserven nicht stellt.

1) so z.B. Leffson, der dazu ausführt: "Wahrheit ist ein Begriff, der besser - vielleicht auch nur - angebracht ist, wo es um letzte Fragen der menschlichen Erkenntnis und menschlichen Persönlichkeit geht. Für unseren, dem Alltag angehörenden, Bereich der kaufmännischen Buchführung benötigen wir einen Begriff, der sich ohne Schwierigkeiten relativieren, d.h. als Abhängige von Zwecksetzungen gebrauchen läßt." (Ulrich Leffson, a.a.O., Seite 79)

Wollte man absolute Forderungen an die Bilanzwahrheit stellen, müßte dies bedeuten, die anderen Bilanzierungsprinzipien (so etwa das Vorsichtsprinzip) zu vernachlässigen. Der Gesetzgeber kann unter der Bilanzwahrheit nicht ein unbedingt geltendes Postulat gemeint haben, sonst hätte er z.B. beim Umlaufvermögen nicht die Bewertung nach dem strengen Niederstwertprinzip gefordert und damit der Bildung stiller Reserven Vorschub geleistet. Das Prinzip der Bilanzwahrheit ist aber insofern den anderen Bilanzierungsprinzipien übergeordnet, als es gleichsam als "Gerüst einer Bilanzmoral"¹⁾ aufzufassen ist.

Was daher im konkreten Fall unter der Bilanzwahrheit zu verstehen ist, wird in der Betriebswirtschaftslehre sehr unterschiedlich gesehen. Zwei Beispiele mögen dies verdeutlichen: WEILBACH²⁾ ist z.B. der Auffassung, daß die Forderung nach Bilanzwahrheit dann erfüllt ist, wenn nach der Bruttomethode bilanziert wird, bei der der Ausweis des investierten Kapitals bzw. des Vermögens vollständig erfolgt und bei der die Abschreibungen indirekt, d.h. durch Wertberichtigungsposten auf der Passivseite ersichtlich gemacht wird. Die derzeitig veröffentlichten Bankbilanzen würden daher dem Prinzip der Bilanzwahrheit nicht Rechnung tragen.

HEINEN dagegen sieht in folgenden Mindestforderungen die Einhaltung der Bilanzwahrheit als erfüllt an:

- "1. Die einzelnen Aktiv- und Passivposten sind unverfälscht darzustellen;
2. Die Aktiv- und Passivseite ist vollständig darzustellen;
3. Die Bewertungsprinzipien müssen eingehalten werden."³⁾

1) Konrad Otto: Stille Reserven in der Bankbilanz, Dissertation, Nürnberg 1960, Seite 176

2) Erich A. Weilbach: Stille Reserven - nur ein Vorteil? Stuttgart 1960, Seite 36

3) Edmund Heinen: Handelsbilanzen, a.a.O., Seite 75

Hieraus geht hervor, daß offenbar dann bereits dem Prinzip der Bilanzwahrheit Genüge geleistet wird, wenn die gesetzlichen Bewertungsvorschriften eingehalten werden. Ob dies allerdings auch auf die Bankbilanzen zutrifft, darf bezweifelt werden, da der Gesetzgeber den Aktienbanken Erleichterungen in den Bewertungsvorschriften gewährt hat, die es den Banken auch in Zukunft ermöglichen werden, umfangreiche stille Reserven zu bilden, die wohl über das in § 26a, Abs. 1 KWG "dokumentierte Postulat bilanzpolitischen Wohlverhaltens"¹⁾ hinausgehen.

Während das kanadische und amerikanische Bilanzrecht mit Formulierungen wie "the financial statements should not be misleading"²⁾ oder "the importance of full disclosure of significant information"³⁾ auskommt, das Prinzip der Bilanzwahrheit also nicht ausdrücklich gefordert wird, ist in englischen Bilanzen die Einhaltung des "true and fair view" oberstes Bilanzierungsprinzip. Hierzu heißt es im § 149, Abs. 1 C.A. 1948:

"Jede Bilanz einer Gesellschaft soll einen wahrheitsmäßigen Überblick (true and fair view) über die Geschäfte der Gesellschaft am Ende des Geschäftsjahres geben, und jede Gewinn- und Verlustrechnung der Gesellschaft soll einen wahrheitsgemäßen Überblick über Gewinne und Verluste für das jeweilige Geschäftsjahr geben."

Mit dem Ausdruck "true and fair view" soll aber nur eine allgemeine Rahmenvorschrift gekennzeichnet werden. Aus einer solchen Generalklausel leiten sich vor allem dann Schwierigkeiten her, wenn die den Grundsatz der Bilanzwahrheit beinhaltenden Bewertungsvorschriften ungenau for-

-
- 1) Lothar Faißt: "Aktienrechtsreform und Rechenschaftslegung der Kreditinstitute", in: Sparkasse Nr. 20 1965, Seite 412
 - 2) Dell/Wilson: Auditing Procedures, 2. Aufl. Toronto 1955, Seite 25
 - 3) Finney/Miller: Principles of Accounting, 4. Aufl., Anglewood Cliffs N.J., o.J., Seite 123 (zitiert bei: Leffson, a.a.O., Seite 76)

muliert sind. Dazu wird an anderer Stelle des Gesetzes (§ 149, Abs. 3) ausdrücklich dargelegt, daß eine genaue Befolgung der Erläuterungen und Einzelvorschriften des 8. Anhangs des Gesetzes allein noch nicht ausreicht, um den Grundsatz des "true and fair view" zu erfüllen. Der Gesetzgeber geht davon aus, daß es weniger darauf ankommt, den Buchstaben des Gesetzes zu befolgen, als vielmehr den "spirit" der Vorschriften zu erfüllen.¹⁾ Die Verpflichtung zur Bilanzwahrheit ist daher den Einzelvorschriften des Gesetzes und des 8. Anhangs übergeordnet. Lediglich der Board of Trade hat das Recht, falls besondere Umstände dies erforderlich machen sollten, für einzelne Gesellschaften bestimmte Modifikationen der Bilanzierungsbestimmungen des Gesetzes zu verfügen.

Die Einführung des "true and fair view" in den Company Act hat - wie GOWER feststellt²⁾ - einen bemerkenswerten Wandel in der Einstellung zur veröffentlichten Rechnungslegung seitens der Gesellschaften hervorgerufen. Es gilt - abgesehen von den möglichen gerichtlichen Konsequenzen - mittlerweile als "unfair", das Prinzip der Bilanzwahrheit zu mißachten und die Lage der Gesellschaft ungünstiger darzustellen als sie tatsächlich ist.

Das Problem der Bilanzwahrheit wurde auch vom JENKINS-Ausschuß eingehend behandelt. Eine ins Detail gehende Kodifizierung und Erläuterung der Bilanzwahrheit in einem zukünftigen Reformwerk wurde von den Mitgliedern des Ausschusses nicht als notwendig erachtet. Allerdings wird darauf hingewiesen, daß selbst Bilanzen, die voll die Bestimmungen des Gesetzes befolgen, oft den Forderungen des

1) vgl. Frank H. Jones, a.a.O., Seite 5

2) L.C.B. Gower, The Principles of modern Company Law, London 1954, Seite 448

"true and fair view" nicht genügten. Der Bericht macht darauf aufmerksam, daß es "unmöglich sei, genauestens alle Informationen niederzulegen, die jede Gesellschaft zu geben hätte, um die Erfüllung des "true and fair view" sicherzustellen".¹⁾ Im JENKINS-Report wird auf die Feststellung wert gelegt, daß es nicht Aufgabe der Bilanzwahrheit sein könne, den Wert der Aktiva einer Gesellschaft so auszuweisen, wie er nach Meinung der Geschäftsleitung tatsächlich ist, sondern daß lediglich die Aktionäre darüber informiert werden sollten, wie ihr zur Verfügung gestelltes Kapital genutzt worden sei und aus welchen Quellen der Gewinn stamme. Die entscheidende Feststellung hierzu lautet: "Es besteht seit langem darüber Einigkeit in der Bilanzierungspraxis, daß eine zur Information der Aktionäre aufgestellte Bilanz eine historische Aufzeichnung ist und keine Aufstellung nach Tageswerten."²⁾ Die Beibehaltung der "historical-cost-basis" als Bewertungsvorschrift läßt die Bilanzwahrheit ohnehin nur in gewissen Grenzen zu.

Für die vorliegende Untersuchung kommt der Bilanzwahrheit, deshalb besondere Bedeutung zu, weil die gesetzlichen Vorschriften des Company Act 1948 für Banken nur eingeschränkt gelten. Insbesondere sind sie vom Verbot der stillen Reserven und den Bewertungsvorschriften des Gesetzes befreit, während gerade dieser Grundsatz auch für Banken gilt und daher oft als alleiniger Maßstab eingreifen muß. Aus dieser Sicht ist auch die Stellungnahme der "Chartered Accountants" zu verstehen, die darauf hinweisen, daß durch die Befreiung der Banken von vielen Vorschriften des C.A. eben gerade die Forderung nach Bilanzwahrheit nicht mehr

1) William Lawson: "Accounts", in: The Banker and the Jenkins-Report on Company Law, London 1963, Seite 33

2) Jenkins-Report, a.a.O., Seite 130

erfüllt werde.¹⁾ Die sich aus theoretischer Forderung und praktischer Handhabung ergebende Kollision tritt in England offen zutage. Es bleibt abzuwarten, ob die angekündigten Maßnahmen der gegenwärtigen Regierung hier wesentliche Änderungen bringen werden.

IV. Sondervorschriften und Ausnahmeregelungen für Banken

Es ist das Charakteristikum sowohl der deutschen als auch der englischen Banken, daß sie in mancher Hinsicht von der für Aktiengesellschaften gültigen Gesetzgebung befreit sind. Die Gründe hierfür sind in der Stellung der Banken in der Volkswirtschaft zu sehen. Daher ist es nicht verwunderlich, daß die Argumente, die für eine solche Ausnahmestellung der Kreditinstitute sprechen, in beiden Ländern zumindest ähnlich sind. Es gibt natürlich Unterschiede der Akzente, aber der Gesetzgeber hat in beiden Ländern beim Beschluß dieser Ausnahmenvorschriften offenbar geglaubt, daß den Interessen der Bankaktionäre, der Einleger und der Öffentlichkeit am besten gedient sei, wenn man die Kreditinstitute vom Zwang befreit, ihre wahren Erträge zu veröffentlichen und ihnen die Möglichkeit gewährt, in großem Umfang stille Reserven zu bilden.

Besonders auffällig ist die Diskrepanz zwischen der Publizität englischer Gesellschaften, die nach dem Company Act 1948 bilanzieren, und der englischen Bankenpublizität. Die Ausnahmestellung der englischen Banken ist so erheblich, daß von Anfang an die Diskussion über ihre Berechtigung entbrannte und in jüngster Zeit immer stärker gefordert wird, die Bankenpublizität in England derjenigen der übrigen Gesellschaften anzugleichen.

1) Memorandum by the Council of the Institute of Chartered Accountants of Scotland, in: Minutes of Evidence, a.a.O., Seite 1339

a. Deutsche Banken

1. Die teilweise Befreiung von den Bestimmungen des
Aktiengesetzes

11. Die Formblätter zur Bilanzaufstellung

Da die gesellschaftsrechtlichen Vorschriften des Jahresabschlusses vor allem auf die Verhältnisse von Industrie- und Handelsunternehmen zugeschnitten sind, können diese Bestimmungen den Besonderheiten der Kreditinstitute nur zum Teil gerecht werden. "Insbesondere sind deshalb die im Gesellschaftsrecht enthaltenen Gliederungsvorschriften für Bilanz- und Gewinn- und Verlustrechnung im wesentlichen durch spezielle Regelungen für Kreditinstitute ersetzt worden."¹⁾

Daher ermächtigt das Aktiengesetz im § 161, Abs. 1 den Bundesminister der Justiz im Einvernehmen mit dem Bundeswirtschaftsminister, "durch Rechtsverordnung Formblätter vorzuschreiben oder andere Vorschriften für die Gliederung des Jahresabschlusses zu erlassen, wenn der Geschäftszweig eine von § 151, Abs. 1, 2 und 5, §§ 152, 157, Abs. 1 und 2, § 158 abweichende Gliederung des Jahresabschlusses bedingt." Gegenwärtig bestehen für folgende Bankengruppen Formblätter:

- 1) für Kreditinstitute in der Rechtsform der Aktiengesellschaft, der Kommanditgesellschaft auf Aktien und der Gesellschaft mit beschränkter Haftung;
- 2) für Kreditinstitute in der Rechtsform der eingetragenen Genossenschaft sowie für die Zentralkassen in der Rechtsform der Aktiengesellschaft;
- 3) für Kreditinstitute in der Rechtsform der Einzelfirma, der offenen Handelsgesellschaft und der Kommanditgesellschaft;

1) Heinrich Birck: Die Bankbilanz, a.a.O., Seite 5

- 4) für Hypothekenbanken;
- 5) für Schiffspfandbriefbanken;
- 6) für Wertpapiersammelbanken;
- 7) für öffentlich-rechtliche Kreditanstalten;
- 8) für Sparkassen.

Der Aufbau der Formblätter erfolgt vor allem nach dem Gesichtspunkt der Liquiditätsverhältnisse. Die Positionen auf der Aktivseite sind nach ihrer "Geldnähe" angeordnet. Auf der Passivseite findet das gleiche Prinzip Anwendung. Der Ausweis beginnt mit den Sichteinlagen und endet mit Kapital und Rücklagen. Neben dem Gesichtspunkt der Liquidität spielen auch die Darstellung der Risikoverhältnisse in der Bilanz der Aktienbanken eine gewisse Rolle. So werden beispielsweise die "langfristige Ausleihungen" unterteilt in solche "gegen Grundpfandrechte, gegen Kommunaldeckung und sonstige", wobei sich gewisse Bonitätsunterschiede herauslesen lassen. Ähnliches läßt sich auch bei der Aufgliederung der Wertpapierposition sagen.

BIRCK steht auf dem Standpunkt, daß die Gliederung der deutschen Bankbilanzen "im ganzen gesehen nicht so schlecht ist, wie es bei oberflächlicher Betrachtung mitunter manchem scheinen mag".¹⁾

12. Die Gewinn- und Verlustrechnung

Ebenso wie bei der Jahresbilanz gibt es für die Gewinn- und Verlustrechnung Formblätter, die den meisten Banken verbindlich vorgeschrieben sind. Man hat sich zu dieser Regelung entschlossen, weil die im Aktiengesetz vorgesehene Gliederung den Bedürfnissen bei Kreditinstituten nicht Rechnung trägt. Ebenso wie bei den Formblättern zur Bilanzauf-

1) Heinrich Birck: Die Bankbilanz, a.a.O., Seite 195

stellung handelt es sich um Mindestgliederungsvorschriften. Formblätter bestehen gegenwärtig für die Aufstellung der Erfolgsrechnungen für Privatbankiers, Sparkassen, Genossenschaftsbanken, Hypothekenbanken, Schiffspfandbriefbanken und öffentlich-rechtliche Kreditanstalten. Die Aktienbanken sind dagegen von dieser Regelung ausdrücklich ausgenommen; sie können also ihre Erfolgsrechnungen völlig frei gestalten. Dies bedeutet in der Praxis natürlich eine Ausnahmestellung für die dadurch begünstigten Banken, die der Sonderstellung der englischen Banken kaum nachsteht. Die Gewinn- und Verlustrechnung der Aktienbanken ist eine Netto-rechnung. Aufwendungen für Zinsen, Wertberichtigungen, Abschreibungen und eventuelle Kursverluste werden mit den entsprechenden Erträgen bereits vorher kompensiert und nur noch der Saldo ausgewiesen. Die Forderung, das Zustandekommen des Gewinns nach Höhe und Gewinnquellen aufzuzeigen, wird bei den von den deutschen Aktienbanken vorgelegten Gewinn- und Verlustrechnungen nicht erfüllt.

In einem späteren Abschnitt wird noch ausführlicher auf die Gewinn- und Verlustrechnung eingegangen. Sie ist sowohl in Deutschland als auch in England einer der "wunden" Punkte der Bankenpublizität und bedarf in Zukunft einer wesentlichen Verbesserung.

13. Sonderregelungen für die Bewertungsvorschriften, die Berichterstattungspflicht im Geschäftsbericht und die Folgen von Bewertungsverstößen

Während der Regierungsentwurf für ein neues Aktienrecht noch keine Sonderregelung der Bewertungsvorschriften für Aktienbanken vorsah, wurde in den Ausschlußberatungen des Bundestages vor allem auf Drängen der Bankwirtschaft beschlossen, "für Kreditinstitute in der Rechtsform der Aktiengesellschaft und der Kommanditgesellschaft auf Aktien abweichende

Bewertungsvorschriften in einem neu einzufügenden Unterabschnitt 5a des Kreditwesengesetzes (§§ 26a und 26b KWG) zu verankern".¹⁾ Diese abweichende Bestimmung über die Wertansätze in der Jahresbilanz lautet folgendermaßen:

"Aktiengesellschaften und Kommanditgesellschaften auf Aktien, die Kreditinstitute sind, können Forderungen und Wertpapiere des Umlaufvermögens mit einem niedrigeren als dem nach § 155 des Aktiengesetzes vorgeschriebenen oder zugelassenen Wert ansetzen, soweit dies nach vernünftiger kaufmännischer Beurteilung zur Sicherung gegen die besonderen Risiken des Geschäftszweigs der Kreditinstitute notwendig ist." (§ 26a, Abs. 1 KWG).

Während auch der § 155, Abs. 3, Ziff. 1 AktG 1965 eine allgemeine Ausnahmeklausel kennt, wonach ein niedrigerer Wert als der im Abs. 1 und 2 geforderte dann anzusetzen ist, soweit der niedrigere Wertansatz "bei vernünftiger kaufmännischer Beurteilung notwendig ist, um zu verhindern, daß in der nächsten Zukunft der Wertansatz dieser Gegenstände auf Grund von Wertschwankungen geändert werden muß", geht die Ausnahmeklausel, die "auf die Sicherung gegen die besonderen Risiken des Geschäftszweigs der Kreditinstitute" abzielt, besonders weit. Es ist auch höchst ungewiß, wo überhaupt eine Beschränkung der Bildung stiller Reserven zu sehen ist. Aus dem Bericht des Rechtsausschusses des Bundestags geht jedenfalls hervor, daß die Bildung stiller Rücklagen zugelassen wird, um den von der Bankenseite vortragenen Argumenten Rechnung zu tragen.

Praktisch bedeutet die Formulierung der Sondervorschrift des § 26a, Abs. 1 KWG, daß die Banken auch in Zukunft hinreichenden Spielraum haben, ausreichende Reservepolster still anzusammeln. "Bei Forderungen und Wertpapieren des

1) Lothar Faißt: "Aktienrechtsreform und Rechenschaftslegung der Kreditinstitute", in: Sparkasse Heft 20 1965, Seite 410

Umlaufvermögens ist wie bisher mit ansehnlichen Unterbewertungen durch Bildung von Einzelwertberichtigungen mit Vorsorgecharakter, Dotierung von Sammelwertberichtigungen über das bankaufsichtlich geforderte Mindestmaß hinaus und durch Sonderabschreibungen auf die Wertpapierbestände des Umlaufvermögens zu rechnen".¹⁾

Nachdem man sich entschlossen hatte, durch besondere Bewertungsbestimmungen den Aktienbanken nach wie vor die Möglichkeit zu belassen, Reserven still anzusammeln, hat man notwendigerweise auch die Verpflichtung fallengelassen, im Geschäftsbericht über die Änderung von Bewertungs- und Abschreibungsmethoden und über außerplanmäßige Abschreibungen zu berichten. Es heißt daher im § 26a, Abs. 2 KWG: "Aktiengesellschaften und Kommanditgesellschaften auf Aktien, die Kreditinstitute sind, brauchen im Geschäftsbericht die Angaben nach § 160, Abs. 2 des Aktiengesetzes nicht zu machen."

Durch den gleichfalls neuen § 26b KWG sind die Bestimmungen über die Nichtigkeit des Jahresabschlusses wegen Bewertungsverstößen (§ 256, Abs. 5 AktG) und über die Sonderprüfung wegen unzulässiger Unterbewertung oder ungenügender Berichterstattung (§§ 258, 259 AktG) der durch § 26a KWG geschaffenen Rechtslage angepasst worden.²⁾

Bei Kreditinstituten führen daher nur Überbewertungen, nicht aber Unterbewertungen zur Nichtigkeit des Jahresabschlusses. Die Aktionäre haben zudem die Möglichkeit, die Beachtung der Bewertungsvorschriften des § 26a KWG durch einen Sonderprüfer prüfen zu lassen. Im Einzelfalle erscheint es aber ziemlich ausgeschlossen, hier Bewertungsverstöße nachzuweisen, da ja die Ausnahmeklausel fast jede Bewertung zuläßt.³⁾

1) Lothar Faißt: "Aktienrechtsreform und Rechenschaftslegung der Kreditinstitute", a.a.O., Seite 412 f.

2) vgl. Johannes Consbruch: "Das neue Aktiengesetz und die Kreditinstitute", in: ZfgK. Nr. 24 1965, Seite 9 ff.

3) vgl. Seite 266 ff.

2. Die Sammelwertberichtigungen

Im Gegensatz zu den Handels- und Industriebetrieben sind die Kreditinstitute in der Bundesrepublik auf Grund eines Beschlusses der ehemaligen Bankenaufsichtsbehörden der Länder verpflichtet, neben den Einzelwertberichtigungen auf zweifelhaft gewordene Forderungen Sammelwertberichtigungen auf die mit erkennbaren Risiken nicht belasteten Forderungen zu bilden. Diese abweichende Regelung wird wie folgt begründet:

"Bei der großen Bedeutung, die die Forderungen in den Bilanzen der Kreditinstitute haben, halten es die Bankenaufsichtsbehörden für unbedingt erforderlich, daß Kreditinstitute das Einzelbewertungsverfahren und das Pauschalverfahren nebeneinander anwenden. Die allgemeinen Erfahrungen im Kreditgewerbe haben gezeigt, daß auch in Forderungen, bei denen ein erkennbares Risiko am Bilanzstichtag nicht gegeben erscheint, ein Gefahrenmoment liegt, das berücksichtigt werden muß, wenn der Wert eines Forderungsbestandes einwandfrei ermittelt werden soll."¹⁾

Der Kreis der sammelwertberichtigungspflichtigen Forderungen umfaßt folgende Positionen:

- 1) Wechseldebitoren
- 2) sonstige Debitoren
- 3) langfristige Ausleihungen
- 4) Eventualforderungen
 - a) aus eigenen Ziehungen im Umlauf, die den Kreditnehmern abgerechnet wurden,
 - b) aus Bürgschaftsverbindlichkeiten, Wechsel- und Scheckbürgschaften sowie aus Gewährleistungsverträgen,
 - c) aus Indossamentverbindlichkeiten.

1) Günther Beine: Die Bilanzierung von Forderungen in Handels-, Industrie- und Bankbetrieben, Wiesbaden 1960, Seite 155

Die vierte Gruppe der Eventualforderungen ist dabei besonders interessant, da diese ja nicht direkt in der Bilanz erscheinen, sondern "unter dem Bilanzstrich" ausgewiesen werden. Aus betriebswirtschaftlicher Sicht kann man die hier erfolgten Sammelwertberichtigungen als "Rückstellungen" bezeichnen.¹⁾ Auch in der Praxis werden die Sammelwertberichtigungen auf Eventualforderungen unter den "Rückstellungen" ausgewiesen.

In der Bankbetriebslehre ist die Frage umstritten, ob es sich bei den Sammelwertberichtigungen um echte Wertberichtigungen oder um eine gesetzlich vorgeschriebene stille Reserve handelt. Würde man der ersten Auffassung folgen, dann teilt man wohl die überwiegende Meinung der Bankpraktiker. Auch BIRCK ist dieser Auffassung.²⁾

Aus guten Gründen könnte man aber auch die Meinung vertreten, daß es sich bei den Sammelwertberichtigungen um gesetzliche Maßnahmen zur Stärkung der Substanz der Kreditinstitute handelt, daß sie also mehr den Charakter erwünschter stiller Reserven als echter Wertberichtigungen haben. Dies ist sicher dann der Fall, wenn der gewählte Satz höher liegt als das wahrscheinliche Ausfallrisiko.³⁾

Ohne tiefer in diese Problematik eindringen zu wollen, läßt sich zu den Sammelwertberichtigungen sagen, daß der Staat den Kreditinstituten steuerliche Möglichkeiten gewährt, Risiken gegenüber besser gewappnet zu sein. Ob man dabei mehr den Akzent legt auf eine Interpretation der Sammelwertberichtigungen als echter Wertkorrektur oder als stille Reserven, ist hier dabei zweitrangig.

1) Günther Beine, a.a.O., Seite 64

2) Heinrich Birck: Die Bankbilanz, a.a.O., Seite 76

3) Dies bejaht Faßt ("Aktienrechtsreform und Rechenschaftslegung der Kreditinstitute", a.a.O., Seite 412 f.)

Für den Bilanzleser ist die Möglichkeit, stille Reserven auch in den Wertberichtigungen zu bilden, nicht zu erkennen, da sowohl die Sammelwertberichtigungen als auch die Einzelwertberichtigungen bei den Aktienbanken direkt von den Forderungen auf der Aktivseite abgezogen werden. Die absolute Höhe der Wertberichtigungen bleibt dabei unbekannt.

Auf die Bemessungsgrundlage und die Höhe der Sammelwertberichtigungen soll nicht näher eingegangen werden.

b. Englische Banken

1. Die teilweise Befreiung von den Vorschriften des Company Act 1948

Das COHEN-Committee, das bei seinen Beratungen zu Ergebnissen kam, die im wesentlichen in den Gesetzestext des Company Act 1948 übernommen wurden, hat sich dafür ausgesprochen, daß Banken und Versicherungen nicht den strengen Bestimmungen des Gesetzes unterliegen sollten. Begründet wird diese Ansicht folgendermaßen:

"Im Falle der Bank- und Versicherungsunternehmen hat das Interesse der Einleger bzw. Inhaber von Versicherungspolice ein größeres Gewicht als dasjenige der Aktionäre; bei all diesen Unternehmen muß das Interesse der Öffentlichkeit mit in die Überlegungen eingeschlossen werden. Der Ruf der Stabilität, den diese Gesellschaften genießen, ist ein nationaler Vermögenswert erster Wichtigkeit für die Allgemeinheit, und es liegt nicht im öffentlichen Interesse, ihre Stabilität und das in sie gesetzte Vertrauen des In- und Auslandes zu gefährden. Immer wieder werden die Werte ihrer Aktiva und im besonderen ihre überaus großen Bestände an Staatspapieren und anderen mündelsicheren Wertpapieren durch

politische Ereignisse und wirtschaftlicher Maßnahmen nationaler oder internationaler Art betroffen. Hierbei ist es wünschenswert, daß ihre Finanzkraft in Wirklichkeit größer ist, als dies nach außen hin ersichtlich ist."¹⁾ Der Report führt nun das Beispiel des Jahres 1929 an, wo durch die Stabilität der Banken und das Vorhandensein stiller Reserven schlimmeres Übel verhindert worden sei. Er kommt dann zu dem Schluß: "Wir erwägen daher, ob Bank- und Diskontgesellschaften von der Verpflichtung, Reserven und Rückstellungen gesondert auszuweisen und Zu- und Abgänge zu und von diesen Positionen offenzulegen, befreit werden sollen, daß aber in ihren Bilanzen Hinweise auf die Existenz solcher Reserven und Rückstellungen zu geben seien und daß in ihrer Gewinn- und Verlustrechnung Bewegungen dieser Art, die während des Geschäftsjahres getätigt wurden, angezeigt werden sollen."²⁾

Der Gesetzgeber hat sich bei der Beratung und Abfassung des Company Act 1948 der Auffassung des Cohen-Committee angeschlossen und den Banken und Versicherungsgesellschaften Sonderrechte eingeräumt. Nach den Bestimmungen des Gesetzes (8. Anhang, 3. Teil, § 23) sind die Banken von folgenden Vorschriften befreit:

1. Sie sind an die Bewertungsvorschriften des Gesetzes für das Anlagevermögen nicht gebunden; die Banken brauchen also weder die Methode der Bewertung anzugeben noch gesondert davon die Summe der jeweiligen Abschreibungen aufzuzeigen.³⁾
2. Sie sind nicht verpflichtet, in der Bilanz zwischen Reserven, Rückstellungen und Verbindlichkeiten zu unterscheiden. Die Banken brauchen also nicht die Gesamtsum-

1) Cohen-Report, a.a.O., Seite 56 f.

2) Cohen-Report, a.a.O., Seite 57

3) vgl. Jenkins-Committee, Minutes of Evidence, a.a.O., Ziff. 3072-3077, Seite 593

me der Kapitalrücklagen (capital reserves), der Gewinnrücklagen (revenue reserves) und der Rückstellungen auszuweisen wie die anderen Gesellschaften.¹⁾

3. Sie sind nicht verpflichtet, den Marktwert ihrer "investments" zu zeigen (und daher auch nicht die Differenz zwischen Buch- und Börsenwert von den an der Börse notierten Wertpapieren, wie dies anderen Gesellschaften zur Pflicht gemacht ist).
4. Von folgenden wichtigen Vorschriften des C.A. (8. Schedule, § 12) für die Aufmachung der Gewinn- und Verlustrechnung sind die Banken befreit:
 - a) Abschreibungen für Abnutzung, Erneuerung oder Wertminderung des Anlagevermögens brauchen nicht veröffentlicht zu werden;
 - b) der Steueraufwand braucht nicht ausgewiesen zu werden;
 - c) Bildung oder in Vorschlag gebrachte Bildung oder Auflösung von Rücklagen brauchen nicht bekanntgemacht zu werden;
 - d) ebensowenig sind die Banken verpflichtet, Beträge, die den Rückstellungen zugewiesen werden oder die aus der Auflösung von Rückstellungen stammen, zu veröffentlichen;

1) Der C.A. 1948 gibt hierzu folgende Begriffsbestimmungen (8. Schedule, § 27):

- a.) Der Ausdruck "Rückstellung" (provision) umfasst jeden Betrag, der abgeschrieben oder als Vorsorge für Abnutzung, Erneuerung, oder Wertminderung von Vermögensgegenständen zurückgestellt wird, und ferner Rückstellungen für dem Grunde nach, jedoch nicht der Höhe nach mit ausreichender Genauigkeit bestimmbare Verbindlichkeiten;
- b.) Der Ausdruck "Rücklage" (reserve) umfasst gemäß dem Vorhergesagten keine Beträge, die abgeschrieben oder als Vorsorge für Abnutzung, Erneuerung oder Wertminderung von Vermögensgegenständen zurückgestellt sind, ferner auch nicht Rückstellungen für dem Grunde nach bekannte Verbindlichkeiten;
- c.) Der Ausdruck "Kapitalrücklage" (capital reserve) umfasst keine Beträge, die als frei verteilbar über die Gewinn- und Verlustrechnung anzusehen sind; der Ausdruck "Gewinnrücklage" (revenue reserves) umfasst alle Rücklagen, die keine Kapitalrücklagen sind.

- e) Schließlich sind die Banken von der Vorschrift, Erträge aus Kapitalanlagen, getrennt nach "Erträge aus Beteiligungen" und "sonstige" auszuweisen, befreit.

Aus diesen Bestimmungen ergibt sich für die Bankenpublizität folgendes:

1. Die Bewertung aller Vermögenswerte unterliegt mehr oder weniger dem freien Ermessen der Bankleitung;
2. Stille Reserven können in beinahe beliebiger Höhe gebildet werden, ohne daß dies irgendwie nach außen hin in Erscheinung zu treten braucht;
3. Da - positiv ausgedrückt - das Gesetz von den Banken in der Gewinn- und Verlustrechnung nur die Summe der gezahlten Halbjahres- und der vorgeschlagenen Schlußdividende fordert, braucht lediglich ein Nettogewinn ausgewiesen zu werden, nachdem vorher sämtliche Erträge und Aufwendungen (einschließlich der Zuweisungen an die Rückstellungen) gegeneinander aufgerechnet worden sind.

2. Überlegungen und Ergebnisse des Jenkins-Committee

Im Jahre 1959 wurde von der Regierung ein aus Vertretern der Wissenschaft und Praxis bestehender Ausschuß eingesetzt, der unter der Leitung von Lord JENKINS die Aufgabe hatte, zu überprüfen, ob sich der Company Act 1948 bewährt habe oder ob eventuelle Änderungen für die Zukunft notwendig seien. Insbesondere war es das Ziel des Ausschusses, Vorschläge zu erarbeiten, wie Aktionäre, Gläubiger und "potentielle Anleger" besser geschützt und informiert werden könnten. In seinem Bericht an die Regierung, der im Jahre 1960 vorgelegt wurde, bekennt sich der Ausschuß ausdrücklich zu den Ausführungen des COHEN-Report, daß nur eine

weitgehende Unternehmenspublizität diesem Ziel dienen könne.¹⁾ Eine eingehendere Darstellung der vom Ausschuß behandelten Themen, zu denen auch eine Reform der Bewertungsvorschriften gehört, kann hier nicht erfolgen. Die folgenden Ausführungen werden sich daher auf die die Bankenpublizität berührenden Fragen beschränken.

21. Die Bankenpublizität - eine der zentralen Fragen der Untersuchung des Committee's

Die Befreiung von vielen und gerade den wichtigsten Bilanzierungs- und Bewertungsvorschriften, die den Banken gewährt wurde, war in England Gegenstand ständiger Kritik. Daher wurde auch diese Frage zu einem der Hauptpunkte der Untersuchung des JENKINS-Committee. Vor allem hatte dazu auch beigetragen, daß ein spürbarer Stimmungswandel in der öffentlichen Meinung stattgefunden hatte. Die weitgehenden Publizitätsvorschriften des Gesetzes, die dazu geführt hatten, daß England - neben den USA - auf dem Gebiete der Unternehmenspublizität als besonders fortschrittlich anzusehen ist²⁾, waren im Laufe der Jahre eine Selbstverständlichkeit geworden. Stille Reserven werden, wie JONES es formuliert, als "Anachronismus"³⁾ betrachtet. Daraus folgt, daß Unternehmen, die nach wie vor das Privileg fast uneingeschränkter Geheimhaltung genießen, mit nicht geringer Skepsis betrachtet werden. Der Ausschuß hatte unter diesen geänderten Vorzeichen die Frage der Bankenpublizität zu untersuchen.

Als Hauptvertreter für die Beibehaltung der ihnen gewährten Sonderrechte traten vor dem Ausschuß die begünstigten

1) Jenkins-Report, a.a.O., Seite 2 ff.

2) vgl. Kurt Richebächer: "Bankenpublizität in Großbritannien und in den USA", in: ZfgK. Nr.2 1964, Seite 7

3) Frank H.Jones, a.a.O., Seite 267

Banken selbst auf. Die Hauptargumente der "London Clearing Banks" waren dabei folgende:¹⁾

1. 16 Jahre nach dem COHEN-Report könne man sagen, daß sich die Ausnahmenvorschriften für Banken bewährt haben;
2. An den Argumenten, die der COHEN-Report zur Stützung der von ihm vorgeschlagenen Sonderregelung für Banken erwähnt habe, habe sich nichts geändert. Sie seien nach wie vor gültig;
3. Vermehrte Publizität würde das Vertrauen in die Stabilität der Banken nicht stärken, sondern schwächen;
4. Stille Reserven seien vor allem deswegen notwendig, um die beträchtlichen Kursrisiken, die in den Staatsanleihen und den anderen festverzinslichen Wertpapieren lägen abzufangen;²⁾
5. Die Bankengewinne seien einer starken jährlichen Fluktuation unterworfen, was teilweise auch auf finanz- und wirtschaftspolitische Entscheidungen der Regierung zurückginge, auf die die Banken bekanntlich keinen Einfluß hätten;
6. Das Vertrauen des Auslandes in die Stabilität der englischen Banken sei für die Volkswirtschaft lebensnotwendig und könne nur durch die Beibehaltung der Ausnahmeregelung gesichert werden;
7. Die stetige Aufwärtsentwicklung der Clearingbanken beweise, daß trotz der - zugegebenermaßen - geringen Bankenzahl die Aktionäre nicht schlecht dastünden und daß auch dem öffentlichen Interesse nicht geschadet würde.

1) Memorandum by the Committee of London Clearing Bankers, in: Minutes of Evidence, a.a.O., Seite 637 ff.

2) Auf die diesem Argument zugrunde liegenden Tatbestände wird bei der Behandlung der Wertpapierposition ausführlich eingegangen.

Es wird dann vom "Committee of London Clearing Banks" Stellung bezogen zu den Ausnahmerechten im einzelnen. Dabei ist diese Bankengruppe der Auffassung, daß keines der einmal gewährten Rechte wieder aufgegeben werden könnte.¹⁾

Ein zusätzlicher, nicht uninteressanter Einwand ist in dem Memorandum des "Committee of Scottish Bank General Managers" enthalten. Hierin heißt es: "Man muß auch die unbesonnenen Kommentare in Betracht ziehen, welche von bestimmten Teilen der Boulevardpresse ("popular press"), die immer bereit ist, die Banken zu ihrer Zielscheibe zu machen, publiziert werden."²⁾

Auch die "British Overseas Banks Association" verteidigt die Ausnahmestellung der Banken. Sie weist darauf hin, daß durch die politische Unabhängigkeit vieler Kolonien dort eigene Banken entstanden seien und englische Banken mehr und mehr diskriminiert würden. Diese Probleme würden noch erheblich stärker, wären die englischen Banken gezwungen, z.B. ihre stillen Reserven zu veröffentlichen.³⁾

Diese Auffassung der Kreditinstitute blieb vor dem JENKINS-Committee natürlich nicht unwidersprochen. Vor allem die Vertreter der Wissenschaft, das angesehene Wirtschaftsblatt "The Economist" oder die Organisation der Wirtschaftsprüfer sprachen sich eindeutig gegen die Beibehaltung der Bankensonderstellung aus.

Die Universitätsprofessoren HENDERSON und TEW wiesen beispielsweise auf die überragende Bedeutung veröffentlichter

-
- 1) Supplementary Memorandum by the Committee of London Clearing Banks, in: Minutes of Evidence, a.a.O., Seite 650 f.
 - 2) Memorandum by the Committee of Scottish Bank General Managers, in: Minutes of Evidence, a.a.O., Seite 500
 - 3) Memorandum by the British Overseas Banks Association, in: Minutes of Evidence, a.a.O., Seite 997

Bilanzen hin für alle diejenigen, die "buy, sell or hold their shares".¹⁾ Nach ihrer Ansicht habe die Begünstigung für Bankunternehmen bisher nur Nachteile gehabt, da die von außen kommende Kontrolle über die Wirtschaftlichkeit und Rentabilität der Gesellschaft fehle. Sie fahren fort: "Wir glauben nicht, daß englische Banken, Diskontgesellschaften und Versicherungsunternehmen einen Verlust an öffentlichem Vertrauen erleiden würden, wenn sie verpflichtet würden, ihre wahren Reserven und Gewinne zu enthüllen."²⁾

Die Wirtschaftszeitung "The Economist" untersucht das Argument, daß man wegen des ausländischen Vertrauens die Ausnahmestellung der englischen Banken aufrechterhalten müsse, und meint, daß dieses Argument schon deswegen nicht zuträfe, da sich das internationale Finanzwesen schon immer als sehr gut und genau informiert erwiesen habe.³⁾

Die Organisation der Wirtschaftsprüfer ("Institute of Chartered Accountants") bezweifelt ebenfalls die Notwendigkeit der gegenwärtigen Regelung. Vor allem könne die wichtigste Forderung des Company Act 1948, nämlich diejenige des "fair und true view" durch die Befreiung der Banken von den wesentlichen Bewertungs- und Bilanzierungsvorschriften nicht erfüllt werden. Die Feststellung, daß Bankbilanzen diesem Prinzip entsprächen, sei daher von vornherein sinnlos, und die Formulierung des Bestätigungsvermerkes müsse, sollte man sich für die Beibehaltung der gegenwärtigen Ausnahmeregelungen entscheiden, bei Banken dann geändert werden.⁴⁾

1) Memorandum by R.F. Henderson and Brian Tew, in: Minutes of Evidence, a.a.O., Seite 209

2) Memorandum by R.F. Henderson and Brian Tew, in: Minutes of Evidence, a.a.O., Seite 214

3) Memorandum by "The Economist", in: Minutes of Evidence, a.a.O., Seite 265 f.

4) Memorandum by the Council of the Institute of Chartered Accountants of Scotland, in: Minutes of Evidence, a.a.O., Seite 1324 ff.

WINCOTT weist darauf hin, daß der Schutzeffekt, der durch die Ausnahmeregelung erreicht werden soll, ins Gegenteil verkehrt werden könnte. Auch eine unwirtschaftlich arbeitende Bank könne unter diesen Ausnahmevorschriften Schutz finden, wobei nach außen hin ein völlig falsches Bild entstünde.¹⁾ EDEY schließlich, Professor an der Universität London, geht mit der Ausnahmestellung der Banken scharf ins Gericht, wenn er sich wie folgt äußert:

"Man argumentiert damit, daß die besondere Stellung der Banken und Versicherungen erfordere, daß die Gläubiger Vertrauen zu diesen Institutionen haben. Daher, so argumentiert man, sei es wünschenswert, Gläubigern und Aktionären Informationen vorzuenthalten, die nach dem Gesetz bei anderen Gesellschaften gegeben werden müssen. Dieses Argument erlaubt die Formulierung, daß man also mehr Vertrauen in ein Unternehmen habe, bei dem man nicht wisse, wie es um seine Gewinne und Vermögenswerte bestellt sei, als wenn man eine volle Berichterstattung über auch einmal ungünstige Ergebnisse erhält. Weiter beruht das Argument auf der Annahme, daß man der Öffentlichkeit, wenn man sie informiert, nicht mehr vertrauen könne. Ich glaube nicht, daß dies auf eine Gesellschaftsordnung wie die unsrige zutrifft."²⁾

22. Die Vorschläge der Mehrheit ("Beibehaltung der Ausnahmestellung für Banken")

Der JENKINS-Report nimmt in seiner Stellungnahme zu den vor dem Ausschuß vorgetragenen Argumenten eine sehr sorgfältige Abwägung aller Standpunkte vor. Es wird dabei ausdrücklich anerkannt, daß sich vieles seit der Entstehung

-
- 1) Memorandum by Harold Wincott, in: Minutes of Evidence, a.a.O., Seite 56
 - 2) Memorandum by Harold E. Edey, in: Minutes of Evidence, a.a.O., Seite 192 f.

des "Company Act 1948" geändert habe und daß insbesondere die öffentliche Meinung zu der Frage der Bankenpublizität eine andere sei als noch im Jahre 1948. Auch wird anerkannt, daß die gegenwärtige Regelung Nachteile habe. "Bankaktiönäre sind der Informationen beraubt, die sie benötigen, um den Wert ihrer Aktien zu beurteilen und um eine vernünftige Kontrolle des Direktoriums auszuüben."¹⁾ Allerdings sei man sehr von den Argumenten von Sir Oliver FRANKS (Vertreter der Clearingbanken vor dem Ausschuß) beeindruckt gewesen, der u.a. folgendes gesagt hatte: "Es ist eine Art Modeerscheinung, heutzutage zu behaupten, daß es einen "run" auf die Bankschalter nicht mehr geben könne. Wenn dies wirklich wahr ist, dann würde all das nicht zutreffen, was ich gerade über die Macht der Gerüchte und die Auswirkungen der "Gruppenpsychologie" sagte. Ich bin aber der Überzeugung, daß das "Committee" ganz sicher sein muß, daß sich ein solcher "run" auf die Banken nicht ereignen kann; ich nehme an, daß es vorschnell wäre, zu behaupten, daß nur deswegen, weil ein "run" schon lange Zeit nicht mehr stattgefunden hat, ein solcher überhaupt nicht mehr stattfinden werde. Dies scheint für mich die entscheidende Frage zu diesem sehr schwierigen Thema zu sein."²⁾

Vor allem auf Grund dieser Ausführungen kam die Mehrheit des Ausschusses zu dem Ergebnis, daß sich die bisherige Regelung bestens bewährt habe, und daß man keine Änderung beabsichtige. Begründet wird dieser Standpunkt folgendermaßen: "Die verbleibende Frage ist, ob die Abschaffung der Ausnahmeregelung ein unvernünftiges Risiko in sich birgt. Das Risiko ist unabwägbar und unter den gegenwärtigen Umständen auch zweifelhaft, aber der Ausschuß ist nicht geneigt, die Möglichkeit eines Risikos für den Fall völlig unberücksich-

1) Jenkins-Report, a.a.O., Seite 157

2) Jenkins-Report, a.a.O., Seite 157

tigt zu lassen, daß eine volle Veröffentlichung den Banken gesetzlich auferlegt würde. Der Ausschuß hat sich daher gefragt, ob die praktischen Einwände gegenüber den den Banken zugestandenen Ausnahmenvorschriften - Vorschriften, die dazu beigetragen haben, in diesem Land ein wirksames und stabiles Bankensystem seit vielen Jahren aufrechtzuerhalten - so stark ins Gewicht fallen, und die Majorität des Ausschusses empfiehlt daher keinen Wechsel der gegenwärtigen Gesetzesvorschriften."¹⁾

23. Die Gegenstellungnahme einer Minorität
("Sonderrechte überflüssig")

Die Empfehlung des JENKINS-Committee an die Regierung, die den Banken gewährten Sonderrechte auch in Zukunft bestehen zu lassen, wurde von 5 der 14 Mitglieder abgelehnt. Diese haben in einer "Note of Dissent" sich von der Majorität distanziert. "Wir haben eine von den Empfehlungen des § 407 (JENKINS-Report), daß die bestehenden Ausnahmen für Banken und Diskontgesellschaften beibehalten werden sollen, abweichende Meinung. Wir stimmen mit unseren Kollegen darin überein, daß es notwendig ist, das Vertrauen in das Bankensystem aufrechtzuerhalten, aber wir sind nicht davon überzeugt, daß es deswegen notwendig ist, daß Banken Informationen über ihre Tätigkeit Aktionären und der Öffentlichkeit allgemein vorenthalten...."²⁾

Diese Minorität kommt zu folgenden Ergebnissen:

1. Oberster Grundsatz des Company Act sei der "fair and true view"; Ausnahmeregelungen hiervon seien grundsätzlich falsch;

1) Jenkins-Report, a.a.O., Seite 157

2) Note of Dissent, in: Jenkins-Report, a.a.O., Seite 211

2. Der Hauptmangel der gegenwärtigen Regelung sei das Fehlen einer wahrheitsmäßigen Gewinn- und Verlustrechnung;
3. Es sei bekannt, daß eine ganze Reihe namhafter amerikanischer Banken "wahre" Bilanzen veröffentlichen, ohne daß bisher der von den englischen Banken befürchtete Schaden eingetreten sei;
4. Außergewöhnliche Verluste, die durch Maßnahmen der Bank von England oder der englischen Regierung entstünden, könnten ohne weiteres vor der Öffentlichkeit vertreten werden; psychologische Nebenfolgen der Einleger seien dadurch nicht zu erwarten;
5. Man könne nicht einsehen, warum neben dem Buchwert der "investments" nicht auch der Marktwert veröffentlicht würde; der Gewinn müßte zudem mindestens einmal vor und nach der Besteuerung gezeigt werden.

Der Minoritätsbericht ist der Auffassung, daß man den Banken möglicherweise folgende Konzessionen machen könnte:

1. Banken, die im Ausland domizilieren oder deren Geschäfte überwiegend Auslandsgeschäfte sind, könnten eventuell gewisse Sondervorteile eingeräumt werden;
2. Man könne sich auch einverstanden erklären, daß Banken mehr als andere Unternehmen Rücklagen bilden könnten;
3. Um die jährlichen Gewinnschwankungen einigermaßen zu eliminieren, könne man sich darauf einigen, daß die Banken ihre Bilanzen nicht mehr jedes Jahr zu veröffentlichen brauchten. "It would, in our view, be far better to have a true and fair statement of profits once in five years than unfair statements each year."¹⁾

1) Note of Dissent, a.a.O., Seite 215

Die Minorität ist aber der Auffassung, daß alle anderen Vorteile, die die Banken hinsichtlich der Bilanzierung und Bewertung genießen, abgeschafft werden müßten.

3. Verbesserungen der Bankenpublizität als angestrebtes Ziel der gegenwärtigen Regierung

Seitdem im Oktober 1964 die konservative Regierung in England durch eine Labourregierung abgelöst wurde, ist es voraussichtlich nur noch eine Frage der Zeit, wann der Company Act durch eine Reihe von Vorschriften, die vor allem die Publizität betreffen, geändert werden wird. Vor allem wird dabei die Frage der Sonderstellung der Banken von neuem aufgegriffen, denn die Labour-Partei ist "für möglichst weitgehende Abschlußveröffentlichungen aller Unternehmen".¹⁾ Daß sich die traditionelle Ausnahmestellung, der sich die englischen Banken erfreuen konnten, in vielen Punkten ändern wird, steht dabei außer Frage. Dies beweist deutlich die dem Parlament während der Sitzungsperiode 1965/1966 vorgelegte "Company Bill 1966", in der - was die Verbesserung der Bankenpublizität betrifft - vorgesehen war, daß der Board of Trade ermächtigt werden sollte, nach seinem Gutdünken einige der Vorschriften, durch die die Kreditinstitute von einer Reihe der Bilanzierungs- und Bestimmungsbestimmungen des Company Act 1948 befreit worden waren, auf dem Verordnungswege einzuschränken ("reduce") oder ganz rückgängig zu machen ("abolish"). Da die Company Bill 1966 allerdings während der Sitzungsperiode des Parlaments 1965/1966 nicht verabschiedet wurde, bedeutet dies nach den englischen Gepflogenheiten, daß der Gesetzesvorschlag wieder in neuer Fassung vorzulegen sein wird. Die Bestimmungen über die vorgesehene Einschränkung der Sonderstellung der Banken werden sich aber aller

1) o.V.: "Die "Big Five" konnten ihre Gewinne kräftig steigern", in: FAZ v. 22.1.1966, Seite 9

Voraussicht nach nicht ändern. Dies machte auch der Präsident des "Board of Trade" klar, als er im "House of Commons" im Juli 1966 bemerkte, daß "er die Gültigkeit der von den Banken vorgetragenen Argumenten, was die Bankenpublizität betreffe, nicht voll teilen könne".¹⁾

Nachdem durch die Wahlen im Frühjahr 1966 die gegenwärtige Regierung mit großem Erfolg bestätigt wurde und damit aller Wahrscheinlichkeit bis mindestens 1971 im Amt bleiben wird, kann man beinahe mit Sicherheit voraussagen, daß sich in den nächsten Jahren die gegenwärtig unbefriedigenden Bankbilanzen- und Erfolgsrechnungen verbessern werden. In welchem Umfang der Board of Trade von seinem Recht Gebrauch machen wird, d.h. inwieweit die englische Bankenpublizität den deutschen oder sogar den amerikanischen Verhältnissen angeglichen werden wird, läßt sich im gegenwärtigen Zeitpunkt noch nicht überblicken.

V. Zusammenfassung

Am Ende dieses Abschnitts sollen noch einmal die wichtigsten Ergebnisse zusammengefasst werden, die über den Vergleich der deutschen und englischen Bilanzierungs- und Bewertungsvorschriften und insbesondere über die den Banken gewährten Sonderrechte herausgearbeitet wurden.

1. Die Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung und Bilanzierung und die sich hieraus ergebenden Bilanzierungsprinzipien unterscheiden sich in beiden Ländern nur wenig voneinander. Das gleiche kann von den Bewertungsbestimmungen gesagt werden.

1) o.V.: "Disclosure of Bank Profits", in: The Banker 1966, Seite 542

2. Während jedoch in Deutschland die Bilanzierungs- und Bewertungsbestimmungen genau formuliert und niedergelegt worden sind, hat das englische Bilanzrecht eine solche Präzisierung nicht erfahren. Dies läßt sich aus der in England vorherrschenden "pragmatischen" Rechtsauffassung ableiten.
3. Die "Dominanz" einer der Bilanzierungsgrundsätze ist im deutschen Bilanzrecht nicht zu erkennen, während in England die Forderung des "true and fair view" (Prinzip der Bilanzwahrheit) oberstes Bilanzierungs- und Bewertungsprinzip ist.
4. Den deutschen Aktienbanken sind Erleichterungen gegenüber anderen Gesellschaften vor allem für die Erfolgsrechnung, in den Bewertungsbestimmungen für das Umlaufvermögen und die Publizitätsvorschriften des Geschäftsberichts gewährt worden.
5. Die englischen Banken sind von fast allen, den Erkenntniswert der Bilanz und Gewinn- und Verlustrechnungen betreffenden Bestimmungen des "Company Act 1948" befreit. Diese extreme Ausnahmestellung der englischen Banken teilweise oder völlig aufzuheben, ist Ziel der gegenwärtigen Regierung.

D. Der Publizitätsgehalt deutscher und englischer
Bankbilanzen

I. Gliederungsprinzipien bei deutschen und englischen
Bankbilanzen

a. Formelle und materielle Unterschiede

Das Gliederungsschema, wie es im Aktiengesetz vorgesehen ist, wurde vor allem auf Industriebetriebe zugeschnitten und entspricht nicht den wirtschaftlichen Tatbeständen der Kreditinstitute. Daher sind die bereits erwähnten Formblätter entwickelt worden, die vernünftigerweise nach Liquiditätsgesichtspunkten aufgebaut sind. Dieses Prinzip findet auch bei den englischen Bankbilanzen Anwendung. Allerdings ist ein wesentlicher formeller Unterschied darin zu sehen, daß die Vermögenswerte bei englischen Bilanzen auf der rechten Seite, die Verbindlichkeiten dagegen links stehen.¹⁾ TRUMPLER erklärt diese abweichende Regelung damit, daß die Direktoren in England als quasi "Trustees" der Gesellschaft und der Aktionäre angesehen werden, also als Gläubiger den Passiven der Gesellschaft gegenüber, und Schuldner in Bezug auf ihre Aktiva. Die Bilanz sei nach englischem Recht lediglich ein Teil des Rechenschaftsberichts, den die Direktoren den Gesellschaftern über das ihnen anvertraute Vermögen abzugeben hätten.²⁾

In materieller Hinsicht sind die Unterschiede zwischen deutschen und englischen Bankbilanzen erheblich; die deutsche Bankbilanz ist sehr viel tiefer untergliedert, was dazu führt, daß ihre Aussagekraft derjenigen der englischen

1) In Schottland wird dagegen häufig die kontinentale Darstellungsweise gewählt.

2) Hans Trumpler: Das Bilanz- und Steuerrecht der Aktiengesellschaft nach englischem Recht, Basel-Leipzig 1939, Seite 71

Bilanz überlegen ist. Dies wird vor allem bei folgenden Positionen deutlich:

1. Die Guthaben bei Kreditinstituten (Nostroguthaben) werden bei den deutschen Banken unterteilt in:
 - a. täglich fällig
 - b. mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist von weniger als 3 Monaten
 - c. mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist von 3 Monaten und mehr.

Die englischen Banken weisen dagegen die Nostroguthaben ohne weitere Unterteilung aus.

2. Die Wertpapierposition deutscher Banken ist aufgeteilt in:
 - a. Anleihen und verzinsliche Schatzanweisungen des Bundes und der Länder
 - b. Sonstige verzinsliche Wertpapiere
 - c. Börsengängige Dividendenwerte
 - d. Sonstige Wertpapiere.

Die englischen Banken kennen dagegen häufig nur eine unaufgeschlüsselte Wertpapierposition. Wird eine Unterteilung vorgenommen, dann in "quoted" (notierte Wertpapiere) und "unquoted" (unnotierte Wertpapiere).

3. Die Position der Forderungen deutscher Banken ist aufgeschlüsselt in:
 - 1) Debitoren
 - a. Kreditinstitute
 - b. Sonstige
 - 2) langfristige Ausleihungen
 - a. gegen Grundpfandrechte
 - b. gegen Kommunaldeckung
 - c. Sonstige.

Die englischen Banken haben dagegen nur eine zusammengefasste Position, bei der - ähnlich wie bei den deut-

schen Banken - die Wertberichtigungen bereits vorher abgezogen wurden (Bilanzierung nach dem Nettoprinzip).

4. Die Herkunft der Mittel wird bei den deutschen Banken sehr detailliert dargelegt (Aufteilung der Einlagen in Sicht-, Termin- und Spareinlagen, Trennung kurzfristig aufgenommenen Gelder von langfristig aufgenommenen Darlehen etc.), während bei englischen Banken die Einlagen unaufgeschlüsselt in einer Position erscheinen.

Aber auch innerhalb der einzelnen englischen Bankbilanzen sind erhebliche Unterschiede festzustellen, da eine gesetzliche Regelung - etwa durch standardisierte Formblätter - fehlt. So sind in der Bilanz der Midland und Westminster Bank zum 31.12.1966 nur 14 Vermögensposten enthalten, während die National Provincial Bank 15, die Barclays Bank 18 und schließlich die Lloyds Bank 22 Positionen veröffentlichen.

b. Die Problematik einer Unterteilung in Anlage- und Umlaufvermögen bei Bankbilanzen

Bei Bankbetrieben ist es zumindest ungewöhnlich, wenn man von Anlage- und Umlaufvermögen spricht, da weder in den Formblättern eine solche Einteilung vorgenommen wird noch grundsätzlich die Tätigkeit eines Bankbetriebes eine solche Unterteilung erfordert. Hier gilt eine Gliederung und Einteilung nach liquiditätsmäßigen Gesichtspunkten. Die Bewertungsvorschriften des Aktiengesetzes sind aber bekanntlich unterschiedlich bei Gütern des Anlage- und Umlaufvermögens. Die Gliederung z.B. der Wertpapierposition in den Formblättern der deutschen Kreditinstitute nimmt aber auf diesen Gesichtspunkt keine Rücksicht, obwohl eine Aufteilung der Wertpapiere in solche des Anlage- und Umlaufver-

mögens nach Ansicht von WULF "möglich und sinnvoll"¹⁾ wäre. BIRCK sieht auch in der Position "Grundstücke und Gebäude" die Möglichkeit, daß dort Immobilien ausgewiesen werden, die eigentlich zu einer Weiterverwendung bestimmt sind (wenn sie beispielsweise aus der Konkursmasse eines Schuldners stammen) und daher wirtschaftlich zum Umlaufvermögen gehören. "Der Begriffsinhalt der Bilanzposition Wertpapiere sowie Grundstücke und Gebäude läßt deshalb keinen Schluß darüber zu, welche Bewertungsgrundsätze im einzelnen bei diesen Bilanzpositionen anzuwenden sind."²⁾

Für eine Untersuchung, deren Hauptanliegen eine genaue Herausarbeitung von Bewertungsfragen ist, wäre also auch bei Banken eine Aufgliederung in Anlage- und Umlaufvermögen durchzuführen.

Im folgenden wird jedoch eine solche Unterteilung der Vermögenswerte nicht vorgenommen, auch wenn dabei geringe Ungenauigkeiten bei der Behandlung von Bewertungsfragen in Kauf genommen werden müssen. Zwei Gründe sind dafür maßgebend: einmal lassen in der Praxis die einzelnen Bilanzpositionen eine solche Aufschlüsselung kaum zu (gerade bei den Wertpapieren dürfte eine Einordnung im konkreten Fall nicht immer leicht sein), und zum andern sind die englischen Banken zur Zeit noch ohnehin von allen Bewertungsvorschriften weitgehend befreit, so daß sich hier eine Einteilung der Aktiva in Anlage- und Umlaufvermögen aus Gründen unterschiedlicher Wertansätze von vornherein erübrigt. Wie sehr diese Frage allerdings auch in England umstritten ist, beweist die Bilanz der Midland Bank für 1966. Hier erscheinen zum erstenmal auch in einer Bankbilanz die Begriffe

1) Karl Wulf: "Aktienrechtsreform und Rechnungslegung der Banken", in: ZfgK. Nr. 14 1960, Seite 694

2) Heinrich Birck: Die Bankbilanz, a.a.O., Seite 134

"current" und "fixed assets", nachdem in früheren Bankbilanzen auch bei dieser Bank solche "headings" nicht zu finden waren. Bezeichnenderweise wird bei den Wertpapieren allerdings keine weitere Aufteilung vorgenommen; sie zählen alle zu den "current assets".¹⁾

II. Die Analyse der Aktivseite

Durch die Analyse der Bilanzstruktur lassen sich wesentliche Schlüsse auf die Geschäftstätigkeit und Anlagepolitik der deutschen und englischen Großbanken ziehen. Dabei erweist es sich als zweckmäßig, um "sich nicht im Gestrüpp einzelner Bilanzposten zu verlieren"²⁾, die einzelnen Positionen nach bestimmten Gesichtspunkten zusammenzufassen, um den verschiedenen Aufbau der deutschen und englischen Bankbilanzen und die damit verbundene Unübersichtlichkeit weitgehend zu umgehen. Allerdings bereitet "eine befriedigende Systematisierung der unterschiedlichen Anlageformen im Bankbetrieb Schwierigkeiten"³⁾, die auch darin zu sehen sind, daß sich die bei Bilanzanalysen übliche Unterteilung der Vermögenswerte in Anlage- und Umlaufvermögen bei Bankbilanzen nicht anwenden läßt.

Schwerpunkt einer Bankbilanzanalyse muß bei dieser Untersuchung die englische Bankbilanz sein und hierbei vor allem die Unterschiede zu den deutschen Verhältnissen. Dabei können nicht alle Bilanzpositionen - vor allem der viel genaueren und umfangreicheren deutschen Bankbilanz - zur Untersuchung herangezogen werden, sondern nur diejenigen, die

-
- 1) Nach den "Notes on the Accounts" der Midland Bank zählen zu den "fixed assets" nur "bank premises, other properties and equipment".
 - 2) Willi Fischöder, a.a.O., Seite 20
 - 3) Hans-Hermann Stein: Strukturwandlungen in der Anlagepolitik der Kreditbanken in der Bundesrepublik Deutschland von 1950 bis 1960, Berlin 1964, Seite 31

vom Standpunkt der Publizität "informativ" sind und bei denen eine Vergleichbarkeit der deutschen und englischen Verhältnisse möglich erscheint.

In der englischen Literatur wird eine Zweiteilung der Vermögenswerte bei Banken in "liquid assets" (liquide Vermögenswerte) und "earning assets" (gewinnbringende Vermögenswerte) vorgenommen. Obwohl sich mit Recht einwenden ließe, daß eine solche Zweiteilung nicht allen wirtschaftlichen Gegebenheiten der Aktivwerte gerecht wird, lassen sich jedoch hierdurch die beiden wesentlichen Merkmale bankmäßiger Anlagepolitik herausarbeiten: Liquidität und Rentabilität.

Für die englische Bankbilanz bestehen keine gesetzlichen Formvorschriften, so daß - im Gegensatz zu den deutschen Verhältnissen - die Banken ihre Bilanzen und Erfolgsrechnungen frei gestalten können. Die Abschlüsse der einzelnen Großbanken sehen daher sehr unterschiedlich aus. Neben der Jahresbilanz werden Halbjahresbilanzen, die sog. "Juni-bilanzen"¹⁾ veröffentlicht, mit deren Erscheinen auch die Auszahlung der Vorschußdividende zusammenfällt. Die "typical Bank Account"²⁾ einer englischen Großbank würde etwa folgende Positionen enthalten:

- 1) Coin, Notes, and Balances with the Bank of England
(Kasse, Guthaben bei der Bank von England)
- 2) Balances with, and Cheques in course of collection on, other Banks
(Nostroguthaben)
- 3) Money at call and short Notice
(Jederzeit rückrufbares tägliches Geld - eine Besonderheit des englischen Geldmarktes)
- 4) Bills discounted (diese werden aufgeteilt in "British Treasury Bills" und "Other Bills and Re-financeable Credits")
(Schatz- und sonstige Wechsel)

-
- 1) Marie Dessauer: Die Big Five - zur Charakteristik der englischen Depositenbanken, Stuttgart 1933, Seite 40
 - 2) J.H. Clemens: Balance Sheets and the lending Banker, 3. Aufl. London 1965, Seite 43

- 5) Investments (aufgeteilt in "quoted" and "unquoted")
(Wertpapiere aufgeteilt in "börsengängig" und
"nicht börsengängig")
- 6) Advances
(Debitoren, von denen bereits die Wertberichtigungen
abgezogen sind)
- 7) Trade Investments
(Beteiligungen)
- 8) Bank and other Premises
(Bank- und andere Gebäude)

Als Besonderheit bei den englischen Bankbilanzen kommt hinzu, daß die Eventualforderungen mit in der Bilanz ausgewiesen werden, also nicht "unter dem Strich" erscheinen.¹⁾

Zu den liquiden Mitteln, die weiter in "Barreserve" und "Sekundärliquidität" zu unterteilen wären, rechnet die Bank von England die Positionen 1, 3 und 4.²⁾ Eine Besonderheit ist in den Nostroguthaben zu sehen, die nach englischer Auffassung nicht zu den liquiden Mitteln zählen und daher nicht in die 30% "liquidity-ratio" einbezogen werden.³⁾ Die wesentlichen "earning assets" der englischen Banken sind die Wertpapiere und Debitoren. Allerdings hat sich gerade bei diesen Positionen in den letzten Jahren ein entscheidender Wandel vollzogen. Während in den fünfziger Jahren die Wertpapieranlage der englischen Banken noch bis zu 33% der Einlagen betrug, ist sie 1966 bis auf 11% gesunken, ein Prozentsatz, der sich weitgehend dem recht konstanten Satz der deutschen Banken von 10% angenähert hat. Damit haben sich die von HYDE, der für die Midland Bank vor dem MACMILLAN-

1) Daher wäre als Position 9) die "Liability of Customers for Acceptances, Endorsements and other Engagements" hinzuzurechnen.

2) vgl. Bank of England: Report for the Year ended 29th February 1960, Seite 5

3) vgl. hierzu Seite 125 f.

Ausschuß auftrat, als optimal bezeichneten Relationen der Bankaktiva annähernd erfüllt.¹⁾

Eine Einteilung der Vermögenswerte in "liquid assets" und "earning assets" kann allerdings nur ungefähr den bankbetrieblichen Tatbeständen Rechnung tragen, da einerseits z.B. Schatz- und Handelswechsel keineswegs nur liquide, sondern auch ertragbringend, auf der anderen Seite z.B. manche Wertpapiere nicht nur ertragbringend, sondern auch liquide sind. Da die englische Betrachtung der Anlagepolitik jedoch von einer solchen Zweiteilung der Aktiva ausgeht (z.B. bei der 30% "Liquidity-ratio"), wird diese für die folgenden Ausführungen übernommen. Sie kann jedoch nur mit der angedeuteten Einschränkung gelten und darf nicht schematisch gesehen werden.

a. Die liquiden Mittel

1. Grundsätzliche Bemerkungen zum Liquiditätsproblem

In keinem Wirtschaftszweig steht das Thema Liquidität so sehr im Mittelpunkt der Überlegungen wie bei den Kreditinstituten, da die Liquidität das "Rohmaterial der Bankwirtschaft"²⁾ ist. Schon der Umfang der Literatur, die hierzu existiert, zeigt an, welche Kernfrage der Geschäftspolitik der Kreditinstitute hier berührt wird.

Zu der Begriffsbestimmung der Liquidität gibt es zahllose und zum Teil recht unterschiedliche Definitionen. Für den

1) vgl. Macmillan-Report, Minutes of Evidence, a.a.O., Seite 56. F. Hyde hatte folgende Relationen zur Anlagepolitik genannt (im Verhältnis zu den Einlagen): Barreserve 10%, Sekundärliquidität 23%, Investments 12%, Advances 55%.

2) Otto Veit: Volkswirtschaftliche Theorie der Liquidität, Frankfurt/Main 1948, Seite 65

Untersuchungszweck kann die Darstellung SCHROM's¹⁾ übernommen werden, der den Liquiditätsbegriff sehr weit fasst als "die Fähigkeit eines Kreditinstituts, ordnungsgemäß geltend gemachte Zahlungsforderungen aufgrund bestehender Zahlungsverpflichtungen gegenüber Gläubigern fristgerecht erfüllen und weitere Kredite geben bzw. Ersatzanlagen tätigen zu können, sofern nicht außerbetriebliche Gründe entgegenstehen". Das Liquiditätsrisiko besteht darin, daß der Zahlungsbedarf soweit steigt, daß seine Deckung durch vorhandene Barmittel, andere liquidisierbare Vermögenswerte oder sonstige Liquiditätsreserven nicht mehr gegeben ist. Es ist das Risiko, das sich ergibt, "wenn die Bank nicht allen aus ihrer unternehmerischen Betätigung stammenden Zahlungsforderungen ohne Verzug nachkommen kann".²⁾ Da zu der "unternehmerischen Betätigung" in erster Linie das Kreditgeschäft gehört, genügt es nicht allein "to meet demands for payment by depositors and note-holders"³⁾, sondern es gehört hinzu "to meet the credit demands"⁴⁾.

Die Gründe dafür, daß das Liquiditätsrisiko bei Bankbetrieben wesentlich stärker als bei anderen Betriebswirtschaften ist, sind darin zu sehen, daß die "Geschäftstätigkeit der Kreditinstitute weitgehend auf Zahlungsvorgängen aufbaut."⁵⁾

-
- 1) Fritz Schrom: Die Wesensbestimmung der bankbetrieblichen Liquidität und die Liquiditätsnormen im KWG, Dissertation München 1963, Seite 5
 - 2) Otfried Fischer: Bankbilanz-Analyse, Meisenheim/Glan 1956, Seite 118
 - 3) Bank of England: Quaterly Bulletin 1962, Seite 248
Die von der Bank von England gegebene Definition ("Bank liquidity means the ability of a bank to meet demands for payment by depositors and note-holders as they arise") vernachlässigt die zweite Bedingung der von Schrom gegebenen Begriffsbestimmung, nämlich "weitere Kredite geben bzw. Ersatzanlagen tätigen zu können".
 - 4) Howard D. Crosse: Management Policies for commercial banks, Englewood Cliffs N.J. 1962, Seite 114
 - 5) Karl Fr. Hagenmüller: Bankbetrieb und Bankpolitik, a.a.O., Seite 256

Ein solches Risiko besteht sowohl im Aktiv- wie auch im Passivgeschäft; im Aktivgeschäft, wenn z.B. fällige Kredite nicht zurückbezahlt werden (dies entzieht sich einer rein quantitativen Betrachtung, sondern ist ein qualitatives Problem), im Passivgeschäft, wenn in zu großem Umfang und über das einkalkulierte Maß hinaus Gelder kurzfristig abdisponiert werden. Auf beide Risiken hat die Bank nur begrenzte Einflußmöglichkeiten. Zum andern ist ein Liquiditätsproblem nicht nur im Abfluß von liquiden Mitteln, sondern auch in "rising loan demands"¹⁾ zu sehen. Eine Bank muß auch Liquiditätsreserven unterhalten, um den Kreditwünschen der Kundschaft zu entsprechen.

Die einzelne Bank ist um so liquider, je weniger sie mit dem Abfluß liquider Mittel (z.B. Geldauszahlungen) rechnen muß, je größer ihre Liquiditätsreserven im Verhältnis zu den Einlagen sind und je leichter sich ihre Anlagen liquidisieren lassen. Eine absolute Liquidität - etwa in Form von Kassenhaltung oder Guthaben bei der Zentralnotenbank - wäre zwar theoretisch möglich, ist aber schon aus Rentabilitätsgründen nicht denkbar. Die Umwandlung eines Teils der "liquid assets" (SAYERS verwendet den Ausdruck "idle assets"²⁾ in "earning assets" ist daher notwendig. Hieraus ergibt sich das Spannungsfeld zwischen Liquidität und Rentabilität. Jede über den wahrscheinlichen Bedarf hinausgehende Liquidität bedeutet Minderung der Erträge, und eine zu starke Bindung von Depositen in gewinnbringenden Aktiva kann andererseits die Liquidität gefährden.

Kein Zweifel kann daran bestehen, daß die mit einer richtigen Liquiditätspolitik zusammenhängenden Probleme Existenzfragen eines jeden Bankbetriebes sind. Auch der Bilanzanalytiker wird bei Kreditinstituten besonders auf das Liqui-

1) Howard Crosse, a.a.O., Seite 138

2) R.S. Sayers: Modern Banking, a.a.O., Seite 178

ditätsbild achten. Hieraus sind die Bemühungen der Kreditinstitute zu erklären, nach außen hin als möglichst liquide zu erscheinen. Daher sind "window dressing" oder "Silvesteraufputz" bei publizitätspflichtigen Banken Mittel einer auf die-Liquiditätsoptik gerichteten Bilanzpolitik geworden.

Auf eine Darstellung der historischen Entwicklung der Liquiditätsanschauung und theoretischen Erörterung des Liquiditätsproblems muß hier verzichtet werden.¹⁾

2. Besonderheiten der englischen Liquiditätsauffassung

In den älteren deutschen Theorien, die es zum Liquiditätsproblem der Banken gibt, war der Gedanke vorherrschend, daß die Fristigkeit der Passivseite der Bankbilanz diejenige der Aktivseite zu bestimmen habe, daß also nur die längerfristig zur Verfügung stehenden Mittel auch längerfristig ausgeliehen werden könnten.²⁾ Diese Betrachtungsweise wurde inzwischen von der modernen, "dynamischen" Liquiditätsauffassung korrigiert, bei der es um die "Frage des rechtzeitigen Geldanschlusses"³⁾ bzw. um das Gleichgewichtsproblem zwischen Auszahlungs- und Einzahlungsströmen geht.⁴⁾

Die ältere "statische" Betrachtung der Liquidität hat in England nie Eingang gefunden. Das englische Interesse richtet sich ausschließlich auf die Aktivseite der Bankbilanz. Als Liquiditätsreserven ersten Ranges galten früher vor allem die Handelswechsel, da sie sich aufgrund des ihnen zu-

1) vgl. hierzu Fritz Schrom, a.a.O., Seite 18 ff.

2) So z.B. die "goldene Bankregel" von Otto Hübner, vgl. Fritz Schrom, a.a.O., Seite 19 ff.

3) Rudolf Stucken: Geld und Kredit, Tübingen 1949, Seite 17

4) vgl. Ofried Fischer, a.a.O., Seite 119

grunde liegenden Warengeschäfts nach einer verhältnismäßig kurzen Frist wieder in Bargeld zurückverwandelten. "Sie bildeten die beste und sicherste Anlage der überschüssigen Gelder, über welche die englischen Banken verfügten und wegen ihrer überragenden Stellung am Londoner Geldmarkt auch verfügen mußten."¹⁾ Hinzu kam, daß sich der Handelswechsel auch bei der Bank von England - via Diskontohäuser - rediskontieren ließ, so daß zum "self-liquidating-character" des Papiers noch die Eigenschaft der Reliquidisierbarkeit bzw. "eligibility" (Verwertbarkeit bei der Notenbank) kam. Die Vorliebe der englischen Banken für den Handelswechsel wurde durch die Aussage des Chairman der Barclays Bank vor dem MACMILLAN-Committee im Jahre 1931 bestätigt, als er auf die Frage, ob die Banken den Wechsel- oder Kontokorrentkredit bevorzugen würden, antwortete: "Ich persönlich sehe viel lieber die Wechsel, da sie sich von selbst verflüssigen."²⁾

Erst die während der Weltwirtschaftskrise eintretende Verknappung des Wechselvolumens und die während dieser Zeit steigende Zahl von Wechselprotesten erschütterten den Glauben der englischen Banken an die "Selbstliquidierbarkeit des Handelswechsels".³⁾ Wenn auch die Handelswechsel nach wie vor "eligible papers" sind, hat ihr Anteil in der Bankbilanz doch erheblich abgenommen. In überwiegendem Maße dienen heute staatliche Papiere, insbesondere Schatzwechsel, als Mittel zur Geldanlage.

Aus den Erfahrungen der Weltwirtschaftskrise heraus entstand in England eine neue Betrachtungsweise der Liquidität. Im Mittelpunkt steht dabei die "Shiftability" der Vermögens-

1) Willi Fischöder, a.a.O., Seite 33

2) Macmillan-Report, Minutes of Evidence, London 1931, Vol. I Seite 36, Ziffer 517 - 519

3) Willi Fischöder, a.a.O., Seite 17

werte, wobei man darunter die Möglichkeit versteht, "ein Aktivum an eine andere Bank, irgendein Finanzinstitut oder an den Markt vorübergehend abzuwälzen".¹⁾ Dies kann beispielsweise bei Wertpapieren durch Verkauf der Papiere an der Börse, durch Übernahme durch eine andere Bank oder durch Lombardierung durch die Notenbank geschehen. Die Passivseite der Bankbilanz wird dabei überhaupt nicht in die Betrachtung miteinbezogen. "Liquiditätsmäßige Vorsorge wird ausschließlich durch entsprechende Schichtung der Anlagen getroffen, nicht durch Bindung von Einlagen."²⁾ Die englischen Banken finden nichts dabei, mit ihren kurzfristigen Einlagen (außer den Sichteinlagen gibt es fast nur die Termineinlagen mit siebentägiger Kündigungsfrist) Pakete von Staatsanleihen mit Laufzeiten bis zu 10 Jahren zu finanzieren.

Diese Liquiditätsauffassung beruht auf der "künstlichen" Liquidität der Bankaktiva (im Gegensatz zu der "natürlichen" Liquidität der Wechsel, also der "self-liquidating-assets"). Sie hat ihren Ursprung und Berechtigung in der Struktur der englischen Bankbilanzen. Die englischen Clearingbanken legen traditionsgemäß einen erheblichen Teil ihrer zur Verfügung stehenden Mittel in langfristigen Staatsanleihen an. Eine Verflüssigung von festverzinslichen Staatspapieren durch Verkauf oder Lombardierung erscheint aber im allgemeinen relativ leicht möglich, wenn auch natürlich eine über das gesamte Bankensystem hereinbrechende Liquiditätskrise beispielsweise durch Verkauf festverzinslicher Papiere an der Börse nicht beseitigt werden kann. Hier müßte in jedem Fall die Notenbank beistehen, so daß STÜTZER vorschlägt, den Begriff der "Shiftability" nur noch auf diejenigen Aktiva anzuwenden, die bei der Noten-

-
- 1) Rudolf Stützer: Die Wertpapieranlage der Kreditinstitute - Untersuchungen am Beispiel der englischen Banken, Berlin 1957, Seite 99
 - 2) Kurt Richebächer: "England ohne goldene Bankregel", in: Volkswirt Nr. 20 1958, Seite 868

bank zu verwerten sind, "weil nur bei diesen im Krisenfälle damit zu rechnen ist, daß dem Bankensystem als Ganzem rasch Barreserven zugeführt werden können".¹⁾

Ein zusätzlicher Aspekt fällt bei der englischen Liquiditätsbetrachtung ins Auge, daß sie nämlich einerseits Wert auf eine schnelle Verwertbarkeit der Vermögenswerte legt, andererseits aber fordert, daß das betreffende Aktivum "without loss" in "cash" umgewandelt werden müsse.²⁾ Zur "Shiftability" müßte also immer die "Eligibility" (Zentralbankfähigkeit) kommen, da im allgemeinen nur hier ganz geringfügige Verluste in Kauf zu nehmen wären. Nur wenn beide Eigenschaften bei einem Vermögenswert vorhanden sind, wird man von einem "liquiden" Aktivum sprechen können.³⁾

Diese Liquiditätsvorstellung weicht von der deutschen Betrachtungsweise ab, bei der die Entstehung von Verlusten bei der Verflüssigung in die Überlegungen eingeschlossen werden.⁴⁾ Gerade die Forderung nach einer verlustlosen Verflüssigung der Bankaktiva läßt die Schlußfolgerung zu, daß es vor allem bei der englischen Liquiditätsauffassung darauf ankommt, sich gegen überraschende Krisen zu wappnen. "Die "Shiftability" soll die schnelle Realisierung von An-

1) Rudolf Stützer, a.a.O., Seite 99

2) R.S. Sayers: Modern Banking, a.a.O., Seite 178

3) Sayers (a.a.O., Seite 179) macht dies am Beispiel von Dividendenwerten deutlich. Eine an der Börse notierte Aktie kann im allgemeinen schnell verflüssigt werden, ist also "shiftable". Da aber mit Aktien alle möglichen, nicht einkalkulierbaren Risiken verbunden sind, würde ein Bankier sie dennoch nicht als liquide ansehen ("the banker would probably describe them as illiquid").

4) So geht z.B. STÜTZEL in seiner "Maximalbelastungsrechnung" davon aus, daß bei der Verflüssigung von Aktiva ein Disagio entsteht, das von der Bonität des Vermögenswertes, seiner Verzinsung und dem im Zeitpunkt der Liquidisierung herrschenden Marktzins abhängt.
vgl. Fritz Schrom, a.a.O., Seite 28

lagen gewährleisten und die "Eligibility" die Verwertung ohne Verluste in Krisen ermöglichen".¹⁾

Die "Shiftability"-Theorie impliziert also, daß eine Bilanz in liquide und illiquide Aktiva zu unterteilen wäre. Eine eindeutige Einordnung der Aktiva würde aber auf Schwierigkeiten stoßen, da zum Beispiel die Wertpapiere, obwohl sie nach englischer Auffassung zu den illiquiden Aktiva gerechnet werden, nur dann als tatsächlich illiquide anzusehen sind, "wenn man ihren Liquiditätswert in schweren Liquiditätskrisen betrachtet".²⁾ Insbesondere wird ein Wertpapierdepot mit einer geschickten Staffelung der Fälligkeiten (dies gilt allerdings nur bei festverzinslichen Wertpapieren) immer eine gewisse "natürliche" Liquidität besitzen. Eine eindeutige liquiditätsmäßige Aussage läßt sich dagegen bei den Wirtschaftskrediten machen. Diese zählen zu den illiquiden Vermögenswerten, da sie nicht "shiftable" sind, also keine künstliche Liquidität besitzen.

Sowohl in Deutschland als auch in England wird bei allen Überlegungen zu einer richtigen Liquiditätspolitik für Banken allerdings kein Hehl daraus gemacht, daß in letzter Konsequenz eine ausreichende Liquiditätsvorsorge nur zum Teil von der Politik der Individualbank, zum größten Teil jedoch von der Hilfe der Notenbank abhängig ist, letzten Endes also alle Vermögenswerte bei der Zentralbank verwertbar sind ("shiftable on to the central bank").³⁾ Darin liegt aber, wie FISCHÖDER feststellt, der große Nachteil der künstlichen Liquidität, weil es ungewiß ist, ob sich die Zentralnotenbank in jedem Fall bereitfinden wird,

1) Rudolf Stützer, a.a.O., Seite 100

2) Rudolf Stützer, a.a.O., Seite 100

3) R.S. Sayers: Modern Banking, a.a.O., Seite 182

"langfristige Papiere von den Kreditbanken zu übernehmen, die shiftability dieser Papiere also tatsächlich zu gewährleisten".¹⁾

3. Unterschiede der deutschen und englischen Liquiditätspolitik

Während man früher die Liquiditätspolitik dem Ermessen der jeweiligen Geschäftsleitung der Kreditinstitute überließ, sind heute die Forderungen an die Liquidität - zumindest in Deutschland - weitgehend gesetzlich geregelt, während man sich in England nach wie vor mit recht lockeren Übereinkünften zwischen den Geschäftsbanken und der Bank von England begnügt hat.

Die Bestimmungen des Kreditwesengesetzes in Deutschland stellen die Grundnormen für eine Liquiditätsvorsorge dar. So heißt es im § 11, Satz 1 KWG: "Die Kreditinstitute müssen ihre Mittel so anlegen, daß jederzeit eine ausreichende Zahlungsbereitschaft gewährleistet ist." Die weiteren Bestimmungen des Gesetzes erläutern diesen § 11 KWG näher. Besondere Beachtung ist bei einer richtigen Liquiditätspolitik auf die "Grundsätze über das Eigenkapital und die Liquidität der Kreditinstitute" des Bundesaufsichtsamtes für das Kreditwesen zu legen.²⁾

Schließlich spielen auch die Mindestreserven eine Rolle, obwohl im Schrifttum ihre Eigenschaft als echte Liquiditätsreserve umstritten ist. Geht man vom Wortlaut des § 16 Bundesbankgesetz aus, so sind die Mindestreserven dazu bestimmt, der Beeinflussung des Geldumlaufs und der Kredit-

1) Willi Fischöder, a.a.O., Seite 18

2) Letzte Fassung dieser Grundsätze am 25. August 1964 (abgedruckt u.a.: Geschäftsbericht der Deutschen Bundesbank für das Jahr 1966, Seite 102 f.)

gewährung durch die Bundesbank zu dienen. Sie sind also nach dem Willen des Gesetzgebers vorwiegend als währungs-politisches Instrument der Notenbank anzusehen. Darüber-hinaus kommen sie aber als Mittel einer kurzfristigen Li-liquiditätsanpassung in Betracht.¹⁾ Sie stellen für die Bank insofern echte Liquiditätsreserven dar, als der Mindest-reservebetrag, der bei der Landeszentralbank zu unterhal-ten ist, nur im Monatsdurchschnitt erreicht zu werden braucht.²⁾ Zu betonen ist jedoch, daß durch Dispositionen mit den Mindestreserven lediglich eine kurzfristige Liqui-ditätsverbesserung erzielt werden kann, längerdauernde oder strukturelle Liquiditätsengpässe jedoch nicht berührt werden.

SCHROM kommt in einer Würdigung derin Deutschland getrof-fenen Bestimmungen zu dem Ergebnis, daß "die gegenwärtig gültigen Liquiditätsvorschriften des KWG in ihrer grund-sätzlichen Konzeption dem Liquiditätsproblem Rechnung tra-gen".³⁾

In England besteht keine gesetzliche Regelung zur Frage der Liquiditätspolitik der Geschäftsbanken, sondern lediglich Übereinkommen zwischen der Bank von England und den Clearing-banken.⁴⁾ Dabei haben sich gewisse Prozentsätze herausgebil-det, die als Faustregeln zur Anlagepolitik bezeichnet wer-den können. Zunächst werden 8% der Einlagen als Barreserve entweder als "cash" oder als Guthaben bei der Bank von Eng-land gehalten. Dieser Satz betrug vor dem Krieg etwa 10% der Depositen, hat sich nach 1945 aber bei etwa 8% einge-

1) Anderer Meinung hierzu Fritz Schrom, a.a.O., Seite 107 ff.

2) vgl. Karl Fr. Hagenmüller: Bankbetrieb und Bankpolitik, a.a.O., Seite 259

3) Fritz Schrom, a.a.O., Seite 136

4) vgl. R.W. Jones: "Commercial Bank Legislation in Eng-land and Wales", a.a.O., Seite 58

pendelt. Diese Barreserve ist gegenüber den deutschen Verhältnissen geringer, was vor allem auf die unterschiedlichen Zahlungssitten (in England wird mehr als in Deutschland vom bargeldlosen Zahlungsverkehr Gebrauch gemacht) zurückgeht.

Die gesamten Liquiditätsreserven der englischen Clearingbanken werden mit 30% der Einlagen für ausreichend gehalten. Sie sind aber in Wirklichkeit in den letzten Jahren etwas höher gewesen. Es handelt sich bei dieser Liquiditätsreserve um die Barreserve und um die Aktiva, die zur Sekundärliquidität zählen, also vornehmlich um Handels- und Schatzwechsel; es sind dies also Werte, die sich auch bei der Bank von England verwerten lassen.

Die 70% der Einlagen, die übrigbleiben, können sich auf die "earning assets" verteilen, wobei die weitere Aufteilung in "Investments" und "Advances" in den letzten Jahrzehnten überaus starken Schwankungen unterlag.

Die 30% "liquidity-ratio" hatte sich in einer Zeit herausgebildet, als die Konzentration auf die "big five" innerhalb des englischen Bankwesens noch nicht so weit vorge-schritten war. Der RADCLIFFE-Ausschuß, der das englische Kreditwesen seinerzeit zu untersuchen hatte, glaubt nicht, daß ein so hoher Liquiditätssatz für die heutigen Verhältnisse bei den Großbanken noch erforderlich sei, bezeichnet aber dennoch die weitere Einhaltung dieser Liquiditätssätze als "wünschenswert".¹⁾

Obwohl die Clearingbanken vor dem RADCLIFFE-Committee offiziell ihr Einverständnis zu einer weiteren Beibehaltung der 30%-Regel gaben, vermutet der Ausschuß, daß es nur die Konvention sei, die die Clearingbanken hindere, erheblich

1) Radcliffe-Report, a.a.O., Seite 119

geringere Liquiditätsreserven zu halten.¹⁾ Diese Vermutung wird in der Tat bestätigt durch die verschiedenen Äußerungen, die in den veröffentlichten Geschäftsberichten der Großbanken zu dieser Frage existieren.²⁾ Eine Verminderung der "Liquidity-ratio"- auf vielleicht 25% wird dabei für möglich erachtet.³⁾

Die Erfüllung der Liquiditätsregeln durch die englischen Clearingbanken wird in der Praxis recht beweglich gehandhabt. Die 8% "cash-ratio" braucht nur in der Wochenmitte erfüllt zu werden. Innerhalb der einzelnen Wochentage sind Abweichungen durchaus möglich. Auch die 30% "Liquidity-ratio" ist keine "holy cow"⁴⁾; sie soll in normalen Zeiten nicht unter 28% der Depositen fallen. Saisonale Schwankungen sind aber durchaus gestattet, wobei die letzten Monate des Jahres als solche erhöhter Liquidität, Februar/März als solche angespannter Liquiditätslage gelten. Dies hängt zum großen Teil mit den Steuerzahlungen zusammen, die am Anfang des Jahres fällig werden und zu einem erheblichen Liquiditätsabzug führen.⁵⁾

Man könnte darüber diskutieren, ob es ein Nachteil ist, daß die hier dargestellten Liquiditätsregeln für die englischen Banken nicht exakt fixiert wurden, sondern lediglich Empfehlungen der Bank von England sind. SAYERS weist aber darauf hin, daß dieser Tatbestand, der auf den ersten Blick viel-

1) Radcliffe-Report, a.a.O., Seite 180

2) so z.B. Statement by the Chairman of Westminster Bank Ltd., in: Report of the Directors and Statement of Accounts 1960, ohne Seitenangabe

3) vgl.o.V.: "Facts about Banking", in: The Banker 1964, Seite 115

4) W. Reay Tolfree: "Bank Balances in the United Kingdom", in: Journal of the Institute of Bankers 1964, Seite 414

5) vgl. J.R. Winton: "The Liquidity Ratio", in: Journal of the Institute of Bankers 1959, Seite 66

leicht als Mangel und Nachteil erscheinen könnte, kein grundlegender Unterschied zu der gesetzlichen Regelung in anderen Ländern bedeutet.¹⁾

Die Bedeutung der 30% "Liquidity-ratio" als Liquiditätsrichtlinie ist vor allem in der Mindestsicherung der Zahlungsbereitschaft zu sehen. In schweren Liquiditätskrisen kann ohne weiteres diese Grenze unterschritten werden, da ja gerade zur Vorsorge für solche Zeiten die Liquiditätsregel mitgeschaffen wurde. Auf der anderen Seite erwartet die Bank von England, daß sich die Clearingbanken an diese ungeschriebenen Gesetze halten, da sie die "Liquidity-rules" als die "effective restraint" der Giralgeldschöpfungsmöglichkeit der Kreditinstitute ansieht. Die Einhaltung der Liquiditätsregeln liegt zudem ganz im Interesse der Banken selbst, da die Bank von England nur dann, wenn ihre Politik der "moral suasion" wirksam ist, von "dirigistischen Maßnahmen" Abstand nimmt.²⁾ Allerdings wurde die Kreditpolitik der Geschäftsbanken in den letzten Jahren mehrfach durch solche direkten Maßnahmen beeinflusst. So wurde den Banken in Zeiten eines "credit squeeze" zur Auflage gemacht, "to restrain their advances"³⁾ oder aber zinslose "special deposits" bei der Bank von England zu unterhalten.⁴⁾

Die Liquiditätsregeln haben aber auch aus einem andern Grund etwas von ihrer ehemaligen Bedeutung eingebüßt. In früheren Zeiten waren vor allem die Handelswechsel die Pa-

-
- 1) Sayers führt hierzu aus: "The lack of legal sanction in England does not make any substantial difference, but perhaps saves the English banks from the necessity for finicking adjustments that would be of no economic significance."
(Sayers: Modern Banking, a.a.O., Seite 37)
 - 2) vgl. Willy Hahl: Verhältnis zwischen Geschäftsbankensystem und Zentralbankensystem in verschiedenen Ländern, Meisenheim/Glan 1962, Seite 139
 - 3) W.J. Thorne: Banking, 2. Aufl. London 1962, Seite 95
 - 4) Von beiden Maßnahmen macht die Regierung gegenwärtig wieder Gebrauch.

piere der Sekundärliquidität und auch die Leihgelder der Clearingbanken an den Diskontmarkt wurden vornehmlich dazu verwandt, "commercial papers" zu diskontieren. Eine direkte Einflußnahme auf die Quantität der umlaufenden Papiere konnte die Bank von England nur über die Festsetzung von Liquiditätsregeln oder ihre Rediskontpolitik ausüben. Seitdem sich aber die Struktur des Geldmarktes völlig verändert hat und die Schatzwechsel wesentlich bedeutender als die Handelswechsel geworden sind, hat sich auch die Stellung der Notenbank verstärkt. Vor allem durch ihre Offenmarktpolitik hat sie größere Einflußmöglichkeiten auf die Anlagepolitik der Geschäftsbanken als durch Festsetzung von Liquiditätsregeln.

4. Die liquiden Aktiva

41. Die Barreserve

Unter der Barreserve soll derjenige Bestand an Zentralbankgeld einer Bank verstanden werden, der gehalten werden muß, "um die normalen Anforderungen befriedigen zu können".¹⁾ Da die Barreserve, die häufig auch als "erste Verteidigungslinie" der Liquidität bezeichnet wird, aber zinslos ist, geht das rentabilitätsorientierte bankpolitische Verhalten dahin, sie so gering wie nur irgend möglich zu halten.

Zur Barreserve gehören:

1) Deutsche Bankbilanz

- a) Kassenbestand
- b) Guthaben bei der Deutschen Bundesbank
- c) Postscheckguthaben

1) Hans-Hermann Stein, a.a.O., Seite 134

2) Englische Bankbilanz

Coin, notes and Balances with the Bank of England

Vergleicht man die Barreserve bei deutschen und englischen Großbanken, so ergibt sich folgendes Bild:

Barreserve im Verhältnis zu den Einlagen:¹⁾

a. Deutsche Großbanken (in Mill. DM)

1960	1961	1962	1963	1964	1965	1966
3429	3076	3405	3704	3699	4132	4385
(15,1)	(12,0)	(12,2)	(12,2)	(11,5)	(12,3)	(12,1)

b. Englische Großbanken (in Mill. £)

1960	1961	1962	1963	1964	1965	1966
567	574	600	635	665	721	766
(8,5%)	(8,7%)	(8,4%)	(8,2%)	(8,3%)	(8,5%)	(8,8%)

Die hier vorgenommene Gegenüberstellung zeigt deutlich den strukturell höheren Bestand an Barreserve bei deutschen Banken; der Grund hierfür ist - wie bereits erwähnt - vornehmlich in den unterschiedlichen Zahlungssitten der beiden Länder zu sehen. In England hat sich weit mehr als in Deutschland die bargeldlose Zahlung durchgesetzt, so daß die effektive Reserve an Zentralbankgeld bei den englischen Banken nicht die gleiche Höhe zu erreichen braucht wie bei den deutschen Banken.²⁾

-
- 1) Hier und bei allen folgenden Darstellungen dieser Art wird die in England übliche Bezugsgröße "total deposits" gewählt, weil "total deposits are the most important item on the liabilities side of the bank statement and probably the most important item in the whole statement". (Charles L. Prather: Money and Banking, Chicago 1944, Seite 350)
- 2) vgl. hierzu Erich Schneider: Einführung in die Wirtschaftstheorie, Band III, 6. Aufl., Tübingen 1961, Seite 54 ff. oder Willy Hahl, a.a.O., Seite 34 f. und Seite 38. Hahl stellt z.B. fest, daß die durchschnittliche Bargeldumlaufquote von 1950 - 1958 in England 29,22%, in Deutschland dagegen 49,64% betrug.

Sieht man sich die Barreserve der englischen Banken an, so hat es den Anschein, als ob die 8% Regel mit äußerster Genauigkeit eingehalten würde. Dieses Bild täuscht jedoch. Die einzelnen Relationen bei den verschiedenen Großbanken ergeben erhebliche Unterschiede:

Barreserve der englischen Großbanken in Prozent der Einlagen

	1960	1961	1962	1963	1964	1965	1966
Barclays	8,9	8,5	8,2	8,3	8,7	8,6	9,1
Midland	9,1	8,3	8,9	8,8	8,5	8,5	8,8
Lloyds	7,4	8,1	7,9	7,9	8,0	8,6	8,8
Westminster	7,6	8,2	8,0	7,7	7,6	8,1	8,8
National Provincial	8,6	8,8	8,5	8,5	8,5	8,2	9,1

Während vor allem Barclays Bank und Midland Bank den Liquiditätssatz von 8%, der für die Barreserve maßgebend ist, regelmäßig überschreiten, sind in den vergangenen Jahren Lloyds und Westminster Bank gelegentlich unter dieser Grenze geblieben.

Ein bemerkenswerter Unterschied zu diesen Relationen ergibt sich, wenn man die Barreserve der konsolidierten Bilanzen mit in die Betrachtung einbezieht. Hier läßt sich generell ein etwas geringerer Prozentsatz erkennen. Besonders deutlich wird dies bei der National Provincial Bank:

	1960	1961	1962	1963	1964	1965	1966
National Provincial Bank Ltd.	8,6	8,8	8,5	8,5	8,5	8,2	9,1
National Provincial Bank-Gruppe	8,4	8,5	8,3	8,4	8,3	8,0	8,8

Dieses Ergebnis wird dadurch verursacht, daß einige der Tochterbanken der National Provincial Bank eine erheblich geringere Barreserve unterhalten. Diese betrug z.B. bei der Isle of Man Bank Ltd. am 31.12.1966 nur 3,5%.

Ein Vergleich der Barreserve unter Zugrundelegung des Zahlenmaterials per 31.12. hat den Nachteil, daß die Vergleichsmöglichkeit durch bilanzoptische Maßnahmen der Banken zur Liquiditätsverbesserung eingeschränkt wird. Am Jahresultimo erscheinen häufig Liquiditätswerte, die für Bilanzanalysen absolut untypische Bilder ergeben. Die Guthaben der deutschen Großbanken bei der Bundesbank betrugen z.B. im November 1966 2,9 Mrd. DM, stiegen dann zum Jahresultimo 1966 auf 4,0 Mrd. DM, um im Januar 1967 wieder auf 3,4 Mrd. DM zu fallen.¹⁾ Eine ähnliche Entwicklung zeigt sich auch in England. Aussagen über die unterschiedliche Liquiditätspolitik der deutschen und englischen Großbanken müssen also unter dem Aspekt gesehen werden, daß die zum Jahresende in der Bilanz ausgewiesenen Werte ein günstigeres Liquiditätsbild ergeben, als dies in Wirklichkeit im Jahresmittel der Fall ist.

42. Die Sekundärliquidität

Wenn bei der Barreserve von der ersten Verteidigungslinie der Liquidität gesprochen wurde, so ist die Sekundärliquidität die zweite Verteidigungslinie. Aufgabe dieser Reserve ist es, bei Liquiditätsanforderungen, für die die Barreserve nicht ausreicht, eingesetzt zu werden.

Bei den deutschen Großbanken sind hier in erster Linie die Handelswechsel zu nennen, die - nach den Debitoren - zweitgrößte Position der deutschen Bankbilanzen.²⁾ Diese Stellung des Handelswechsels in der Bankbilanz ist nach STUCKEN³⁾ als typisch deutsche Erscheinung anzusehen. Die Vorliebe für

1) vgl. Monatsberichte der Deutschen Bundesbank, März 1967, Seite 38

2) Zur Wechselposition gehören auch die Vorratsstellenwechsel sowie die Privatskonten, die am Geldmarkt gehandelt werden (vgl. Heinrich Birck: Bankbilanz, a.a.O., S. 239 f.)

3) R. Stucken: Deutsche Geld- und Kreditpolitik 1914 bis 1953, 2. Aufl. Tübingen 1953, Seite 252

den Wechsel als Finanzierungsmittel ist im wesentlichen auf die Entwicklung nach der Weltwirtschaftskrise zurückzuführen und hat sich nach dem zweiten Weltkrieg ebenfalls fortgesetzt.¹⁾ Neben der Liquidität des Wechsels, die in nicht unerheblichem Maße allerdings von der Notenbank abhängt, ergibt sich sein Rentabilitätscharakter aus dem Diskontsatz, wobei dem Bankkunden ein entsprechend höherer Satz und eventuelle Diskontprovision berechnet wird. "Die rechtliche Ausstattung des Wechsels, die genaue zeitliche Fixierung der Fälligkeit, die dadurch mögliche Mischung des Portefeuilles und die jederzeitige Verwertbarkeit des Wechsels ließen ihn besonders vom Liquiditätsstandpunkt aus zu einem bevorzugten Anlagepapier bei den Banken werden."²⁾

Neben dem Handelswechsel sind für die Sekundärliquidität die Schatzwechsel und unverzinslichen Schatzanweisungen zu nennen.³⁾ Bei beiden Papieren handelt es sich um schuldrechtliche Verpflichtungen des Staates oder sonstiger öffentlicher Körperschaften. Der Schatzwechsel ist über einen festen Betrag ausgestellt und wird bei einer Laufzeit von drei Monaten von der Deutschen Bundesbank unter Abzug des Diskonts abgegeben, während die unverzinslichen Schatzanweisungen eine Laufzeit bis zu 24 Monaten haben.⁴⁾

Die Vorteile beider Papiere sind in einer großen "natürlichen" Liquidität zu sehen (besonders bei den kurzfristigeren Schatzwechseln), die mit einer angemessenen Rentabilität zusammenfällt. Die wesentlichen Faktoren, die die Bestände der Banken an Schatzwechseln und unverzinslichen Schatzanweisungen bestimmen, sind:

1) vgl. Willi Fischöder, a.a.O., Seite 60 ff.

2) Hans-Hermann Stein, a.a.O., Seite 39

3) Zu der Position der "Schatzwechsel und unverzinslichen Schatzanweisungen" sind auch die Steuergutscheine zu rechnen, die vom Land Bayern und der Stadt Berlin ausgegeben werden und eine Laufzeit von 6 Monaten haben.

4) vgl. Obst/Hintner, a.a.O., Seite 587 f.

- "a. die Bereitschaft der öffentlichen Hand zur Ausgabe dieser Geldmarktpapiere;
- b. das offenmarktpolitische Verhalten der Bundesbank;
- c. das Vorhandensein von liquiden Mitteln bei den Geschäftsbanken;
- d. Liquidität und Rentabilität der Anlage bei den Geschäftsbanken im Rahmen der Gesamtanlage."¹⁾

Bei dieser Aufzählung ist besonders das offenmarktpolitische Verhalten der Bundesbank wichtig, da die Refinanzierung über die Deutsche Bundesbank bei diesen Papieren gesicherter ist als bei den Handelswechseln.

Seit April 1958 werden von öffentlichen Stellen und einigen Banken, so vor allem der Kreditanstalt für Wiederaufbau, sogenannte Kassenobligationen herausgegeben, die ebenfalls zur Sekundärliquidität gerechnet werden müssen. Diese Kassenobligationen stehen zwischen Geld- und Kapitalmarktpapieren, da sie nur eine relativ kurze Laufzeit von zwei bis vier Jahren haben, aber andererseits mit einer festen Verzinsung ausgestattet sind. Die Bedeutung dieser Papiere bei den deutschen Großbanken ist aber nicht sehr erheblich.

Zu klären bliebe die Frage, ob die Nostroguthaben bzw. die "Balances with other banks" zur Sekundärliquidität und damit zu der Liquiditätsreserve zu rechnen sind. Guthaben bei anderen Banken, die täglich fällig sind, sind vom Standpunkt einer Individualbank und deren Liquiditätspolitik ohne Zweifel als Liquiditätsreserve anzusehen. Faßt man jedoch das Bankensystem als Ganzheit ins Auge, trifft diese Betrachtungsweise nicht mehr zu, da es sich ja um innerhalb des Bankensystems befindliche Guthaben bzw. Verschul-

1) Hans-Hermann Stein, a.a.O., Seite 43

dungen handelt. Daher rechnen die Engländer die Nostroguthaben nicht zu der Sekundärliquidität.¹⁾ Grund hierfür dürfte außerdem sein, daß im Falle einer allgemeinen Liquiditätskrise, die nicht auf ein Kreditinstitut beschränkt bleibt, der Liquiditätswert der Nostroguthaben gering wäre. In Übereinstimmung mit der in England üblichen Praxis werden daher im folgenden die Nostroguthaben bzw. die "Balances with other Banks"²⁾ nicht in die Liquiditätsüberlegungen eingeschlossen.

Bemerkenswert ist allerdings, daß gerade die Nostroguthaben in den letzten Jahren den deutschen Kreditinstituten bedeutende Zinserträge gebracht haben. Die Zinssätze waren hierbei z.T. höher als bei Schatzwechseln und unverzinslichen Schatzanweisungen.

Die nach englischem Muster aufgebaute Sekundärliquidität der deutschen Großbanken sähe folgendermaßen aus:

Sekundärliquidität der deutschen Großbanken in Mrd. DM³⁾

	1961	1962	1963	1964	1965	1966
Wechsel und Schecks	6168	5894	6749	7391	7141	7426
Schatzwechsel und unverzinsliche Schatzanw.	1383	1351	1681	1115	1064	1505
Kassenobligationen	323	252	336	611	305	266
<u>Gesamtsumme</u>	7874	7497	8766	9117	8510	9197
<u>Prozent der Einlagen</u>	31%	27%	29%	28%	25%	25%

1) vgl. R. Tolfree: "Bank Balance Sheets in the United Kingdom", a.a.O., Seite 414 f.; vgl. auch: Bank of England: Report for the Year ended 29th February 1960, Seite 5

2) Die Position "Balances with other Banks" umfasst die Guthaben bei anderen Banken, auch Auslandsbanken. Dabei sind im allgemeinen ausländische Bankguthaben nur mit gewisser Zeitverzögerung zu Bargeld zu machen. In dieser Position sind auch Schecks enthalten, die auf dem Weg der Einlösung sind, also in wenigen Tagen "Cash" sein werden.

3) Die Position "Fällige Schuldverschreibungen, Zins- und Dividendenscheine" wurden wegen mangelnder Vergleichbarkeit nicht berücksichtigt.

Die Sekundärliquidität der englischen Clearingbanken besteht im Grunde aus gleichen oder zumindest ähnlichen Vermögenswerten; allerdings ist der Anteil der einzelnen Positionen zueinander unterschiedlich. Während - wie erwähnt - die "Balances with other Banks" nicht zu der Sekundärliquidität gerechnet werden, sind hierbei an erster Stelle die Leihgelder an den Diskontmarkt ("Money at call and short notice") zu nennen.¹⁾ Diese Gelder werden den "Discount Houses" zur Verfügung gestellt. Sie sind allerdings vom Standpunkt der Rentabilität die am wenigsten ertragreichen Vermögenswerte, da ihr Zinsertrag nur zwischen $3 \frac{3}{8}$ und $4 \frac{1}{2} \%$ ausmacht.²⁾ Ihre Bedeutung liegt aber weniger in der Rentabilität; sie werden vielmehr als "second line"³⁾ der Verteidigung gegenüber Liquiditätsanforderungen angesehen. Wie an früherer Stelle schon dargelegt wurde, verwenden die Diskonthäuser diese Leihgelder, um Wechsel, Schatzwechsel und andere kurzfristige Papiere zu kaufen. Die Diskonthäuser sind ihrerseits davon abhängig, daß ihnen solche Leihgelder zur Verfügung stehen. Man kann also sagen, daß diese Wechsel und kurzfristigen Staatspapiere von den Clearingbanken "indirekt" selbst erworben werden.⁴⁾ Die Leihgelder werden den Diskonthäusern nur mit täglicher Kün-

-
- 1) Eine gewisse Problematik beim Vergleich der deutschen mit der englischen Sekundärliquidität entsteht dadurch, daß derjenige Teil der Nostroguthaben deutscher Banken, der in seinem Wesen den "Money at call and short notice" der englischen Banken ähnelt, mit in die Betrachtung einzubeziehen wäre. Da aber hierbei eine Quantifizierung nicht möglich ist, werden die Nostroguthaben vernachlässigt. Beim Vergleich der Sekundärliquidität muß die hierdurch entstandene Ungenauigkeit der Aussage berücksichtigt werden.
 - 2) vgl. R. Tolfree: "Bank Balance Sheets in the United Kingdom", a.a.O., Seite 417
 - 3) Oscar R. Hobson: How the City works, a.a.O., Seite 33
 - 4) "In a sense, Money at call in the balance-sheets of the clearing banks represents bills of exchange and short government paper held indirectly by the banks."
(Sayers: Modern Banking, a.a.O., Seite 39)

digungsfrist zur Verfügung gestellt. Werden aber diese Gelder über das von den Diskonthäusern einkalkulierte Normalmaß hinaus gekündigt, so stehen diese vor plötzlichen Liquiditätsschwierigkeiten, da ihre eigenen Anlagen ja wesentlich längerfristig sind. In diesem Fall ist es ein ungeschriebenes Gesetz der "City", daß den Diskonthäusern von der Bank von England geholfen wird."¹⁾

Die Position "Money at call and short notice" besteht aber nicht nur aus den eben beschriebenen Leihgeldern an den Diskontmarkt, sondern auch aus Beträgen, die an andere Banken, Börsenmakler oder Finanzhäuser ausgeliehen werden. Diese Gelder haben eine längere Kündigungsfrist, ihre Laufzeit überschreitet jedoch nicht 30 Tage.²⁾

Die Bedeutung des Handelswechsels ist bei englischen Bankbilanzen wesentlich geringer als bei deutschen. Dies ist nicht nur auf die nach der Weltwirtschaftskrise einsetzende Strukturänderung zugunsten der staatlichen Papiere, sondern zu einem gewissen Teil auch auf die Tätigkeit der Diskonthäuser zurückzuführen. Qualitätsauswahl der Wechsel sowie die richtige Mischung und Abstimmung der Fristen und Fälligkeiten werden nämlich von diesen getroffen, während die Clearingbanken die Wechsel gleich paketweise von den Diskonthäusern erwerben. Bedeutender als der Handelswechsel ist heute der Schatzwechsel (Treasury Bill), der auch eine Laufzeit von drei Monaten hat. Schatzwechsel werden von den Banken mit einem markt- oder tagesüblichen Diskont gekauft, während bei Fälligkeit der Nominalwert zurückbezahlt wird. In der Differenz liegt für die Bank der Gewinn. Für die Regierung besteht der wesentliche Vorteil darin, daß der Zins-

1) vgl. Radcliffe-Report, a.a.O., Seite 120 f.

2) vgl. Bank of England: "Bank Liquidity in the United Kingdom", a.a.O., Seite 251

satz für Schatzwechsel niedriger ist als für längerfristige Papiere. Da diese Wechsel innerhalb von 90 Tagen fällig sind, ist die diese Papiere erwerbende Bank bereit, für die hohe "natürliche" Liquidität Einbußen an Rentabilität in Kauf zu nehmen. Zum einen haben diese Papiere also "self-liquidating-character", zum andern besteht aber auch die Rediskontmöglichkeit bei den Diskonthäusern, die die Papiere ihrerseits wieder bei der Bank von England verwerten können. Die Stellung der Diskonthäuser auf dem Londoner Geldmarkt ist also insofern überragend, da sich die Geschäftsbanken nicht direkt an die Zentralbank wenden, um entweder überschüssige Liquidität gegen Offenmarktpapiere einzutauschen oder durch den Verkauf von Schatzwechseln bei der Zentralbank Liquidität zu beschaffen. Dies trifft auch auf die Rediskontierungen von Handelswechseln zu, die nur bei den Diskonthäusern erfolgen. "Auf keinen Fall rediskontieren die Banken direkt bei der Zentralbank."¹⁾

Die Sekundärliquidität der englischen Großbanken zeigt zusammengefasst folgendes Bild:

1) Willy Hahl, a.a.O., Seite 145
Dessauer, a.a.O., Seite 73 stellt hierzu fest: "Den früheren "Joint-Stock-Banks" verweigerte die Bank von England den Rediskont. So richteten sie sich darauf ein, keinen Wechsel aus der Hand zu geben und beschafften sich das Bargeld durch Kündigung kurzfristiger Anleihen. Als Reaktion auf diese Handlungsweise der Bank von England erhoben sie es zur Ehrensache, keine Wechsel zu rediskontieren."

Sekundärliquidität der englischen Großbanken in Mrd. £ ¹⁾

	<u>1961</u>	<u>1962</u>	<u>1963</u>	<u>1964</u>	<u>1965</u>	<u>1966</u>
Money at call and short notice	726	800	769	773	966	1202
Bills discounted	1196	1169	1161	1153	1069	968
<u>Gesamtsumme</u>	1922	1969	1930	1926	2035	2170
<u>Prozent der Einlagen</u>	28%	28%	25%	24%	24%	25%

Die in den Financial Statistics enthaltenen Veröffentlichungen des Committee of London Clearing Bankers trennen die Wechselformen in "Treasury Bills", "United Kingdom Commercial Bills" und "Other Bills". Dabei ist vor allem die gegenläufige Bewegung der Schatz- und Handelswechsel während der letzten Jahre bemerkenswert.

<u>in Mill. £</u> ²⁾	<u>1960</u>	<u>1961</u>	<u>1962</u>	<u>1963</u>	<u>1964</u>	<u>1965</u>
Treasury Bills	1007	992	933	842	790	653
Commercial Bills	121	180	202	224	283	368

Das Absinken der Staatstitel auf der einen und der Anstieg der Handelswechsel auf der anderen Seite ist vor allem 1964 und 1965 auf den "credit squeeze" zurückzuführen. Es läßt sich nämlich vor allem in Zeiten teuren Geldes beobachten, daß die Diskonthäuser, von denen die Clearingbanken ja einen erheblichen Teil der Handelswechsel übernehmen, zu einer wesentlichen Finanzierungsquelle der Industrie werden, wenn nämlich die Kreditmöglichkeiten der Geschäftsbanken erschöpft sind.

1) In den Jahren 1960, 1961, 1965 und 1966 findet sich in den englischen Bankbilanzen die Position "Special deposit with the Bank of England". Hierbei handelt es sich um eine aus währungspolitischen Gründen gehaltene Reserve, die von der Bank von England nicht zur Liquiditätsreserve der Banken gerechnet wird.

2) Financial Statistics, a.a.O., Seite 45

Der Ausweis der Wechselposition ist bei den englischen Großbanken nicht einheitlich. Meistens werden die "Bills discounted" nur unterschieden in "Treasury Bills" und "Other Bills". Seit Februar 1961 schließt die Position "Bills discounted" auch Exportkredite ein, die bei der Bank von England "refinanceable" sind und die bis dahin unter den Debitoren ausgewiesen wurden. Bei einer zukünftigen Reform der Ausweismethode der Wechsel müßten "Commercial Bills" von den "Treasury Bills" getrennt ausgewiesen werden, wie dies in den Veröffentlichungen des "London Clearing House" bereits geschieht, da sich hieraus Anhaltspunkte liquiditäts- und bonitätsmäßiger Unterschiede zwischen den einzelnen Instituten ergeben könnten. Zum andern wäre zu wünschen, wenn die Aussagefähigkeit der Position "Money at call and short notice" verbessert würde, indem man die täglich fälligen Gelder an den Diskontmarkt von den bis zu 30 Tagen ausgeliehenen Geldern trennen würde.

Bei einem Vergleich der Sekundärliquidität der deutschen und englischen Großbanken zeigt sich, daß die Liquidität der deutschen Banken quantitativ etwas größer ist als bei den englischen Banken. In den letzten Jahren ist allerdings kaum mehr ein Unterschied vorhanden; im Jahre 1966 war der Prozentsatz der Sekundärliquidität bei beiden Bankengruppen sogar gleich.

Eine Darstellung der gesamten Liquiditätsreserven hat folgendes Aussehen:

Gesamtliquidität deutscher und englischer Großbanken in Prozent der Einlagen

	<u>1961</u>	<u>1962</u>	<u>1963</u>	<u>1964</u>	<u>1965</u>	<u>1966</u>
Deutsche Großbanken	43%	39%	41%	40%	37%	37%
Englische Großbanken	37%	36%	33%	32%	33%	34%
<u>Differenz</u>	6%	3%	8%	8%	4%	3%

Eine rein quantitative Gegenüberstellung und Betrachtungsweise der liquiden Mittel wäre aber insofern unvollkommen, als auch die Qualität der zur Sekundärliquidität zählenden Positionen berücksichtigt werden muß und auch genaue Angaben über die Laufzeiten z.B. der Handelswechsel in den deutschen Bankbilanzen nicht möglich sind. Zur Zeit der Abfassung dieser Arbeit ist nämlich ein großer Teil der Handelswechsel nach privater Auskunft der Bankleitungen als Refinanzierungsmittel für Investitionskredite anzusprechen. Dies könnte am Ergebnis dahingehend etwas ändern, weil der "echte" oder "natürliche" Liquiditätswert dieser Wechsel zu berücksichtigen wäre. Zum andern sind die nicht bundesbankfähigen Wechsel, da sie nicht "shiftable" sind, hinsichtlich ihres Liquiditätswertes zurückhaltender zu beurteilen. Hieraus ließe sich die Schlußfolgerung ziehen, daß der Prozentsatz der Sekundärliquidität bei den deutschen Banken etwas geringer als in den dargestellten Zahlen wäre. Wenn man aber auf der anderen Seite den Teil der Nostroguthaben, der in seinem Charakter den "Money at call and short notice" der englischen Banken ähnelt, sich aber nur schwer quantifizieren läßt, berücksichtigt, läßt sich ebenso gut die gegenteilige Folgerung ziehen. Ein exakter Vergleich der Sekundärliquidität stößt somit auf gewisse Schwierigkeiten. Eine definitive Aussage läßt sich also nur bei der Barreserve machen.

b. Wertpapiere

Wird die in England übliche Einteilung der Bankaktiva in "liquid assets" und "earning assets" beibehalten, so gehören die Wertpapiere nach dieser Auffassung zu den "earning assets". Da von den Geschäftsbanken im allgemeinen die Kreditgewährung der Wertpapieranlage vorgezogen wird ("sie ist

persönlicher, trägt den besten Zins und gewährleistet in der Regel Umsatz"¹⁾) stehen für die Banken beim Wertpapiererwerb Motive im Vordergrund, die sich aus Rentabilitäts- gesichtspunkten allein nicht erklären lassen. Diese können sein:

1) bei deutschen Banken:

- a) Erwerb von Wertpapieren zu Anlagezwecken.
- b) Erwerb von Papieren als Propergeschäft. Diese Papiere sind aber Handelsobjekt der Banken; Umfang und Zusammensetzung dieser von den Kreditinstituten gehaltenen Bestände richten sich "nach den Kundengeschäften der einzelnen Institute und nach der zu erwartenden Börsentendenz".²⁾
- c) Erwerb von Papieren aus Gründen der Kurspflege.
- d) Erwerb von Papieren zu Spekulationszwecken.
- e) Restbestände von Papieren aus durchgeführten Emissionsgeschäften. Dies trifft jedoch nur auf Übernahmekon- sortien, nicht auf Begebungskon- sortien zu.³⁾
- f) Übernahme von Wertpapieren mit der Absicht, Beteiligungen zu erwerben.

2) bei englischen Banken:

Für die englischen Banken steht der Erwerb von Wertpapieren zur Anlage im Vordergrund. Im Gegensatz zu Deutschland sind die englischen Banken nicht an den Wertpapierbörsen zugelassen; daher spielen Wertpapiere als "Handelsobjekt" bei den englischen Banken keine Rolle.⁴⁾

-
- 1) Kurt Richebächer: "Wertpapiere als Bankanlagen im Ausland", a.a.O., Seite 362
 - 2) Eckart Mauersberger: Die Wertpapieranlage der westdeutschen Kreditinstitute, Dissertation, Köln 1963, Seite 125
 - 3) vgl. Obst/Hintner, a.a.O., Seite 495 f.
 - 4) vgl. Stephen Frowen: "Das britische Börsensystem", in: ZfgK. 1962, Nr. 13, Seite 17

Da traditionsgemäß die englischen Clearingbanken keine Emissionsgeschäfte durchführen und auch nicht mit Wertpapieren spekulieren, fallen auch diese Motive beim Wertpapiererwerb der englischen Großbanken fort.

1. Die Wertpapieranlage bei deutschen und englischen Großbanken

Die Wertpapieranlage bei deutschen und englischen Großbanken unterscheidet sich nicht nur grundlegend durch die Art der erworbenen Papiere (Dividendenwerte werden von den englischen Banken so gut wie nicht gehalten), sondern auch in der Größenordnung gegenüber anderen Bilanzpositionen. Hier zeigt es sich, daß strukturell und traditionell die Anlage in Wertpapieren bei den englischen Banken einen größeren Platz einnimmt. Besonders bemerkenswert ist allerdings die Tatsache, daß der Prozentsatz der Wertpapiere bei den englischen Banken in den letzten Jahren stark abgenommen hat und der Unterschied zwischen den deutschen und englischen Banken erheblich geringer geworden ist.

Wertpapiere im Verhältnis zu den Einlagen bei deutschen und englischen Großbanken

	1960	1961	1962	1963	1964	1965
Deutsche Großbanken	10%	10%	10%	10%	10%	10%
Englische Großbanken	17%	15%	16%	15%	13%	12%
Differenz	7%	5%	6%	5%	3%	2%

Die Tabelle zeigt deutlich den Rückgang der Wertpapieranlage bei den englischen Großbanken. Zu berücksichtigen ist allerdings, daß bereits der Prozentsatz von 17% (1960) außerordentlich niedrig ist und die erhebliche Bedeutung der Wert-

papieranlage in früheren Jahren nicht erkennen läßt; eine sorgfältige Betrachtung muß daher die Entwicklung der letzten 15 Jahre miteinbeziehen.

Wertpapierposition der englischen Clearingbanken in Prozent der Einlagen¹⁾

1951	1953	1955	1957	1959	1961	1963	1965
33%	34%	31%	30%	22%	15%	15%	12%

Die größere Bedeutung der Wertpapiere für die Anlagepolitik der englischen Clearingbanken ist einmal aus der Tradition bedingt, da vor allem das festverzinsliche Papier von jeher "seinen angestammten Platz unter den werbenden Anlagen"²⁾ gehabt hat. Einen anderen Grund sieht MUTHESIUS im "Geldschnitt" der deutschen Währungsreform: "Hätten unsere Banken und Sparkassen noch die U-Schätze und andere Requisiten der Kriegsfinanzen in ihren Bilanzen, so sähe es mit dem Anteil der Effektenbestände (im weitesten Sinne) an den Bilanzsummen auch bei uns ganz anders aus als es jetzt der Fall ist."³⁾

Der entscheidende Umbruch in der Aktivstruktur der englischen Banken zugunsten einer Erhöhung der Wertpapieranlagen hatte in den Jahren 1932 - 1935 stattgefunden. Während für die Jahre 1929 bis 1939 im Jahresdurchschnitt eine Gesamtdurchschnittszahl von 15,3% errechnet wird⁴⁾, betrug diese in den Jahren 1932 bis 1935 nunmehr 28,8%. Die Nachkriegsentwicklung brachte für die englischen Clearingbanken ein weiteres Ansteigen der Wertpapiere bis zu 34% der Depositen

-
- 1) Die Zahlen wurden dem Jahresbericht 1960 der Bank von England und den "Financial Statistics" vom Oktober 1966 entnommen.
 - 2) Kurt Richebächer: "Wertpapiere als Bankanlagen im Ausland", a.a.O., Seite 362
 - 3) Volkmär Muthesius: "Klumpen und Knoten", in: ZfgK. 1959, Nr. 8, Seite 302
 - 4) Willi Fischöder, a.a.O., Seite 29

im Jahre 1953. Da gleichzeitig der Anteil der ausgeliehenen Kredite zurückging, nahmen die Wertpapiere den ersten Platz aller Aktiva ein.

Das Jahr 1932 war durch eine Phase "billigen" Geldes in England gekennzeichnet. Einer Erhöhung der Bankenliquidität stand trotz einer Senkung des Diskontsatzes eine überaus starke Schrumpfung des Wechselvolumens und ein Rückgang der Nachfrage nach Bankkrediten gegenüber. Diesem Rückgang der Bankkredite mußte zwangsläufig das Bemühen der Banken folgen, eine neue Anlagemöglichkeit zu suchen. Diese wurde in den Wertpapieren gefunden, die in ausreichender Menge bei einem stetigen prozentualen Anstieg der öffentlichen Verschuldung vorhanden waren. "Die Wertpapieranlage sowohl der Depositenbanken als auch der Notenbank führte daher früher als in anderen Ländern zur Erforschung neuer Methoden auf dem Gebiete der monetären Konjunkturpolitik."¹⁾ Vor allem sei hier KEYNES genannt, der darauf hinwies, daß die Senkung der Bankrate allein kein geeignetes Mittel sei, um während einer Depression die Investitionsneigung der Unternehmer und damit ihre Bereitschaft, sich bei den Banken zu verschulden, anzureizen, sondern daß die Instrumente der Notenbank besser "kontraktiv" als "expansiv" wirken.²⁾

Es gibt eine Reihe von Ursachen, die die abnehmende Nachfrage nach Bankkrediten erklären können.³⁾ Wichtig ist der Gesichtspunkt FISCHÖDER's, der darauf hinweist, daß die deutschen Großbanken an die Gewährung auch langfristiger Kredite gewöhnt seien, während die Kreditgewährung der englischen Clearingbanken traditionsgemäß eine kurzfristige gewesen sei.⁴⁾ Der MACMILLAN-Report stellte noch im Jahre

1) Rudolf Stützer, a.a.O., Seite 26 f.

2) vgl. W. Manning Dacey, a.a.O., Seite 127

3) vgl. R.S. Sayers: Modern Banking, a.a.O., Seite 240 ff. siehe hierzu Seite 161 ff.

4) Willi Fischöder, a.a.O., Seite 35

1931 fest, daß es in England keine geeigneten Institute zur langfristigen Finanzierung der Industrie gäbe. Bei der durch die Weltwirtschaftskrise bestimmten Situation des Jahres 1932 konnte auch die Senkung des Diskontsatzes die Unternehmer nicht zu erhöhten Investitionsausgaben und zu einer Verschuldung bei den Banken anreizen. Obwohl die Nachfrage nach kurzfristigen Bankkrediten sank, haben die Banken sich nicht dazu bereitfinden können, auf die Gewährung langfristiger Anlagekredite umzuschwenken. Sie sahen vielmehr in den längerfristigen staatlichen Rentenwerten eine neue Anlagemöglichkeit für die verlorengegangenen Debitoren.

Vielfach wurde aus dem Strukturwandel der Anlagepolitik der englischen Banken und der fehlenden Nachfrage nach kurzfristigen Bankkrediten der Schluß gezogen, daß es sich dabei um eine Folgeerscheinung reicher werdender Volkswirtschaften handle¹⁾ und daß mit "zunehmender Industrialisierung einer Volkswirtschaft, mit steigendem Wohlstand der Nation, Disproportionalitäten in der Kreditversorgung auftreten können."²⁾

Im Rahmen dieser Untersuchung kann naturgemäß die Frage nicht weiter verfolgt werden, ob dies eine Entwicklung ist, die das moderne Wirtschaftsleben kennzeichnet und insbesondere, ob hierbei bestimmte Gesetzesmäßigkeiten vorliegen. Auf der anderen Seite scheint die jüngste Entwicklung der letzten Jahre den Befürchtungen der dreißiger Jahre und der Nachkriegsepoche nicht mehr Recht zu geben. Der Anteil der Debitoren hat gerade bei den englischen Bankbilanzen in letzter Zeit einen neuen Höchststand erreicht und damit den Anteil der Wertpapiere erheblich zurückgedrängt.

1) vgl. Rudolf Stucken: "Wertpapiere in den Bankbilanzen", in: Bankarchiv 1940, Seite 133

2) Hans-Hermann Stein, a.a.O., Seite 111

2. Unterschiede der im Portefeuille gehaltenen Papiere

Die Wertpapierposition der deutschen Aktienbanken wird unterteilt in:

- a) Anleihen und verzinsliche Schatzanweisungen des Bundes und der Länder;
- b) sonstige verzinsliche Wertpapiere;
- c) börsengängige Dividendenwerte;
- d) sonstige Wertpapiere.

Zu den "Anleihen und verzinsliche Schatzanweisungen des Bundes und der Länder" zählen auch die entsprechenden Papiere der Sondervermögen des Bundes (z.B. Bundesbahn und Bundespost). Zu den "sonstige verzinsliche Wertpapiere" werden gerechnet: Kommunalanleihen (Anleihen der Städte, Gemeinden), Pfandbriefe, Rentenbriefe und Kommunalobligationen, Industrieobligationen, Wandelschuldverschreibungen und Optionsanleihen. Zu den Dividendenwerten zählen vor allem Aktien, Kuxe und möglicherweise Investmentzertifikate.¹⁾

Eine Besonderheit der deutschen Banken ist in den Ausgleichsforderungen zu sehen, die aber in verschiedener Hinsicht anders als die Wertpapiere zu beurteilen sind. Sie unterliegen trotz ihrer niedrigen Verzinsung einem Zwang zur Paritätsbewertung, und da es an einer Verbriefung fehlt, lassen sie sich nicht als Wertpapiere sondern nur als "Wertrechte" ansehen. Andererseits kann man die Ausgleichsforderungen aber insofern nicht völlig unberücksichtigt lassen, denn sie "füllen weitgehend gerade jenen Teil der Aktiva der Kreditinstitute aus, der anderenfalls für den Erwerb von Wertpapieren verfügbar wäre."²⁾ Wegen der immer geringer werdenden Bedeutung der Ausgleichsforderungen für die deutschen Banken und wegen ihrer mangelnden Vergleichbarkeit

1) zu den Einzelheiten dieser Wertpapiergattungen vgl. Otto Hintner: Wertpapierbörsen, Wiesbaden 1961, S. 53 ff.

2) Eckart Mauersberger, a.a.O., Seite 5

mit den englischen Verhältnissen werden sie hier nicht näher in die Betrachtung miteinbezogen.

In den englischen Bankbilanzen werden die Wertpapiere (investments) meistens nur in zwei Positionen unterteilt: "börsengängige Wertpapiere" (Quoted Investments) und "sonstige Wertpapiere" (Other Investments). Hierzu heißt es im Company Act 1948 (8. Anhang, § 8, Abs. 3): "Die ausgewiesenen, notierten Wertpapiere, die nicht Beteiligungen darstellen, sollen, wenn notwendig, unterteilt werden in Wertpapiere, die an einer anerkannten Börse notiert oder gehandelt werden, sowie andere notierte Werte."

Die wichtigsten Papiere im Portefeuille englischer Großbanken sind die "Government Securities". Es handelt sich dabei um Staatsanleihen, die mit einer festen Verzinsung ausgestattet sind. Ebenso begehrt wie die Staatsanleihen sind die "Government guaranteed securities", ebenfalls festverzinsliche Papiere, für die die englische Regierung eine Garantie übernommen hat. Meist handelt es sich dabei um Anleihen der Eisenbahnen, der staatlichen Elektrizitäts- und Wasserwerke und des "national coal board". Schließlich werden - wenn auch in geringerer Größenordnung - "Commonwealth-securities" erworben, die in ihrer Qualität den englischen Staatspapieren fast gleichzustellen sind. Entscheidendes Kennzeichen all dieser Wertpapiere ist einmal ihre fest Verzinsung und zum andern die Tatsache, daß ihre Laufzeit länger sein muß als diejenige der dreimonatigen Schatzwechsel.¹⁾ Sie ist allerdings sehr unterschiedlich, wobei in der Praxis Laufzeiten bis zu 20 Jahren vorkommen können. Je länger diese ist, desto höher ist der Zins, da der Zins

1) vgl. R.S. Sayers: Modern Banking, a.a.O., Seite 39

als Ersatz für die Aufgabe von Liquidität angesehen wird ("compensation for sacrificing liquidity").¹⁾

Die Wertpapiere werden von den englischen Banken überwiegend als dauerhafte Anlage überschüssiger Gelder aufgefasst. Der Erwerb von Papieren aus Spekulationsgründen ist unüblich. Nach Auffassung der englischen Clearingbanken ist außerdem die Anlage in Aktien wegen der möglichen Kursrisiken und der oft auch mangelnden Sicherheit dieser Papiere mit den Grundsätzen einer vorsichtigen Bankpolitik nicht zu vereinbaren. Die von den Banken erworbenen festverzinslichen Werte verkörpern einen doppelten Vorteil: einmal ist es der feste Zinssatz und zum andern ihre über jeden Zweifel erhabene Bonität. Hinzu kommt, daß ein Teil der Papiere einen echten natürlichen Liquiditätswert besitzt. Ferner können diese Werte relativ leicht über die Börse gehandelt oder bei der Notenbank lombardiert werden; sie sind also "shiftable".

3. Probleme der Wertpapieranlage

31. Das Liquiditätsproblem

Bei der Wichtigkeit des Liquiditätsproblems für die Anlagepolitik der Großbanken hat dieser Punkt bei der Behandlung des Wertpapierportefeuilles besonderes Gewicht. Die bereits dargelegte "Shiftability-Theorie" ist für die Haltung der Banken bestimmend; sie ist als Kern der angelsächsischen Liquiditätsauffassung anzusprechen. Legt man den von dieser Betrachtung geforderten Maßstab an, so muß eine Verflüssigung der in Frage kommenden Aktiven durch "Abwälzung" an

1) R.J. Chambers: Accounting and action: an introduction into the methods and scope of accounting, Sidney 1957, Seite 180

ein anderes Institut rasch und ohne Verlust erfolgen. Die Wertpapiere werden nach dieser Auffassung als illiquide angesehen, da die "natürliche" Liquidität z.B. bei langfristigen Anleihen nicht ausreichend ist und ferner eine vorzeitige Liquidisierung der Wertpapiere nicht ohne das Entstehen von Verlusten durchgeführt werden kann.

Ob die in England anzutreffende Forderung, nur solche Werte als liquide anzusehen, die schnell und ohne Verlust realisiert werden können, in dieser apodiktischen Form haltbar ist, darf allerdings bezweifelt werden. In Deutschland werden z.B. die Entstehung von Liquidisierungsverlusten mit in die Überlegungen zur Liquiditätspolitik eingeschlossen (so z.B. bei STÜTZEL). Diese Bedingung bräuchte nicht unbedingt erfüllt zu sein, um zumindest einen Teil der Wertpapiere als "liquide" zu bezeichnen. Eine der Publizitätspflicht unterliegende Bank kann es sich allerdings wohl kaum leisten, auf den Liquiditätswert der Wertpapiere zu vertrauen. Sie wird darauf bedacht sein müssen, die "klassischen" Liquiditätspositionen ausreichend zu dotieren, da in der Bilanzoptik die Wertpapiere im allgemeinen wohl ausschließlich den "earning assets" -auch in Deutschland- zugerechnet werden. Eine Mobilisierung von Liquiditätsreserven durch Verwertung der Wertpapiere kann nur "ultima ratio" sein.

Daß die "natürliche" Liquidität der meisten - vor allem der langfristigen - Wertpapiere nur gering ist, liegt in der Natur der Sache. Daher ist in der "abgeleiteten" oder "künstlichen" Liquidität das Kernproblem des Wertpapierportefeuilles einer Bank zu sehen. Bei den folgenden Überlegungen soll davon ausgegangen werden, daß die Banken aus irgendwelchen Gründen (sei es aus Liquiditätsgründen oder um die Wertpapierposition zugunsten der Debitoren abzubauen) gezwungen sind, Wertpapiere zu verflüssigen.

Hierbei bieten sich im allgemeinen drei Möglichkeiten an:

1. Durch eine geschickte Mischung der Fristigkeiten der einzelnen festverzinslichen Papiere (von denen ein Teil ja immer "natürliche" Liquidität besitzt) wird die echte Liquidität des gesamten Depots verbessert. Man stimmt dabei die Fälligkeiten der einzelnen Papiere so miteinander ab, daß immer ein gewisser Teil der Rentenwerte kurz vor der Einlösung steht. STÜTZER verwendet hierfür den Ausdruck einer "abgeleiteten echten Liquidität".¹⁾
2. Die Individualbank könnte einen Teil ihrer Wertpapiere bei der Notenbank lombardieren lassen. Dies hängt aber weitgehend von der Bereitwilligkeit der Zentralbank ab.
3. Als letzte Möglichkeit verbliebe die Verwertung der Wertpapiere durch Verkauf an der Börse. Hierbei müssen Kursverluste berücksichtigt werden. Dies gilt vor allem dann, wenn ein solches Vorgehen nicht auf eine einzelne Bank beschränkt bleibt. Sehen sich gleichzeitig mehrere Banken dazu gezwungen, lassen sich mit Sicherheit Kursstürze vorhersagen. Eine Realisierung auf diesem Wege würde zu solchen Verlusten führen, daß diese Form der Reliquidisierung kaum Aussicht auf Erfolg hat. Etwas günstiger wäre der Verkauf von Wertpapieren nur dann zu beurteilen, wenn der Kreis der zum Verkauf gezwungenen Banken klein bliebe, wenn die Realisierung der Papiere sich über einen längeren Zeitraum hinzöge und wenn es sich bei den zu liquidisierenden Papieren um solche mit einem "breiten" Markt handeln würde.²⁾

Auch hier darf die Möglichkeit der Notenbank, den Geschäftsbanken helfend unter die Arme zu greifen, nicht

1) Rudolf Stützer, a.a.O., Seite 111

2) vgl. Rudolf Stucken: Liquidität der Banken, a.a.O., Seite 127

unterschätzt werden. Durch die Fähigkeit, den Diskontsatz zu verändern und damit direkt die Kurse der festverzinslichen Wertpapiere zu beeinflussen, hat gerade die Bank von England eine starke Waffe in der Hand. Damit kann sie auch indirekt das Verhalten der anderen Banken auf dem Wertpapiermarkt beeinflussen. Steigt z. B. die Nachfrage nach Krediten ohne daß gleichzeitig auch die Einlagen anwachsen, sind die Geschäftsbanken gezwungen, Papiere zu verkaufen "in order to comply with their customers demands".¹⁾ Sollte dies jedoch der Notenbank aus währungspolitischen Gründen unerwünscht sein, braucht sie nur den Diskontsatz zu erhöhen. Dabei würden die Kurse der festverzinslichen Papiere abrutschen und die Banken müßten ihre Wertpapierverkäufe einschränken, um keine Verluste zu erleiden. Die umgekehrte Wirkung ist dagegen nicht ganz so sicher, da es fraglich ist, ob die Banken auf eine Senkung des Diskontsatzes (verbunden mit einem Steigen der Wertpapierkurse) mit einem wachsenden Verkauf von Papieren reagieren. Dies hängt im wesentlichen von der Substitutionsmöglichkeit der Anlagepolitik ab, d.h. von einer möglichen Unterbringung durch Wertpapierverkäufe freierwerdender Mittel bei den Debitoren.

Bei der Gesamtbeurteilung des Liquiditätswertes der Wertpapiere kann zweierlei gesehen werden: einmal liegt ein Liquiditätsproblem in der mangelnden natürlichen Liquidität der Papiere. Zum andern ist wesentlich die Haltung der Notenbank maßgebend, ob die "Shiftability" der Papiere gewährleistet ist. Entscheidend für deren Maßnahmen ist aber fast immer die währungspolitische Lage. Nur dieser Gesichtspunkt steht bei ihr im Vordergrund, von einer das Bankensystem als Ganzes bedrohenden krisenbedingten Ausnahmesituation einmal abgesehen.

1) Radcliffe-Report, a.a.O., Seite 51

Trotz der Tatsache, daß bei den festverzinslichen Papieren immer ein Teil der Papiere natürliche Liquidität besitzt, kann die Eignung der Wertpapiere als Liquiditätsreserve daher nur mit Einschränkung bejaht werden. Insbesondere bei kurzfristig auftretenden Liquiditätsengpässen ist der Liquiditätswert der Wertpapiere zurückhaltend zu beurteilen.

32. Die Zusammensetzung des Depots

Die Zusammensetzung und Mischung des Wertpapierdepots kann nach verschiedenen Gesichtspunkten erfolgen. Einmal ist es die Auswahl der Wertpapierarten (festverzinsliche oder Dividendenwerte), die allerdings nur in Deutschland anzutreffen ist, und zum andern ist es, natürlich nur bei festverzinslichen Werten, die Mischung nach unterschiedlichen Fälligkeiten.

Die Mischung in verschiedene Wertpapierarten zeigt bei den deutschen Großbanken folgendes Bild:

Zusammensetzung des Wertpapierportefeuilles nach Wertpapierarten bei deutschen Großbanken (in Mill. DM)

	1959	1961	1963	1964	1965	1966
Anleihen und verz. Schatzanweisungen des Bundes und der Länder (I)	347	276	436	493	449	461
Sonstige verzinsliche Wertpapiere (II)	1342	963	1193	1223	1154	1051
Börsengängige Dividendenwerte (III)	849	1159	1301	1513	1748	1901
Sonstige Wertpapiere (IV)	45	41	43	62	67	71
<u>Gesamtsumme</u>	<u>2583</u>	<u>2439</u>	<u>2973</u>	<u>3291</u>	<u>3418</u>	<u>3484</u>

Wird die Gesamtsumme aller Wertpapiere = 100 gesetzt, so ergibt sich daraus der Anteil der einzelnen Wertpapiergattungen am Gesamtbestand wie folgt:

Anteil der einzelnen Wertpapierarten am Gesamtbestand (in %)

	1959	1961	1963	1964	1965	1966
I	13%	11%	15%	15%	13%	12%
II	52%	40%	40%	37%	34%	31%
III	33%	47%	43%	46%	51%	55%
IV	2%	2%	2%	2%	2%	2%
	100%	100%	100%	100%	100%	100%

Die Schaubilder zeigen zweierlei: einmal ist es die konstante Aufwärtsbewegung des Anteils der "börsengängigen Dividendenwerte", zum andern sind es die Schwankungen der festverzinslichen Wertpapiere. STEIN weist in seiner Untersuchung nach, daß die Kreditbanken in Deutschland, besonders mit der Untergruppe der Groß-, Staats-, Regional- und Lokalbanken, die quantitativ stärksten Wertpapieranleger in den Jahren 1950 bis 1960 waren, daß während dieser Zeit die Wertpapieranlage in "steigendem Maße" von diesen Banken ausgebaut wurde und daß schließlich eine strukturelle Verschiebung zu Gunsten der verzinslichen Wertpapiere erkennbar war.¹⁾ Allerdings betreffen Schwankungen im Wertpapierportefeuille vor allem die festverzinslichen Werte. Die Erklärung hierfür findet sich in der Reagibilität der Banken auf die konjunkturelle Lage und hier vor allem auf die Kreditnachfrage.²⁾ Die Banken gehen nämlich erfahrungsgemäß erst dann in die Wertpapieranlage³⁾, wenn sie überschüssige Mittel haben, die nicht im Kreditgeschäft unterzubringen sind. "Dies bedeutet: in der Hochkonjunktur findet eine Abnahme und in der Depression eine Zunahme der Wertpapierbestände bei den Banken statt."⁴⁾ Eine eingehendere Betrachtung über die Wech-

1) vgl. Hans-Hermann Stein, a.a.O., Seite 58

2) vgl. Niels Minners: Konjunktur und Bankbilanz, Dissertation Freiburg/Schweiz 1963, Seite 51 ff. und Seite 112 ff.

3) Dies trifft besonders auf die Rentenwerte zu.

4) Hans-Hermann Stein, a.a.O., Seite 136

vgl. auch: Eckhart Mauersberger, a.a.O., Seite 121 ff.

selwirkungen zwischen der konjunkturellen Entwicklung und der Wertpapieranlage der Banken kann hier nicht weiter erfolgen.

Bei den englischen Banken findet sich keine Mischung nach verschiedenen Wertpapierarten, da das Portefeuille der Clearingbanken vornehmlich aus festverzinslichen Werten besteht. Man bemüht sich dabei, die Fristigkeiten der einzelnen Wertpapiere so miteinander abzustimmen, daß immer ein gewisser Teil der Papiere nahe am Fälligkeitstermin steht. Hierdurch wird die natürliche Liquidität des gesamten Wertpapierdepots verbessert, da durch den geschickten zeitlichen Aufbau zusätzliche Liquiditätsreserven entstehen. Das bankmäßige Liquiditätsrisiko wird also vermindert, da neben der Barreserve und der Sekundärliquidität hier echte Liquiditätsreserven geschaffen werden.

Die "Fälligkeitsstruktur"¹⁾ des Wertpapierdepots hat sich bereits vor dem Krieg als notwendig erwiesen, als sich die englischen Banken in den dreißiger Jahren in vermehrtem Maße der Wertpapieranlage zuwandten. Allerdings hat sich in den letzten Jahren mehr und mehr ein kurz- bis mittelfristiger Wertpapiertyp durchgesetzt. Dies findet seine Erklärung vor allem in den relativ starken Kursschwankungen der fünfziger Jahre, bei denen den Banken zum Teil erhebliche Kursverluste entstanden sind. Bei kürzerfristigen Papieren ist die Gefahr von Kursverlusten erheblich geringer, da der Kurs nie sehr weit unter den Nominalwert der Papiere absinken kann. Zudem ist die natürliche Liquidität dieser Wertpapiere größer als bei langfristigen Werten. Die Clearingbanken selbst weisen darauf hin, daß sie langfristige Papiere als "inappropriate holdings"²⁾ betrachten,

1) Willi Fischöder, a.a.O., Seite 57

2) Memorandum by the Committee of London Clearing Bankers, a.a.O., Seite 645

daß aber dennoch ihre Anlage bis zu einem gewissen Grade eben aus solchen Papieren bestehen müsse, da ihre Rentabilität, hielten sie nur kurzfristige Werte, geschwächt würde.¹⁾

Leider geben die englischen Großbanken nicht immer Hinweise auf die Mischung ihres Wertpapierdepots in verschiedene Wertpapierarten. Die vom "Committee of London Clearing Bankers" veröffentlichten Zahlen gelten für alle 11 Londoner Clearingbanken; die Relationen bei den fünf Großbanken dürften hiervon jedoch nicht abweichen.

Danach ergibt sich bei den Londoner Clearingbanken folgende Zusammensetzung des Wertpapierdepots:

Zusammensetzung des Wertpapierportefeuilles nach Wertpapierarten bei englischen Clearingbanken (in Mill. £) 2)

	1960	1961	1962	1963	1964	1965	1966 ³⁾
British Government Securities	1277	1009	1082	1128	1098	956	981
Other Investments	130	113	112	116	122	131	142
Summe	1407	1122	1194	1244	1220	1087	1123

Im wesentlichen halten die Clearingbanken also British Government Securities. Der Anteil der sonstigen Wertpapiere ist verschwindend gering; er schwankt zwischen 9% (1960) und 13% (1966).

Veröffentlichungen der Banken, aus denen sich die Zusammensetzung der Wertpapiere in kurz-, mittel- und langfristige Papiere ersehen läßt, existieren leider nicht. "Man ist deshalb auf Vermutungen angewiesen und auf Bemerkungen, wie sie gelegentlich in den Jahresberichten der Banken stehen."⁴⁾

1) vgl. Radcliffe-Report, a.a.O., Seite 180 f.

2) Financial Statistics, Oktober 1966, Seite 45

3) per 21. September 1966

4) Rudolf Stützer, a.a.O., Seite 67

33. Das Bewertungsproblem

331. Generelle Bewertungsmethoden für Wertpapiere

Die Problematik einer "richtigen" Bewertung für Wertpapiere findet sich in deutschen wie in englischen Bankbilanzen, wobei durch das Fehlen exakt umrissener Bewertungsvorschriften im englischen Recht und die bereits eingehend dargelegte extreme Befreiung der englischen Banken von den Bestimmungen des Company Act 1948 diese ihre Wertpapierbestände beinahe beliebig bewerten können.

Bei den deutschen Banken wäre eine Bewertungsproblematik darin zu sehen, die jeweiligen Wertpapiere in solche des Anlage- und Umlaufvermögens einzuordnen, da hierauf unterschiedliche Bewertungsvorschriften anzuwenden wären.¹⁾

Schwierigkeiten bei einer richtigen Aufteilung der Wertpapiere und sich möglicherweise daraus ergebende Bewertungsprobleme sind jedoch bei den deutschen Großbanken nicht zu ersehen, weil hier die Bewertung der Wertpapiere nach dem Niederstwertprinzip durchweg Anwendung findet. Dies macht z.B. die Deutsche Bank deutlich, wenn sie in den "Erläuterungen zum Jahresabschluß" schreibt: "Der bisherigen Handhabung entsprechend wurden sämtliche Effektenbestände (also nicht nur solche des Umlaufvermögens, Anm. d. Verf.) unter strenger Anwendung des Niederstwertprinzips bilanziert."²⁾

Die deutschen Großbanken berücksichtigen also auch bei den Wertpapieren des Anlagevermögens Wertminderungen, "wenn sie nicht durch einen nachhaltigen Rückgang des inneren Wertes bedingt, sondern vorübergehender Natur sind."³⁾

1) Zu den Kriterien einer Aufteilung der Wertpapiere in solche des Anlage- und Umlaufvermögens vgl.: Dietrich Köllhofer: Effekten in der Handels- und Steuerbilanz der Kreditinstitute, Diss. München 1965, Seite 88 ff.

2) Geschäftsbericht der Deutschen Bank für 1966, Seite 29

3) Eckhart Mauersberger, a.a.O., Seite 186

Im allgemeinen enthält die Wertpapierposition der deutschen Banken umfangreiche stille Reserven, die zum Teil "gesetzlich erzwungen", zum überwiegenden Teil aber bewußt gelegt werden. Dies kann z.B. dadurch geschehen, daß man bei Teilrealisierung von Effektenbeständen die dabei erzielten Gewinne auf dem Effektenkonto beläßt, indem man einfach den vollen Verkaufserlös diesem Konto gutschreibt. Dies führt naturgemäß zu einem Absinken der buchmäßigen Bestände. Eine andere Möglichkeit besteht darin, daß bei Teilverkäufen von Effektergattungen, die zu verschiedenen hohen Einstandskursen gekauft wurden, die verkauften Mengen jeweils zu den höchsten Einstandskursen abgebucht werden, wodurch sich der Buchwert des verbleibenden Bestandes unverhältnismäßig stark ermäßigt. Diese buchmäßige Verminderung übertrifft die wirkliche Verminderung um ein Erhebliches.¹⁾

Auch die Bewertung nach dem Niederstwertprinzip führt zu einer Bildung stiller Reserven, die beträchtlich sein können, wenn man sich vor Augen hält, daß ein ansehnlicher Teil der "börsengängigen Wertpapiere" schon zu einer Zeit erworben wurde, als das deutsche Kursniveau noch außerordentlich niedrig war. Auf der anderen Seite zeigt sich häufig, daß durch starke Börsenkursschwankungen die zunächst einmal als günstig betrachtete Situation sich schnell ändern kann. Meistens wird nämlich gerade dann, wenn die Banken einmal gezwungen sind, stille Reserven, die in den Wertpapieren liegen, aufzulösen, die Möglichkeit dazu durch eine Aufnahmeunfähigkeit des Marktes beschränkt. Aus diesem Grund schlägt LINHARDT²⁾ vor, Gewinne aus der Realisierung von Wertpapieren in eine Spezialreserve zu stellen, die der Deckung von Veräußerungsverlusten bei Wertpapieren dienen soll. - Diesem Gedankengang wird in der Praxis schon dadurch

1) vgl. Heinrich Birck: Die Bankbilanz, a.a.O., Seite 46 ff.

2) Hanns Linhardt: Bankbilanzen, a.a.O., Seite 70

Rechnung getragen, daß die Gewinne aus dem Wertpapiergeschäft nicht zur Bestreitung der Kosten oder der Abschreibungen verwendet werden, sondern der Stärkung der stillen Reserven dienen. "Was also in dieser Sparte des Bankgeschäfts an Gewinn anfällt oder an Verlust zu verschmerzen ist, das spielt sich ausschließlich in der Region der inneren Reserven ab."¹⁾

Faißt²⁾ ist der Auffassung, daß durch die Ausnahmenvorschrift des § 26a KWG auch in Zukunft bei den Wertpapieren "ansehnliche Unterbewertungen" legitimiert werden.³⁾

Wenn bei der Bilanzierung und Bewertung der Wertpapiere in deutschen Bankbilanzen von einem festgefügtten Bewertungsmodus gesprochen werden kann, der allerdings Unterbewertungen nicht verhindert, so ist die Bewertung der Wertpapiere bei englischen Banken den Instituten weitgehend selbst überlassen. Eine geringfügige Einschränkung der absoluten Bewertungsfreiheit könnte lediglich in der Forderung des "fair and true view" gesehen werden.

Für die Bewertung der Wertpapiere bieten sich zwei Werte an: der Anschaffungswert und der Tageswert bzw. Marktwert.

Die Bewertung mit dem Anschaffungswert hat den Nachteil, daß unter Umständen Werte in der Bilanz ausgewiesen werden, die keinerlei Bezug mehr zum tatsächlichen Gegenwartswert haben. Gerade die festverzinslichen Papiere der englischen Clearingbanken unterliegen erheblichen Kursschwankungen, die nach dem Imparitätsprinzip im Bilanzausweis berücksichtigt werden sollten. Die Beispiele der fünfziger Jahre sprechen hier eine deutliche Sprache. Andererseits lassen sich Bewertungsschwan-

1) Erich Achterberg, a.a.O., Seite 206

2) Lothar Faißt: "Aktienrechtsreform und Rechenschaftslegung der Kreditinstitute", a.a.O., Seite 413

3) vgl. Seite 266 ff.

kungen, die aus oft nur kurzfristigen Kurseinbrüchen resultieren, bei der Bewertung nach dem Anschaffungswertprinzip weitgehend vermeiden.

Die Bewertung zum reinen "market value" hat den Nachteil, daß die Banken, sollte der Marktwert über dem Anschaffungswert liegen, Gewinne ausweisen würden, die "fugitive"¹⁾ wären. Die Bewertung nach dem strengen Niederstwertprinzip würde daher wohl den Grundsätzen ordnungsmäßiger Buchführung und Bilanzierung und insbesondere dem "understatement" am ehesten entsprechen. Allerdings wären hierbei die Banken gezwungen, ihre festverzinslichen Papiere mit einem Wert anzusetzen, der auf Grund von notenbankpolitischen Maßnahmen (z.B. Diskonterhöhungen) so niedrig sein kann, daß die stillen Reserven der Bank aufgezehrt würden. Dabei ist mit Sicherheit damit zu rechnen, daß die Kurse der Papiere - spätestens am Fälligkeitstermin - den Nominalwert wieder erreichen.

Bis zum Jahre 1952, als der Diskontsatz innerhalb kurzer Zeit heraufgesetzt wurde (nacheinander von 2% auf 4%), bestand die jahrzehntelange "time honoured convention", die Wertpapiere "at or under market value" auszuweisen.²⁾ Dies bedeutete, daß nach dem Niederstwertprinzip bewertet wurde; man setzte den Anschaffungswert an, wenn der Markt- oder Tageswert über diesem Wert lag, und man nahm den Markt- bzw. Tageswert, falls dieser niedriger als der Anschaffungswert war. Dabei hatte sich auch bei den englischen Banken der Brauch entwickelt, Zinserträge aus der Wertpapieranlage und realisierte Kursgewinne nicht in den Gewinn einzustellen, sondern die stillen Reserven zu verstärken. Durch

1) Supplementary Memorandum by the Committee of London Clearing Bankers, a.a.O., Seite 651

2) vgl. Rudolf Stützer, a.a.O., Seite 79

die Ereignisse des Jahres 1952 (Heraufsetzung des Diskontsatzes durch die Bank von England und darauf folgende Kurseinbrüche bei den festverzinslichen Papieren) haben vier der fünf Großbanken eine andere Bewertungsmethode angewandt. Sie waren nicht mehr in der Lage, die durch die Kursrückgänge verursachten buchmäßigen Verluste bei den Wertpapieren durch die Auflösung stiller Reserven abzudecken, um damit die klassische Bewertungsmethode beizubehalten und die Wertpapiere zum Marktwert zu bilanzieren. Diese Banken haben sich seinerzeit unter dem Zwang der äußeren Umstände einfach entschlossen, auf die Abschreibungen zu verzichten; damit wurde das Problem der Buchverluste "auf einfachste Weise gelöst".¹⁾ Der Wert dieser Papiere wurde 1952 von diesen vier Banken erstmals über dem tatsächlichen Marktwert ausgewiesen. Dazu wurden im Geschäftsbericht Bewertungsanmerkungen gegeben wie "at or under cost" oder "below redemption price". Dies bedeutete, daß man zum Anschaffungswert (oder auch darunter) oder zum Rückkaufswert, der normalerweise dem Nominalewert entspricht, bilanzierte.²⁾

Seitdem ist ein einheitlicher Bewertungsmaßstab der Großbanken in England nicht mehr festzustellen. Sollte man allerdings auf Abschreibungen bei entstehenden Buchverlusten verzichten, müßte dies im Geschäftsbericht zumindest angedeutet werden, da Angaben gefordert werden, "wenn nach Ansicht der Direktoren der Wert von Gegenständen des Umlaufvermögens, zu dem sie im regulären Geschäftsverkehr realisierbar sind, nicht mindestens dem Wert, mit dem sie ausgewiesen sind, entspricht".³⁾

Die Vielfalt der angelegten Bewertungsmaßstäbe wird deutlich, wenn man sich die Geschäftsberichte der Großbanken

1) Kurt Richebächer: "Wertpapiere als Bankanlagen im Ausland", a.a.O., Seite 363

2) o.V.: "The Banks Investments - and their Reserves", in: The Banker 1952, Seite 63 ff.

3) Company Act (8. Schedule, § 11, Abs. 7)

einmal auf die hierzu gegebenen Anmerkungen durchsieht. Die Barclays Bank gibt für ihre Wertpapiere überhaupt keinen Hinweis, wobei der Vorsitzende in seiner Rede an die Aktionäre darauf aufmerksam macht, daß die Bankleitung sich nicht veranlasst sähe, über die Vorschriften des Gesetzes hinaus freiwillige Angaben zu machen.¹⁾

Die National Provincial Bank weist ihren Wertpapierbestand mit "less than market value" aus. Diese Formulierung läßt den Schluß auf das Vorhandensein stiller Reserven zu.²⁾

Die Westminster Bank wendet verschiedene Bewertungsmethoden für notierte und unnotierte Werte an. Erstere werden mit "less than market value", letztere "at cost" (dies kann zum gleichen Ergebnis führen) ausgewiesen.³⁾

Die Lloyds Bank gibt in den letzten Jahren in ihren "Notes on Account" ausführlichere Hinweise auf die angewendeten Bewertungsmethoden. So werden Staatsanleihen, die zu festgesetzten Terminen einlösbar sind, "at or under cost and below redemption price" bewertet. Unter dem "redemption price" wird - wie gesagt - der Rückzahlungskurs verstanden, der in der Regel dem Nominalwert der Papiere entspricht. Es wird ferner darauf hingewiesen, daß der Marktwert dieser Papiere unter dem in der Bilanz ausgewiesenen Wert liegt. Zu den anderen Wertpapieren heißt es, daß die notierten Papiere zu einem Wert in der Bilanz ausgewiesen werden, der unter ihrem Marktwert liegt.⁴⁾

Eine gründliche Auskunft über die verwendeten Bewertungsmethoden gibt auch die Midland Bank. Zunächst wird die Be-

1) vgl. Geschäftsbericht der Barclays Bank 1965, Seite 14

2) Geschäftsbericht der National Provincial Bank 1966, Seite 9

3) Geschäftsbericht der Westminster Bank 1966, Seite 9

4) Geschäftsbericht der Lloyds Bank 1966, Seite 8

wertung der Staatsanleihen mit "at or under cost" angegeben. Die Bank führt aber weiter aus, was sie unter dieser Bewertung im einzelnen meint. Sie setzt diese Staatsanleihen, die alle innerhalb 11 Jahren fällig werden und deren mittlere Laufzeit 6 Jahre beträgt zu einem "middle market price" an, von dem die aufgelaufenen Zinsen abgezogen werden (dies heißt nichts anderes, als daß die Zinsen den stillen Reserven zugeführt werden). Als Ergänzung wird hierzu weiter ausgeführt, daß 1964, 1965 und 1966 keine besonderen Abschreibungen für die Differenz zwischen Buchwert und Marktwert als notwendig erachtet wurden und daher auch nicht vorgenommen worden sind.¹⁾

Entscheidend bei der Frage des Wertansatzes der Wertpapiere in den Bankbilanzen und insbesondere dann, wenn auf Abschreibungen bei Buchverlusten verzichtet wird, wird die Einstellung der Wirtschaftsprüfer (Chartered accountants) sein. Sie werden zu prüfen haben, ob die angewendete Methode mit der Forderung des "true and fair view" übereinstimmt.

332. Die Wirkung der "monetary policy" auf den Ansatz der Wertpapiere in englischen Bankbilanzen

Bei der Behandlung der generellen Bewertungsgrundsätze bei Wertpapieren in englischen Bankbilanzen wurde festgestellt, daß es jahrzehntelang Brauch war, sie "at or under market value" anzusetzen. Erst im Gefolge notenbankpolitischer Maßnahmen und durch Absinken der Wertpapierkurse sahen sich die Banken gezwungen, von diesem Bewertungsgrundsatz abzugehen. Am Beispiel der Diskonterhöhungen der fünfziger Jahre in England soll veranschaulicht werden, welche Wirkungen die Maßnahmen der Bank von England auf den Ansatz der Werte in den Bankbilanzen hatten.

1) Geschäftsbericht der Midland Bank 1966, Seite 14 f.

Die Bank von England hatte kurz hintereinander 1951/1952 den lange Zeit stabilen Diskontsatz von 2% auf 4% heraufgesetzt. Die Wirkungen dieser Diskonterhöhung auf die Wertpapierposition derjenigen vier der Großbanken, die ihre Bewertungsmethoden änderten, waren folgende:

Wirkungen der Diskonterhöhungen 1952 auf die Wertpapiere bei den Großbanken¹⁾

in Mill. £	<u>Buchwert am</u> <u>31.12.1951</u> ²⁾	<u>Halbjahresbilanz zum</u> <u>30.6.1952</u>	
		<u>Buchwert</u> ³⁾	<u>Marktwert</u>
Midland Bank	422	422	409
Westminster Bank	249	237	229
Barclays	393	391	383
Lloyds	329	321	315
<u>Gesamtsumme</u>	1393	1371	1346

Daraus ergeben sich folgende Buchverluste für die einzelnen Großbanken:

Buchverluste bei den einzelnen Großbanken:

	<u>Abschreibungen</u> in Mill. £	<u>Prozent des Buch-</u> <u>wertes</u>
Midland Bank	13	3,1%
Westminster Bank	8	3,3%
Barclays Bank	8	2,0%
Lloyds Bank	6	1,9%

1) o.V.: "The Banks Investments - and their Reserves", a.a.O., Seite 64

2) at or under market value

3) at or under cost and below redemption price

Ein anderer Gesichtspunkt für die Änderung der Bewertungsmethode ist auch darin zu sehen, daß sich der Anteil der Wertpapiere in den Bankbilanzen gerade während dieser Zeit erheblich vergrößert hat; dadurch haben sich die ohnehin schon einschneidenden Buchverluste bei den Wertpapieren noch verstärkt. STÜTZER¹⁾ stellt hierzu fest, daß in der Vorkriegszeit das gesamte einbezahlte Kapital der englischen Clearingbanken etwa 3,5% der Einlagen und die offenen Reserven etwa 2,9% der Einlagen betrugen. Setzt man diese Werte in eine Relation zum damaligen Wertpapierportefeuille der Banken, kommt man zu dem Ergebnis, daß die gesamten offenen Kapitalmittel fast 25% (davon die offenen Reserven allein beinahe 11%) der Wertpapierposition ausmachten. Unter der Annahme, daß die stillen Reserven in etwa die gleiche Höhe wie die offenen Rücklagen hatten, konnten die Clearingbanken seinerzeit eine Wertpapierentwertung von 10% und mehr abschreiben, ohne die offenen Reserven angreifen zu müssen. Diese gute Relation hatte sich aber nach dem Kriege verschlechtert, da sich die Wertpapierbestände verdreifacht hatten, die offenen Kapitalmittel dagegen wesentlich langsamer gewachsen waren. Die großen Kursverluste, die durch die Diskonterhöhungen entstanden waren, ließen die im Verhältnis zur Vorkriegszeit geringeren stillen Reserven rasch schmelzen, so daß sich vier der Großbanken gezwungen sahen, vom Niederstwertprinzip abzugehen.

Die dritte Diskonterhöhung, die am 19. September 1957 erfolgte und bei der der Diskontsatz von 5% auf 7% angehoben wurde, brachte den Banken weitere erhebliche Verluste.²⁾

1) Rudolf Stützer, a.a.O., Seite 91 f.

2) vgl. Hanns Linhardt: "Die Diskonterhöhung der Bank von England am 19. September 1957", in: ZfhF. 1958, Seite 193 ff.

Diese betrugen z.B. bei der Midland Bank 22,9 Mill. £ (Differenz zwischen dem höheren Buchwert und dem niedrigeren Börsenwert) bei einem Wertpapierbestand von 451,5 Mill. £. Demgegenüber betrug der ausgewiesene Jahresgewinn (einschl. Gewinnvortrag) nur 2,5 Mill. £. Dieser Bank sind also durch die Diskonterhöhung Buchverluste in der beinahe zehnfachen Höhe des ausgewiesenen Jahresgewinns entstanden.

Die Clearingbanken gaben vor dem JENKINS-Committee an, daß im Juni 1956 (also noch vor der Diskonterhöhung von 1957) vier der Clearingbanken eine Differenz zwischen Buch- und Marktwert der festverzinslichen Papiere in Höhe von 63,7 Mill. £ hatten, das waren 4,4% des gesamten Buchwertes der Wertpapiere und 48,3% ihrer veröffentlichten Kapitalmittel ("capital and reserves").¹⁾ Im Jahre 1956 waren also die buchmäßigen Verluste noch größer als 1952.

Die Schlußfolgerungen, die von den englische Banken aus diesen so erheblichen Kursverlusten der Wertpapiere gezogen werden, sind folgende: Buchmäßige Verluste dieser Größenordnung könnten nicht veröffentlicht werden, da hiervon "disturbing effects"²⁾ ausgingen. Bei dem Ausmaß der festverzinslichen Wertpapiere in den Bankbilanzen könne schon eine geringfügige Wertminderung den Gewinn eines Jahres zerstören ("wreck a year's profit"³⁾). Die Ausnahmestellung der Banken und ihre Befreiung von den entscheidenden Bilanzierungs- und Bewertungsvorschriften des Company Act werde durch solche Ereignisse, die in notenbankpolitischen Maßnahmen und Entscheidungen ihren Ursprung hätten und nicht durch geschicktes bankpolitisches Verhalten der einzelnen Geschäftsbanken verhindert werden könnten, gerechtfertigt.

1) Memorandum by the Committee of London Clearing Bankers, a.a.O., Seite 645

2) Memorandum by the Committee of London Clearing Bankers, a.a.O., Seite 645

3) Geschäftsbericht der Westminster Bank 1963, ohne Seitenangabe

Eine kritische Würdigung der englischen Bewertungspraxis und Überlegungen zu einer möglichen Reform hätten die spezifischen Risiken (und vor allem die Kursrisiken), die mit der Anlage in festverzinslichen Wertpapieren verbunden sind, zu berücksichtigen. Vor allem wäre die Frage zu untersuchen, ob für die Bewertung das Niederstwertprinzip ein geeigneter Maßstab ist. Zum andern wären auch Überlegungen darüber anzustellen, wie eine aussagefähige Wertpapierposition, in der auch etwas über die Restlaufzeit der festverzinslichen Werte ausgesagt würde, auszusehen hätte.¹⁾

c. Forderungen und langfristige Ausleihungen

Unter den Forderungen und langfristigen Ausleihungen sollen die folgenden Positionen des Formblatts für die Aufstellung der Jahresbilanz der Aktienbanken verstanden werden:

- 1) Debitoren
 - a) Kreditinstitute
 - b) sonstige
- 2) langfristige Ausleihungen
 - a) gegen Grundpfandrechte
 - b) gegen Kommunaldeckung
 - c) sonstige

Die englischen Großbanken kennen nur die Position "Advances", hinter der sich das kurzfristige und das bei den englischen Clearingbanken allerdings unbedeutende langfristige Kreditgeschäft verbirgt.

Mit den zahlreichen und mannigfachen Arten und Formen der Kreditgewährung bei deutschen Banken kann sich hier nicht auseinandergesetzt werden.²⁾ Bei den englischen Geschäftsbanken haben sich im Laufe der Zeit zwei verschiedene Methoden der Kreditgewährung entwickelt. Einmal werden die Ausleihungen nach dem "overdraft-system" gewährt. Hierbei

1) vgl. Seite 272 ff.

2) vgl. Obst/Hintner, a.a.O., Seite 449 ff.

wird dem Kreditnehmer die Möglichkeit eingeräumt, sein laufendes Konto bis zu einer im voraus festgesetzten Gesamthöhe zu überziehen. Dies geschieht meist bargeldlos durch Scheckziehungen. Die Zinsberechnungen erfolgen dabei nur für den bestehenden Debetsaldo. Von der Bank wird auch nur der tatsächlich in Anspruch genommene Kreditbetrag bilanziert.

Eine andere Methode, die in England weniger, in den Vereinigten Staaten dagegen häufiger anzutreffen ist, besteht darin, daß ein Kredit vertragsgemäß eingeräumt und sofort bei Gewährung in voller Höhe einem "Loan Account" belastet und einem Separatkonto des Kunden gutgeschrieben wird.¹⁾ Gleichgültig davon, ob das Darlehen in Anspruch genommen wird oder nicht, erfolgt von Anfang an die Zins- und Provisionsberechnung vom gesamten Betrag. Auch in die Bilanz wird der auf dem Separatkonto stehende Kreditbetrag eingesetzt. Daraus folgt, daß die ausgewiesenen Debitorenbestände höher sind als bei der ersten Methode, bei der nur die tatsächlich in Anspruch genommenen Kredite bilanziert werden. Leider geben die Banken eine Verteilung ihrer "Advances" auf die beiden hier geschilderten Methoden der Kreditgewährung nicht bekannt.

Da die Hergabe von Krediten bei den deutschen und englischen Großbanken als der Hauptzweig ihrer Geschäftstätigkeit anzusehen ist, ist mit der Debitorenposition die "central position of the activity of a bank"²⁾ erreicht. Die Bedeutung dieser Bilanzposition, die am ehesten dazu geeignet ist, etwas über die Geschäftsentwicklung einer Bank auszusagen, kann daher am besten an einem Vergleich der Bilanzzahlen veranschaulicht werden.

1) vgl. Thomson's Dictionary of Banking (Artikel "Advances"), a.a.O., Seite 15

2) Walter Leäf: Banking, 4. Aufl. London 1943, Seite 154

Debitoren im Verhältnis zu den Einlagen

a. Deutsche Großbanken (in Mill. DM)¹⁾

<u>1960</u>	<u>1961</u>	<u>1962</u>	<u>1963</u>	<u>1964</u>	<u>1965</u>	<u>1966</u>
10452	12632	14008	14742	15995	17754	20125
(46%)	(49%)	(50%)	(49%)	(49%)	(53%)	(54%)

b. Englische Großbanken (in Mill. £)

<u>1960</u>	<u>1961</u>	<u>1962</u>	<u>1963</u>	<u>1964</u>	<u>1965</u>	<u>1966</u>
2982	3018	3230	3617	4038	4171	4207
(44%)	(44%)	(45%)	(47%)	(50%)	(49%)	(49%)

Die "loan-deposit-Ratio" spielt in der angelsächsischen Literatur eine besondere Rolle. Ihre Bedeutung wird vor allem darin gesehen, daß sie einen "psychological effect"²⁾ auf die Bankleitung ausüben kann. Steigt nämlich das Verhältnis der ausgeliehenen Kredite, wird die Geschäftsleitung in ihrer Kreditpolitik vorsichtiger werden müssen, da ja der Gesamtplafonds, der zur Kredithergabe zur Verfügung steht, letztlich - zumindest für die einzelne Bank - begrenzt wird durch die vorhandenen Einlagen.

Bei einem Vergleich der Bedeutung der Debitoren bei deutschen und englischen Großbanken zeigt sich, daß der Anteil der ausgeliehenen Kredite bei den deutschen Banken etwas höher ist. Im Durchschnitt der letzten Jahre ergibt sich eine Differenz zu den englischen Banken von etwa 4%. Der für die englischen Banken verhältnismäßig hohe Anteil der Debitoren hat sich erst in den letzten Jahren herausgebildet. Bei der Betrachtung der Zeit vor 1960, vor allem dann, wenn man das erste Nachkriegsjahrzehnt berücksichtigt, ergibt sich ein völlig anderes Bild. Die Position "Advances" erreicht z.B. 1953 nur

1) In den Debitoren sind die langfristigen Ausleihungen mitenthalten.

2) Howard D. Crosse, a.a.O., Seite 115

einen Anteil von 24% und blieb damit sogar noch erheblich hinter den Wertpapieren mit 34% zurück. Die Entwicklung der Debitoren verlief bis 1960 folgendermaßen:

Entwicklung der Position "Advances" der englischen Clearingbanken im Verhältnis zu den Einlagen¹⁾

1951	1952	1953	1954	1955	1956	1957	1958	1959
29%	26%	24%	26%	26%	28%	26%	30%	37%

Die hier angeführten Zahlen zeigen deutlich, einen welcher vergleichsweise geringen Anteil die ausgeliehenen Kredite bei den englischen Banken in den fünfziger Jahren gehabt haben. Erst 1960 zeigte sich hier eine "Normalisierung", die bis heute anhält.

Wie am Beispiel der Entwicklung der Wertpapieranlagen der englischen Banken bereits angedeutet wurde (die "Advances" und "Investments" korrespondieren nämlich insofern miteinander, als die Abnahme der einen in der Regel die Zunahme der anderen Position bedeutet), hat sich eine strukturelle Veränderung bei den englischen Banken nach dem ersten Weltkrieg vollzogen, als die Nachfrage nach Bankkrediten immer mehr zurückging. SAYERS hat die Gründe, die hierfür relevant sein könnten, untersucht (in der ersten Auflage seines Buches "Modern Banking") und kommt zu folgendem Ergebnis:²⁾

1. Die Konzentration der Industrie führe insofern zu einem Rückgang der Nachfrage nach kurzfristigen Bankkrediten, als große Firmen eine hohe Selbstfinanzierungsquote haben. Sehr oft würden solche Unternehmen eine vorsichtige Finanzierungspolitik betreiben und einen Teil ihrer Mittel in flüssiger Form (Bankdepositen, börsengängigen Wertpapieren etc.) halten.

1) vgl. Bank of England: Report for the Year ended 29th February 1960, Seite 37, Table 4 (Die Zahlen betreffen alle Clearingbanken, nicht nur die "big five")

2) vgl. R.S. Sayers: Modern Banking, Oxford 1951, S. 240 ff.

2. Wirtschaftszweige, die in besonderem Maße von Bankkrediten abhängig seien, würden relativ abnehmen; dies träfe vor allem auf die Landwirtschaft zu.
3. Eine weitere Verminderung der Kreditnachfrage sei durch die Entwicklung der Aktienmärkte entstanden, da es bei günstiger Lage auf dem Aktienmarkt relativ leicht sei, Anleihen aufzulegen oder Neuemissionen durchzuführen.
4. Es seien auch in England vermehrt Spezialkreditinstitute entstanden, die es verstanden hätten, einen Teil der Kunden den Clearingbanken abzunehmen.

Ein wesentlicher Grund für die abnehmende Nachfrage potentieller Kreditnehmer nach Bankkrediten war die Weigerung englischer Clearingbanken, in das langfristige Kreditgeschäft einzusteigen. Dies war zum Teil auch historisch bedingt, da - im Gegensatz zu den deutschen Verhältnissen - die englischen Banken zu einer Zeit entstanden und groß wurden, in der die englische Industrie bereits außerordentlich stark und finanzkräftig geworden war und daher einer langfristigen Finanzhilfe nicht mehr bedurfte.¹⁾

Ein weiterer Grund war wohl auch darin zu sehen, daß das Vertrauen der englischen Banken zu den "self-liquidating-assets" während der Weltwirtschaftskrise verlorenging. Andererseits hatten die Banken vor allem zu den kurzfristigen Krediten kein rechtes Vertrauen, da "advances to customers can have a wide range of liquidity".²⁾ Die Debitoren "are theoretically repayable on demand, but one should not be misled into thinking that it follows from this that a bank need only call in advances for it to be put in funds".³⁾ Diese Unsicherheit der Liquiditätsbeur-

1) vgl. Willi Fischöder, a.a.O., Seite 35

2) Bank of England: "Bank Liquidity in the United Kingdom", a.a.O., Seite 249

3) Reay Tolfree: "Bank Balance Sheets in the United Kingdom", a.a.O., Seite 419

teilung von Krediten hat mit dazu beigetragen, daß sich die englischen Banken schon frühzeitig vermehrt der Wertpapieranlage zugewendet haben.¹⁾

Als sich auch nach dem zweiten Weltkrieg die Situation zunächst nicht änderte, begannen die Großbanken das Fehlen der Kreditnachfrage nicht mehr allein als Problem "reicher werdender Volkswirtschaften" sondern auch die Schuld in ihrer eigenen Unbeweglichkeit zu sehen. So begann man, sich allmählich auch im mittel- und langfristigen Kreditgeschäft zu engagieren. Der RADCLIFFE-Report deutet diesen sich abzeichnenden Wandel bereits an, wenn er sagt: "Solange die Banken sich der Tatsache bewußt sind, daß sie gerne mehr Kredite geben würden, wenn sie nur kreditwürdige Kunden finden könnten, sind sie dabei, nach und nach ihre theoretische Beschränkung auf das kurzfristige Kreditgeschäft zu modifizieren."²⁾

So sind im Kreditgebahren der englischen Clearingbanken tatsächlich einige bemerkenswerte Wandlungen in den letzten Jahren festzustellen: einmal sind es die lang- und mittelfristigen Exportkredite³⁾ (diese werden durch das "Export Credits Guarantee Department" garantiert), die die Banken gewähren, dann sind es die langfristigen Ausleihungen zur Finanzierung von Schiffsbauten, schließlich die von einigen Großbanken gegebenen persönlichen Kleinkredite, die der Finanzierung von Kraftfahrzeugen und anderen

1) vgl. W. Manning Dacey, a.a.O., Seite 86

2) Radcliffe-Report, a.a.O., Seite 48 f.

3) Stirling, Chairman der Westminster Bank, führte hierzu vor der Hauptversammlung seiner Bank am 12.1.1967 aus: "The advances include considerable sums of export finance lent for long-term at a fixed rate of 5 1/2 %, and for medium-term at Bank-Rate. In present conditions accomodations at these rates amounts to a direct subsidy of exports." (Statement by the Chairman of Westminster Bank, in: Report of the Directors and Accounts, Seite 19)

langlebigen Gebrauchsgütern dienen sollten, die Aufsehen erregt haben.¹⁾ Diese beweglichere Einstellung der Clearing-banken mag wesentlich dazu beigetragen haben, daß die "Advances" seit 1960 wieder ihre traditionelle Stellung in den Bankbilanzen errungen haben.

Aber auch auf anderen Gebieten der Bankgeschäfte zeigt sich bei den Großbanken in den letzten Jahren ein neuer Trend, die traditionelle "Arbeitsteilung" des englischen Bankwesens zu überwinden. Die Westminster Bank war die erste der Großbanken, die für einen ihrer Großkunden eine "Emission" durchführte, anstatt dies - wie sich dies nach der Bankentradition an sich gehört hätte - einer der "merchant banks" zu überlassen. Lloyds Bank auf der anderen Seite war die erste englische Großbank, die ihre eigene Investmentgesellschaft gründete. Schließlich haben im letzten Jahr Barclays und Westminster Bank spezielle Kreditkarten entwickelt, um der Konkurrenz des Postscheckgirosystems gewachsen zu sein.²⁾ Da auch die "merchant banks" in die Bereiche des kurzfristigen Kreditgeschäfts der Clearingbanken immer mehr einzudringen versuchen und sich dabei auch um kleinere Kunden "in the provinces"³⁾ bemühen, scheint in den kommenden Jahren der Wettbewerb im englischen Bankwesen - vor allem auf dem Kreditsektor - härter zu werden.

Für die Ausweismethode der "Advances" bei den englischen Banken würde sich aus der Tatsache, daß in Zukunft vermehrt auch das langfristige Kreditgeschäft eine Rolle spielt, die Konsequenz ergeben, daß die ausgeliehenen Kredite in "kurzfristige" und "langfristige" Ausleihungen zu unterteilen wären. Eine zusätzliche Verbesserung der Publizität würde

1) Radcliffe-Report, a.a.O., Seite 49

2) vgl. o.V.: "No Substitute for Competition", in: British Banking 1966 - A Survey by the Economist (Economist v. 18. Juni 1966) Seite IX

3) David Montagu: "Fresh Fields for Merchant Bankers", in: The Banker 1965, Seite 614

es bedeuten, wenn sich auch die englischen Großbanken dazu entschließen könnten, ähnlich den Gepflogenheiten der deutschen Banken, genauere Angaben über die Art ihrer Kreditnehmer zu geben.¹⁾

d. Die Beteiligungen

Unter einer Beteiligung soll "eine auf die Dauer berechnete Mitgliedschaft an einem anderen Unternehmen, die durch den Besitz eines Wertpapiers verkörpert oder aus Einlagen bei einer Personalgesellschaft, einer stillen Gesellschaft oder dem Erwerb von Anteilen einer GmbH. hervorgeht",²⁾ verstanden werden. Das AktG 1965 (§ 152, Abs. 2) geht davon aus, daß im Zweifel ein mindestens fünfundzwanzigprozentiger Erwerb des Grundkapitals als Beteiligung zu gelten hat. Ob jedoch ein rein quantitatives Richtmaß auch bei Banken ein geeignetes Kriterium dafür ist, ob eine Beteiligung vorliegt oder nicht, darf insofern bezweifelt werden, weil gerade Kreditinstitute häufig Anteile an Unternehmen, auch über die 25%-Grenze hinaus, erwerben, ohne daß eine eigentliche Beteiligungsabsicht besteht. Diese müßte also bei Banken im Vordergrund stehen,³⁾ wobei als Anhaltspunkte einer Beteiligungsabsicht das Bestehen enger finanzieller, persönlicher oder organisatorischer Verbindungen gelten können.⁴⁾

-
- 1) Alle drei Großbanken geben in ihren Geschäftsberichten eine branchenmäßige Aufgliederung der Kredite. Diese sieht z.B. bei der Dresdner Bank folgendermaßen aus: Bergbau, Eisenschaffende und metallverarbeitende Industrie, Elektrotechnik, Chemische und pharmazeutische Industrie, Bauwirtschaft, Holz- und Papierindustrie, Textil, Bekleidung, Leder, Nahrungs-, Genuß- und Futtermittel, Versorgungs- und Verkehrsbetriebe, Handel, Kredite an Geldinstitute, Sonstige Kreditnehmer.
 - 2) Heinrich Knoll: Bilanzkunde mit Grundlagen aus Buchführung und Kostenrechnung, Wiesbaden 1956, Seite 200
 - 3) vgl. Rolf Hammerschmidt: "Wie sollen die Jahresabschlüsse der Aktienbanken in Zukunft aussehen?", in: Bankbetrieb Nr. 12 1966, Seite 323
 - 4) vgl. Edmund Heinen, a.a.O., Seite 143

Der Company Act 1948 gibt keine Definition der Beteiligung (trade investment); daher entstehen häufig Schwierigkeiten bei der richtigen Einordnung der "investments". Gefordert wird im Gesetz¹⁾, daß in besonderen Positionen auszuweisen sind "der Gesamtbetrag der Vermögensanlagen der Gesellschaft die im Interesse des Geschäftsbetriebes erfolgen (trade investments), Kapitalanlagen in notierten Werten, die keine trade investments darstellen, und Kapitalanlagen in unnotierten Werten, die keine trade investments darstellen."

Ebenso wichtig ist, daß klar zwischen Beteiligungen und Tochtergesellschaften (subsidiary) unterschieden wird. Wie JONES²⁾ ausführt, soll der Beteiligungszweck sein, daß wichtige Interessen der Gesellschaft, die nicht notwendigerweise materieller Art zu sein brauchen, gewahrt werden (z.B. Erleichterung des Handels und Absatzes, Schutz des "good will"). Ferner soll ein "substantial", nicht aber ein "controlling interest" an der anderen Unternehmung bestehen.

Die Beteiligungen der deutschen und englischen Großbanken zeigten in den letzten Jahren folgende Größenordnung:

Beteiligungen im Verhältnis zu den Einlagen

a. Deutsche Großbanken (in Mill. DM)³⁾

1960	1961	1962	1963	1964	1965
191	205	232	259	321	368
(0,8%)	(0,8%)	(0,8%)	(0,9%)	(1,0%)	(1,1%)

1) Company Act 1948 (8. Schedule, § 8, Abs. 1, a)

2) Frank H. Jones, a.a.O., Seite 88

3) Die Konsortialbeteiligungen gehören hier nicht dazu, da über sie das Institut nicht allein verfügen kann und die infolge von Vereinbarungen irgendwelchen Bindungen unterliegen (vgl. Hans-Hermann Stein, a.a.O., Seite 52)

b. Englische Großbanken (in Mill. £)

1960	1961	1962	1963	1964	1965	1966
95	99	107	126	142	170	182
(1,4%)	(1,4%)	(1,5%)	(1,6%)	(1,8%)	(2,0%)	(2,1%)

Die Beteiligungen sind nicht nur in der Größenordnung bei den Instituten verschieden, sondern auch die Beteiligungsarten unterscheiden sich bei den deutschen und englischen Großbanken im einzelnen stark voneinander.

Die Beteiligungen bei deutschen Großbanken bestehen neben Anteilen an anderen Kreditinstituten (so vor allem an Hypothekenbanken, Teilzahlungskreditinstituten und Investmentgesellschaften) auch aus solchen an Industrie- und Handelsunternehmen.

Der Umfang der Beteiligungen bei den deutschen Banken wurde vor allem deutlich durch die neuen Vorschriften des AktG 1965, da auf Grund der §§ 20 und 21 künftig bestimmte Beteiligungen von den Beteiligungsinhabern der Gesellschaft mitzuteilen und von dieser in gewissen Fällen in den Gesellschaftsblättern bekanntzumachen sind. Umfang und jeweiliger Inhaber der Beteiligungen sind anzugeben. Die Formulierung entsprechend den gesetzlichen Vorschriften zwingt die Gesellschaften nicht, die genaue Höhe ihrer Schachtel- und Mehrheitsbeteiligungen zu nennen, da eine Beteiligung von "mehr als 25 Prozent" bis zu 50%, eine "Mehrheit" bis zum Besitz des gesamten Kapitals gehen kann. Dennoch läßt sich aus den Veröffentlichungen ein recht genaues Bild über die Beteiligungen der drei deutschen Großbanken gewinnen.¹⁾ Schon vor den neuen Bestimmungen des AktG waren bei der Konzentrations-

1) vgl. Peter Waller: "Mehr Klarheit über die Beteiligungen der Deutschen Bank", in: FAZ v. 16.2.1966, Seite 16; "Reichhaltiges Portefeuille der Dresdner Bank", in: FAZ v. 19.2.1966, Seite 9; "Commerzbank Aktionäre sind Kaufhaus-Teilhaber", in: FAZ v. 22.2.1966, Seite 12

enquête die Interbankbeteiligungen (allerdings ohne Namensnennung) der Großbanken bekannt geworden. Dabei stellte sich heraus, daß die Deutsche Bank an 17, die Dresdner Bank an 18 und die Commerzbank an 7 Instituten beteiligt waren.¹⁾ Durch die Reform des Aktienrechts lassen sich nunmehr die Beteiligungswerte in etwa schätzen. Dabei verkörpert jede Aktie der Deutschen Bank im Nennwert von DM 1.000,- Beteiligungen im Nominalwert von ca. DM 1.100,-, wovon mehr als DM 800,- auf Industrie-, Handels- und Schiffahrtsgesellschaften entfallen. Bei der Dresdner Bank sind die Beteiligungen noch umfangreicher: hier entfallen auf DM 1.000,- Nominalwert Beteiligungen in Höhe von DM 1.600,-, während die Beteiligungen der Commerzbank DM 900,- pro DM 1.000,- Nominalwert ausmachen. Vergleicht man einmal die in der Bilanz ausgewiesenen Werte mit vorsichtigen Schätzungen der tatsächlichen Beträge, so ergibt sich folgendes Bild:

Beteiligungen der deutschen Großbanken per 31.12.1965
(in Mill. DM)

	<u>Buchwert</u>	<u>Kurswert</u> ²⁾
Deutsche Bank AG	146	1.580 (1,7 - 2,0)
Dresdner Bank AG	121	1.378 (1,1 - 1,3)
Commerzbank AG	101	896 (0,9 - 1,1)

Hieraus wird ersichtlich, daß der Kurswert der Beteiligungen im Durchschnitt etwa das Zehnfache des Buchwerts beträgt. Nimmt man einmal die Dividendenerträge, die die Banken aus

-
- 1) vgl. Friedrich Dienethal: "Die Beteiligungen der deutschen Kreditinstitute", in: Sparkasse 1966, Heft 15, Seite 273
 - 2) Es wurden hier nur solche Werte eingesetzt, für die sich ein Kurswert ermitteln ließ. Die anderen Beteiligungen wurden überhaupt nicht, auch nicht mit dem Nominalwert berücksichtigt. Der tatsächliche Wert ist daher erheblich höher (vgl. Peter Waller, a.a.O.); die in Klammern gesetzten Zahlen sind die Schätzungen Dienethal's inMrd. DM (vgl. Friedrich Dienethal, a.a.O., Seite 293).

ihren Beteiligungen erhalten, so wird deutlich, daß diese fast so umfangreich sind wie die Dividendenzahlungen der Banken selbst.

Gegenüberstellung der Dividendeneinnahmen aus Beteiligungen mit dem ausgewiesenen Reingewinn per 31.12.1965 (in Mill. DM)

	<u>Beteiligungserträge¹⁾</u>	<u>Reingewinn</u>
Deutsche Bank AG	55	56
Dresdner Bank AG	42 - 45	39,2
Commerzbank AG	25 - 30	36

Geht man den Gründen für den Erwerb der Beteiligungen bei den deutschen Banken nach, so sind sie nur zum Teil (wenn auch zum Überwiegenden) in der "Abrundung des Interessenskreises eines Instituts"²⁾ zu sehen, können aber auch im Rahmen einer Sanierung übernommen werden. Die Deutsche Bank hat, wie ihr Sprecher auf der Hauptversammlung 1965 zu erkennen gab, in den letzten Jahren z.B. auch Beteiligungen erworben, wenn die Selbständigkeit eines Unternehmens gefährdet war oder um ausländischen Interessenten bei Paketverkäufen zuvorzukommen.³⁾ Diese letztgenannten Beteiligungen werden aber nicht unbedingt als Dauerbesitz der Bank angesehen, sondern bei Gelegenheit wieder veräußert.

Bei den deutschen Großbanken liegen gerade in der Beteiligungsposition umfangreiche stille Reserven, die durch die neuen Publizitätsbestimmungen wenigstens teilweise bekannt wurden. Diese sind weitgehend darauf zurückzuführen, daß eine Reihe von Beteiligungspaketen zu einer Zeit erworben wurde, als das Kursniveau noch sehr niedrig war. Zum Teil

1) Friedrich Dienethal, a.a.O., Seite 293

2) Obst/Hintner, a.a.O., Seite 592

3) vgl. Kurt Wendt: "Der Sparer rettet die Expansion - die Großbanken 1965", in: Zeit Nr. 18 1966, Seite 50

stammen die Beteiligungen sogar noch aus der Zeit vor der Währungsreform und werden in der Bilanz zu Merkposten ausgewiesen, obwohl ihr Wert in den letzten 18 Jahren durch die Konjunkturentwicklung fortlaufend gestiegen ist.

Das Interesse der englischen Großbanken richtet sich bei ihrer Beteiligungspolitik vor allem auf andere Kreditinstitute, wie Investmentgesellschaften, Teilzahlungsbanken oder ausländische Kreditbanken (vor allem in Commonwealth-Ländern). Der wesentliche Unterschied zu den deutschen Banken besteht darin, daß sie keine Beteiligungen an Industrie- und Handelsunternehmen besitzen. Es ist dies die aus der Bankentradition Englands stammende Politik des "Noninterference",¹⁾ die LEAF bei einem Vergleich der deutschen mit der englischen Beteiligungspolitik der Banken folgendermaßen ausdrückt: "It is clear that public opinion in England would not have tolerated the control of British industry by a few banks."²⁾ Diese traditionelle Trennung von Industrie- und Bankinteressen in England wird nur zu einem Teil dokumentiert im Fehlen von Industriebeteiligungen bei englischen Banken. Ebenso wichtig ist die Tatsache, daß bis vor kurzer Zeit auch keine langfristigen Kredite an Wirtschaftsunternehmungen gegeben wurden, sondern bei einer bis vor wenigen Jahren ohnehin gegenüber deutschen Banken geringeren Proportion der Ausleihungen überhaupt - die "short-period-loans" vorherrschten. Das Ziel der individuellen Bankpolitik war es, "circulating capital" auszuleihen.³⁾ Erst in den letzten Jahren sind diese Traditionen zumindest teilweise durchbrochen worden. Die Beteiligungspolitik der englischen Banken hat sich dagegen auch in jüngster Zeit nicht geändert.

1) Samuel Evelyn Thomas: British Banks and the Finance of Industry, London 1931, Seite 112

2) Walter Leaf: Banking, 4. Aufl., London 1943, Seite 160

3) S.E. Thomas, a.a.O., Seite 113
vgl. auch Radcliffe-Report, a.a.O., Seite 112

Die Lloyds Bank, die von allen Londoner Großbanken als am publizitätsfreudigsten anzusehen ist, gibt ihre Beteiligungen detailliert bekannt. Aus den in der Bilanz gemachten Angaben ergibt sich, daß die Beteiligungen zu 45% solche an Teilzahlungsbanken (Hire purchase companies), zu 37% solche an anderen Banken und zu 18% Beteiligungen anderer Art (Other Trade Investments) sind.¹⁾ Aus dem im "Statement by the Chairman" gegebenen Informationen ergibt sich, daß es sich bei den "sonstigen Beteiligungen" vorwiegend um solche an Finanzierungsinstituten und Spezialbanken handelt (u.a. Industrial and Commercial Finance Corporation Ltd., the Agricultural Mortgage Corporation Ltd., Bankers Clearing House Ltd. und Exporters Refinance Corporation Ltd.).²⁾ Im Geschäftsbericht für 1966 veröffentlicht die Lloyds Bank zusätzlich die Namen der wichtigsten Gesellschaften, an denen die Bank beteiligt ist und gibt den jeweiligen Prozentsatz der von dem Institut gehaltenen Anteile bekannt.³⁾

Der Company Act 1948 fordert von den Banken keine Publizität über ihre Beteiligungen, die Aufschluß über ihren tatsächlichen Wert geben könnte. Ebensowenig wird in der Gewinn- und Verlustrechnung eine Offenlegung der Beteiligungserträge verlangt. Die dennoch von den Banken hierüber gemachten Angaben sind daher freiwilliger Natur und deswegen in ihrem Informationsgehalt sehr unterschiedlich.

Die Beteiligungssumme ohne nähere Anmerkungen im Geschäftsbericht weist die National Provincial Bank aus.⁴⁾

1) Geschäftsbericht der Lloyds Bank 1965, Seite 7

2) vgl. Lloyds Bank, a.a.O., Seite 17 und Geschäftsbericht der Lloyds Bank 1964, Seite 19

3) Geschäftsbericht der Lloyds Bank 1966, Seite 8

4) Die hier nun folgenden Angaben wurden den Geschäftsberichten der behandelten Banken für das Jahr 1966 entnommen.

Die Barclays Bank schlüsselt in ihren Angaben zu den Bilanzpositionen die Tochter- und angegliederten Gesellschaften (subsidiary and associated companies) auf. Die Beteiligungen werden in einer Gesamtsumme ausgewiesen, wobei über den Charakter der Beteiligungen keine nähere Auskunft gegeben wird.

Die Westminster Bank weist ebenfalls die Gesamtsumme der Beteiligungen ohne näheren Kommentar in der Bilanz aus, gibt aber in ihren Erläuterungen zur Bilanz nähere Auskünfte zu den Änderungen gegenüber dem Vorjahr.

Die Midland Bank hatte früher überhaupt keine Beteiligungsposition vorgesehen, sondern wies die "Investments" in einer Gesamtsumme aus. Erstmals werden in der Bilanz zum 31.12.1963 die Beteiligungen gesondert, getrennt nach "börsengängige" und "sonstige", ausgewiesen.

Am publizitätsfreudigsten ist die Lloyd's Bank, die ihre wesentlichsten Beteiligungen in der Bilanz nach Arten aufschlüsselt und dazu im Geschäftsbericht nähere Angaben über die im Geschäftsjahr getätigten Zu- und Abgänge macht.

Insgesamt läßt sich sagen, daß die Berichterstattung der englischen Großbanken über die Beteiligungen, obwohl sie bei den meisten Banken immer noch recht mangelhaft ist, sich in den letzten Jahren erheblich gebessert hat. So war beispielsweise die Publizität auch der Lloyd's Bank vor 1964 ähnlich wie diejenige einiger anderer Großbanken noch heute, d.h. es wurden keinerlei nähere Angaben über die Beteiligungsarten gemacht, wenn man einmal vom Ausweis des Gesamtbetrages in der Bilanz absieht.

Die Bewertung der Beteiligungen erfolgt nach den Prinzipien, die für Gegenstände oder Werte des Anlagevermögens

maßgebend sind (historical cost basis). Daß sich in der Beteiligungsposition auch bei den englischen Banken stille Reserven befinden, wird von den Banken durch Bewertungsangaben wie "at cost or under" (Lloyd's Bank, National Provincial Bank), "at cost, less amounts written off" (Westminster Bank, Barclays Bank) oder "at or under cost and below Market Value" (Midland Bank) zugegeben.

Vor dem JENKINS-Committee wurde von den englischen Gewerkschaften gefordert, den Marktwert der Beteiligungen gesondert zu veröffentlichen. Ebenso wurde gewünscht, den Namen der betreffenden Gesellschaft bekanntzugeben und die Höhe der Beteiligung zu veröffentlichen, wenn sie 10% aller der von der Bank innegehabten Beteiligungen überschreitet.¹⁾

e. Sonstige Aktiva

Zunächst sind hier die Positionen "Grundstücke und Gebäude" der deutschen und die "Premises"²⁾ der englischen Bankbilanzen zu behandeln. Diese "Grundstücke und Gebäude" stellen einen wesentlichen Teil des Anlagevermögens der Banken dar und verkörpern erhebliche Werte, da die Bankniederlassungen sich meist in bevorzugter Geschäftslage des Stadtzentrums befinden und zum andern die Gebäude aus Repräsentationsgründen häufig in sehr aufwendiger Weise erstellt werden.

Die in den Bilanzen der Banken wiedergegebenen Werte sind meist irreführend, da die Kreditinstitute bewußt diese Position unterbewerten; teilweise werden auch aus dem versteuerten Gewinn zusätzliche Sonderabschreibungen vorgenommen. Während die englischen Banken durch die ihnen gewährte Befreiung von den Bewertungsvorschriften des Company Act 1948

1) Memorandum by the Trade Union Congress, in: Minutes of Evidence, a.a.O., Seite 991

2) Eine einheitliche Bezeichnung für diesen Posten gibt es bei den englischen Großbanken nicht.

wohl auch in Zukunft erhebliche stille Reserven in den "Premises" ansammeln werden,¹⁾ wird eine bewußte Unterbewertung dieser Position bei den deutschen Banken zukünftig nicht mehr möglich sein, weil auch die Kreditinstitute den Bestimmungen des AktG 1965 über die Bewertung des Anlagevermögens unterliegen; danach sind stille Reserven im Anlagevermögen aber nur noch unter besonderen Umständen möglich (§ 154, Abs. 2 AktG). Existierende stille Reserven, die vor dem 31.12.1966 gebildet wurden, können allerdings bestehen bleiben und brauchen nicht aufgelöst zu werden (§ 14, Abs. 2 EG AktG).

Bei den englischen Banken enthalten die Angaben im Geschäftsbericht gelegentliche Hinweise auf die Gebäude, die sich im Eigenbesitz der Bank befinden (Freehold) und diejenigen, für die Pachtverträge abgeschlossen wurden (Leasehold). Über die Restlaufzeit dieser Grundstücke und Gebäude, die meist für hundert Jahre gepachtet wurden, wird in den meisten Fällen nichts ausgesagt. Man wird aber vermuten können, daß ein gewisser Prozentsatz der Leasehold-Gebäude der Hundertjahregrenze nicht allzu ferne steht, so daß sich eine vorsichtige Bewertung schon aus diesem Grunde empfiehlt. Hinzu kommt, daß auch deswegen hohe Abschreibungen getätigt werden müssen, weil die Konkurrenz und die Bedürfnisse des modernen Bankgeschäfts kostspielige Neuerungen und Änderungen für die Einrichtungen (z.B. datenverarbeitende Anlagen) und Gebäude verlangen. "In diesem Punkt weichen die Großbanken von dem in England sonst üblichen Konservatismus beträchtlich ab."²⁾

1) PEAKE, Chairman der Lloyds Bank, gab 1964 in seinem "Statement" die bei den englischen Großbanken übliche Unterbewertung der Bankgebäude offen zu. Er fuhr jedoch dann fort: "It must be remembered, however, that much of the expenditure has been on strong-rooms and on accommodation peculiar to banking. These are not readily realisable assets and it is easy to exaggerate the value which can be placed upon premises so equipped."
(Statement by the Chairman of Lloyds Bank 1964, Seite 16)

2) Marie Dessauer, a.a.O., Seite 87

Die Lloyds Bank veröffentlicht zusätzlich zu den "Bank Premises" eine Position "Other Assets and Accounts". Hierunter werden Grundstücke und Gebäude bilanziert, die nicht als eigentliche Bankgebäude anzusehen sind (z.B. das "Staff College" oder das "Training Centre"). Zum andern umfasst diese Position auch Grundstücke und Gebäude, die in Zukunft einmal der Erweiterung des Filialnetzes dienen sollen.¹⁾

Die zweite Position, die hier zu besprechen ist, ist die "Betriebs- und Geschäftsausstattung". Hierunter sind recht heterogene Elemente zusammengefasst (z.B. Kasseneinrichtungen, Büromaschinen, Schreibmaschinen, das Mobiliar, Kraftfahrzeuge etc.). Eine Position ähnlichen Inhalts existiert in den englischen Bankbilanzen nicht. Hierüber werden gelegentlich in den Geschäftsberichten nähere Angaben gemacht. Häufig wird auch die Betriebs- und Geschäftsausstattung mit in der Position der "Premises" ausgewiesen (z.B. bei der National Provincial Bank, deren diesbezügliche Bilanzposition lautet "Premises, Office Equipment and Plant and Machinery").

Die deutschen Großbanken weisen einheitlich alle Gegenstände der Betriebs- und Geschäftsausstattung mit einem Erinnerungsposten in Höhe von DM 1,-- aus, d.h. alle Aufwendungen des Geschäftsjahres für die Betriebs- und Geschäftsausstattung werden sofort abgeschrieben; lediglich im Geschäftsbericht werden die direkt abgeschriebenen Aufwendungen angegeben. Diese Ausweismethode, die mit der Forderung nach Bilanzwahrheit kaum zu vereinbaren ist, wird zukünftig nach den Bestimmungen des AktG nicht mehr möglich sein, weil Sofortabschreibungen dieser Art unzulässig sind. Die Deutsche Bank hat daher bereits für 1966 den Wert der Einrichtungsgegenstände

1) vgl. Statement by the Chairman 1964, Seite 17

nach steuerlichen Grundsätzen ermittelt und DM 70 Mio. der "Betriebs- und Geschäftsausstattung" zugeschrieben; der dementsprechende Ertrag wurde einer "Freien Sonderreserve II" zugeführt.¹⁾

Eine Besonderheit bei den englischen Banken ist darin zu sehen, daß die "Akzepte" auf beiden Seiten der Bilanz erscheinen. Der Akzeptverpflichtung liegen Kreditverträge zugrunde, nach denen sich die Bank bereiterklärt, für einen Kreditnehmer Wechsel bis zu einem bestimmten Betrag zu akzeptieren. Durch diese Verpflichtung dem Lieferanten gegenüber entsteht für die Bank ein Obligo, welches sie als Passivum bucht. Demgegenüber wird der Kunde für die Unterschrift belastet, wobei ein Aktivposten in der Bilanz entsteht. Die Kunden werden verpflichtet, bei Verfall des Wechsels die Wechselsumme zur Verfügung zu stellen, so daß das von der Bank eingegangene Wechselobligo kaum zu einer tatsächlichen Inanspruchnahme führt. Ebenfalls sind in der Bilanz die "Liabilities of Customers for Endorsements, Guarantees and other Obligations" ausgewiesen. Dabei handelt es sich um Verpflichtungen von Kunden der Bank gegenüber, die wiederum gegenüber Dritten zugunsten des Kunden Bürgschaften etc. geleistet hat. Da jeder Eingehung von Eventualverbindlichkeiten eine dementsprechende Forderung dem Bankkunden gegenübersteht, die buchungsmäßig ihren Niederschlag findet, sind die jeweiligen Beträge auf der Passiv- und Aktivseite gleich.

III. Die Passivseite

Bei der Untersuchung der Struktur der Passivseite der Bankbilanz soll sich auf zwei Positionsgruppen beschränkt wer-

1) vgl. Geschäftsbericht für 1966, Seite 34

den, die vom Standpunkt der Publizität als wesentlichste anzusehen sind: es sind dies einmal Kapital und Rücklagen und zum andern die Einlagen. Eine Beschränkung auf den Vergleich dieser beiden Positionen ist auch deswegen notwendig, weil die englischen Banken außer der Dividende, den Akzept- und Eventualverbindlichkeiten keine weiteren Positionen auf der Passivseite ihrer Bilanzen ausweisen.

a. Kapital und Rücklagen

Die Positionen "Aktienkapital" und "Rücklagen" der deutschen Banken bzw. die Positionen "Share Capital Authorised",¹⁾ "Share Capital Issued", "Share Premium Account" und "Reserve Fund" der englischen Banken gehören zum Eigenkapital.²⁾ Charakteristisch für die Kreditinstitute in beiden Ländern ist es, daß der Eigenkapitalanteil gegenüber anderen Unternehmen sehr gering ist und in den letzten Jahrzehnten weiter abgenommen hat.

Die Funktionen des Eigenkapitals sind nach HAGENMÜLLER folgende:³⁾

1. Funktion als Errichtungsgrundlage
2. Funktion der Begrenzung des Geschäftsvolumens
3. Garantie- oder Haftungsfunktion

1) Der getrennte Ausweis des "Share Capital Authorised", "Share Capital Issued" und "Share Premium Account" wird im § 2, 8. Anhang, C.A. gefordert. Durch die Hauptversammlung wird das "Authorised Capital" genehmigt und in das Gesellschaftsregister eingetragen. Von diesem wird ein Teil zur Zeichnung aufgelegt oder in feste Hände gegeben, "the Issued Capital". Die Position "Share Premium Account" wird in § 56 (1) C.A. gefordert und behandelt das Agio, das "constitute a profit to the company, but this profit is of capital nature and must be retained in a special account". (Frank H. Jones, a.a.O., Seite 201)

2) Zum Unterschied zwischen "Eigenkapital", "haftendes Eigenkapital" und "haftende Mittel" siehe Hagenmüller: Bankbetrieb und Bankpolitik, a.a.O., Seite 56 f.

3) Karl Fr. Hagenmüller: Bankbetrieb und Bankpolitik, a.a.O., Seite 58

4. Finanzierungsfunktion
5. Funktion des intertemporären Verlustausgleichs
6. Funktion als Gewinnverteilungsbasis
7. Funktion der Schaffung von Vertrauen
(Werbe-, Repräsentationsfunktion)

Von diesen Eigenkapitalfunktionen haben jedoch einige für die Kreditinstitute im Laufe der Zeit ihre Bedeutung erheblich eingebüßt. Da z.B. der Eigenkapitalanteil bei den Großbanken immer mehr abgenommen hat und die Finanzierung stärker mit fremden Mitteln erfolgt, ist die Finanzierungsfunktion gering geworden. Erhebliche Bedeutung haben aber die stillen Reserven (als dem nichtausgewiesenen Teil des Eigenkapitals) für den "intertemporären Verlustausgleich". Die Funktion der "protection against loss" kann daher für das offen ausgewiesene Eigenkapital bei Banken nur noch eine "ultimate or final protection"¹⁾ sein, da die inneren Reserven als das stille Eigenkapital die eigentliche Haftungsfunktion übernommen haben.²⁾ Allerdings ist auch dieser Gesichtspunkt in den USA durch die Einführung einer "Deposit-Insurance" fragwürdig geworden. Das durch die Reserven der Deposit-Insurance-Corporation entstandene zusätzliche Garantiekapital übt allerdings keine "individuelle, sondern Kollektivfunktion"³⁾ aus.

Die wesentlichste Bedeutung des offenen Eigenkapitals liegt daher heute in der Repräsentation. Durch die Höhe des Grundkapitals und der vorhandenen offenen Rücklagen soll Vertrauen zur Bank geschaffen werden.⁴⁾

1) Howard D. Crosse, a.a.O., Seite 158

2) vgl. ZfgK. 1959, Nr. 8, Seite 305 f.

3) Willi Fischöder, a.a.O., Seite 83

4) Howard D. Crosse, a.a.O., Seite 159

Der Eigenkapitalanteil betrug bei den deutschen und englischen Großbanken in den letzten Jahren:

Eigenkapital im Verhältnis zu den Einlagen:¹⁾

	1960	1961	1962	1963	1964	1965	1966
Deutsche Großbanken	6,2%	6,2%	5,9%	5,8%	5,8%	6,0%	6,2%
Englische Großbanken	3,7%	4,5%	5,3%	5,1%	5,7%	5,7%	5,8%

Aus dieser Darstellung sind die strukturell bemerkenswerten Unterschiede zwischen den deutschen und englischen Großbanken zu ersehen. Die Eigenkapitalausstattung der englischen Großbanken ist geringer als bei den deutschen Banken; vor allem in den Jahren 1960 und 1961 war der Eigenkapitalanteil der englischen Großbanken noch erheblich niedriger. Allerdings hat sich das Verhältnis in den letzten Jahren insofern leicht geändert, als die eigenen Mittel bei den englischen Banken stetig angewachsen sind bei weitgehender Konstanz der deutschen Relation. Insgesamt gesehen war der Anteil des Eigenkapitals an den gesamten Mitteln in früheren Zeiten erheblich größer (z.B. bei den deutschen Kreditbanken 1913 noch 31%). Die diesbezügliche Entwicklung bei den englischen Großbanken verlief recht unterschiedlich: der Eigenkapitalanteil betrug 1929 noch 8%, fiel bis 1938 auf 6,5% und bis 1945 auf 3%. Den niedrigsten Stand der Eigenkapitalrelation hatten die englischen Banken 1950 mit ca. 2,7%. Seit 1952 ist dagegen wieder ein zwar langsames, aber dafür stetiges Anwachsen zu beobachten, "mainly by transfers from inner reserves".²⁾

Während bei allen drei deutschen Großbanken die Eigenkapitalrelation annähernd die gleiche ist und sich auch im

1) Hierin sind bei den deutschen Banken die Positionen "Grundkapital" und "Rücklagen", bei den englischen Banken die Positionen "Capital issued" and "Reserves" (incl. "Share premium account") enthalten.

2) o.V.: "New Capital for the Banks", in: The Banker 1959, Seite 160

Zeitablauf keine nennenswerten Unterschiede ergeben haben, zeigen die englischen Großbanken untereinander erstaunliche Differenzen.

Eigenkapital der englischen Großbanken in % der Einlagen

	1960	1961	1962	1963	1964	1965	1966
Barclays Bank	3,8%	4,9%	4,9%	4,6%	5,1%	5,0%	5,1%
Midland Bank	2,7%	4,1%	4,1%	3,8%	4,7%	4,9%	5,1%
Lloyds Bank	4,4%	5,0%	6,1%	5,9%	6,8%	6,6%	6,9%
Westminster Bank	4,3%	4,1%	5,1%	4,8%	5,8%	5,7%	5,8%
National Provincial	4,1%	4,6%	7,1%	7,1%	6,9%	6,7%	6,7%

Die Unterschiede bei den einzelnen Banken sind erheblich. Vor allem die Midland Bank hatte über lange Jahre hinweg einen Eigenkapitalanteil, der unter den anderen Banken lag, während die National Provincial Bank durch die Kapitalerhöhung von 1961 sogar eine Relation von 7,1% erreichte.

Den Grund des vergleichsweise geringeren Anteils bei den englischen Banken sieht FISCHÖDER darin, daß sie keinen besonderen Wert auf einen hohen Eigenkapitalanteil legen "im sicheren Gefühl des unerschütterlichen Vertrauens, das sie genießen".¹⁾ SAYERS wiederum ist der Auffassung, daß in den Ländern der Anteil des Eigenkapitals höher sein müsse, "where the banks are less firmly established and public confidence could be more easily shaken".²⁾

b. Die Einlagen

Daß die Einlagen als wesentlichste Positionsgröße der Passivseite anzusehen sind, liegt in der Natur des Bankgeschäfts. Sie betragen in % der Bilanzsumme:

1) Willi Fischöder, a.a.O., Seite 83

2) R.S. Sayers: Modern Banking, a.a.O., Seite 31

	1960	1961	1962	1963	1964	1965	1966
Deutsche Großbanken	87%	87%	88%	88%	88%	88%	88%
Englische Großbanken	88%	90%	90%	90%	91%	90%	90%

1. Sicht- und Termineinlagen

Die Einlagen der deutschen Banken werden nach der Fristigkeit eingeteilt in Sicht-, Termin- und Spareinlagen.

Ihre Darstellung im Formblatt für die Bilanzaufstellung der deutschen Aktienbanken sieht folgendermaßen aus:

Einlagen

- a) Sichteinlagen von
 - aa) Kreditinstituten
 - bb) sonstigen Einlegern
- b) Befristete Einlagen von
 - aa) Kreditinstituten
 - bb) sonstigen Einlegern

darunter: mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist von drei Monaten und mehr

Zusammensetzung der Einlagen bei deutschen Großbanken

<u>Jahr</u>	<u>Sichteinlagen</u>		<u>Befristete Einlagen</u>		<u>Spareinlagen</u>	
	<u>Mill.DM</u>	<u>%</u>	<u>Mill.DM</u>	<u>%</u>	<u>Mill.DM</u>	<u>%</u>
1960	10501	46	7593	33	4582	21
1961	12192	47	8464	33	5093	20
1962	12890	46	8984	32	5972	22
1963	13455	45	9784	32	6877	23
1964	14393	45	9809	31	7899	24
1965	14547	43	9498	28	9667	29
1966	14566	39	10775	29	11686	32

Die Entwicklung bei den deutschen Banken ist in den letzten Jahren vor allem dadurch gekennzeichnet, daß der relative Anteil der Spareinlagen zugenommen hat.

Die englischen Banken weisen in der Bilanz nur eine einzige Einlagenposition aus, in der aber zusätzlich noch die Rückstellungen und - bei manchen Banken - die Eventualverbindlichkeiten enthalten sind. Lediglich in den Statistiken des "Committee of London Clearing Bankers" werden die Einlagen genauer aufgeschlüsselt in "Current Accounts", die den Sichteinlagen entsprechen, den "Deposit Accounts", die den Termineinlagen vergleichbar sind und den "Other Accounts". Die in den "Financial Statistics" veröffentlichte Einlagenstruktur der englischen Clearingbanken hat folgendes Aussehen:

Zusammensetzung der Einlagen bei englischen Clearingbanken¹⁾

<u>Jahr</u>	<u>Current Accounts</u>		<u>Deposit Accounts</u>		<u>Other Accounts</u>	
	<u>Mill.£</u>	<u>%</u>	<u>Mill.£</u>	<u>%</u>	<u>Mill.£</u>	<u>%</u>
1960	4207	58	2515	37	513	5
1961	4157	56	2638	36	600	8
1962	4186	55	2747	36	678	9
1963	4486	56	2781	35	704	9
1964	4836	57	2922	34	791	9
1965	4869	54	3292	37	829	9
1966 ²⁾	4968	53	3573	38	905	9

Die Sichteinlagen werden von den Wirtschaftssubjekten bei den Banken vorwiegend zur Abwicklung des Zahlungsverkehrs gehalten; dieser wird in England weitgehend bargeldlos getätigt. Diese Art von Einlagen haben für die Banken einmal den Vorteil, daß sie ihnen zinslos zur Verfügung stehen. Zum andern besteht für die Dispositionen der Banken die Erfahrungsregel, die auf das "Gesetz der großen Zahl" zurückgeht, daß sich nämlich die Gesamtheit der Einzahlungs- und Auszahlungsströ-

1) Die Zahlen betreffen alle Clearingbanken (nicht nur die Großbanken) und wurden den Financial Statistics 1966, a.a.O., Seite 44 entnommen.

2) zum 21. September 1966

me in etwa ausgleichen. "Individual balances go up and down, depositors come and depositors go, but the total on current accounts goes on for ever."¹⁾

Die englischen Termineinlagen haben in der Regel eine sieben-tägige Kündigungsfrist und werden nach alter Tradition mit 2% unter der Bankrate ("London Deposit Rate") verzinst. In-zwischen bieten die Banken vereinzelt auch sog. "Savings Accounts" an, die eine Verzinsung von $3 \frac{1}{2}$ % für die ersten £ 250 bringen. Was über diesen Betrag hinausgeht, wird mit-dem gleichen Satz wie die "Deposit Accounts" verzinst.²⁾

Im Einzelfalle können für die Einlagen besondere Konditionen und entsprechende Kündigungsfristen vereinbart werden, doch sind die englischen Geschäftsbanken hierin sehr unbeweglich. Als interessanten Tatbestand läßt sich z.B. feststellen, daß die Einlagen der Großbanken längst nicht im gleichen Tempo gewachsen sind wie das Volkseinkommen. Bemerkenswert ist, daß die Building Societies (Wohnungsbaugenossenschaften), Trustee Saving Banks (Sparkassen) und die Unit Trusts (In-vestmentsgesellschaften) den Löwenanteil der längerfristi-gen Einlagen an sich ziehen konnten.³⁾ Hinzu kommt, daß auch die Privat- und Teilzahlungsbanken sich um langfristi-ge Einlagen bemühen und gerne bereit sind, dafür auch höhere Zinsen zu zahlen. D.A. STIRLING, der Chairman der Westmin-ster Bank, nahm in der Rede, die er vor der Hauptversammlung seiner Bank 1963 hielt, bezug auf die Tatsache, daß sich die Banken bisher noch wenig in den Wettbewerb um die lang-fristigen Einlagen eingeschaltet und bisher darauf verzicht-et haben "to bid for deposits"⁴⁾. Er führt dies vor allem

1) Radcliffe-Report, a.a.O., Seite 43

2) vgl. Supplement to 1965 Report and Accounts of Lloyds Bank

3) vgl. Oliver Macnutt, a.a.O., Seite 607

4) o.V.: "No Substitute for Competition", a.a.O., Seite IX

darauf zurück, daß die Banken ihre überflüssige Liquidität in Treasury Bills "investieren", "which is a clear withdrawal of money from the banking system".¹⁾ Zum andern würden zahlreiche Kunden ihre überflüssigen Guthaben abziehen "in order to lend them to Local Authorities, Hire Purchase Companies, or Merchant Banks and the like".

Lord CROMER, der ehemalige Gouverneur der Bank von England, hat in einer berühmt gewordenen Rede zum vierhundertjährigen Bestehen der Martin's Bank, einer der kleineren Clearingbanken, auf die Unbeweglichkeit der Clearingbanken hingewiesen.²⁾ Vor allem verwies er auf die starre Zinspolitik der Banken, die nicht dazu geeignet sei, ihnen neue langfristige Einlagen zuzuführen. Diese Bemerkungen mögen vielleicht mit dazu beigetragen haben, daß sich auf diesem Gebiet in den letzten Jahren eine gewisse Änderung abzuzeichnen beginnt, denn "the banks restrictive attitude in attracting deposits"³⁾ ist sicher ein wesentlicher Grund dafür, daß die englischen Großbanken es bisher kaum gewagt haben, in das langfristige Kreditgeschäft einzusteigen.

In den letzten Jahren hat sich die Einlagenstruktur der englischen Clearingbanken insofern leicht verändert, als sich ein langsames Abnehmen der "Current Accounts" zugunsten der Termineinlagen feststellen läßt. Dies ist umso bemerkenswerter, wenn man zum Vergleich der Entwicklung der letzten Jahre auch einmal die gesamte Nachkriegsentwicklung betrachtet.

1) Westminster Bank Ltd.: Statement by the Chairman 1963, ohne Seitenangabe

2) vgl. Oliver Macnut, a.a.O., Seite 607

3) Radcliffe-Report, a.a.O., Seite 44

Anteil der Sichteinlagen an den Einlagen der englischen Clearingbanken¹⁾

	<u>Gesamteinlagen</u>	<u>Sichteinlagen</u>	<u>Hundertsatz</u>
1950	6368	4262	67 %
1952	6460	4233	66 %
1954	6941	4485	65 %
1956	6288	3932	63 %
1958	6636	3769	57 %
1960	7236	4207	58 %

Im Jahre 1966 war der Anteil der Sichteinlagen an den Gesamteinlagen der Clearingbanken inzwischen auf 53% abgesunken. Sollte sich diese Entwicklung fortsetzen, könnte es durchaus sein, daß die englischen Großbanken in Zukunft einen Teil ihrer Vorbehalte gegenüber längerfristigen Kreditengagements aufgeben. Erste Ansätze hierzu haben sich in den letzten zwei Jahren bereits gezeigt.

Bei den Überlegungen zu einer Verbesserung der englischen Bankenpublizität wäre auch der gegenwärtige Ausweis der Einlagenposition zu reformieren. Eine Trennung der Sicht- von den Termineinlagen wäre dabei anzustreben.²⁾

2. Die Spareinlagen als Besonderheit der deutschen Großbanken

Eine deutsche Besonderheit sind die Spareinlagen, deren Annahme ursprünglich nur den Sparkassen vorbehalten war. Erst seit 1927 haben auch die Geschäftsbanken das Spargeschäft aufgenommen. Spargelder sind grundsätzlich für die Ansammlung oder Anlage von Vermögen gedacht (§ 21 KWG). Daher dürfen Sparguthaben nicht dem Zahlungsverkehr dienen, so daß

1) vgl. W. Manning Dacey, a.a.O., Seite 80

2) vgl. Seite 274

Verfügungen über Sparkonten durch Überweisungen oder Scheckziehungen verboten sind. Jede Spareinlage muß durch Anfertigung einer Urkunde (meist ein Sparbuch) gekennzeichnet werden. Unterschieden wird in "Spareinlagen mit gesetzlicher Kündigungsfrist" und "Spareinlagen mit besonders vereinbarter Kündigungsfrist", wobei von der Länge der Kündigungsfrist die Höhe der Verzinsung abhängt.¹⁾

Für die Kennzeichnung der strukturellen Unterschiede der deutschen und englischen Banken sind die Spareinlagen sehr bedeutungsvoll. Da sie den Charakter von längerfristig den Banken zur Verfügung stehender Gelder haben, lassen sich mit ihrer Hilfe ein erheblicher Teil der langfristigen Aktiva finanzieren. Die z.T. unterschiedliche Bilanzstruktur der deutschen und englischen Großbanken ist zu einem erheblichen Teil auf die Spareinlagen und die sich aus ihrem Fehlen bei den englischen Banken ergebende "kurzfristigere" Struktur der Bankaktiva zurückzuführen. Nach dem Grundsatz II des Bundesaufsichtsamts für das Kreditwesen sind 60% der Spareinlagen als langfristige Finanzierungsmittel anzusehen.

Vor allem in den Geschäftsjahren 1965 und 1966 haben sich die Spareinlagen als sehr wichtig für die Großbanken erwiesen, da die Kreditexpansion dieser Bankengruppe im wesentlichen nur durch das überdurchschnittliche Anwachsen dieser Einlagen möglich wurde.²⁾ So entfielen z.B. 1965 bei der Deutschen Bank auf den Zuwachs der Kundeneinlagen von 780 Mill. DM allein 740 Mill. DM auf Spareinlagen.

Die überragende Bedeutung der Spareinlagen kommt in folgenden Zahlen zum Ausdruck:

1) vgl. zu weiteren Einzelheiten und insbesondere zur Technik des Sparverkehrs: Obst/Hintner, a.a.O., Seite 420 ff.

2) vgl. Kurt Wendt, a.a.O., Seite 49

Entwicklung der Spareinlagen in Mrd. DM:

	1960	1961	1962	1963	1964	1965	1966
Deutsche Bank	2,2	2,4	2,8	3,2	3,7	4,4	5,3
Dresdner Bank	1,5	1,7	1,9	2,2	2,5	3,1	3,7
Commerzbank	0,9	1,1	1,3	1,5	1,7	2,2	2,6

Dabei betrug der Anteil der Spareinlagen an den Gesamteinlagen:

	1960	1961	1962	1963	1964	1965	1966
Deutsche Bank	22%	21%	24%	26%	28%	32%	33%
Dresdner Bank	21%	20%	22%	23%	24%	28%	32%
Commerzbank	16%	16%	17%	18%	20%	24%	28%

Bemerkenswert ist also einmal, daß die Spareinlagen nicht nur in absoluten Zahlen zugenommen haben, sondern daß auch ihr Anteil an den Gesamteinlagen gewachsen ist. Die Entwicklung verlief bei den einzelnen Instituten allerdings unterschiedlich.

IV. Zusammenfassung

Die Bilanzstruktur der englischen Großbanken - und damit ihre Geschäftspolitik - unterscheidet sich in folgenden Punkten erheblich von den deutschen Großbanken:

- 1) Die Liquiditätsreserven der englischen Banken sind im allgemeinen geringer. Dies betrifft sowohl die Barreserve als auch die Sekundärliquidität. Ebenso unterscheidet sich die Zusammensetzung der Sekundärliquidität. Hier ist die wesentlichste Position der deutschen Banken die Wechsel, bei den englischen Banken dagegen die Leihgelder an den Diskontmarkt. Aber auch beim Vergleich der Wechsellposition ist ein Unterschied insofern bedeutsam, da bei den engli-

schen Großbanken die Schatzwechsel, bei den deutschen Banken die Handelswechsel im Vordergrund stehen.

- 2) Trotz des erheblichen Rückgangs der Wertpapiere als Anlagemittel bei den englischen Banken während der letzten Jahre, läßt sich sagen, daß das Wertpapier in den englischen Bankbilanzen einen größeren Platz einnimmt als in Deutschland. Dabei ist ein wesentlicher Unterschied in der Zusammensetzung des Portefeuilles zu sehen: die englischen Großbanken kennen fast ausschließlich das mittel- bis langfristige festverzinsliche Staatspapier als Anlagetyp, Dividendenwerte werden nicht gehalten.
- 3) Der Anteil der Debitoren ist bei den deutschen Großbanken im allgemeinen etwas höher. Verglichen mit dem ersten Nachkriegsjahrzehnt ist aber dennoch der Anteil der Kredite bei den englischen Großbanken als sehr erheblich anzusehen. Allerdings beschränkt sich die Kreditgewährung der Clearingbanken im wesentlichen auf kurzfristige Ausleihungen, obwohl in den letzten Jahren auch vereinzelt bereits mittel- und langfristige Kredithergaben beobachtet werden konnten.
- 4) Die prozentuale Größe der Beteiligungen ist bei den englischen Banken etwas höher; in der Beteiligungspolitik ist zwischen den englischen und den deutschen Großbanken allerdings ein erheblicher Unterschied festzustellen. Während die deutschen Großbanken neben Bankanteilen auch erhebliche Industriebeteiligungen besitzen, beschränken sich die Beteiligungen der englischen Institute auf Banken und Finanzierungsgesellschaften. Größere Bedeutung haben dabei in den letzten Jahren die Beteiligungen an Auslandsbanken und Teilzahlungskreditinstituten erlangt.
- 5) Die Einlagenstruktur deutscher und englischer Großbanken unterscheidet sich wesentlich voneinander. Bei den englischen Banken überwiegen die kurzfristigen Einlagen;

Spareinlagen (im eng umrissenen Sinn der Bestimmungen in Deutschland) existieren bei den Clearingbanken überhaupt nicht.

- 6) Der ausgewiesene Eigenkapitalanteil der englischen Großbanken ist geringer als bei den deutschen Banken. Allerdings ist während der letzten Jahre zu beobachten, daß bei einem konstanten Eigenkapitalanteil der deutschen Großbanken die Relation bei den englischen Großbanken - speziell in dem beobachteten Zeitraum von 1960 - 1966 - sich allmählich verbessert.

Verglichen mit dem Ausweis der deutschen Großbanken weisen die englischen Bankbilanzen vom Standpunkt der Publizität folgende entscheidende Mängel aus:¹⁾

- 1) Die Aussagefähigkeit der Position "Money at call and short notice" ist nicht ausreichend genug, weil sich hierunter sowohl täglich abrufbares Geld an den Discontmarkt als auch Leihgelder bis zu 30 Tagen verstehen lassen.
- 2) Der Informationsgehalt der Wechselposition ist ungenügend, weil sowohl "commercial bills" als auch "treasury bills" häufig unaufgeschlüsselt in einer Position erscheinen.
- 3) Die Wertpapierposition läßt häufig weder Rückschlüsse auf die Art der erworbenen Papiere (es handelt sich um fast

1) Es soll hier nicht untersucht werden, ob der durch die Formblätter geforderte Bilanzausweis geeignet ist, die Finanzstruktur und die Liquidität der Bank darzustellen. FAISST kommt bei einer solchen Untersuchung zu folgendem Ergebnis: "Die Bilanz bietet nur ein unvollständiges Querschnitts-Bild durch den Wirtschaftsprozeß des bilanzierenden Instituts. Die Vermögensgegenstände und Verpflichtungen sind in der Regel nur teilweise erfaßt (z.B. fehlen schwebende Geschäfte, Miet- und Pachtverhältnisse, Liefer- und Abnahmeverträge usw.), der Ausweis der Bestände wird außerdem durch die Bewertungspolitik beeinflusst, die Restlaufzeiten bei Nostroguthaben, Wechseln, Debitoren, Langfristigen Ausleihungen und sonstigen Aktiven einerseits und die Fälligkeit der befristeten Einlagen, aufgenommenen Geldern und Darlehen sowie Rückstellungen und sonstigen Passiven andererseits bleiben unbekannt." (Lothar Faßt: "Bilanzpolitik öffentlicher Sparkassen", in: Sparkasse Nr. 13 1964, S. 196)

ausschließlich festverzinsliche Werte) noch um die Laufzeit der Wertpapiere zu.

- 4) Die Aussagefähigkeit der Beteiligungsposition und die hierüber in den "Notes on the Accounts" gemachten Angaben sind bei vielen Banken unzureichend. Eine Reform könnte sich an der Publizität der Lloyds Bank, die ihre Beteiligungsposition in drei Gruppen aufgliedert und ausführliche Erläuterungen im Geschäftsbericht gibt, orientieren.
- 5) Der Ausweis der Einlagen läßt keine Erkenntnisse über die Einlagenstruktur zu, weil eine Aufgliederung z.B. in "Current Accounts", "Deposit Accounts" und "Other Accounts" nicht erfolgt.

E. Die Publizität außerhalb der Jahresbilanz

I. Der Publizitätsgehalt der Erfolgsrechnungen deutscher und englischer Großbanken

Neben der Bilanz ist die Gewinn- und Verlustrechnung das zweite wesentliche Publizitätsmittel. Aufgabe der Erfolgsrechnung ist es, den Erfolg des Unternehmens zu erläutern, d.h. sein Zustandekommen nach den einzelnen Erfolgsquellen aufzuzeigen.

Sowohl in Deutschland als auch in England hat man lange Zeit die Bedeutung der Erfolgsrechnung als wesentliches Informationsmittel verkannt, da es bis in das 20. Jahrhundert hinein als Hauptaufgabe der Rechnungslegung angesehen wurde, den Jahresabschluß mit dem Ziel zu erstellen, "ein möglichst zutreffendes Bild über die Zusammensetzung des Vermögens und Kapitals zu gewinnen".¹⁾ Die statische Betrachtungsweise über die Bilanz stand dabei im Vordergrund. So gab es z.B. in England bis zum Jahre 1948 keine Vorschriften über den Inhalt der Gewinn- und Verlustrechnung. Der Company Act 1929 forderte lediglich, daß die Gesellschaft zu demselben Zeitpunkt wie die Bilanz einmal im Jahr eine Gewinn- und Verlustrechnung erstellen müsse. Der Grund, warum man sich erst in der Reform von 1948 entschloß, auch für die Gewinn- und Verlustrechnung genauere Vorschriften zu konzipieren, sieht JONES nicht nur darin, daß man die Bedeutung der Erfolgsrechnung lange Zeit erheblich unterschätzt hat. Man sah nämlich in der Veröffentlichung von "Trade informations" eine Gefährdung der Unternehmung, da hierdurch der Konkurrenz wichtige Informationen geliefert würden.²⁾ Erst seitdem der COHEN-Report feststellte, daß die Gewinn-

1) Peter Jordan: Die Gewinn- und Verlustrechnung der Banken, Diss., Köln 1960, Seite 9

2) Frank H. Jones, a.a.O., Seite 293

und Verlustrechnung der Bilanz zumindest gleichberechtigt zur Seite steht, wurde auch in England die Bedeutung der Erfolgsrechnung für die Publizität anerkannt.

Wenn es Aufgabe der Gewinn- und Verlustrechnung ist, das "Zustandekommen des Erfolges nach Art, Höhe und Quelle"¹⁾ offenzulegen, dann sind gewisse Forderungen an Aussehen und Inhalt der Erfolgsrechnung zu stellen, damit dieses Ziel verwirklicht werden kann.

Zunächst wäre unbedingt von einer Bruttorechnung auszugehen. Saldierungen einzelner Aufwands- und Ertragsarten wären nach Möglichkeit zu vermeiden. Zum andern sollte der Grundsatz der Erfolgsspaltung verwirklicht werden, bei der eine Gliederung des Gesamterfolges nach einzelnen Erfolgsquellen (z. B. eine geschäftsspartenmäßige Aufteilung der Erträge) durchgeführt wird. Schließlich wäre der bankbetriebliche vom neutralen Erfolg zu trennen.

Ein Blick auf die veröffentlichten Erfolgsrechnungen der Großbanken in Deutschland und England zeigt, daß die hier skizzierten Grundsätze für eine aussagefähige Gewinn- und Verlustrechnung in keinster Weise befolgt sind.

a. Die Erfolgsrechnung der deutschen Großbanken

Ebenso wie für die Jahresbilanz sind in Deutschland für die meisten Kreditinstitute Formblätter für die Gewinn- und Verlustrechnung vorgeschrieben. Lediglich für die Aktienbanken -also auch für die Großbanken- fehlt ein Formblattzwang. "Motiviert wird das Fehlen eines Formblattzwangs damit, daß wichtige geschäftspolitische Belange der Aktienbanken es

1) Edmund Heinen, a.a.O., Seite 225

nicht zumutbar und darüberhinaus unzweckmäßig erscheinen lassen, die bei diesen Geschäftsbanken in den einzelnen Geschäftsjahren meist sehr stark schwankenden Geschäftsergebnisse und die dadurch bedingte Bildung und Auflösung von Reserven mehr oder weniger offen nach außen hin zu zeigen."¹⁾

Bei der gegenwärtigen Ausweismethode der Großbanken lassen sich folgende Grundprinzipien erkennen: einmal werden zahlreiche heterogene Aufwands- und Ertragsarten zu einigen Aufwands- und Ertragsgruppen zusammengefasst; zum anderen wird die Gewinn- und Verlustrechnung nach der Nettomethode aufgemacht, d.h. Aufwands- und Ertragsposten werden zuvor saldiert; schließlich werden zahlreiche Aufwendungen zu Lasten von Erträgen vorweggenommen, d.h. gar nicht mehr in die Erfolgsrechnung eingestellt.²⁾

In der Regel kann man für die veröffentlichte Gewinn- und Verlustrechnung der Großbanken von folgendem Schema ausgehen:

Aufwendungen

1. Personalaufwendungen
2. Ausgaben für soziale Zwecke
3. Sonstige Aufwendungen
4. Steuern und ähnliche Abgaben
5. Reingewinn: Vortrag aus dem Vorjahr
Gewinn des Berichtsjahres

Erträge

1. Zinsen und Diskont
2. Provision und Gebühren

Die von den Großbanken vorgelegten Erfolgsrechnungen unterscheiden sich in nichts von den Gewinn- und Verlustrechnungen

1) Heinrich Birck: Die Bankbilanz, a.a.O., Seite 460

2) vgl. Dietrich Faßhauer: "Die Praxis der eingeschränkten Publizität bei den Gewinn- und Verlustrechnungen der Aktienbanken", in: Das Wertpapier 1962, S. 448

der ehemaligen Berliner Großbanken, die schon seinerzeit als "nichtssagend"¹⁾ bezeichnet wurden. Sie bestehen aus nur wenigen Aufwands- und lediglich zwei Ertragspositionen. Die zu einer Beurteilung der geschäftlichen Entwicklung wesentlichen Aufwendungen wie Zinsaufwendungen, Wertberichtigungen, Abschreibungen und Rückstellungen sowie Kursverluste werden mit den entsprechenden Erträgen vorweg kompensiert und erscheinen daher nicht in der Gewinn- und Verlustrechnung. Die wenigen Aufwandsarten sind zudem so zusammengefasst, daß Wirtschaftlichkeitsrechnungen oder auch Vergleiche einzelner Banken unmöglich sind. Unter dem Gesichtspunkt bankwirtschaftlicher Betrachtung wird durch die Zusammenfassung einzelner Aufwandsarten zu wenigen Positionen und durch vorherige Saldierungen mit den entsprechenden Erträgen die Aufwandsseite der Erfolgsrechnungen der Aktienbanken "völlig farblos".²⁾

Die Ertragspositionen bestehen lediglich aus "Zinsen und Diskont" und "Provision und Gebühren".³⁾ Zahlreiche Ertragsarten, vor allem aber die Gewinne aus dem Wertpapier-, Beteiligungs-, Konsortial-, Devisen- und Sortengeschäft verschwinden entweder im allgemeinen Topf der "Provisionen und Gebühren" oder aber erscheinen überhaupt nicht in der Gewinn- und Verlustrechnung. Sie werden dann entweder zur Aufwandsdeckung oder zur Legung stiller Reserven verwandt. Schließlich braucht auch die Summe der Erträge, die in den beiden vorhandenen Ertragspositionen ausgewiesen werden, keineswegs mit der Wirklichkeit übereinzustimmen. Diese Art der Ausweispraxis wird von den Banken freimütig zugegeben. So heißt es z.B. im Geschäftsbericht der Dresdner Bank 1966:

1) vgl. Fritz Butschkau: "Die Bilanzen der Großbanken 1924 I" in: Wirtschaftsdienst Nr. 16 v. 17.4.1925, Seite 591

2) Dietrich Faßhauer, a.a.O., Seite 449

3) vgl. zum genauen Inhalt dieser Positionen: Heinrich Birck: Die Bankbilanz, a.a.O., Seite 479 ff.

"Zur Deckung der Unkosten, Steuern und der vorgeschlagenen Dividende sind an Zinsen, Provisionen und sonstigen Erträgen 455,9 Mill. DM eingestellt¹⁾ worden. Die übrigen Erträge sind wie in früheren Jahren für Abschreibungen, Wertberichtigungen und zur Stärkung der offenen und stillen Reserven verwandt worden."²⁾

Die Gewinn- und Verlustrechnung der deutschen Großbanken, die weder nach der Bruttomethode aufgemacht ist und in der auch die Grundsätze der Erfolgsspaltung nicht verwirklicht sind, kann daher nur als "Zweckrechnung, die von rückwärts aufgebaut ist", bezeichnet werden. "Sie soll zeigen, wie der Reingewinn zustande kommt, der gerade ausreicht, um die von der Bank beabsichtigte Dividende ausschütten zu können."³⁾ Gerade bei den deutschen Großbanken besteht dabei die Tendenz, stabile Dividenden auszuschütten. Hierdurch wird ein gleichbleibender Jahresgewinn vorgetäuscht, den es aber weder im Zeitablauf noch beim Vergleich der einzelnen Institute gibt. Die Dividendenzahlungen der drei Großbanken der letzten Jahre waren:

	1960	1961	1962	1963	1964	1965	1966 ⁴⁾
Deutsche Bank	16%	16%	16%	16%	16%	16%	16%
Dresdner Bank	16%	16%	16%	16%	16%	16%	16%
Commerzbank	16%	16%	16%	16%	16%	16%	16%

Insgesamt läßt sich zu den Erfolgsrechnungen der deutschen Großbanken also sagen, daß durch die gegenwärtige Ausweismethode "bestenfalls gewisse Vermutungen über die Ertragsentwicklung im abgelaufenen Geschäftsjahr"⁵⁾ möglich sind.

-
- 1) Die Unterstreichung des Wortes "eingestellt" erfolgte durch den Verfasser.
 - 2) Geschäftsbericht der Dresdner Bank 1966, Seite 30
 - 3) Curt Eisfeld: "Die Gewinn- und Verlustrechnung der Kreditbanken", in: ZfB 1963, Nr. 1, Seite 54
 - 4) vgl. im Gegensatz hierzu die Entwicklung der Dividenden bei den englischen Großbanken, Seite 200
 - 5) Heinrich Birck: Die Bankbilanz, a.a.O., Seite 462

Bei Überlegungen zu einer Reform der Bankenpublizität müßte daher die Gewinn- und Verlustrechnung im Mittelpunkt stehen.¹⁾

b. Die Erfolgsrechnung der "big five"

Die in England früher stark vernachlässigte Gewinn- und Verlustrechnung hat nach dem Kriege eine immer stärker werdende Bedeutung erlangt. So ist das COHEN-Committee sogar der Auffassung gewesen, daß die Erfolgsrechnung wichtiger sei als die Bilanz, "da der Trend der Gewinne das beste Anzeichen der Unternehmensprosperität ist und der Wert der Vermögenswerte wesentlich davon abhängt, ob das Unternehmen weitergeführt werden kann".²⁾ Das amerikanische "Institut of Accountants" meint sogar: "Eine klare Bestimmung des Einkommens (income) über aufeinanderfolgende Bilanzierungsperioden hinweg ist die wichtigste Einzelabsicht der allgemeinen Rechnungslegung einer Gesellschaft."³⁾

Bei der großen Bedeutung, der man der Gewinn- und Verlustrechnung im angelsächsischen Bilanzrecht beimißt, muß die Erfolgsrechnung der Banken umso mehr enttäuschen, da der Gesetzgeber die Banken von den entscheidenden Vorschriften, die für die anderen Gesellschaften gelten, befreit hat. Die wichtigsten Ausnahmen betreffen folgende Vorschriften:

- 1) Die Banken brauchen keine Abschreibungen zum Anlagevermögen veröffentlichen; (8. Schedule, § 12 (1), a)
- 2) Sie sind vom Ausweis der Steuern befreit;
(8. Schedule, § 12 (1), c)
- 3) Zu- und Abgänge zu den Reserven brauchen nicht ausgewiesen zu werden; (8. Schedule, § 12 (1), e)

1) vgl. Seite 269 ff.

2) Cohen-Report, a.a.O., Seite 54

3) zit. bei Frank Jones, a.a.O., Seite 294

- 4) Erträge aus Wertpapieren und Beteiligungen brauchen nicht veröffentlicht zu werden (8. Schedule, § 12 (1), g).

Die Befreiungen von den wichtigsten Vorschriften zur Erfolgsrechnung bedeutet - positiv ausgedrückt - folgendes:

Die Banken sind nach dem Gesetz lediglich verpflichtet, den Nettogewinn und die Dividende zu veröffentlichen (8. Schedule, § 12 (1), h), nachdem vorher sämtliche Erträge und Aufwendungen, einschließlich der Steueraufwendungen, gegeneinander saldiert wurden. Außerdem sind bereits die Zuweisungen zu den Rückstellungen erfolgt und die stillen Reserven entsprechend dotiert worden. Während auf der Ertragsseite nur der Nettogewinn erscheint, werden auf der Aufwandsseite lediglich die Dividende (unterteilt in "Interim Dividend" und "Final Dividend") sowie die Zuweisungen zu den offenen Rücklagen und der Gewinnvortrag ausgewiesen. Die typische Gewinn- und Verlustrechnung einer englischen Großbank sieht daher folgendermaßen aus, wobei als Beispiel hierfür die Erfolgsrechnung der Barclays Bank für 1966 dienen soll.

Gewinn- und Verlustrechnung für 1966

Jahresgewinn nach Berücksichtigung der Steuern und nach Legung stiller Reserven, aus denen Wertberichtigungen für Wertminderungen des Vermögens gebildet wurden	£ 13.558.163
zuzüglich: Gewinnvortrag	3.731.498
	17.289.661
abzüglich: Zuführung zu den Reserven	3.500.000
	13.789.661
abzüglich: Bruttodividende	
Zwischendividende	£ 4.944.052
Schlußdividende	4.944.052
	9.888.104
Gewinnvortrag	£ 3.901.557
	=====

In einer solchen Gewinn- und Verlustrechnung sind naturgemäß die Forderungen des Bruttoprinzips oder Erfolgsspaltung auch nicht einmal andeutungsweise erfüllt. Selbst verglichen mit der Erfolgsrechnung der deutschen Banken, die wenigstens die Steuern und die Personalaufwendungen ausweisen, schneidet die Gewinn- und Verlustrechnung der englischen Banken schlecht ab.

Ein bemerkenswerter Unterschied gegenüber den deutschen Banken besteht allerdings darin, daß die englischen Großbanken keine einheitliche Dividendenpolitik kennen. So treten innerhalb der einzelnen Institute erhebliche Unterschiede auf, die beim Vergleich der letzten Jahre bis zu 6% in einzelnen Jahren ausgemacht haben. Ein anderer Unterschied zu den deutschen Verhältnissen ist auch darin zu sehen, daß bei allen Instituten keineswegs nur konstante, nur nach oben gerichtete Dividendensätze vorherrschen, sondern sich die Institute nicht scheuen, die Dividenden auch einmal zu senken. Offenbar werden in England von den Banken nicht die gleichen negativen Rückwirkungen einer Dividendensenkung befürchtet wie in Deutschland.

Die folgende Tabelle zeigt die Dividendenzahlungen der englischen Großbanken für die letzten Jahre:

<u>in %</u>	<u>1960</u>	<u>1961</u>	<u>1962</u>	<u>1963</u>	<u>1964</u>	<u>1965</u>	<u>1966</u>
Barclays	13	13	13	10	12	14	14
Midland	19	17	15	15	15	14	14
Lloyds	13	11	10	10	10	11,5	11,5
Westminster	12,5	12,5	12,5	12,5	12,5	12,5	12,5
Nat. Provincial	14	14	14	14	16	17,5	17,5

In der Wirtschaftszeitung "The Economist" wird - aufbauend auf den Untersuchungen der Anlageberatungsgesellschaft

"Phillips and Drew" - der Versuch gemacht, die tatsächlich erzielten Gewinne der Großbanken für 1965 zu schätzen. Die dabei im einzelnen herausgearbeiteten Ergebnisse sind folgende:¹⁾

- 1) Die durchschnittliche Höhe der zu den Schätzungen heranzuziehenden Positionen ergibt sich aus den monatlichen Veröffentlichungen der Clearingbanken;
- 2) Die Erträge aus den Leihgeldern an den Diskontmarkt, den Handels- und Schatzwechseln sind in etwa bekannt;
- 3) Auch die Erträge aus den Wertpapieranlagen lassen sich recht zuverlässig abschätzen, da es sich ja fast ausschließlich um festverzinsliche Staatspapiere handelt;
- 4) Den Schätzungen der Erträge aus dem Kreditgeschäft wird die Annahme zu Grunde gelegt, daß der Zinssatz bei den Debitoren ca. $1 \frac{1}{2} \%$ über dem Diskontsatz anzusetzen ist;
- 5) Der Satz der Erträge aus den Akzepten und dem Garantiegeschäft wird mit $1/8 \%$ angenommen;
- 6) Die Aufwandsseite ist sehr viel schwieriger abzuschätzen, da nur eine Aussage mit absoluter Bestimmtheit abgegeben werden kann: die Zinsen für Termineinlagen liegen bei 2% unter dem Diskontsatz;
- 7) Die Personalaufwendungen beruhen weitgehend auf Annahmen. Sie hängen von der "staff structure and average salaries" ab, worüber sich die Geschäftsberichte der Großbanken aber weitgehend ausschweigen;
- 8) Die anderen Kosten lassen sich schätzen auf Grund der Informationen, die von der Midland Bank dem "Prices and Incomes Board" gegeben wurden;

1) vgl. o.V.: "Guessing for the last time?" in: No substitute for competition - British Banking 1966
The Economist vom 18. Juni 1966, Seite XXXIV

- 9) Die zu entrichtenden Steuern werden mit 40% des Gewinns angesetzt.

Zieht man von den Gesamterträgen die Gesamtsumme der Aufwendungen zuzüglich der Steuern ab, verbleibt der tatsächlich erwirtschaftete Nettogewinn.

Die folgende Tabelle soll die von "Phillips and Drew" geschätzten "wahren" Gewinne den veröffentlichten Gewinnen für 1965 gegenüberstellen.

	Geschätzte wahre Gewin- ne in %	Veröffent- lichte Ge- winne in %	Anteil an den wahren Gew.in%	Divi- dende in %
Midland Bank	53	18,0	34	14,0
Lloyds Bank	38	14,4	39	11,5
Barclays Bank	51	21,0	41	14,0
Westminster Bank	43	22,5	52	12,5
National Provin- cial Bank	48	28,9	60	17,5

Auffällig ist vor allem die Tatsache, daß die National Provincial Bank eine besonders aktionärsfreundliche Dividendenpolitik betreibt, obwohl die "wahren" Gewinne bei der Midland und bei der Barclays Bank verhältnismäßig größer gewesen sind. "The Economist" schätzt, daß dies auf besonders große innere Reserven oder aber auf ein extrem günstiges Abschneiden der Tochtergesellschaften (u.a. District Bank Ltd., Coutts & Co., Isle of Man Bank Ltd., North Central Finance Ltd.) zurückzuführen ist.¹⁾

Einen interessanten Vergleich zu den Erfolgszahlen der englischen Banken bietet eine Untersuchung, die sich mit den

1) vgl. o.V.: "Guessing for the last time?", a.a.O., S. XXXIV. Der "Economist" weist auf die gegenüber den "wahren" Gewinnen stärkere Bedeutung der inneren Reserven hin, wenn er fortfährt: "The level of these inner reserves, which is impossible to estimate, is as important, if not more important than the true profits."

Gewinnen der amerikanischen Banken auseinandersetzt.¹⁾

WOODLAND kommt für die amerikanischen Banken zu dem Ergebnis, daß die weitverbreitete Ansicht, die amerikanischen Banken gehörten zu denjenigen Unternehmen mit "high profits", falsch sei. Man könne höchstens sagen, daß die Bankerträge "relatively stable" seien. Die Untersuchung kommt zu dem Ergebnis, daß die Banken in den letzten 13 Jahren Nettogewinne von nur 8,7% erzielten, ein gegenüber den deutschen und englischen Verhältnissen geringer Satz.

Die gegenwärtige Gewinn- und Verlustrechnung der englischen Großbanken steht - wie nicht anders zu erwarten ist - im Mittelpunkt der Kritik an dem gegenwärtigen Standard der englischen Bankenpublizität. So ist THORNE der Auffassung, daß die veröffentlichte Erfolgsrechnung wenig mehr als eine "Aussage über die beabsichtigte Verteilung des Gewinns" sei, nachdem die interessanten Posten "behind the curtain" behandelt worden seien.²⁾ MACRAE stellt fest, daß die Banken es immer arrangieren könnten, wieviel sie veröffentlichen wollen, daß die veröffentlichte Erfolgsrechnung also "very little meaning"³⁾ habe.

Vor allem wurde vor dem Jenkins-Committee die Erfolgsrechnung der Banken scharf kritisiert, und Sir Oliver FRANKS hatte als Vertreter der Bankenseite einen schweren Stand. Er verteidigte sich schließlich damit, indem er sagte, man müsse zwar anerkennen, daß der Bankaktionär den tatsächlich erzielten Gewinn nicht erkennen könne und auch sonst nicht die gleiche Information habe wie der Aktionär bei anderen Gesellschaften, daß es aber auf der anderen Seite "convention" der Banken sei, den Trend der tatsächlichen Gewinnsituation auch in der Erfolgsrechnung sichtbar zu ma-

1) Don L. Woodland: "Diagnosing the Deterioration of Bank Profits", in: The Bankers Magazine (USA), Spring 1966, Seite 35 ff.

2) W.J. Thorne, a.a.O., Seite 98

3) Norman Macrae, a.a.O., Seite 256

chen.¹⁾ Nachdem sich die Mehrheit des Jenkins-Committee seinerzeit für eine Beibehaltung der den Banken gewährten Ausnahmeregelung ausgesprochen hatte, wird abgewartet werden müssen, wie sich die von der jetzigen Regierung angestrebten Reformen der Bankenpublizität auf Aussehen und Inhalt der Gewinn- und Verlustrechnung auswirken werden.²⁾

II. Der Informationsgehalt der von den Banken vorgelegten Geschäftsberichte

Als dritter für die Publizität wesentlicher Informationsträger ist der Geschäftsbericht anzusehen. Aufgabe dieses Berichts ist es, den Geschäftsverlauf und die Lage der Gesellschaft darzulegen und den Jahresabschluß zu erläutern. Daneben hat sich gerade bei den Banken der Brauch entwickelt, im Geschäftsbericht ausführliche Darstellungen der gesamtwirtschaftlichen Situation und Entwicklung abzugeben. Dabei werden zwangsläufig bestimmte Akzente gesetzt und eigene Stellungnahmen als wirtschaftspolitische Willenskundgebungen abgegeben, so daß sich der Bericht des Vorstandes nicht nur an die Aktionäre, sondern auch an die wirtschaftlich interessierte Öffentlichkeit, die Regierung und die Notenbank richtet. Ergänzt werden die Darlegungen der Geschäftsleitung durch die Ausführungen des Sprechers des Vorstands auf der Hauptversammlung, der meist ebenfalls zu aktuellen wirtschaftspolitischen Themen Stellung nimmt.

1) Jenkins-Report, Minutes of Evidence, a.a.O., Ziff. 3087, Seite 596. Franks sagte im einzelnen: "For example, I think that in every Clearing Bank, the convention which is never broken is that the trend of profit is shown in the published profit; that is to say, if the real profit in the bank is up, then the published profit for the year is up on the previous year; if it is down, the published profit for the year is down....."

2) vgl. dazu Seite 277 f.

a. Der Geschäftsbericht in Deutschland

Die Verpflichtung der deutschen Großbanken, einen Geschäftsbericht aufzustellen, ergibt sich aus der Vorschrift des § 148 AktG. Sie unterliegen auch hinsichtlich des Inhalts des Geschäftsberichts den Einzelvorschriften des § 160 AktG, sind aber von den Angaben nach § 160, Abs. über die Bewertungs- und Abschreibungsmethoden befreit.

Bei allen drei Großbanken läßt sich in der äußeren Aufmachung der Geschäftsberichte ein einheitliches Schema erkennen. Der Bericht, der sich in einen Lagebericht (§ 160, Abs. 1 AktG) und einen Erläuterungsbericht (§ 160, Abs. 2 AktG) aufteilt, ist meist zwischen 55 und 70 Seiten stark. Er beginnt mit den Todesfällen von Vorstandsmitgliedern, Mitgliedern der verschiedenen Beiräten und aktiven Mitarbeitern. Es folgt dann die Zusammensetzung des Vorstands und Aufsichtsrates, wobei bei der Deutschen Bank auch die Namen der Direktoren der drei Zentralen und Hauptfilialen genannt werden. Daran schließt sich der Bericht des Vorstands für das jeweilige Geschäftsjahr, der sich untergliedert in Ausführungen über die allgemeine wirtschafts- und finanzpolitische Situation und ein Bericht über die Entwicklung der betreffenden Bank an. Danach wird der Jahresabschluß näher erläutert. Die Bilanz und die Gewinn- und Verlustrechnung schließen sich an. Die Aufzählung der einzelnen Landesbeiräte und eine Übersicht über das Zweigstellennetz der betreffenden Bank bilden den Abschluß.

Der Lagebericht der Großbanken wird meistens aufgeteilt in einen Bericht über gesamtwirtschaftliche Fragen und Probleme und eine Darstellung der Geschäftsentwicklung der eigenen Bank. Der Bericht des Vorstands beginnt im allgemeinen mit einer breit angelegten Analyse der volkswirtschaftlichen Lage.

Der Ton dieser Ausführungen ist nüchtern, akademisch und abgewogen. Dennoch werden deutliche Akzente gesetzt und auch eigene Ansichten dargelegt. Die Kritik an einzelnen Maßnahmen der Regierung oder der Deutschen Bundesbank ist häufig nur zwischen den Zeilen zu lesen; nur gelegentlich tritt sie offen zutage.

So interessant und lehrreich es auch ist, die Ausführungen der Banken zu den wichtigsten wirtschafts- und finanzpolitischen Fragen kennenzulernen, ist der Bericht des Vorstands vom Standpunkt der Publizität nicht informativ, da ja nichts über die eigene Bank ausgesagt wird. Erst die Darstellung der Geschäftsentwicklung (Teil II des Berichts des Vorstandes) nimmt hierauf wieder Bezug. In diesem Teil des Berichts der meist überschrieben wird mit "Geschäftsentwicklung unserer Bank", zeigt man die wichtigsten Veränderungen der einzelnen Bankgeschäfte. Dabei werden im einzelnen recht interessante Informationen gegeben. So werden beispielsweise die Kredite branchenmäßig aufgegliedert und in verschiedene Größenordnungen unterteilt.¹⁾ Ebenso werden in diesem zweiten Teil des Berichts des Vorstands Angaben über die Personalentwicklung gemacht.²⁾ Darüberhinaus geben die Dresdner Bank und die Commerzbank genaue Hinweise über den Altersaufbau der Mitarbeiter, wobei sich die Dresdner Bank einer numerischen, die Commerzbank einer graphischen Darstellung bedient.

-
- 1) Eine solche Einteilung der Kredite in verschiedene Größenordnungen nimmt allerdings nur die Commerzbank vor.
 - 2) Die Personalentwicklung der deutschen Großbanken sah in den letzten Jahren folgendermaßen aus:

	Deutsche Bank	Dresdner Bank	Commerzbank
1960	19.106	13.152	9.465
1961	20.823	14.696	10.507
1962	21.333	14.921	10.657
1963	21.192	14.856	10.740
1964	21.745	15.393	11.021
1965	22.886	16.435	11.402
1966	24.667	18.530	12.076

Zusätzliche Angaben, die allerdings von den einzelnen Banken unterschiedlich oder auch gar nicht gegeben werden, betreffen die Entwicklung und Vergrößerung des Zweigstellennetzes, die Zahl der Kunden, die Größenentwicklung der Konten, Depots und Umsätze. Ebenso werden Angaben gemacht über die durchschnittliche Höhe der Guthaben auf Sparkonten und die Entwicklung der Kleinkredite und Anschaffungsdarlehen, die ja mit in der Debitorenposition enthalten sind. Schließlich wird auch über das Emissionsgeschäft berichtet, das sich ja in seinem Gesamtvolumen nicht in der Bilanz niederschlägt und aus dem sich ebenfalls wertvolle Hinweise über das Betätigungsfeld der Banken gewinnen lassen.

Insgesamt läßt sich sagen, daß die im Bericht des Vorstands gemachten Angaben wertvolle Ergänzungen des Jahresabschlusses bedeuten und für die Beurteilung der Geschäftsentwicklung der Banken unentbehrlich sind.

Der Erläuterungsbericht hat die Aufgabe, zusätzliche Informationen über die Bilanz und die Gewinn- und Verlustrechnung zu vermitteln. Diese Auskünfte sind immer dann von besonderer Bedeutung, wenn sich bei einzelnen Bilanzpositionen erhebliche Änderungen gegenüber dem Vorjahr ergeben haben, "wobei nicht nur die Tatsache selbst im Erläuterungsbericht zu konstatieren ist, sondern auch auf die Ursachen eingegangen werden muß".¹⁾

Die Angaben, die sich in den Geschäftsberichten der drei Großbanken finden, betreffen die Barreserve und die Gesamtheit aller liquiden Mittel, die als Relation den gesamten Einlagen, den aufgenommenen Geldern und Akzepten im Umlauf gegenübergestellt werden. Zu den Forderungen, den Wertpapieren und den Beteiligungen werden meist kurze Bewertungsan-

1) Karl Fr. Hagenmüller: Der Bankbetrieb, a.a.O., Seite 140

gaben gemacht, die aber äußerst zurückhaltend formuliert sind. So heißt es bei den Wertpapieren meist, daß ihre Bewertung zum Niederstwertprinzip erfolgt sei, während zu den Debitoren angegeben wird, daß man allen erkennbaren Risiken des Kreditgeschäfts durch ausreichend bemessene Wertberichtigungen und Rückstellungen Rechnung getragen habe. Zur Finanzierung der langfristigen Ausleihungen wird angemerkt, daß sie durch langfristig aufgenommene Darlehen (in letzter Zeit meist bei der Kreditanstalt für Wiederaufbau) gesichert sei. Bei den Beteiligungen (allerdings nur bei den Beteiligungen an Kreditinstituten) wird ein Hinweis gegeben auf Art und Umfang der Zu- und Abgänge. Die Dresdner Bank berichtet zusätzlich über die geschäftsmäßige Entwicklung ihrer wesentlichsten Bankbeteiligungen. Die Deutsche Bank veröffentlicht außerdem die "Erträge aus Beteiligungen". In den Geschäftsberichten 1965 und 1966 werden zudem erstmals alle Beteiligungen - also nicht nur diejenigen an Kreditinstituten - aufgezählt.

Wesentliche und aus dem Jahresabschluß nicht erkennbare Informationen sind in den Erläuterungen zu den "Grundstücken und Gebäuden" sowie zur "Betriebs- und Geschäftsausstattung" enthalten. So werden bei den Grundstücken und Gebäuden Zugänge, Abschreibungen und Abgänge ähnlich der bei anderen Aktiengesellschaften üblichen "Fünfspaltenbilanz" bekanntgegeben. Auch die Höhe der bei Banken im allgemeinen üblichen Sonderabschreibungen auf Grundstücke und Gebäude wird veröffentlicht. Die Deutsche Bank und die Commerzbank geben darüberhinaus Auskunft, auf welche Niederlassungen die wichtigsten Zugänge der Bankgebäude (Renovierungen, Neuerrichtungen von Bankgebäuden, Umbauten etc.) entfallen.

Weder aus der Bilanz noch aus der Gewinn- und Verlustrechnung läßt sich etwas über die Höhe der Betriebs- und Geschäfts-

ausstattung entnehmen, da nach banküblichen Gepflogenheiten die hierfür getätigten Aufwendungen in der Handelsbilanz bis auf einen Erinnerungsposten von DM 1,-- abgeschrieben werden. Hierüber geben die Erläuterungen zum Jahresabschluß nähere Auskunft.¹⁾

Die zu den Positionen der Passivseite gegebenen Informationen übersteigen kaum das, was sich aus dem Vergleich der Bilanzzahlen über mehrere Jahre ohnehin ergibt. Bei den Einlagen wird der Gesamtwuchs gegenüber dem letzten Jahr aufgeschlüsselt und eine Darstellung der Gesamtstruktur der Einlagen gegeben. Meist wird zu den "aufgenommenen Geldern" ein kurzer Hinweis über die Finanzierungsquelle erteilt. Bei den "sonstigen Rückstellungen" wird zusätzlich vermerkt, um welche Arten von Rückstellungen es sich dabei handelt.

Ebenso sind die Anmerkungen und Auskünfte zu der Gewinn- und Verlustrechnung von keinem erheblichen Publizitätsgehalt. Vor allem erfahren die wichtigsten Positionen "Zinsen und Diskont" sowie "Provisionen und Gebühren" keinerlei nähere Erläuterung. Es wird hierzu lediglich vermerkt, daß man diese Positionen mit dem in der Erfolgsrechnung angegebenen Betrag in die Gewinn- und Verlustrechnung "eingestellt" und daß man die inneren Reserven weiterhin verstärkt habe. Dagegen werden die Bezüge des Vorstandes sowie die Ruhegelder für frühere Vorstandsmitglieder, sowie die Vergütungen an die Mitglieder des Aufsichtsrates in den Erläuterungen zur Erfolgsrechnung ausgewiesen.

- 1) Die abgeschriebenen Aufwendungen für die Betriebs- und Geschäftsausstattung betrugen in den letzten Jahren:

in Mio. DM	1960	1961	1962	1963	1964	1965	1966
Deutsche Bank	14,1	19,0	19,4	12,9	16,4	22,5	23,9
Dresdner Bank	11,0	14,8	13,5	15,1	18,9	17,6	20,8
Commerzbank	9,0	14,9	10,5	7,8	8,3	12,1	11,8

Zu dem Publizitätsgehalt der Geschäftsberichte der deutschen Großbanken läßt sich feststellen, daß sie nicht nur "leere Worte in dünnen Zeilen"¹⁾ enthalten, sondern auch wichtige, wenn auch vielleicht nicht alle Wünsche erfüllende Informationen geben; die "Erläuterungen zum Jahresabschluß" sind eine wichtige Ergänzung zur veröffentlichten Bilanz und Gewinn- und Verlustrechnung und tragen daher wesentlich zur Bankenpublizität bei.

Die Rede des Vorsitzenden des Vorstands auf der Hauptversammlung ist dagegen in Deutschland verglichen mit England von untergeordneter Bedeutung. Diese Rede behandelt meist aktuelle wirtschaftspolitische Probleme und geht auf allgemeine Entwicklungen der einzelnen Banksparten ein. Die hierbei gegebenen Informationen gehen nicht über das hinaus, was bereits im Bericht des Vorstands steht. Abweichend hiervon besteht bei der Deutschen Bank der Brauch, daß ihr Vorstandssprecher - Hermann J. Abs - sich in seiner Rede vor der Hauptversammlung auf ein bestimmtes Thema beschränkt, das dann allerdings grundsätzlich und erschöpfend behandelt wird. Auf die die Deutsche Bank berührenden Fragen wird dabei allerdings kaum bezug genommen. Die Themenkreise der letzten Jahre handelten von:

- 1960 Wirtschafts- und finanzpolitische Fragen
- 1961 Aktuelle Fragen der Geld- und Wirtschaftspolitik
- 1962 Die Unternehmensfinanzierung in der derzeitigen
Konjunkturlage
- 1963 Selbstfinanzierung bei verlangsamten wirtschaft-
lichen Wachstum
- 1964 Zur währungspolitischen Situation
- 1965 Zur Entwicklung von Preisen und Geldwert -
Währungsfragen
- 1966 Probleme des deutschen Kapitalmarktes

1) Hanns Linhardt: Bankbetriebslehre, a.a.O., Seite 43

Der Gehalt an Information und Publizität im Sinne dieser Untersuchung ist bei den im einzelnen gemachten Ausführungen naturgemäß gering zu veranschlagen.

b. Der Geschäftsbericht in England

1. Directors report (Bericht der Direktoren)

Die Pflicht der englischen Gesellschaften, einen Geschäftsbericht zu veröffentlichen, ergibt sich aus § 157 C.A.¹⁾

Während in Deutschland von einer sehr weitgehenden Konformität sowohl in der äußeren Aufmachung wie auch im Inhalt der Geschäftsberichte der drei Großbanken gesprochen werden kann, sind die Berichte der englischen Banken in Format, Umfang und Inhalt sehr unterschiedlich. Dabei sind auch innerhalb der einzelnen Institute im Laufe der Jahre bemerkenswerte Veränderungen festzustellen. Insgesamt läßt sich eine deutliche Tendenz beobachten, die Berichte in ihrer äußeren Darstellung aufwendiger zu gestalten, sie aber auch vom Inhalt her informativer zu machen.

1) Hierin heißt es:

- (1) Jeder Bilanz, die einer Hauptversammlung vorgelegt wird, ist ein Bericht der Direktoren beizufügen. In diesem Bericht sind Angaben über die Geschäftslage der Gesellschaft zu machen, sowie über die Höhe des etwa in Vorschlag gebrachten Dividendenbetrages und gegebenenfalls über den Betrag, der gemäß Vorschlag der Direktoren den Reserven im Sinne von Anhang VIII dieses Gesetzes zugewiesen werden soll.
- (2) Der Bericht hat, soweit es für die Beurteilung der Geschäftslage durch die Aktionäre wesentlich ist und nach Ansicht der Direktoren weder die Gesellschaft noch eine ihrer Untergesellschaften schädigt, Angaben über alle Veränderungen zu machen, die während des Geschäftsjahres in der Natur des Geschäfts der Gesellschaft oder deren Untergesellschaften eingetreten sind, desgleichen auch über die Veränderungen in Geschäftszweigen, an denen die Gesellschaft entweder als Aktionär einer anderen Gesellschaft oder sonstwie interessiert ist.

Das "Gerüst" eines Report of Directors, das bei allen Banken etwa das gleiche ist, sieht ungefähr folgendermaßen aus:

Der Bericht beginnt mit der Einladung zur Hauptversammlung, wobei die einzelnen Tagesordnungspunkte genannt werden. Es folgt die namentliche Aufzählung der Mitglieder des Direktoriums (Board of Directors) und des Vorstands. Daran schließt sich der eigentliche Jahresbericht der Direktoren; es folgt die Bilanz und die Gewinn- und Verlustrechnung, getrennt in den Jahresabschluß der Bank und der jeweiligen Gruppe (konsolidierte Bilanz). Meist wird hierzu in einer extra Aufstellung angegeben, welche einzelnen Banken zur jeweiligen "Gruppe" gehören und in den konsolidierten Jahresabschluß eingegangen sind. Es folgen die Bilanzanmerkungen und der Bericht der Abschlußprüfer. Bei einigen Banken wird darüberhinaus auch kurz die Entwicklung, bei den jeweiligen Tochtergesellschaften dargestellt bzw. deren Jahresabschlüsse angefügt. In der inhaltlichen Aufmachung ist der Bericht der Barclays Bank am knappsten und übersteigt nicht das eben dargestellte Maß. Die anderen Geschäftsberichte, die darüberhinaus häufig reich bebildert sind, berichten in einem Anhang meistens noch über einzelne wichtige Tätigkeitsbereiche ihrer Institute. Der Themenkreis der Westminster Bank war in den letzten Jahren:

- 1960 125 Years Westminster Bank
- 1961 Westminster Bank in Industrial Lancashire
- 1962 Electronic Progress
- 1963 Lombard Street and Leeds
- 1964 Training and Management
- 1965 International Activities of Westminster Bank
- 1966 The Foreign Exchange Market

Alle die hier behandelten Themen sind sehr allgemeinverständlich abgefasst.

Der eigentliche Jahresbericht der Direktoren besteht aus zwei Teilen. Im ersten Teil wird kurz dargelegt, wie hoch der für

das Geschäftsjahr erzielte Gewinn ist und wie dieser verwendet werden soll.¹⁾ Dann folgt eine Aufzählung aller wichtigen personellen Veränderungen des "top-managements". Es werden dabei die Todesfälle, die Pensionierungen und Neuer-nennungen namentlich erwähnt. Der zweite Teil des Berichts der Direktoren besteht aus den "Notes on Accounts", die in etwa den Erläuterungen zum Jahresabschluß der deutschen Ban-ken entsprechen. Gerade diese "Notes" sind in ihrem Publi-zitätsgehalt bei den einzelnen Instituten sehr unterschied-lich. Wesentliche Informationen sind:

- 1) Die Gesamtbezüge der Direktoren werden bei allen Banken angegeben; häufig wird dabei unterteilt in "Gehälter" und "sonstige Bezüge"; daneben geben einige der Banken auch die von ihnen entrichteten Pensionszahlungen an frühere Direktoren bekannt.

- 1) Als Beispiel hierfür soll der Bericht der Direktoren der Barclays Bank zum 31.12.1966 genannt werden. Hier heißt es:

Das Direktorium berichtet:

Der Jahresgewinn für das am 31.12.1966 endende Geschäfts-jahr beträgt laut Gewinn- und Verlustrechnung £ 13.558.163

zuzüglich: Gewinnvortrag am 31.12.1965 3.731.498

ergibt einen Reingewinn von £ 17.289.661

=====

Nach bereits erfolgter Gewinnverwendung für die Zuführung zu den Reserven in Höhe von £ 3.500.000

und einer am 8.August 1966 gezahlten Zwi-schendividende von 7% auf Stammaktien und 10% auf Belegschaftsaktien von £ 4.944.052

empfiehlt das Direktorium am 20.2.1967 eine Schlußdividende von 7% auf Stammaktien und 10% auf Belegschaftsaktien im Be-trag von

£ 4.944.052

zu zahlen

9.888.104

Der verbleibende Reingewinn von

3.901.557

soll auf neue Rechnung vorgetragen werden

£ 17.289.661

=====

- 2) Alle Banken weisen darauf hin, daß die in die Bilanz eingestellten Guthaben und Verpflichtungen in fremder Währung auf der Basis der offiziellen Kurse zum 31.12. umgerechnet wurden.
- 3) Die meisten Banken geben ihre wesentlichsten Beteiligungen an; entweder werden diese nur beim Namen genannt oder aber in ihrer genauen Höhe bekanntgegeben.¹⁾
- 4) Von einigen Banken wird ein Hinweis darauf gegeben, daß sie Rückstellungen für Steuerverpflichtungen gebildet haben.

Darüber hinaus geben die einzelnen Banken sehr unterschiedliche Informationen. So werden häufig genauere Auskünfte über die Grundstücke und Gebäude erteilt; die sich im Eigentum der Banken befindlichen werden den lediglich gepachteten Grundstücken und Gebäuden gegenübergestellt. Die National Provincial und die Westminster Bank unterteilen die gepachteten Grundstücke und Gebäude nochmals in solche, für die die Laufzeit weniger und in solche, für die sie mehr als fünfzig Jahre beträgt. Zusätzlich gibt die Midland Bank noch die Betriebs-

-
- 1) Die Tochtergesellschaften werden dagegen meist schon direkt in der Bilanz aufgeführt. Als Beispiel der Berichterstattung über die Beteiligungen soll der Ausweis der Lloyds Bank für 1966 genannt werden. Dieser sieht folgendermaßen aus:

<u>Name:</u>	<u>Anteil von Lloyds Bank Ltd.</u>
Bank of London & South America Ltd.	25,1%
National and Grindlays Bank Ltd.	25,0%
National Commercial Bank of Scotland Ltd.	36,6%
Exporters Refinance Corporation Ltd.	40,0%
Lloyds & Scottish Ltd.	50,0%
Bowmaker Ltd.	24,8%

und Geschäftsausstattung ("Furniture, Fittings and Equipment") in einer extra Summe an. Erstmals werden im Geschäftsbericht für 1966 die hier aufgezählten Positionen ("Freeholds", "Leaseholds", "Furniture, Fittings and Equipment") von der Midland Bank als "fixed assets" (Anlagevermögen) bezeichnet.

Lloyds und Midland Bank geben genauere Auskünfte über die Laufzeit der von ihnen gehaltenen festverzinslichen Wertpapiere. Außerdem werden von diesen Banken genauere Bewertungangaben zu den Wertpapieren und Beteiligungen gemacht. Als einzige Bank teilt die Westminster Bank die Höhe der an die Wirtschaftsprüfer gezahlten Honorare mit.

Die Berichterstattung über das Filialnetz der jeweiligen Banken ist sehr unterschiedlich. Hierüber werden entweder Angaben im Bericht der Direktoren oder aber in der Rede des Chairman gemacht. Häufig fehlen aber diesbezügliche Informationen überhaupt.

Der Publizitätsgehalt dieser im "Report of Directors" enthaltenen Informationen ist äußerst gering. Dies liegt einmal daran, daß zusätzliche Angaben (wie zum Beispiel Hinweise auf die angewandten Bewertungsmethoden) direkt in der Bilanz bei den in Frage kommenden Positionen gemacht werden. Der wesentliche Grund dürfte aber darin zu sehen sein, daß der Bericht der Direktoren in England eine gegenüber der Rede des Chairman völlig untergeordnete Bedeutung hat.

2. Chairman's speech (Rede des Vorsitzenden)

Die Rede des Chairman beschäftigt sich zu einem wesentlichen Teil mit allgemeinen politischen, wirtschaftlichen und finanzpolitischen Themenkreisen. Das Gewicht der Ausführungen zu diesen Problemen ist bei den einzelnen Instituten allerdings sehr verschieden. Während beispielsweise Sir Archibald

FORBES (Midland Bank) gut 2/3 seiner Rede hierauf verwendet und nur das letzte Drittel den speziellen Fragen seiner Bank widmet, geht Harald PEAKE (Lloyds Bank) nur mit wenigen Worten auf gesamtwirtschaftliche Probleme ein. Die behandelten Themen in diesem Teil der Reden der verschiedenen Vorsitzenden waren in den letzten Jahren:

- 1) Die englische Pfundkrise und ihre Wirkungen.
- 2) Die Fragen, die im Zusammenhang mit einem möglichen Eintritt Englands in die EWG auftreten können.
- 3) Die Auswirkungen der Steuerreform des Jahres 1965.
- 4) Die Wiedereinführung von "Special deposits" durch die Bank von England 1965, die - den Mindestreserven in Deutschland vergleichbar - die Quantität der ausgeliehenen Kredite beschränken sollten. Hierdurch wurde von der Notenbank die Restriktionspolitik der Regierung unterstützt.
- 5) "The widening scope of banking". Hierunter sind alle Bemühungen der Großbanken zu verstehen, in neue Geschäftsbereiche einzudringen und sich in einem härter gewordenen Wettbewerb innerhalb des englischen Bankwesens zu bewähren.¹⁾

Auffallend ist, daß die englischen Banken und ihre Vorsitzenden in der Kritik an der Regierung oder an der Notenbank sehr zurückhaltend sind. Dies ist umso mehr beachtenswert, als die seit Oktober 1964 amtierende Labourregierung einige Maßnahmen ergriff, die nicht den Beifall der Banken gefunden hatten. Zu einigen Zeiten - so z.B. im Frühsommer 1965 - war das Verhältnis der Regierung zur "City" sogar ausgesprochen schlecht.

1) Die Westminster Bank meint hierzu 1965: "The trend is toward a general liberalising of banking practice and a breaking down of old demarcations. Restrictive attitudes are no more appropriate in banking than in industry, and we have felt ready to take our share in today's more flexible order."

Wenn auch die Handlungen der Regierung und der Notenbank sehr zurückhaltend kommentiert werden, werden in den Reden der Vorsitzenden doch deutliche Akzente gesetzt, wenn es um die direkten Interessen der Banken geht. Hierzu gehört fraglos auch die Diskussion um ihre Sonderstellung. Zu diesem Problemkreis wird in den betreffenden Reden kein Zweifel an der Auffassung der Bankenseite gelassen. So sagte etwa John THOMSON (Barclays Bank 1962¹⁾) zu den Ergebnissen des Jenkins-Report: "Wir sind weiterhin nach sorgfältigem Nachdenken davon überzeugt, daß die Argumentation, die Lord Franks in seinen mündlichen Ausführungen vortrug, immer noch Gültigkeit hat."²⁾ In einer anderen Rede nahm THOMSON weiteren bezug auf die Sonderstellung der Banken: "Der Fall der Banken wurde gesetzlich als ein besonderer anerkannt, und wir denken in Ihrem (gemeint sind die Aktionäre, Anm. des Verf.) Interesse nicht daran, den Schutz, der uns durch gesetzliche Ausnahmenvorschriften gegeben wurde, abzulehnen."³⁾ Schließlich sagte er zu dieser Frage im Januar 1967 auf der Hauptversammlung seiner Bank: "Banker gelten noch immer als besonders zugeknöpft, aber es ist falsch, anzunehmen, daß wir die Verschwiegenheit um ihrer selbst willen bevorzugen und daß dies unserem Widerstreben gegen eine obligatorische Offenlegung von Gewinnen und Reserven zugrunde liegt. Natürlich spricht viel dafür, daß die Aktionäre über den Wert ihrer Unternehmung und darüber Bescheid wissen, ob ihre Rendite angemessen ist. Der Marktwert unseres nicht notierten Anlagekapitals bleibt jedoch der Mutmaßung überlassen. Eine fach-

1) Address by Mr. John Thomson to the Stockholders, January 1963, Seite 12

2) Lord Franks hatte sich vor dem Ausschuß entschieden für die Beibehaltung der gewährten Sonderrechte für die Banken eingesetzt. Seine Argumentation hatte wesentlich dazu beigetragen, die Mehrheit des Ausschusses von der Notwendigkeit zu überzeugen, die für Banken bestehenden Ausnahmenvorschriften des Company Act beizubehalten.

3) Address by Mr. Thomson to the Stockholders, January 1965, Seite 5

männische Bewertung würde nicht unbedingt zu einer zutreffenderen Annahme führen. Einige Aktionäre halten möglicherweise den Ertrag des geschätzten Nettoanteils für unangemessen, aber die Wettbewerbssituation setzt der Höhe der Belastung Grenzen, während es zumindest fraglich ist, ob eine Offenlegung riskante neue Unternehmungen ermutigen würde. Dies könnte in der Tat den gegenteiligen Effekt haben. Niemand, mit Verantwortungsbewußtsein, sagt voraus, daß das Desaster der Offenlegung unausweichlich folgen würde. Gleichwohl hatte die Mehrheit der Mitglieder des Jenkins Komitees mit der Annahme recht, glaube ich, daß die beträchtlichen Risiken alle Vorteile überwiegen."¹⁾ STIRLING (Westminster Bank) nahm in seiner Rede 1964 die Gelegenheit wahr, um eine ausführliche Rechtfertigung der von den Banken für notwendig erachteten Politik der stillen Reserven abzugeben.²⁾

Naturgemäß sind die Ausführungen der Chairmen zu allgemeinen Themen vom Standpunkt der Bankenpublizität recht unergiebig.

-
- 1) Ansprache des Vorsitzenden Mr. John Thomson (deutsche Fassung), Januar 1967, Seite 16
 - 2) Stirling führte u.a. aus: "All questions of policy have to be decided upon judgment of the risks and benefits of what we do, remembering always that the profits of good years must provide for the setbacks of lean ones. It is clear enough that with total assets of well over £ 1.250 million even a small depreciation of their value would wreck a year's profit, even if we might expect that much of it would afterwards be recovered. Those who have been in banking business for a generation can too well remember years when we were thankful enough for our inner reserves. The economic crises of 1931 and the subsequent collapse in Central Europe are cases in point ... It is true, too, there is no reason today to think that adversity is at hand; but storms often come out of a blue sky and it would be more than foolish to be unprepared for the occasional reverses which experience has taught us to expect. Our inner reserves in fact constitute an insurance against severe losses, and it is well known that every well managed insurance fund keeps, and from time to time requires, far bigger reserves than are needed in average years."

Hierbei interessiert nur das, was zu der Entwicklung der eigenen Bank gesagt wird. Der Informationsgehalt dieser die eigene Bank betreffenden Ausführungen ist - wie bereits angedeutet - sehr unterschiedlich. Am publizitätsfreudigsten ist dabei Harald PEAKE von der Lloyds Bank, wobei gerade die Entwicklung dieser Bank bemerkenswert verlief. PEAKE's Vorgänger im Amt, Lord FRANKS, widmete sich in seinen Reden nämlich fast ausschließlich allgemeinwirtschaftlichen Themen. Seine Ausführungen wurden daher als "wide-sweeping and statesmanlike"¹⁾ bezeichnet. Als FRANKS sich dann entschloß, seine Lehrtätigkeit in Oxford wiederaufzunehmen und die Lloyds Bank zu verlassen, hat sich mit seinem Nachfolger Stil, Inhalt und Auskunftsfreudigkeit der Reden vor der Hauptversammlung vollkommen geändert. PEAKE hat seine Ausführungen zu allgemeinen Themen auf ein Minimum beschränkt und ist dabei so weit gegangen, "die Tradition der öffentlichen Ansprache zu beenden und in ihr nunmehr wesentliche Informationen zu geben".²⁾ Den von ihm beabsichtigten Wechsel machte er in seiner ersten Rede 1962 deutlich, als er sagte: "In der Hoffnung, daß es den Aktionären hilft und sie interessiert, beabsichtige ich, den größeren Teil meiner Ausführungen darauf zu verwenden, ihnen über die Entwicklung der Bank zu berichten."³⁾ Die bewußte Abkehr von überwiegend allgemeinen Themen und eine weitgehende Bezugnahme auf die eigene Bank hat den Publizitätsgehalt der Chairman's speech naturgemäß erheblich verbessert und auch Folgen bei den anderen Banken gehabt.

Die in dem Teil der Rede des Vorsitzenden, der die Entwicklung der eigenen Bank betrifft, gemachten Ausführungen sind etwa folgende:

-
- 1) o.V.: "The Chairmen Report - to whom?", in: The Banker 1963, Seite 101
 - 2) o.V.: "The Chairmen Report - to whom?", a.a.O., Seite 100
 - 3) Statement by the Chairman of Lloyds Bank 1962, Seite 15

Der Bericht beginnt oft mit einer kurzen Erwähnung der Zahl der Aktionäre, an die sich die Ausführungen des Vorsitzenden wenden.¹⁾ Danach werden die herausragendsten geschäftlichen Ereignisse des letzten Jahres und vor allem die wichtigsten Veränderungen der einzelnen Positionen der Bilanz und der Gewinn- und Verlustrechnung aufgeführt, wobei gelegentlich auch Zahlen über die Entwicklung der Kundenkonten (z.B. Lloyds Bank 1965: 2,4 Mill. laufende Konten) genannt werden. Ausführlich widmet sich der Bericht den Änderungen in der Geschäftspolitik (so wird z.B. in den letzten Jahren auf die neu gewährten mittel- und langfristigen Exportkredite hingewiesen). Teilweise werden auch einzelne Erläuterungen zu den Veränderungen der erzielten Jahresergebnisse gegeben (z.B. Lloyds Bank 1966). Besonders breiten Raum nimmt regelmäßig die Darstellung der wesentlichsten wirtschafts- und finanzpolitischen Einflüsse, die Wirkungen auf einzelne Bankgeschäfte ausgeübt haben, ein (z.B. die Wiedereinführung der "special Deposits with the Bank of England, die quantitativen Kreditrestriktionen seit 1965 und die eingetretenen Veränderungen des Diskontsatzes etc.). Eingehend werden die Veränderungen bei den Beteiligungen dargestellt und häufig auch die geschäftlichen Entwicklungen der Tochtergesellschaften aufgeführt. Die Publizierung der geschäftlichen Tätigkeit und Erfolge des "Overseas Department" (dies wird - eine Eigenart bei den englischen Banken - getrennt vom übrigen Bankgeschäft geführt), des "Executor and Trustee

- 1) Die Lloyds Bank veröffentlichte 1962 eine Aufstellung über die Zusammensetzung ihrer Aktionäre, die folgendermaßen aussah:

<u>Class of Shareholder</u>	<u>Number of Shareholdings</u>
Women	40.294
Men	30.035
Insurance Companies	173
Nominee Companies	401
Other Companies	3.407
Pension Funds	114
Universities, Schools and other Corporate Bodies	563
	<u>74.987</u>

Daneben wurde auch eine Aufstellung der von den einzelnen Gruppen innegehabten Aktienanteilen publiziert.

Department" oder auch des "Investment Management Service" (Lloyds 1966) schließt sich an. Bei der Berichterstattung über die Entwicklung des Filialnetzes der Banken fällt auf, daß häufig nur die Zahl der Neueröffnungen und Schließungen von Niederlassungen genannt wird, ohne daß die Gesamtzahl der Filialen Erwähnung findet. Eng verbunden mit der Ausdehnung des "branch network" sind Fragen der Rationalisierung (vor allem der "Computer systems"), die in den letzten Jahren in den Reden der Vorsitzenden ausführlich behandelt wurden. Den Abschluß dieses Teils der Rede des Chairman bilden die Personalfragen. Einmal werden die Veränderungen des "Board" und der "District Committees" namentlich erwähnt, zum andern wird auf die Personalsituation der Bank insgesamt eingegangen. Die Zahl der Beschäftigten wird allerdings nur vereinzelt angegeben (z.B. hatte die Lloyds Bank 1965 27.747 Mitarbeiter).

Ein Vergleich der in der Rede des Chairman gegebenen Informationen und der Bilanzerläuterungen des "Report of directors" mit dem Publizitätsgehalt deutscher Geschäftsberichte fällt eindeutig zugunsten der deutschen Banken aus. Es wird notwendig sein, bei einer Reform der Bankenpublizität in England gewisse Mindestvorschriften auch über die zu gebenden Informationen im Geschäftsbericht zu erlassen.¹⁾

1) vgl. Seite 278

F. Einschränkungen der Publizität

I. Einschränkungen der Publizität durch bilanzpolitische Maßnahmen

a. Wesen und Methoden der Bilanzpolitik

Unter dem Begriff "Bilanzpolitik" lassen sich "alle diejenigen Zielsetzungen und Entscheidungen der Betriebsführung verstehen, die mit der Rechnungslegung der Unternehmung verbunden sind".¹⁾ Die Bilanzpolitik ist also keineswegs autonom, sondern ordnet sich den allgemeinen betrieblichen Zielsetzungen unter. Sie ist daher nur eines von mehreren betriebspolitischen Mitteln. Ihre Bedeutung ergibt sich aus den Aufgaben, welche der Bilanz innerhalb des betrieblichen Rechnungswesens zukommen.²⁾

Die Bilanzpolitik ist immer an Außenstehende³⁾ gerichtet, d.h. sie wird in dem hier verstandenen Sinne nur dann in Betracht kommen, wenn externe Bilanzempfänger über Vermögens-, Liquiditäts- oder Erfolgslage des Unternehmens informiert werden sollen. Hierbei werden der Jahresabschluß und der Geschäftsbericht ganz bewußt gestaltet "unter Ausnützung des Spielraums, den Gesetzesvorschriften, Verordnungen sowie die Grundsätze ordnungsmäßiger Bilanzierung gewähren".⁴⁾ Intern wären bilanzpolitische Maßnahmen ungewöhnlich, da

1) Curt Sandig: Die Führung des Betriebes, Stuttgart 1953, Seite 123

2) Nach Le Coutre hat die Bilanz der Wirtschaftsübersicht, der Ergebnisfeststellung, der Wirtschaftskontrolle und der Rechenschaftslegung zu dienen (Walter Le Coutre: Grundzüge, a.a.O., Seite 25 ff.)

3) Auch die Belegschaft des publizierenden Unternehmens muß hier zu den außenstehenden Bilanzempfängern gerechnet werden.

4) Heinrich Birck: "Bilanzpolitik der Sparkassen und Banken", in: Vorträge für Sparkassenprüfer 1962, Stuttgart 1963, Seite 82

hier die Bilanz ja die "ungeschminkte" Wahrheit sagen soll, um der Geschäftsleitung als Kontrolle der Wirtschaftlichkeit zu dienen.

Aus der Tatsache, daß die Aufmachung der Bilanz und der Gewinn- und Verlustrechnung sich immer den jeweiligen betriebspolitischen Zielsetzungen unterordnet (z.B. wird soviel Gewinn ausgewiesen, um die aus betriebspolitischer Sicht erwünschte Dividende zu zahlen), können sich Kollisionen mit den betriebswirtschaftlichen Forderungen der Bilanzwahrheit und insbesondere einer zufriedenstellenden Unternehmenspublizität ergeben.

Hierzu schreibt HARDER: "Die Rechnungslegung steht hier notwendig im Spannungsfeld zwischen den Ansprüchen außenstehender Personen bzw. Institutionen einerseits und den betriebspolitischen Bedürfnissen an einer Regulierung dieser Ansprüche andererseits. Da die Betriebspolitik stets in erster Linie die Wahrung der Unternehmensinteressen verfolgt, liegt es auf der Hand, daß die Beachtung betriebswirtschaftlicher Postulate, die sich derartigen Wünschen hindernd in den Weg stellen, überhaupt keine Rolle spielt. Der Bilanzierende setzt sich glatt über sie hinweg, weil ihm die Erreichung betriebspolitischer Ziele wichtiger ist als die Befolgung betriebswirtschaftlicher Forderungen."¹⁾

Die Bilanzpolitik läßt sich einmal in "formeller" und zum andern in "materieller" Weise anwenden. Bei der formellen Bilanzgestaltung ist das Zahlenwerk der Buchhaltung Variationsobjekt. Ziel dieser Bilanzpolitik ist es, die Relationen der Bilanzzahlen zueinander zu verändern und damit die "Bilanzoptik" zu verbessern. Hierbei werden meist Geschäftsvorfälle kurz vor dem Bilanzstichtag entweder erfunden oder aber nur in Hinblick auf das Bilanzbild getätigt. Dabei ist

1) Ulrich Harder: Bilanzpolitik, Wiesbaden 1962, Seite 27

diese formelle Bilanzpolitik grundsätzlich erfolgsneutral. "Durch die Veränderungen, die solche Geschäftsvorfälle im buchhalterischen Zahlenwerk hervorrufen, wird mittelbar das Bilanzbild in der durch die bilanzpolitischen Zielsetzungen vorgezeichneten Weise geformt."¹⁾ Zu diesen Zielsetzungen kann es gehören, Außenstehenden möglichst wenig Einblick in die Geschäftspolitik des Unternehmens zu gewähren.

Die materielle Bilanzpolitik geht dagegen von den Zahlen der Buchhaltung aus, die unverändert eingestellt werden. Die Bewertung dieses Zahlenmaterials unterliegt dagegen der bilanzpolitischen Disposition. Ziel der materiellen Bilanzpolitik bzw. der "Bilanzierungstaktik", wie sie WITTGEN nennt²⁾, ist die Beeinflussung des Jahreserfolges. Allerdings lassen sich formelle und materielle Bilanzpolitik auch miteinander verknüpfen. BIRCK führt hier als Beispiel die Vollabschreibungen der Betriebs- und Geschäftsausstattung auf einen Merkposten oder die banküblichen Sonderabschreibungen auf Grundstücke und Gebäude an.³⁾

b. Ziele der Bilanzpolitik

Hauptziel jeder Bilanzpolitik muß es sein, den durch die Bilanz und Gewinn- und Verlustrechnung angesprochenen Kreisen ein möglichst günstiges Bild über das publizierende Unternehmen zu vermitteln. Dies gilt vor allem für Kreditinstitute, die weit mehr als andere Unternehmen auf das Vertrauen weiter Bevölkerungskreise angewiesen sind und deren "image" weitgehend die zukünftige Entwicklung des Instituts bestimmt. Die bei der Abfassung des Jahresabschlusses vom bilanzierenden Kreditinstitut im Auge gehaltenen Empfänger sind vor allem

-
- 1) Robert Wittgen: "Die publizitätsorientierte Bilanzgestaltung von Aktienbanken", in: ZfB. 1965, Nr. 11, Seite 725
 - 2) Robert Wittgen, a.a.O., Seite 724
 - 3) Heinrich Birck: "Bilanzpolitik", a.a.O., Seite 82

die Einleger und Aktionäre. Für die Einleger kann die vorgelegte Rechnungslegung mit zum Kriterium darüber werden, ob die Verbindung zu der Bank aufrechterhalten werden soll. Auch "potentielle" Bankkunden werden sich daran orientieren, welches Ansehen das betreffende Institut in der Öffentlichkeit genießt. Dies wird aber sicher nicht zuletzt durch die veröffentlichten Jahresabschlüsse beeinflusst. Für die Aktionäre ist neben der Geltendmachung ihrer Rechte, für die sie als Beurteilungsgrundlage die Bilanz und Erfolgsrechnung benötigen, auch der Gesichtspunkt der Kursentwicklung der Aktien der betreffenden Bank bedeutsam, die wesentlich vom Jahresabschluß mitbestimmt wird. Es läßt sich also sagen, daß die Bilanzpolitik der Kreditinstitute darauf ausgerichtet sein wird, "das Bilanzbild so zu formen, daß es die Öffentlichkeit zu einem für die Bank vorteilhaften Verhalten veranlaßt".¹⁾

Ist das Hauptziel der Bilanzpolitik der Kreditinstitute also darin zu sehen, ein möglichst günstiges Bild des publizierenden Unternehmens in der Öffentlichkeit zu schaffen, so sind als wichtige Einzelziele, die unter das Hauptziel subsummiert werden können, folgende zu nennen:

- 1) Wesentlicher Gesichtspunkt bei der Aufmachung des Jahresabschlusses kann für das individuelle Kreditinstitut der "Gleichschritt" mit der Konkurrenz sein. Die Bankleitung versucht sich den voraussichtlichen oder bereits bekannten Entwicklungen der Mitbewerber anzuschließen. Dies bedeutet, daß u.a. die Expansion der Bilanzsumme, die Zunahme der veröffentlichten Gewinne oder die Dividendenhöhe etwa den gleichen Umfang haben wie bei den anderen gleichartigen Instituten. Setzt beispielsweise ein "Leitinstitut"²⁾ die Dividende herauf, werden die meisten an-

1) Robert Wittgen, a.a.O., Seite 726

2) Heinrich Birck: "Bilanzpolitik", a.a.O., Seite 89

deren Banken, die in einem engen Konkurrenzverhältnis stehen, zumindest tendenziell folgen.

- 2) Da die Stetigkeit und Gleichmäßigkeit der Bewegungen gerade bei Kreditinstituten angestrebt wird, werden Aufwärts- oder Abwärtsentwicklungen langsamer dargestellt als sie in Wirklichkeit sind; gelegentlich wird nur die allgemeine "Tendenz" aufgezeigt. "Abweichende effektive Entwicklungen - seien sie positiver oder seien sie negativer Art - werden mittels des bilanzpolitischen Instrumentariums publizitätsmäßig möglichst abgeflacht dargestellt."¹⁾ Dabei ist naturgemäß eine nach oben gerichtete Entwicklung, vor allem der Erträge und der Einlagen, positiv zu beurteilen.
- 3) Da den Bilanzleser gerade bei Banken in erster Linie die Liquiditätslage interessiert, ist jedes publizitätspflichtige Kreditinstitut darauf bedacht, ein möglichst günstiges Liquiditätsbild zu veröffentlichen (bekannt sind die damit verbundenen Maßnahmen unter dem Schlagwort "window dressing" geworden). Dazu gehört eine ausreichende Dotierung der Liquiditätsreserve (Barreserve und Sekundärliquidität) und eine nicht allzu große anteilmäßige Bindung der Einlagen in langfristigen Aktiva.
- 4) Neben dem Liquiditätsbild steht für den Bilanzleser das Sicherheitsmotiv im Vordergrund. Allerdings läßt sich aus der veröffentlichten Rechnungslegung der Aspekt der Sicherheit nur wenig ersehen. Das Kreditinstitut könnte diesem Gesichtspunkt dadurch Rechnung tragen, daß der Ausweis der liquiden Mittel dem Sicherheitsmoment entspricht, daß ein erheblicher Prozentsatz der Wertpapiere aus öffentlichen Anleihen besteht oder daß ein wesentlicher Teil

1) Heinrich Birck: "Bilanzpolitik", a.a.O., Seite 89

der langfristigen Ausleihungen aus solchen besteht, die durch Grundpfandrechte oder Kommunaldeckung gesichert sind. Ebenso kann die Höhe des Eigenkapitals (Grundkapital und offene Rücklagen) dem Sicherheitsaspekt Rechnung tragen. Vor allem durch die Höhe der offenen Rücklagen "wird die Fähigkeit einer Bank zur Risikoübernahme ins Licht gerückt, so daß der Ausweis unerlässlich ist, wenn sich die Kreditunternehmung ihr Renoméé erhalten will".¹⁾

- 5) Schließlich darf der Gesichtspunkt eines über lange Zeit hinweg stetigen Wachstums nicht übersehen werden. Widerspricht die tatsächliche Entwicklung diesem Grundgedanken, so kann durch eigens hierfür getätigte Bankgeschäfte die Bilanzsumme künstlich "verlängert" werden.

Die im folgenden kurz zu umreißen Einzelmaßnahmen der Kreditinstitute stehen unter dem Gesichtspunkt, mit bilanzpolitischen Mitteln diesen Einzelzielen zu dienen.

c. Einzelmaßnahmen des bilanzierenden Instituts

Bei der Darstellung der bilanzpolitischen Einzelmaßnahmen der Banken soll sich auf wenige grundlegende Manipulationsmöglichkeiten beschränkt werden;²⁾ die Überlegungen zur Bilanzpolitik zielen entweder darauf ab, das äußere Bilanzbild zu verändern (dabei soll die "Bilanzoptik" verbessert werden) oder die Erfolgshöhe zu beeinflussen.³⁾

Zu den wichtigsten bilanzpolitischen Tätigkeiten der Institute, die auf die Beeinflussung des äußeren Bilanzbildes abzielen, gehört das "window dressing". Darunter wird eine

1) Ulrich Harder, a.a.O., Seite 100

2) Eine genaue Aufzählung aller vorhandenen Möglichkeiten findet sich bei Birck: "Bilanzpolitik", a.a.O., Seite 95 ff.

3) Eine zeitliche Trennung z.B. in "Maßnahmen vor dem Bilanzstichtag", "Maßnahmen am Bilanzstichtag", und "Maßnahmen nach dem Bilanzstichtag" soll hier nicht vorgenommen werden.

Handlungsweise des bilanzierenden Instituts verstanden, die darauf abzielt, das Liquiditätsbild der veröffentlichten Bankbilanzen zu verbessern. Dies geschieht bei den deutschen Banken meist durch Aufnahme von Geldern bei fremden Banken, durch Rediskontierungen von Wechseln bei der Bundesbank oder auch durch Verkauf von Geldmarktpapieren, im Einzelfalle auch von Wertpapieren. LINHARDT weist auch auf die Möglichkeit hin, auf Kunden Wechsel zu ziehen, ohne solche in den Verkehr zu bringen, "um durch Verwandlung von Buchkrediten in Wechselkredite eine höhere Liquidität vorzutäuschen".¹⁾

Die englischen Banken operieren meist dagegen nur mit der Position "money at call and short notice", indem sie für den Bilanzstichtag Gelder, die sie an den Diskontmarkt ausgeliehen haben, kurzfristig kündigen und damit ihre Barreserve erhöhen. In einzelnen Fällen wird die gleiche Wirkung auch dadurch erreicht, indem die Bank Wertpapiere (oder auch Geldmarktpapiere) kauft, die genau am Bilanzstichtag fällig werden, so daß sie "remain out of the market on that day".²⁾ Bis zum Jahre 1946 war die Praxis des "window-dressing" bei den englischen Clearingbanken etwas Normales und Gebräuchliches. Die dem "Clearing House" zugeleitete Monatsbilanz zeigte die auf einen bestimmten "making-up-day"³⁾ zugeschnittene Liquiditätsposition. Da diese Tage für jede der Clearingbanken verschieden waren, konnte jede Bank an ihrem speziellen Bilanzstichtag ihr Liquiditätsbild mit Hilfe der anderen Banken oder des Geldmarktes verbessern. Bis zum Jahre 1939 war es darüberhinaus noch üblich, jede Woche einen Bilanzausweis aufzumachen. Dabei hatte sich jede der fünf Großbanken einen anderen Wochentag gewählt, so daß sich die Technik des "window-dressing" ohne große Schwierigkeiten und Be-

1) Hanns Linhardt: Bankbetriebslehre, a.a.O., Seite 175

2) W. Manning-Dacey, a.a.O., Seite 93

3) Thomson's Dictionary of Banking (Artikel "window dressing") a.a.O., Seite 598

lastungen des Geldmarktes anwenden ließ. Die betreffende Bank rief an "ihrem" Wochentag Guthaben vom Geldmarkt ab, verbesserte die Bilanzposition "Balances with the Bank of England" und gab am nächsten Morgen die abgerufenen Beträge wieder zurück, so daß die Summe von der nächsten Bank, die dann ihren "making-up-day" hatte, verwendet werden konnte.

Das MACMILLAN-Committee, das 1931 das Geld- und Währungsweisen Englands zu untersuchen hatte, verglich diese von Hand zu Hand laufende Liquiditätsreserve mit einer "Schauspielertruppe, weil die gleichen Liquiditätsquellen fünfmal in der Woche ihre Pflicht zu tun pflegen". Diese Praxis wurde von der Kommission folgendermaßen verurteilt: "Wir können nicht einsehen, daß diese Praktiken einem nützlichen Zweck dienen. Wir denken, daß sie für unser Bankensystem nicht rühmlich (creditable) sind, und wir empfehlen, daß sie so schnell wie möglich aufgegeben werden."

Seit dem 31.12.1946 wurde die Handhabung der Politik des "window-dressing" insofern eingeschränkt, als die Banken und die Bank von England darin übereinkamen, daß die Geschäftsbanken die tägliche Relation der Barreserve zu den Einlagen auf der Basis von 8% festsetzen sollten. Seitdem ist vor allem für die Monatsbilanzen die Manipulation mit der Liquidität aufgegeben worden. Bei den publizierten Halbjahres- und Jahresbilanzen kann dagegen noch regelmäßig eine gegenüber den Vormonaten erhöhte Liquiditätsreserve, insbesondere der Barreserve, beobachtet werden.

Neben der Politik des "window-dressing" zielen auf das äußere Bilanzbild ferner alle Maßnahmen der Bestandserweiterung, durch die die Gesamtsumme der Bilanz oder einzelner Bilanzposten "aufgebläht" wird, oder der Bestandsminderung ab. BIRCK nennt hier z.B. bei den deutschen Banken den Ankauf von Geldmarktwechseln aus zusätzlich hereingenommenen Ein-

lagen, um die Relation zwischen Gesamtwechselbestand und den bundesbankfähigen Wechseln zu verbessern oder um einen Rückgang im laufenden Wechselkreditgeschäft zu verdecken.¹⁾ Ebenso ließe sich denken, daß die englischen Banken "Treasury Bills" erwerben, um die Relation zu den "Commercial Bills" zu verändern.

Wachsende Bedeutung haben in den letzten Jahren die "Pensionsgeschäfte" der deutschen Banken bekommen, bei denen durch die Weitergabe von Vermögenswerten Geld aufgenommen wird. Dabei verpflichtet sich das Kreditinstitut, diese Vermögenswerte nach einer gewissen Zeit wieder zurückzunehmen, wobei diese Verpflichtung naturgemäß nicht aus der Bilanz ersehen werden kann.

Die andere große Gruppe der bilanzpolitischen Maßnahmen zielt darauf ab, den Jahreserfolg im Sinne der unternehmerischen Zielvorstellungen zu beeinflussen. Probates Mittel ist hierbei die Wahl der Wertansätze, die ein recht "flexibles Erfolgsregulierungsmittel"²⁾ darstellt. Gerade die Bewertungsvorschriften bzw. die teilweise Befreiung von den für andere Unternehmen geltenden Bewertungsvorschriften lassen den Banken einen so erheblichen Spielraum, daß sie über ausreichende Möglichkeiten verfügen, Vermögenswerte unter ihrem tatsächlichen Wert anzusetzen und dadurch stille Reserven zu bilden. Bevorzugte Positionen sind dabei die Debitoren, die Wertpapiere und die Beteiligungen. Zwar liegen auch in anderen Positionen stille Reserven, so vor allem in den Grundstücken und Gebäuden; aber letztere eignen sich nicht für bilanzpolitische Maßnahmen, weil sich hier gebil-

1) Heinrich Birck: "Bilanzpolitik", a.a.O., Seite 96

2) Heinrich Birck: "Bilanzpolitik", a.a.O., Seite 100

dete stille Reserven nur schwer wieder auflösen lassen.¹⁾ Zum andern wird bei den deutschen Banken beim Anlagevermögen die Bildung stiller Reserven durch die Bewertungsvorschriften des AktG zukünftig kaum noch möglich sein.

Bei den rechnerischen Möglichkeiten der Bilanzpolitik, durch die das Ergebnis des Jahresabschlusses beeinflusst und verändert werden soll, handelt es sich um "beträchtliche Manövriermassen".²⁾ Die hierbei angewandten Maßnahmen lassen sich zudem meist nicht von außen her erkennen, was besonders durch die mangelnde Aussagefähigkeit der deutschen und englischen Bankerfolgsrechnungen begünstigt wird.

II. Das Sonderproblem der stillen Reserven

a. Begriff und Wesen der stillen Reserven

Stille Reserven sind dadurch gekennzeichnet, daß sie "do not appear in the published statements of accounts".³⁾ HEINEN versteht unter ihnen die "Differenz zwischen Buchwerten und höheren tatsächlichen Werten von Aktiven bzw. zwischen den Buchwerten und niedrigeren tatsächlichen Werten von Passiven".⁴⁾ Sie sind vom Wesen her Bestandteile des Eigenkapitals und werden daher auch als "unsichtbares Eigenkapital"⁵⁾ bezeichnet.

- 1) Die Auflösung der in den "Grundstücke und Gebäude" gelegten stillen Reserven erfolgt im Rahmen der Nutzung der Anlagegüter dadurch, daß in den folgenden Jahren die durch Werteverbrauch entstandenen Wertminderungen durch Abschreibungen gar nicht oder nur zum Teil berücksichtigt werden. Hierzu ist es allerdings notwendig, daß in den vorhergehenden Jahren bereits stille Reserven durch überhöhte Abschreibungen entstanden sind. Dieses Verfahren ist daher relativ unbeweglich.
- 2) Hanns Linhardt, Bankbetriebslehre, a.a.O., Seite 177
- 3) Thomsons Dictionary of Banking (Stichwort "Secret Reserves") a.a.O., Seite 507
- 4) Edmund Heinen, a.a.O., Seite 212
- 5) Walther Busse von Colbe: Artikel "Stille Rücklagen", in: HdB. 3. Aufl. Stuttgart 1957, Sp. 4723

Nach der Entstehung lassen sich drei Arten stiller Reserven unterscheiden:

- 1) die Bewertungsreserven
- 2) die Ermessensreserven
- 3) die Willkürreserven.

Betrachtet man den Vorgang der Bildung stiller Reserven in bezug auf die Gewinn- und Verlustrechnung, lassen sich ferner die stillen Reserven in solche unterscheiden, die

- 1) eine Mehrung der Aufwendungen oder
- 2) eine Minderung der Erträge verursachen.¹⁾

Die Bewertungsreserven entstehen durch Steigen der Vermögenswerte über die Anschaffungskosten hinaus oder durch Fallen der Verbindlichkeiten unter den ursprünglichen Wertansatz. Sie sind durch die gesetzlichen Bewertungsvorschriften bedingt.

Die Ermessensreserven werden aus dem Prinzip einer vorsichtigen Bewertung und Bilanzierung hergeleitet. Ein typisches Beispiel hierfür ist die Dotierung von Rückstellungen, die aus dem kaufmännischen Vorsichtsprinzip heraus erfolgt und eher zu hoch als zu niedrig vorgenommen wird.

Die Willkürreserven sind dagegen diejenigen stillen Reserven, die von der Unternehmensleitung aus geschäfts- oder bilanzpolitischen Gründen bewußt gebildet werden "ohne Rücksicht auf die Richtigkeit des Jahresabschlusses"²⁾ und die daher häufig im Mittelpunkt der Kritik stehen. Die Existenz, wenn auch nicht die Höhe von Willkürreserven ist für den Bilanzleser teilweise dann erkennbar, wenn Vermögenswerte als Erinnerungsposten mit DM 1,-- ausgewiesen werden.

b. Die Bildung stiller Reserven in Bankbilanzen

Aus der eben getroffenen Einteilung und Charakterisierung der stillen Reserven ergibt sich, daß nur ein Teil von ihnen durch

1) Walter Le Coutre: Erfordernisse ordentlicher Buchführung, a.a.O., Seite 15 ff.

2) Walther Busse von Colbe, a.a.O., Sp. 4725

autonomes Handeln des bilanzierenden Instituts entsteht, ein anderer Teil aber logische Konsequenz der vom Gesetzgeber geforderten Bewertungsvorschriften ist. Beide Möglichkeiten - zwangsläufiges Entstehen und bewußte Bildung stiller Reserven - sind in der Bilanzierungspraxis kaum voneinander zu trennen, theoretisch aber schon deswegen auseinanderzuhalten, da man bei Werturteilen über die positiven bzw. negativen Seiten der stillen Reserven u.U. zu unterschiedlichen Ergebnissen kommt.

Eine gute Bilanzpolitik wird Wert darauf legen, stille Reserven dort anzusammeln, wo sie am ehesten benötigt werden. Dies geschieht vor allem deshalb, daß, sollte die Bank in Schwierigkeiten geraten, die einmal angesammelten Reserven auch wieder still aufgelöst werden können. Hierfür dürften am ehesten die Wertpapiere und die Debitoren infrage kommen. Das Sachanlagevermögen eignet sich dagegen kaum für eine "Politik" mit den stillen Reserven.¹⁾ Zwar sind auch hier bei Banken erhebliche Reserven vorhanden; diese werden jedoch mehr aus Gründen "gruppenüblicher Repräsentation"²⁾ gelegt.

Stille Reserven können im wesentlichen nur bei den Vermögenswerten gebildet werden, da eine Höherbewertung der Passivposten oder gar das Einsetzen fiktiver Verbindlichkeiten zum Zwecke der Reservebildung grundsätzlich nicht erlaubt ist.³⁾

Bei den liquiden Mitteln ist es sowohl bei deutschen wie auch bei englischen Banken nicht üblich, hier größere Reservepolster anzulegen, da bei einer Bilanzanalyse gerade die Höhe der liquiden Aktiva interessiert und die Banken kaum ihre Liquiditätslage ungünstiger darstellen wollen als sie in Wirklichkeit ist.

1) vgl. Seite 229

2) Heinrich Birck: "Stille Reserven im Jahresabschluß der Kreditinstitute", a.a.O., Seite 418

3) vgl. Seite 70 f.

Umfangreiche stille Reserven enthält dagegen bei deutschen wie auch bei englischen Großbanken z.Zt. die Wertpapierposition. Die gesetzlich erzwungenen stillen Reserven in den Bilanzen der deutschen Großbanken sind erheblich, da ein überwiegender Teil - vor allem der Dividendenwerte - in Jahren erworben wurde, in denen ein niedrigeres Kursniveau als heute bestand. Daß aber gerade hier große Schwankungen vorkommen können, zeigt die Entwicklung z.B. des Börsenjahres 1961/1962, in dem Kursrückgänge von durchschnittlich 46% bei Dividendenwerten zu beobachten waren.¹⁾ Wenn dieser Kursrückgang auf die Buchkurse der Großbanken auch kaum Einfluß hatte, zeigt sich dennoch, daß hier Unsicherheiten liegen, die eine Bildung stiller Reserven in den Wertpapierbeständen gerechtfertigt erscheinen lassen. Auch der Gesetzgeber hat sich bei der Reform des Aktiengesetzes durch die Argumente der Banken beeindruckt gezeigt und die Bildung stiller Reserven im Umlaufvermögen der Banken nach wie vor zugelassen, "soweit dies nach vernünftiger kaufmännischer Beurteilung zur Sicherung gegen die besonderen Risiken des Geschäftszweigs der Kreditinstitute notwendig ist". Eine Unterscheidung der Wertpapiere in solche des Anlage- oder Umlaufvermögens ist problematisch; im Zweifelsfalle werden die Banken selbst eine Einordnung in das Umlaufvermögen wählen, "da der Wille des Gesetzgebers nicht eindeutig darauf gerichtet ist, die stille Rücklagenbildung im Umlaufvermögen der Kreditinstitute der Höhe nach zu begrenzen".²⁾

Auch bei den englischen Großbanken verbergen sich in der Wertpapierposition erhebliche stille Reserven. Dies wird von den Banken durch Bewertungsangaben wie "less than market value" oder "at or under market value" oder "at or under cost and below redemption price" angezeigt.

1) Heinrich Birck: "Stille Reserven im Jahresabschluß der Kreditinstitute", a.a.O., Seite 418

2) Lothar Faißt: "Aktienrechtsreform", a.a.O., Seite 413

Da die Wertpapierbestände der englischen Banken aber fast ausschließlich aus festverzinslichen Werten bestehen, ergeben sich hier bemerkenswerte Wechselwirkungen zwischen der Höhe der stillen Reserven und der Diskontpolitik der Bank von England. Vor allem 1952 und 1956 sind den Banken durch die Erhöhung des Diskontsatzes so erhebliche Buchverluste durch Sinken der Wertpapierkurse entstanden, daß sie durch die vorhandenen stillen Reserven nicht mehr abgefangen werden konnten. Die Banken waren gezwungen, vom Niederstwertprinzip bei der Bewertung der Papiere abzugehen und auf das Abschreiben der Verluste zu verzichten. Solche erheblichen Buchverluste sind naturgemäß meist nur von kurzer Dauer, da eine Änderung der Diskontpolitik der Notenbank wieder eine Wandlung bringt und zum andern beim Näherrücken des Einlösungszeitpunktes diese Werte auf den Rückzahlungskurs (meist identisch mit dem Nominalwert) hintendieren. Dennoch zeigen die Beispiele der fünfziger Jahre in England, daß vor einer Überschätzung der stillen Reserven in den Wertpapieren nicht genug gewarnt werden kann.

Die andere wesentliche Position, in die umfangreiche stille Reserven gelegt werden, sind die Debitoren. OTTO weist z. B. darauf hin, daß bei den deutschen Banken "die Forderungsposition einschließlich der Wertberichtigungen auf der Passivseite der Bilanz in allen Bankbilanzen die wohl umfangreichsten stillen Reserven innerhalb der letzten zehn Jahre in sich barg".¹⁾ Auch in England gilt die Position "Advances" als wichtigster Ansatzpunkt für die Bildung stiller Reserven.

Für den Bilanzleser sind die hier gebildeten Reserven vor allem auch deswegen nicht zu erkennen, da Wertberichtigungen auf Debitoren bzw. "Provisions for bad and doubtful accounts" direkt auf der Aktivseite der Bilanz vorgenommen

1) Konrad Otto, a.a.O., Seite 92

werden. Die absolute Höhe der Wertberichtigungen bleibt daher unbekannt. Grundsätzlich läßt sich hierzu feststellen, daß die Debitorenabschreibung "unter bilanzpolitischen Gesichtspunkten und nicht unter solchen der rechnerischen Genauigkeit steht".¹⁾ Auf der anderen Seite ist es für die Kreditinstitute gerade bei den Debitoren zweckmäßig, umfangreiche Reserven zu bilden, da diese hier am ehesten benötigt und im Bedarfsfalle am unauffälligsten wieder aufgelöst werden können.

Erhebliche Bedeutung haben auch die stillen Reserven, die in den Beteiligungen liegen. Bei den deutschen Großbanken sind diese allerdings durch die Einführung des AktG 1965 annähernd bekannt geworden.²⁾ Zusätzliche stille Reserven verbergen sich in den Positionen "Grundstücke und Gebäude" (bzw. in den "Premises") und in der "Betriebs- und Geschäftsausstattung". Allerdings unterliegen auch die deutschen Banken den Bestimmungen des AktG 1965 für die Bewertung des Anlagevermögens; danach sind stille Reserven nur noch unter besonderen Umständen möglich (§ 154, Abs. 2). Zukünftig wird eine "Stille-Reserve-Politik" daher im wesentlichen nur noch bei den Forderungen und den Wertpapieren möglich sein.

c. Die mit der Legung stiller Reserven verfolgten bilanz- und geschäftspolitischen Zielsetzungen³⁾

Den stillen Reserven werden in Theorie und Praxis eine Reihe von Eigenschaften zuerkannt, die sich - je nach Standpunkt des Betrachters - mit positiven oder negativen Merkmalen versehen lassen. Die Bedeutung der stillen Reserven ist vor allem darin zu sehen, daß mit ihrer Hilfe der Erkenntniswert

1) Hanns Linhardt: Bankbetriebslehre, a.a.O., Seite 170

2) vgl. Seite 168

3) vgl. hierzu auch Seite 240 ff.

und Publizitätsgehalt der Bilanz und Gewinn- und Verlustrechnung eingeschränkt wird. Die Bilanzpolitik, und damit auch die Politik mit den stillen Reserven, ordnet sich ganz den betrieblichen Zielsetzungen unter. In einer veröffentlichten Bilanz wird also gerade so viel Gewinn ausgewiesen, um die aus betriebspolitischer Sicht heraus erwünschte Dividende zu zahlen. Erstes Ziel der Stille-Reserve-Politik ist es also, die kontinuierliche Dividendenpolitik sicherzustellen. Dabei ist gerade hierbei eine Fülle verschiedener Interessenkonstellationen festzustellen. Während die Unternehmensleitung generell an einer niedrigen Dividendenzahlung interessiert ist, legt der Kleinaktionär auf hohe Dividenden Wert, vor allem dann, wenn er keine langfristige Beteiligungsabsichten hat. Der Großaktionär legt dagegen meist mehr Gewicht auf eine betriebliche Substanzvermehrung.

Ist die kontinuierliche Dividendenentwicklung schon bei Industrieunternehmen von Bedeutung, so steht sie bei Kreditinstituten ohne Zweifel im Mittelpunkt der bilanzpolitischen Überlegungen, da Dividendensprünge bei Banken, die notwendigerweise in schlechten Jahren auch einmal die Senkung des ausgeschütteten Gewinns bedeuten, Aktionäre, Einleger und die Öffentlichkeit mehr beunruhigen würden, als dies bei anderen Unternehmen der Fall ist. Eine Senkung der Dividende, die nicht im "Gleichschritt" mit anderen Bankunternehmungen erfolgt, käme einem Prestigeverlust gleich, dem der Vertrauensschwund des Publikums folgen könnte.

Eine weitere Zielsetzung der stillen Reserven ist im Schutz vor Einblicken der Konkurrenz zu sehen. Durch die Veröffentlichung der vollen Wahrheit könnten der Konkurrenz nützliche Informationen geliefert werden. EISFELD ist z.B. der Meinung, daß von den deutschen Banken eine völlige Offenlegung ihrer Ertragsverhältnisse nicht gefordert werden könne, so-

lange dies nicht auch bei ausländischen Banken der Fall sei. Eine Vorleistung Deutschlands habe praktisch keinerlei Nutzen.¹⁾ Eine ähnliche Argumentation findet sich in England bei der British Overseas Banks Association, die darauf hinweist, daß man es den britischen Überseebanken nicht zumuten könne, mehr zu publizieren, als dies bei den Konkurrenzbanken in den jeweiligen Ländern der Fall sei.²⁾

Durch die stillen Reserven soll weiter verhindert werden, daß die Öffentlichkeit einen zu genauen Einblick in die tatsächliche Gewinnsituation der Banken erhält. Eine Eliminierung der jährlich überaus stark schwankenden Bankerträge sei schon deswegen erforderlich, um Unruhe beim Anlegerpublikum zu vermeiden. Schließlich, so argumentiert BIRCK, seien Bankaktien bei stark unterschiedlichen Jahresergebnissen in hohem Maße Gegenstand von Börsenspekulationen. Hierin könnte auch eine Beeinträchtigung des Vertrauens in die Bankwirtschaft gesehen werden, denn "gerade im Bankfach wäre es sicher unklug, wenn wenig sachkundigen und nicht ganz unparteilischen Kreisen, welche die großen wirtschaftlichen Zusammenhänge nicht voll überblicken, immer wieder Gelegenheit gegeben wird, eine nicht nur die Banken, sondern auch die Gesamtwirtschaft schädigende Kritik zu üben".³⁾ Ergänzt wird dies durch die Bemerkung des Committee of Scottish Bank General Managers, das auf die unbesonnenen Kommentare der Boulevardpresse hinweist, die keine Gelegenheit ausließe, um die Banken zu ihrer Zielscheibe zu machen.⁴⁾

Schließlich wird ein Ziel der Reservepolitik darin gesehen, in Zeiten besonders guter Ertragsverhältnisse einen geringe-

1) Curt Eisfeld, "Die Gewinn- und Verlustrechnung", a.a.O., Seite 54 ff.

2) Memorandum, a.a.O., Seite 997

3) Heinrich Birck: Die Bankbilanz, a.a.O., Seite 461

4) Memorandum, a.a.O., Seite 500

ren als den tatsächlich erzielten Gewinn auszuweisen, um nicht zu überhöhten Gehaltsansprüchen der Bankangestellten anzureizen. Der Ausweis eines konstanten Gewinns könne, so wird argumentiert¹⁾, zu einer innerbetrieblichen Stabilität der Personalaufwendungen beitragen.

In Zeiten einer schlechten Ertragslage könnten die stillen Reserven dazu verwandt werden, die Gehälter in gleicher Höhe zu halten; schließlich ließen sich sogar Entlassungen vermeiden.

Die geschäftspolitischen Zielsetzungen der Politik mit den stillen Reserven sind darin zu sehen, die Banken gegenüber Risiken ihrer Geschäftstätigkeit besser zu wappnen. Hierzu gehören einmal diejenigen, die sich aus dem eigentlichen Bankgeschäft ergeben. Hierunter zählen z.B. das Kreditrisiko (der Kreditnehmer bezahlt den erhaltenen Kredit nicht oder nicht fristgemäß zurück), Risiken des Effektengeschäfts²⁾ und Risiken des Auslandsgeschäfts. Zum andern gehören hierzu diejenigen Risiken, die sich weitgehend den Dispositionsmöglichkeiten der Kreditinstitute entziehen (z.B. konjunkturelle und außerwirtschaftliche Risiken). Stille Reserven sind gerade für diese Risikoarten von erheblicher Bedeutung.

1) vgl. Hans Janberg, a.a.O., Seite 515

2) vgl. Karl Fr. Hagenmüller: Bankbetrieb und Bankpolitik, a.a.O., Seite 286

G. Schlußbemerkung

I. Der gegenwärtige Stand der Diskussion über die Berechtigung der Ausnahmestellung der Banken in Deutschland und England

Über lange Jahre hinweg schien die Diskussion über die gegenwärtige Publizität der Kreditinstitute zur Ruhe gekommen zu sein. Erst durch die Reformen des Gesellschaftsrechts, die in Deutschland 1965 durch die Verabschiedung eines neuen Aktiengesetzes und in England durch die Vorlage der "Company Bill 1966" der Labourregierung sichtbaren Ausdruck fanden, war auch die Sonderstellung der Banken und die Frage ihrer Berechtigung wieder in den Mittelpunkt der Diskussion gerückt. In Deutschland geriet die Bankenpublizität in den Brennpunkt der fachwissenschaftlichen Auseinandersetzung, als sich offenbarte, daß der Referentenentwurf eines Aktiengesetzes die Möglichkeit zur Bildung stiller Reserven generell beschneiden wollte und dabei zunächst auch für die Kreditinstitute keine Ausnahmeregelung vorsah. Die mit der Behandlung der Aktienrechtsreform betrauten Bundestagsausschüsse kamen bei ihren Beratungen zu dem Ergebnis, daß nicht durch allgemeine Bewertungsnormen, die in der Wirtschaftspraxis einer dehnbaren Auslegung Tür und Tor öffnen und damit der Forderung nach verbesserter Unternehmenspublizität nicht Rechnung tragen können, sondern nur durch sehr konkrete Bewertungsvorschriften eine Verbesserung erreicht werden könne. Die schließlich verabschiedete Gesetzesfassung hat durch Einführung von "Festwertverfahren" die Möglichkeit zur Bildung stiller Reserven erheblich eingeschränkt, da ein Abweichen der Wertansätze nach unten erschwert wurde; damit konnte der Forderung nach vermehrter Publizität und verbesserter Bilanzwahrheit weitgehend Rechnung getragen werden.

Diese Bewertungskonzeption traf bei den Banken von Anfang an auf erhebliche Widerstände, die letztlich nur dadurch ausgeräumt werden konnten, daß man zu Gunsten der Aktienbanken die Bewertungsvorschriften des § 155 AktG 1965 (Bewertung des Umlaufvermögens) änderte. Dennoch läßt sich sagen, daß durch die Aktienrechtsreform auch die deutschen Aktienbanken zu einer verbesserten Publizität gezwungen wurden, da z.B. bei den Bewertungsvorschriften für das Anlagevermögen keine Ausnahmeregelung getroffen wurde und die Banken nunmehr zur weitgehenden Veröffentlichung auch ihrer Beteiligungen verpflichtet sind.

In England scheint die Labourregierung, die ohnehin für möglichst weitgehende Abschlußveröffentlichungen aller Unternehmen eintritt, entschlossen, auch die schwierige Frage der Ausnahmenvorschriften für Banken anzupacken. Die für die Kreditinstitute entscheidende Bestimmung des Gesetzesvorschlags zur Änderung des bisher gültigen Company Act 1948 sieht vor, daß der Board of Trade in Zukunft das Recht haben soll, die geltenden Ausnahmeregelungen des alten Gesetzestextes für Banken nach seinem Ermessen abzubauen oder völlig außer Kraft zu setzen ("reduce or abolish"). Der Präsident des Board of Trade sagte dazu vor dem Parlament, daß er der von Bankenseite vorgetragenen Argumentation zur Verteidigung der eingeschränkten Bankenpublizität nicht mehr seine volle Zustimmung geben könne. Aber auch von der Seite des "Prices and Incomes Board" - einer von der Regierung neu geschaffenen Behörde zur Preis- und Einkommensüberwachung - wird heftige Kritik am gegenwärtigen Umfang der Bankenpublizität geübt. Die Vorwürfe dieser Behörde gehen dahin, daß die Steuerreform des Jahres 1965 (anstatt der bisher üblichen 56,25% Einkommens- und Gewinnsteuer sind nur noch 40% Körperschaftssteuer zu entrichten), die den Banken überdurchschnittlich hohe Gewinnsteigerungen gebracht hatte, nicht zu

einer Senkung der Bankkonditionen geführt, und daß die verbesserte Ertragssituation sich nicht in vollem Umfang in den Erfolgsrechnungen der Banken niedergeschlagen habe.

Aus allen diesen Gründen ist damit zu rechnen, daß auch in England die Frage der Bankenpublizität in nächster Zeit erneut Mittelpunkt der Fachdiskussion sein wird. Vor allem wird die Bankenseite beweisen müssen, daß ihre Sonderstellung nach wie vor berechtigt ist. Nur dadurch kann der Board of Trade davon überzeugt werden, von den Rechten, die ihm durch den Gesetzentwurf der gegenwärtigen Regierung übertragen werden sollen, sparsam Gebrauch zu machen und viele der gegenwärtigen Sonderregelungen für Banken unangetastet zu lassen.

Bevor im einzelnen untersucht werden soll, inwieweit die gegenwärtige Bankenpublizität modernen Publizitätsansprüchen Rechnung trägt und welche Überlegungen bei einer möglichen Reform anzustellen wären, ist es notwendig, zunächst die Gesichtspunkte und Argumente zusammenzustellen, die für bzw. gegen eine Sonderstellung der Banken sprechen.

a. Argumente für eine eingeschränkte Bankenpublizität

Charakteristisch für die ganze Diskussion um die Bankenpublizität ist, daß sich die Argumentation in Deutschland und England sehr ähnelt.¹⁾ Nationale Besonderheiten sind darin zu sehen, daß die deutschen Banken vor allem mit dem wohlorganisierten Bankenaufsichtssystem der Bundesrepublik argumentieren, das die schädlichen Nebenwirkungen einer eingeschränkten Publizität weitgehend eliminieren könne; in England wird dagegen auf die internationale Verflechtung des englischen

1) Dies erlaubt es uns, auf eine getrennte Betrachtung deutscher und englischer Stellungnahmen weitgehend zu verzichten.

Bankwesens hingewiesen, auf die bei der Erörterung der Bankenpublizität Rücksicht genommen werden müsse und die einer vollen Veröffentlichung der Ertragsverhältnisse im Wege stehe.

Das Hauptargument aber, mit dem in beiden Ländern die eingeschränkte Bankenpublizität verteidigt wird, wird in der volkswirtschaftlichen Stellung und Bedeutung des Kreditwesens gesehen. Es wird auf die Notwendigkeit hingewiesen, die Stabilität des Bankensystems zu sichern, "da jede Erschütterung des Vertrauens in die Sicherheit des Bankenapparates unabsehbare Folgen für die Gesamtwirtschaft heraufbeschwören würde".¹⁾ Zur Sicherung der Stabilität sei es aber notwendig, meint der COHEN-Report, die Banken von den Bewertungsvorschriften der anderen Gesellschaften zu befreien und ihnen die Bildung umfangreicher stiller Reserven zu ermöglichen. Dies sei auch notwendig im Interesse der Einleger und der Öffentlichkeit, das vor den Interessen der Aktionäre Vorrang habe.²⁾

Die "Sonderstellung" der Banken in der Volkswirtschaft wird im einzelnen unterschiedlich begründet. So wird einerseits hervorgehoben, daß die "Handelsware" der Banken aus delikaterem Stoff sei als z.B. Stahl, Textilien, Kohle oder Maschinen, daß es sich hierbei also um einen Wirtschaftszweig handele, auf den die bei anderen Branchen gültigen Regeln nicht passen würden.³⁾ Zum andern wird mit den von Jahr zu Jahr schwankenden Bankerträgen argumentiert ("the earnings of the banks are subject to wide fluctuations"⁴⁾), die weit größer als bei anderen Unternehmungen sein könnten und dazu

1) Kurt Forberg, a.a.O., Seite 444

2) vgl. Cohen-Report, a.a.O., Seite 56

3) vgl. o.V.: "Lob der stillen Reserven", in: ZfgK. Nr. 8 1959, Seite 305; siehe auch: Hans Janberg: "Lob und Tadel für stille Reserven?", in: ZfgK. Nr. 12 1959, Seite 515

4) Memorandum by the Committee of London Clearing Bankers, a.a.O., Seite 644

auf konjunkturelle Einflüsse zurückgingen, auf die die Banken keinerlei Einflußnahme habe. Intern müsse daher ein "Erfolgsausgleich" zwischen guten und schlechten Jahren herbeigeführt werden ("in guten Zeiten akkumulieren sich also speziell bei den Kreditinstituten die Gewinne, in schlechten Zeiten die Verluste in einem Maße, daß in manchen Jahren unangemessen hohe Gewinne und in anderen Jahren untragbar hohe Verluste ausgewiesen werden müßten, wenn nicht ein Erfolgsausgleich zwischen solchen Jahren stattfände"¹⁾).

Auch aus Gründen der Dividendenpolitik sei, so wird argumentiert, eine solche Gewinnverlagerung notwendig, da die kontinuierliche Entwicklung der Dividendenhöhe gerade bei Banken notwendig sei;²⁾ außerdem könne in einem guten Jahr nicht der wahre Gewinn veröffentlicht werden, da sonst die Aktionäre sofort höhere Dividende fordern würden.³⁾ Die durch den Gewinnausgleich über mehrere Jahre bewirkte Dividendenstabilisierung wirke sich, so wird weiter argumentiert, zudem auf die Börsenkurse des betreffenden Papiers günstiger aus als eine wechselnde und labile Dividende. Starke Kurschwankungen könnten den Aktionär "zu übereilten Angstverkäufen hinreißen und ihm ungerechtfertigte Einbußen bringen".⁴⁾

1) Heinrich Birk: "Stille Reserven", a.a.O., Seite 417

2) vgl. Curt Eisfeld, a.a.O., Seite 54 ff.

3) James Callaghan: "Company shareholders sat in their nest squawking for higher dividends and waiting to be fed." (zitiert bei Alex Rubner, a.a.O., Seite IX)

4) Konrad Otto, a.a.O., Seite 116

Bemerkenswert ist die Tatsache, daß man am Ende des vorigen Jahrhunderts in England durch die "Leemans-Akte" Kurschwankungen dadurch zu verhindern trachtete, daß jeder, der Bankaktien verkaufte, die Nummern der Stücke angeben mußte, und daß nur diese Stücke geliefert werden durften. Man wollte damit verhindern, daß in Bankaktien ala Baisse spekuliert würde und durch einen möglichen Kursverfall eine Beunruhigung der Einleger hervorgerufen werden könnte. (vgl. Edgar Jaffé, a.a.O., Seite 320)

Ein weiterer Gesichtspunkt in der Argumentation für eine eingeschränkte Bankenpublizität wird von den Befürwortern der Bankprivilegien im relativ geringen Anteil des Eigenkapitals gesehen.¹⁾ Dieses sei prozentual erheblich geringer als bei Industrieunternehmungen und schon geringfügige Kurseinbrüche bei den festverzinslichen Werten (die betrifft vor allem die englischen Banken) könnten den ausgewiesenen Eigenkapitalanteil angreifen.²⁾ Es sei daher notwendig - und diese Betrachtungsweise habe sich schon lange bei den Banken durchgesetzt - die stillen Reserven als das eigentliche Haftungskapital der Banken anzusprechen, die offenen Rücklagen als eine Art Notgroschen zu sehen und schließlich das Grundkapital als den Strohalm zu betrachten, "nach dem der Bankier erst greift, wenn ihm das Wasser über dem Kopf zusammenschlägt".³⁾ Daher sei es auch bei den Banken üblich, ein Drittel des Überschusses auszuschütten und je ein Drittel in die offenen und stillen Reserven zu legen.⁴⁾ Schließlich würde, und das ist die Schlußfolgerung, die in Deutschland und England in gleicher Deutlichkeit gezogen wird, sollten bei den Banken in schlechten Jahren einmal Verluste auszuweisen sein, die die volle Wahrheit publizierende Bank durch das "irrationale Verhalten"⁵⁾ der Bankkunden in ihrer Existenz gefährdet. Würden gleichzeitig mehrere Banken vom gleichen Schicksal getroffen, würde eine volle Publizität "weaken confidence in the banking system"⁶⁾. Bankkunden und

1) z.B. Heinrich Birck: "Stille Reserven", a.a.O., S. 417

2) vgl. Memorandum by the Committee of London Clearing Bankers, a.a.O., Seite 644

3) Karl Frank: "Der Jamaskopf der stillen Reserven", in: Vorträge für Sparkassenprüfer 1964, Stuttgart 1965, Seite 27

4) vgl. Ausführungen von Freiherr von Tucher auf der Hauptversammlung 1965 der Bayerischen Vereinsbank, in: SZ vom 2.4.1965, Seite 34

5) Hans Janberg, a.a.O., Seite 515

6) Jenkins-Report, a.a.O., Seite 156

Aktionäre würden "unruhig"¹⁾. "Heavy drafts"²⁾ von den stillen Reserven könnten die Stabilität der Bank untergraben. Letztlich könnte ein Verlustausweis "das Ende des Bankunternehmens"³⁾ bedeuten.

Die letztgenannte Schlußfolgerung läuft also auf das häufig zitierte "run"-Argument hinaus, wonach bei Verlustausweisen der Bank die Gefahr bestünde, daß die Einleger die Bankschalter stürmen und ihre Einlagen zurückfordern würden. Die Bank wäre dann nach kurzer Zeit gezwungen, wegen Liquiditätsschwierigkeiten ihre Schalter zu schließen. Dadurch würden wiederum auch die Einleger der anderen, bisher noch unbeteiligten Banken unruhig; es käme zu Kettenreaktionen, und der Zusammenbruch des gesamten Bankensystems wäre nur noch eine Frage der Zeit.

Dieses "run"-Argument ist einer der Angelpunkte der gesamten Diskussion um die Freistellung der Banken von den für andere Gesellschaften gültigen Publizitätsvorschriften.

Ein nur in Deutschland anzutreffendes Argument geht dahin, dem stark ausgebauten Bankenaufsichtssystem der Bundesrepublik eine wirksame Kontrolle der Banken zuzuerkennen. "Die Bankenaufsichtsbehörde nimmt in die Handhabung der Banken laufend Einblick und hat die Möglichkeit, gegen etwaige mißbräuchliche Anwendung des Instruments der stillen Reserven rechtzeitig einzuschreiten, sei es, daß eine sich anbahnende bedrohliche Entwicklung verschleiert, sei es, daß die Dividendenansprüche der Aktionäre unangemessen grob verkürzt werden sollen."⁴⁾ Bezeichnend ist eine Bemerkung JANBERG'S, daß ja auch der Staat erkannt habe, daß die Banken einem öffentlichen Interesse dienten, wenn sie gut proportionierte stille Reserven hinter der Fassade ihrer Bilanzen versteck-

1) Curt Eisfeld, a.a.O., Seite 55

2) Memorandum by the Committee of London Clearing Bankers, a.a.O., Seite 645

3) Heinrich Birck: "Stille Reserven", a.a.O., Seite 417

4) Heinrich Birck: "Stille Reserven", a.a.O., Seite 420
vgl. hierzu Seite 256 f.

ken würden. Dies könne man schon daraus ersehen, daß er die Banken zur Vornahme von Sammelwertberichtigungen - ohne Verzicht auf zusätzliche Einzelwertberichtigungen auf erkennbare Risiken - veranlasse und daß die Aktienbanken ihre Gewinn- und Verlustrechnung frei gestalten könnten, ohne daß der Staat an dieser geübten Praxis der Erfolgsverschleierung Anstoß nähme.¹⁾

In England ist wiederum das Argument typisch, daß es sich beim englischen Bankwesen um einen "national asset" handle. Englische Banken würden durch ihre Tätigkeit dazu beitragen, das englische Zahlungsbilanzproblem zu lösen ("invisible exports").²⁾ Daher dürfe vor allem dem Ausland gegenüber kein Zweifel an der Stabilität der englischen Banken entstehen, wie dies bei einer vollen Bankenpublizität befürchtet werden müsse, da vor allem Länder, die mit den englischen Verhältnissen nur oberflächlich vertraut seien, schon bei geringsten Symptomen unruhig würden.³⁾ Sir Cuthbert CLEGG, Chairman der Martins Bank, verglich in seiner Rede auf der Hauptversammlung seiner Bank diesen möglichen Vertrauensschwund mit den tatsächlichen Ereignissen während der Pfundkrise vom November 1964. "Wir haben gesehen, wie leicht Vertrauen dahinschwinden kann und wie ernst die Folgen sein können."⁴⁾ Auch in diesen Worten erscheint also eine befürchtete Vertrauenskrise als Basisargument gegen eine zu weitgehende Publizität.

Weitere Gesichtspunkte für eine eingeschränkte Bankenpublizität führt die "British Overseas Banks Association" an, die sich ebenfalls mit den Verhältnissen im Ausland beschäftigt:

1) Hans Janberg, a.a.O., Seite 515

2) vgl. Cohen-Report, a.a.O., Seite 56

3) vgl. Cohen-Report, a.a.O., Seite 57

4) zitiert bei o.V.: "Disclosure of Bank Profits", a.a.O., Seite 542

"Möglichkeiten, um stille Reserven zu besitzen und zu bilden sind sehr wichtig für die britischen Überseebanken. Diese hatten mit beispiellosten Zerschlagungen, die aus den politischen Entwicklungen stammten, zu kämpfen. Das Anwachsen des Nationalismus hat neue Probleme geschaffen. Wollte man Zuweisungen zu den Reserven gegen mögliche, aus diesen Gründen eintretende Verluste, veröffentlichen, würde dies eine fatale Aufforderung zu Beschlagnahmeaktionen sein, die mit der Begründung erfolgen könnten, die Banken würden ja nichts verlieren, da sie ja für diesen Eventualfall vorgesorgt hätten."¹⁾

Die "Association" fährt fort, daß im übrigen die britischen Banken in zunehmendem Maße in einer Reihe von Ländern diskriminiert würden. Man dränge darauf, daß diese Banken mehr Kapital in die betreffenden Länder brächten, ohne daß aber die Aussicht bestünde, dieses Kapital zurückzutransferieren oder einen vernünftigen Ertrag dafür zu erhalten. "Der Druck von dieser Seite würde ohne Zweifel erheblich verstärkt, wenn die veröffentlichten Bilanzen der britischen Banken größere innere Reserven veröffentlichen müssten."²⁾

Schließlich wird darauf hingewiesen, daß in den meisten Ländern kaum Publizitätsvorschriften für Banken bestünden; daher könne man nicht von den englischen Banken insofern eine Vorleistung erwarten, daß sie ihre wahren Gewinne zeigten oder ihre stillen Reserven offenlegen würden.

Im Detail werden von den englischen Banken die schwankenden Wertpapierkurse der festverzinslichen Anlagepapiere herangezogen, um die Befreiung von den Bewertungsvorschriften zu rechtfertigen. Es wurde oben³⁾ an Beispielen der letzten Jahre nachgewiesen, wie sehr die Kurse dieser Papiere durch

1) Memorandum by the British Overseas Banks Association, a.a.O., Seite 997

2) Memorandum by the British Overseas Banks Association, a.a.O., Seite 997

3) vgl. Seite 154 ff.

Maßnahmen der Bank von England beeinflusst werden können. Die Banken argumentieren, daß die hierdurch entstehenden buchmäßigen Kursverluste nicht veröffentlicht werden könnten, sondern daß zur Abdeckung stille Reserven herangezogen werden müßten.¹⁾

Last, but not least führt MURRAY einen Gesichtspunkt an, den auch die Großbanken sich zur Verteidigung ihrer Position gern zu eigen machen. Er sieht nämlich im Zwang zu einer möglichst detaillierten Unternehmenspublizität einen Widerspruch zur traditionellen angelsächsischen Idee des wirtschaftlichen "laissez-faire". Der aus dem frühen 19. Jahrhundert stammende wirtschaftspolitische Liberalismus Englands war der Auffassung, daß der Allgemeinheit am besten dadurch gedient sei, wenn "individuals are left as free as possible to pursue their own self interest".²⁾ Aus dieser Ideologie heraus wurde für die Frage der Publizität abgeleitet, daß auch hierbei kein gesetzlicher Zwang ausgeübt werden sollte, sondern die Leitung des Unternehmens selbst zu entscheiden habe, wieviel sie im Einzelfalle zu veröffentlichen bereit sei.³⁾

In einem abschließenden Abschnitt werden diese Gesichtspunkte daraufhin überprüft werden, ob sie unter den heutigen Umständen in Deutschland und England noch Gültigkeit haben.

1) vgl. Memorandum by the Committee of Scottish Bank General Managers, a.a.O., Seite 500

2) A.F. Murray: "What Investors want from Company Accounts", a.a.O., Seite 965

3) "By the middle of the 19th century, when the foundations of company law were being laid, this doctrine has become part of the conventional wisdom of the age, and it was widely assumed that the decisions about how much information to reveal to investors was, like other economic decisions, best left to the individual concerned, who were, after all, in the best position to weigh up the balance of advantage in each particular case."
(A.F. Murray, a.a.O., Seite 966)

b. Gesichtspunkte gegen eine Sonderstellung der Banken

Die Kritiker der Ausnahmeregelungen für Banken finden sich vornehmlich auf der betriebswirtschaftlich-theoretischen Seite. Dabei ist auch hier erstaunlich, wie sehr sich die in Deutschland und England vorgetragenen Argumente gleichen.¹⁾ Die Kritiker der Bankenpublizität stellen vor allem die den Kreditinstituten gewährten Möglichkeiten zur Bildung und Auflösung stiller Reserven in den Mittelpunkt. Auch Autoren, die die Besonderheiten des Bankwesens durchaus anerkennen und auch ein gewisses Schutzbedürfnis der Kreditinstitute nicht in Frage stellen, bezweifeln, daß die für Banken getroffenen Regelungen - vor allem in England - sich mit den Erfordernissen einer modernen Unternehmenspublizität in Übereinstimmung befinden. Es ist bemerkenswert, daß die Position der uneingeschränkten Befürworter der Sonderstellung der Banken in den letzten Jahren erheblich schwächer geworden ist. So stellte der JENKINS-Report fest: "Inzwischen (seit dem COHEN-Report, Anm. d. Verf.) hat eine bemerkenswerte Wandlung der öffentlichen Meinung stattgefunden. Die Veröffentlichung der inneren Reserven ist nun seit über einem Jahrzehnt zur Regel geworden, und Kapitalanleger und ihre Berater bestehen darauf, daß es notwendig sei, den Aktionären noch mehr Informationen zu gewähren. In diesem Klima der öffentlichen Meinung ist es ganz natürlich, daß die Ausnahmen, deren sich die Banken erfreuen können, von vielen als ein Anachronismus angesehen werden."²⁾

Die Kritiker einer eingeschränkten Bankenpublizität betonen, daß wesentliche Rechte der Aktionäre beeinträchtigt würden. Vor allem sei es den Bankaktionären nicht möglich, "eine intelligente Beurteilung des Managements des Unternehmens"³⁾

1) Die folgenden Ausführungen stützen sich vor allem auf die vorhandene englische Literatur.

2) Jenkins-Report, a.a.O., Seite 156

3) Note of Dissent, a.a.O., Seite 211

abzugeben. Sie könnten daher ihrem Kontrollrecht nicht nachkommen. Außerdem sei eine kritische Beurteilung der Dividendenpolitik der jeweiligen Geschäftsleitung nicht möglich; diese sei aber umso mehr angebracht, da man eine "allgemeine Lustlosigkeit der Geschäftsleitung, den steigenden Gewinnen durch steigende Dividendenzahlungen zu entsprechen"¹⁾ beobachten könne. Es sei aber "moralisch falsch, den Aktionären die laufenden Erträge ihrer Investitionen vorzuenthalten".²⁾ Ein klares Bild über die Vermögenslage zu gewinnen, eine Beurteilung des tatsächlichen Wertes der Bankaktien und entsprechende Wirtschaftlichkeitsberechnungen seien zudem nicht möglich. Daher seien bei Übernahme- und Fusionsangeboten durch andere Gesellschaften die meisten Aktionäre (vor allem die Kleinaktionäre) benachteiligt, die nicht wissen können, "was die tatsächlichen Reserven der Gesellschaft sind".³⁾ Dies sei aber in höchstem Maße "unfair".⁴⁾ Insgesamt ließe sich also sagen, daß man den Aktionär als den "forgotten man of banking"⁵⁾ bezeichnen könne, wobei

1) o.V.: "Getting one's Clores into a Clearing Bank", a.a.O., Seite 162

2) Alex Rubner, a.a.O., Seite IX

3) Jenkins-Report, a.a.O.
(Minutes of Evidence, Question 2322, Seite 462)

4) Das Wort "fair" spielt im englischen Rechtsdenken eine bedeutende Rolle. Es ist bereits im Zusammenhang mit dem "fair and true view" mehrfach aufgetaucht und praktisch unübersetzbar (im Wörterbuch finden sich Bedeutungen wie "anständig", "ritterlich", oder auch "ehrlich", "gerecht" und "billig"). "Man kann das Wort auch nicht in diese verschiedenen Bedeutungen auflösen, vielmehr verschmelzen sie in ihm, es bedeutet nicht bald das Eine, bald das Andere, alle seine Bedeutungen schwingen bei jedem Gebrauch des Wortes gleichzeitig mehr oder minder mit. Schon aber beginnt "fair" ein in die deutsche Sprache aufgenommenes Fremdwort zu werden, dessen vielfältige Bedeutung auch für uns zu vielfältig nuancierter Einheit sich verbinden. Es ist insbesondere in seiner Anwendung auf den Sport geläufig geworden: im Sinne des "fair play". (Gustav Radbruch, a.a.O., Seite 15)

5) Howard Crosse, a.a.O., Seite 288

aber auch alle anderen Außenstehenden, seien es Kapitalanleger, die Öffentlichkeit oder die Wirtschaftspresse bei Kreditinstituten "in the dark"¹⁾ blieben.

Auch für die Gewerkschaften sei es schwierig, "to discuss wage claims"²⁾, solange man keine Unterlage für die wahre Beurteilung der Ertragslage habe.

Durch die eingeschränkte Bankenpublizität sei ferner eine Uniformität in der Undurchsichtigkeit der Bankbilanzen eingetreten, obwohl ja auch bei Kreditinstituten erhebliche Qualitätsunterschiede vorhanden seien. Dies könnte bei dem Zusammenbruch einer Bank leicht die Gefahr heraufbeschwören, daß das Publikum fürchte, um die anderen Banken sei es auch nicht besser bestellt, da Qualitätsunterschiede für die breite Masse der Aktionäre und anderer "outsider" aus den Bilanzen und Erfolgsrechnungen nicht zu ersehen seien. Daher müsse man "allem entgegenwirken, was beim Publikum den Eindruck nährt, die Geschäftsstruktur aller Banken sei ziemlich genau gleich".³⁾

Außerdem würde auch hier die ungenügende Bankenpublizität zwei Klassen von Informierten schaffen: die "ordinary mortals" und diejenigen, die über "insider-informations" verfügen, ein Tatbestand, der sich mit dem in England vorhandenen Sinn für Fairness nicht vereinbaren läßt.⁴⁾

Schließlich sei eine Verbesserung der Aussagekraft der veröffentlichten Bilanzen und Erfolgsrechnungen in Zukunft auch deswegen notwendig, "to attract capital".⁵⁾ Die Banken seien nämlich insofern inkonsequent, als sie, wenn sie selbst Ausleihungen tätigen würden, sehr genaue Informationen von ihren

1) o.V.: "The Jenkins-Report - its meaning for the practical Banker", a.a.O., Seite 137

2) o.V.: "Disclosure of Bank Profits", a.a.O., Seite 540

3) Wolfgang Stützel: Bankpolitik heute und morgen, a.a.O., Seite 30

4) vgl. o.V.: "Getting one's Clores into a Clearing Bank, a.a.O., Seite 163

5) Edward W. Reed, a.a.O., Seite 69

Kunden verlangen; "They should not be opposed to making similar informations available".

Bei der Kritik an der gegenwärtigen Bankenpublizität wird vor allem auch auf die mangelhafte Aussagefähigkeit der Gewinn- und Verlustrechnung hingewiesen.¹⁾ MACRAE schreibt zur Erfolgsrechnung der englischen Banken: "The published statements of banks profits have really very little meaning,"²⁾ während sie von DESSAUER als nichts anderes als eine "Aufstellung über die Gewinnverteilung"³⁾ bezeichnet wird. Kernpunkt bei den Kritikern ist jedoch die Politik der stillen Reserven. Sie werden als "out of harmony with the modern trend"⁴⁾ bezeichnet, während RUBNER feststellt, daß bei den anderen englischen Aktiengesellschaften "die offizielle Schlacht gegen die stillen Reserven entscheidend gewonnen wurde".⁵⁾ Umso größer ist daher gerade in England der Unterschied zwischen den Banken und den anderen Aktiengesellschaften, die voll den Bestimmungen des Company Act unterliegen.

Die Hauptgefahr der stillen Reserven wird darin gesehen, daß Einleger und Aktionäre nichts von möglicherweise entstehenden Verlusten erführen; die stillen Reserven könne man daher nur als das "Verlustverschleierungspotential" der Banken bezeichnen.⁶⁾ Im Extremfall schließlich könnten die Kreditinstitute in ihrer Erfolgsrechnung Gewinne veröffentlichen, "even when they are making losses".⁷⁾ Der Bildung dieser stillen Reserven werde durch den Gesetzgeber durch eine erhebliche Bewertungsfreiheit Vorschub geleistet. Buchhalter-

1) In der deutschen Literatur vor allem: Otfried Fischer: "Reformbedürftige Erfolgsrechnung der Aktienbanken", a.a.O., Seite 2335 ff. und Dietrich Faßhauer, a.a.O., Seite 448 ff.

2) Norman Macrae, a.a.O., Seite 256
vgl. auch W.J. Thorne, a.a.O., Seite 98

3) Marie Dessauer, a.a.O., Seite 143

4) o.V.: "Should the Banks disclose their inner Reserves?", a.a.O., Seite 340

5) Alex Rubner, a.a.O., Seite 15

6) Wolfgang Stützel, "Lob der Stille von Reserven?", in: ZfgK. Nr. 5 1959, Seite 460

7) William Lawson, a.a.O., Seite 41

sche Forderungen und Notwendigkeiten seien politischen Überlegungen geopfert worden. Von einem "fair and true view" könne bei Bankbilanzen nicht gesprochen werden.¹⁾ CLARK steigert die Argumentation noch durch den Hinweis, daß das allgemeine Mißtrauen gegen das Kreditgewerbe vor allem in der geringen Bankenpublizität seinen Grund habe ("excessive secrecy on the parts of the banks"). Er führt dazu weiter aus: "Full disclosure would probably do more to break down the distrust than any other single move the banks could take."²⁾

Schließlich werden in der eingeschränkten Bankenpublizität auch erhebliche volkswirtschaftliche Nachteile gesehen. Während WINCOTT feststellt, daß eine volle Unternehmenspublizität ein geeignetes Mittel sei "to protect the public and increase the nation's overall economic efficiency"³⁾, führt BAXTER hierzu aus: "In einer freien Wirtschaftsordnung werden die Mittel ihrer nutzbringendsten Verwendung durch die Entscheidungen des Einzelnen zugeführt. Wenn diese Wirtschaftsordnung wirksam funktionieren soll, müssen diese Entscheidungen auf einer angemessenen Information beruhen. Investoren sollten die vollsten und klarsten Daten der einzelnen Geschäftsbereiche zur Verfügung haben. Durch solche Mitteilungen informiert, werden sie neue Mittel nur dort investieren, wo die höchsten Gewinne bestehen - dies ist letztlich auch im Sinne des Verbrauchers, indem nämlich abnorm hohe Profitraten auf ein Normalmaß reduziert werden. Die "society", die darin versagt, sich selbst mit den bestmöglichen Informationen zu versorgen, ist "wasting resources and keeping its income needlessly low".⁴⁾ Daher sei, wie

1) vgl. Memorandum by the Council of the Institute of Chartered Accountants of Scotland, a.a.O., Seite 1339

2) Russell J. Clark: "Trends in European Banking", in: The Bankers Magazine 1964, Seite 161

3) Memorandum by Mr. Harold Wincott, in: Minutes of Evidence, a.a.O., Seite 55

4) Memorandum by W.T. Baxter, in: Minutes of Evidence, a.a.O., Seite 188

ROSE schließlich feststellt, auf lange Sicht gesehen, "publicity the price of freedom".¹⁾ Letztlich bestünde nur die Wahl zwischen "freedom with publicity, on the one hand, and suspicion leading to legal restriction of action, on the other".²⁾

Dies wird auch von SÜCHTING ausgesprochen, der zur Frage der Bankenpublizität die Feststellung trifft: "Jede gesetzliche Sonderbehandlung eines Gewerbezweiges muß die Meinung verstärken, es handle sich hier um einen Zentralbereich öffentlichen Interesses, vergleichbar etwa der Energieversorgung oder dem Verkehrswesen. Wird diese Ansicht zur Verkehrsauffassung, so ist es für die betroffene Branche bis zur Überführung in Staatseigentum u.U. kein großer Schritt mehr."³⁾

c. Überlegungen zur Reform der gegenwärtigen Regelung

1. Beurteilung der Argumentation und eigene Stellungnahme

Die Darstellung und Aufzählung von Argumenten, die für bzw. gegen eine Sonderstellung der Banken hinsichtlich der Publizitätsvorschriften sprechen, wäre unvollkommen, würde sich hieran nicht eine eigene Stellungnahme und damit ein persönliches Engagement anschließen. Dabei werden zwangsläufig Werturteile gefällt werden müssen, da ja eine "Bewertung" der vorgetragenen Argumente vorläufig noch fehlt. Mit der Abgabe von Werturteilen ist zwar immer eine persönliche Stellungnahme verbunden, dennoch muß sich eine Formulierung von Werten oder Normen aus einer vorausgegangenen kritisch-rationalen Darstellung "objektiver" Tatbestände ableiten las-

1) Harold Rose, a.a.O., Seite 8

2) vgl. Ausführungen Seite 280 ff.

3) Joachim Süchting, a.a.O., Seite 259

sen. Ein Abwägen der Argumentation und eine eigene Stellungnahme kann wohl niemals objektiv sein, da es keine Erkenntnisaussage gibt, "an deren Zustandekommen nicht irgendwo der Wille, ein Interessiertsein, ein Vitalantrieb beteiligt wäre".¹⁾ So macht es auch den Reiz wissenschaftlicher Betätigung aus, einerseits rein logisch erschließbare und rein empirische Sachverhalte einerseits und praktische oder u.U. auch weltanschauliche Wertungen andererseits vorzutragen, sofern gesichert ist, daß beides klar voneinander getrennt wird.²⁾ Dabei muß allerdings auch die Grenze jeden Werturteils gesehen werden: kein Werturteil hat Anspruch darauf, allgemeingültige Aussagen zu machen. Allerdings sollte jede Wertung nach Möglichkeit ihre Anerkennung durch möglichst "viele Glieder eines sozialen Bandes"³⁾ finden. Nur dadurch läßt sich eine Argumentation im luftleeren Raum vermeiden. Es wäre also beispielsweise nutzlos, wollte man an die Probleme der Bankpublizität mit dem Eifer eines "Bilanzfanatikers" herangehen, ohne die herrschende Zeitströmung, die vitale Interessenlage der Beteiligten und - als wichtigstes - die politischen Möglichkeiten zur Reform in die Betrachtung miteinzubeziehen.

Die in beiden Ländern z.Zt. stattfindende Diskussion über Ausmaß und Grundlagen der Bankenpublizität ist noch nicht abgeschlossen und hat sowohl die politischen und wissenschaftlichen Institutionen als auch die wirtschaftlichen Vertretungen, insbesondere der Kreditinstitute, berührt. Die Gründe und Motive der dabei verwandten Argumente und

-
- 1) Hans Floitgraf: Steuerprivilegien und Wettbewerb im Bankwesen, Frankfurt/M. 1964, Seite 10
 - 2) vgl. Max Weber: "Der Sinn der "Wertfreiheit" der soziologischen und ökonomischen Wissenschaften", in: Gesammelte Aufsätze zur Wissenschaftslehre, Tübingen 1951, Seite 475 f.
 - 3) Hans Floitgraf, a.a.O., Seite 16

entsprechend ihre Werte sind verschieden; wie aber bei allen sich mehr oder weniger aus empirischen und historischen Ereignissen und Abläufen ergebenden Tatbeständen fallen "wesentliche" oder mehr "zufällige" Fakten und Argumente zusammen. In der Fülle der Stellungnahmen sind sowohl reine Interessentengesichtspunkte als auch Äußerungen politischen Willens und schließlich wissenschaftlich begründete Meinungen zu finden. Bei der Diskussion um ein so schwieriges Problem, wie es die Bankenpublizität darstellt, kann die Vielfalt der vorhandenen Meinungsäußerungen nicht erstaunen, denn das Kennzeichen des "sozialpolitischen Charakters eines Problems ist es ja geradezu, daß es nicht auf Grund bloß technischer Erwägungen aus feststehenden Zwecken heraus zu erledigen ist, daß um die regulativen Wertmaßstäbe selbst gestritten werden kann und muß".¹⁾

Es wird die Aufgabe der folgenden Ausführungen sein, die angeführten Argumente zu "bewerten", um schließlich einen eigenen Standpunkt zu finden.

Wenn aufgrund der bisherigen Darlegungen festzustehen scheint, daß der gegenwärtige Zustand der Bankenpublizität in Deutschland und England nicht befriedigt, wäre zunächst zu überlegen, wieweit die Publizitätsanforderungen, die man generell an Banken stellen kann, gehen sollen, ohne die Schutzbedürfnisse des Kreditwesens zu beeinträchtigen. Dieses Schutzbedürfnis ergibt sich aus der volkswirtschaftlichen Bedeutung der Kreditinstitute, so daß inzwischen die Auffassungen darüber nicht mehr auseinandergehen, "dem Bankgewerbe komme neben anderen Gewerbebezügen in der Volkswirtschaft eine Sonderstellung zu".²⁾ Die überragende gesamtwirtschaftliche Stellung des Kreditwesens hat zu der kaum noch umstrittenen

1) Max Weber: "Die "Objektivität" sozialwissenschaftlicher und sozialpolitischer Erkenntnis, a.a.O., Seite 153

2) Wolfgang Stüttzel: Bankpolitik heute und morgen, a.a.O., Seite 9

Schlußfolgerung geführt, diesen Sektor teilweise aus dem marktwirtschaftlichen Geschehen herauszulösen. Dies wird etwa von RÖPKE begründet: "So ist man denn seit langem übereingekommen, im Kreditwesen einen Bereich zu sehen, der innerhalb der Marktwirtschaft nicht der Selbststeuerung durch Preismechanismus und Wettbewerb überlassen werden darf, sondern einer planmäßigen Außensteuerung durch ständige Aufsicht und Unterwerfung unter bestimmte gesetzliche Bedingungen bedarf. Es ist ein wesentlicher Teil der modernen und in bitteren Erfahrungen gereiften Theorie der Marktwirtschaft, das Bestehen solcher Bereiche anzuerkennen und im Kreditwesen einer ihrer wichtigsten zu erblicken."¹⁾

Auch wenn man anerkennen mag, daß der Bankensektor nicht unbedingt den gleichen Regeln und Gesetzen der anderen Wirtschaftseinheiten zu unterliegen brauche, so bedeutet dies noch nicht, daß sich hieraus bereits die Einschränkung der Bankenpublizität ableiten läßt. Ebenso ist der Hinweis auf das Vorhandensein eines Bankenaufsichtssystems, das die Nachteile der mangelnden Publizität durch seine Kontrolle kompensieren könne, kein gutes Argument. Ein ausreichend funktionierendes Bankenaufsichtssystem kann zwar sehr wohl dazu beitragen, vor allem die Bankgläubiger zu schützen und damit dafür zu sorgen, daß das Vertrauen der Öffentlichkeit in das Bankgewerbe erhalten bleibt. Die Bankenaufsicht soll jedoch nicht die Aufgabe haben, das verantwortliche Handeln der Aktionäre zu ersetzen. Es ist aber zweifelhaft, ob durch eine Einschränkung der Publizität eine Teilnahme der Aktionäre an der Verantwortung überhaupt noch möglich ist, da das veröffentlichte Zahlenwerk zu einer fundierten und vernünftigen Beurteilung der Bankleitung in aller Regel nicht ausreicht. Die aus dem besonderen Schutzbedürfnis der Banken abgeleitete eingeschränkte Publizität mit dem Vorhandensein

1) zitiert bei Arnulf Gnam: "Eine Lücke im KWG-Entwurf", in: ZfgK. Nr. 8 1959, Seite 311

einer Bankenaufsicht zu verharmlosen, würde bedeuten, dem Aktionär seine Rechte und Pflichten zu nehmen und in ihm mehr die Rolle eines Obligationärs zu sehen. Darin kann aber nicht der Sinn der Staatsaufsicht liegen.

Neben den Rechten der Aktionäre muß aber auch das Schutzbedürfnis der Gläubiger bedacht werden. Bemerkenswert ist, daß sowohl das JENKINS-Committee (fußend auf den Auffassungen des COHEN-Committee) als auch in jüngster Zeit NEBENDORF ("Es ist kein Anlaß zu sehen, das Primat des Gläubigerschutzprinzips in der Rechnungslegung der Banken aufzugeben zugunsten von Publizitätsgrundsätzen, die die Interessen der Bankaktionäre besonders in den Vordergrund stellen."¹⁾) offenbar von der Auffassung ausgehen, daß Aktionäre und Gläubiger generell verschiedene Publizitätsinteressen haben: die Aktionäre seien für möglichst weitgehende Unternehmenspublizität, während den Gläubigerinteressen am besten durch möglichst große Geheimhaltung der tatsächlichen Lage des Unternehmens gedient sei; das Vorhandensein erheblicher stiller Reserven sei also in diesem Sinne als wirksames Mittel zur Erfüllung des Gläubigerschutzgedankens anzusehen. In dem Primat der "vorsichtigen" Bewertung aber die Erfüllung dieses Grundsatzes allein zu sehen, ist zumindest zweifelhaft. Es wäre ja die Möglichkeit nicht auszuschließen, daß die durch vorsichtige Bewertung und Bildung stiller Reserven erhöhte Haftungssumme des Unternehmens in ungünstigen Jahren wieder still aufgelöst wird. "Da das aber versteckt geschieht, werden die Außenstehenden - oft allerdings selbst die "insiders" - über die Situation des Unternehmens in der unmittelbaren Vergangenheit getäuscht."²⁾ Eine wahre Rechnungslegung dürfte daher eher auch den Gläubigerinteressen entsprechen als die Verschleierung der tatsächlichen Verhältnisse. "Nur ein

1) Karl Nebendorf, a.a.O., Seite 58 f.

2) Ulrich Leffson: Grundsätze, a.a.O., Seite 64

völlig mißverstandenes Prinzip des Gläubigerschutzes kann die Bildung willkürlicher stiller Rücklagen und die mit ihr verbundene Möglichkeit decken, Verluste zu verschleiern."¹⁾ Die Behauptung, die noch im COHEN-Report zu finden ist, die eingeschränkte-Publizität der Banken läge im Interesse der Einleger, darf also zumindest stark angezweifelt werden. Im Einzelfalle wäre immerhin der Fall denkbar, daß eine Bank, die sich bereits in der Verlustzone befindet, durch Auflösen stiller Reserven Gewinne ausweist. Ein Einleger, der sein Geld dieser Bank anvertrauen möchte, kann dies naturgemäß nicht erkennen und wird möglicherweise geschädigt. Wenn dies in der Praxis auch ein Ausnahmefall sein dürfte, so kann jedoch auch eine unwirtschaftlich arbeitende Bank unter den - vor allem den englischen Banken zugestandenen - gegenwärtigen Ausnahmenvorschriften Schutz finden, weil nach außen hin, d.h. für den Einleger, ein falsches Bild entstehen kann.²⁾ Es liegt daher wohl kaum im Interesse der Gläubiger, wenn Einlagen geleistet werden "on the basis of accounts which showed a bank to be more prosperous than it really was".³⁾

Auch der anderen Argumentation des COHEN-Report, daß durch die Befreiung der Kreditinstitute von den wesentlichen Publizitätsbestimmungen das Vertrauen der Öffentlichkeit zu den Banken gewährleistet werde, kann nicht zugestimmt werden. Diese Auffassung ließe sich - so EDEY - auch so formulieren, "daß man also mehr Vertrauen in ein Unternehmen hat, wenn man nicht weiß, wie es um seine Gewinne und Vermögenswerte steht, als wenn man eine volle Berichterstattung über auch einmal ungünstige Ergebnisse erhält".⁴⁾ Die Fragwürdigkeit der vom COHEN-Report vertretenen Ansicht wird durch diese

1) Walther Busse von Colbe: "Gewinnrücklagen", a.a.O., Seite 392

2) vgl. Memorandum by Mr. Harold Wincott, a.a.O., Seite 56

3) Note of Dissent, a.a.O., Seite 213

4) Memorandum by Mr. Harold E. Edey, a.a.O., Seite 192 f.

pointierte Formulierung deutlich. Gerade die betonte Geheimhaltungspolitik der Banken gibt zu willkürlichen Interpretationen des Jahresabschlusses Anlaß und begünstigt das Mißtrauen den Banken gegenüber. So sind HENDERSON und TEW der Auffassung, daß die Banken, würden sie ihre wahren Gewinne (und möglicherweise auch Verluste) und Reserven veröffentlichen, wohl kaum "suffer from a loss of public confidence".¹⁾

Einer der wesentlichsten Punkt, um die es bei der Diskussion um die Bankenpublizität geht, ist das Problem der "richtigen" und "wahren" Bewertung und damit die Frage der Bilanzwahrheit. Bei einer Erörterung dieses sehr schwierigen Problems ist davon auszugehen, daß, solange es Bilanzen gibt, ein wahrheitsgetreuer Ausweis problematisch bleibt. So geht es hier also nicht darum, ob es in ordnungsmäßig aufgestellten Bilanzen etwa stille Reserven geben darf oder nicht. Die Praxis und die gesetzlichen Bestimmungen haben hierauf längst eine Antwort gegeben. Zum Wesen der Bilanz gehört es nun einmal, daß sich nicht alle Wertansätze genau berechnen lassen, sondern daß immer ein gewisser Ermessensspielraum vorhanden bleibt. Zwischen dem Erkennen eines solchen Tatbestandes und dem Bejahen der von den Banken geübten Bewertungspraktiken oder den vorgelegten Erfolgsrechnungen, die selbst den bescheidensten Ansprüchen an eine aussagefähige Gewinn- und Verlustrechnung nicht gerecht zu werden vermögen, besteht allerdings ein Unterschied. Die Politik der stillen Reserven, die ja nicht nur im Vorhandensein stiller Reserven besteht, sondern auch stille Zuführungen und Auflösungen mit beinhaltet, hier aber noch verbunden mit einer mangelhaften Gewinn- und Verlustrechnung, bietet, selbst wenn man ausdrücklich anerkennt, daß die exponierte Stellung der Banken in der Volkswirtschaft gewisse zusätzliche Polster fordert, Anlaß zur Kritik.

1) Memorandum by R.F. Henderson and Brian Tew, a.a.O.,
Seite 214

Zum andern ist es zumindest fraglich, ob sich die den Banken gewährten Möglichkeiten zur Bildung stiller Reserven und die in England anzutreffende beinahe völlige Bewertungsfreiheit mit dem Prinzip der Bilanzwahrheit vereinbaren lassen. Wenn es auch nahezu unmöglich ist, genau zu umgrenzen, was unter Bilanzwahrheit bzw. "fair and true view" zu verstehen ist, und es aus bereits dargelegten Gründen eine absolute Bilanzwahrheit auch nicht gibt, so ist jedoch eine Bilanz, in der fast beliebige Wertansätze gewählt und willkürlich stille Reserven gebildet und aufgelöst werden können, als nicht mehr mit diesem Prinzip übereinstimmend zu bezeichnen.

Das Schwergewicht der gesamten Argumentation um die stillen Reserven und die eingeschränkte Publizität der Banken liegt aber im "run"-Argument. Man befürchtet, daß eine "wahre" Publizität im Falle von Verlustausweisen oder Illiquidität zu einem Ansturm auf die Bankschalter führen und damit das Ende des Bankunternehmens bedeuten könnte.

Die Verhältnisse in England während der Bankenkrise 1931 zeigen, daß keine britische Bank zur Zahlungseinstellung gezwungen wurde und ein "run" auf die Kassen der Banken nicht stattfand. TRUPTIL erklärt dies folgendermaßen: "Der springende Punkt der Festigkeit gegenüber der Krise war die völlige Gelassenheit des britischen Einlegers. Durch Nationalstolz, Gemeinsinn und - dies muß auch zugegeben werden - durch eine gewisse Faulheit des Nachdenkens, hat der durchschnittliche Engländer es einfach abgelehnt zuzugeben, daß es auch für das englische Pfund Sterling möglich sei, den Weg anderer kontinentaleuropäischer Währungen zu gehen. Darüberhinaus hat er nicht einen Moment an der Solidarität und Solvenz der großen Banken in der City gezweifelt. Dieser "national spirit" bewahrte die großen Banken vor einer "run"-Furcht und hat die allgemeine Auffassung widerlegt, daß eine

Flucht aus dem Pfund einen bösen Kreis steigender Preise und die Inflation bewirken würde".¹⁾

Hinzu mag kommen, daß die rigorose Trennung des kurzfristigen und langfristigen Kreditgeschäfts, wie dies in den dreißiger Jahren noch für die englischen Banken typisch war, mit dazu beigetragen haben mag, die Krise zu vermeiden. Die englischen Clearingbanken sind durch das Einfrieren vor allem der langfristigen Kredite während der Krise nicht so betroffen worden wie die Banken anderer Länder. "Der Erfolg der britischen Banken im Überstehen der Krise beflügelte den Prozeß des "Reinigens" (purifying) der Depositenbanken in anderen Ländern, und selbst dort, wo die neuen Gesetze keine klare Trennung brachten, ging doch überall in Westeuropa die Tendenz dahin, die Geschäftsbanken strikt auf das kurzfristige Kreditgeschäft zu beschränken."²⁾

Wenn auch aus den Ereignissen während der großen Bankenkrise keine allgemein gültigen Schlußfolgerungen über die Berechtigung der "run"-Argumentation gezogen werden können, so gibt es einige Gesichtspunkte, die heutzutage gegen eine "run"-Furcht der Banken sprechen könnten. Eine exakte Prognose über die Verhaltensweise von Bankgläubigern in gewissen Ausnahmesituationen ist dabei naturgemäß nicht möglich. Es ließe sich höchstens darauf hinweisen, daß die Gleichheit der Jahresabschlüsse selbst bei einsichtigen und fachmännischen Bankkunden bewirken kann, beim Zusammenbruch einer Bank zu glauben, um die anderen Banken sei es auch nicht besser bestellt. Hierdurch könnten leicht die befürchteten "Fehlreaktionen" entstehen und der irrationale Effekt des "run" seine Nahrung finden.

Ein zu optimistischer Beurteilung Anlaß gebendes Beispiel war das Verhalten der englischen Bankkunden im Jahre 1956.

1) R.J. Troughton: British Banks and the London Money Market, London 1936, Seite 293

2) R.S. Sayers: Modern Banking, a.a.O., Seite 189

Vier der fünf Großbanken mußten in ihrem Geschäftsbericht darauf hinweisen, daß durch die eingetretenen Kursverluste bei den festverzinslichen Papieren die stillen Reserven erschöpft seien; dennoch entstand keine Vertrauenskrise beim Bankpublikum.¹⁾ Zum andern ließe sich auch auf die Verhältnisse in den Vereinigten Staaten hinweisen, wo einige der großen Banken ihre Ertragslage freimütig veröffentlichten, ohne daß dort bisher die befürchteten Nachteile eingetreten sind.²⁾ CROSSE hebt sogar hervor: "Diejenigen Banken, die ihre Gewinne detailliert veröffentlichen und dies auch während der letzten Jahre getan haben, haben davon keinerlei nachteilige Folgen gehabt. Im Gegenteil, ihre Aktien haben zu steigenden Kursen eine größere Resonanz an der Börse gefunden und sie hatten einen stärkeren Rückhalt bei einem größeren Kreise informierter Aktionäre."³⁾ Daher lehnt die englische Wirtschaftszeitung "THE BANKER" das "run"-Argument als Gesichtspunkt zur Stützung der Ausnahmestellung der englischen Banken überhaupt ab.⁴⁾

Die Argumentation mit dem "run" wird aber umso mehr fragwürdig, wenn man sich einmal die politischen Folgen, die z.B. aus dem Zusammenbruch einer Großbank, dem folgenden "run" auch auf die anderen Banken und dem schließlich unausweichlichen Zusammenbruch des gesamten Bankensystems entstehen können, vor Augen hält. So ist TOLFREE der Meinung, "that the failure of one of our big banks is as remote a possibility as the breakdown of British government".⁵⁾ Man kann daher wohl die Behauptung wagen, daß in beiden Ländern - wenn

1) vgl. Jenkins-Report, a.a.O., Seite 157

2) vgl. Note of Dissent, a.a.O., Seite 211 f.
vgl. auch Walter Scholz: "Bankenaufsicht, Bankprüfung und Bankbilanzierung in den USA", in: WPg. 1964, Seite 541

3) Howard D. Crosse, a.a.O., Seite 289

4) Hierzu wird ausgeführt: "The british public, backed up by a widely read financial press, is hardly prone to financial panic of this kind". (o.V.: "Disclosure of Bank Profits", a.a.O., Seite 540)

5) W. Reay Tolfree, a.a.O., Seite 71

auch unausgesprochenenmaßen - anerkannt wird, daß in einem wirklichen Krisenfälle, bei dem die Gefahr großer Bankenzusammenbrüche besteht, der Staat und die Notenbank zur Hilfe eilen würden, um wenigstens die Einlagen zu garantieren.¹⁾

Unter Berücksichtigung dieses Gesichtspunktes wird klar, daß der Schaden, den die Kreditinstitute durch eine verbesserte Publizität glauben erleiden zu müssen, in Wirklichkeit gar nicht so groß ist.

Zum andern muß bezweifelt werden, daß eine Bankenkrise, die ihren Ursprung nicht allein im Kreditwesen findet, durch eine eingeschränkte Bankenpublizität verhindert werden kann. Stille Reserven können weder den Zusammenbruch einer Bank, deren Verluste ein gewisses Maß überschritten haben oder die - was in der Mehrzahl der Fall sein dürfte²⁾ - illiquide geworden ist, noch den Ausbruch einer Krise des gesamten Bankensektors verhindern. Vor allem in diesem Fall werden Faktoren und Kräfte wirksam, gegen die die stillen Reserven allein nichts ausrichten können. Hinzu kommt noch die Wahrscheinlichkeit, daß gerade in Zeiten, in denen die stillen Reserven dringend benötigt werden, diese erheblich zusammengeschmolzen bzw. gar nicht mehr vorhanden sind. Existieren stille Reserven wenigstens noch buchmäßig, so lassen sie sich oftmals nicht mehr realisieren. Allzu große Hoffnungen, die man in normalen Zeiten auf diese Reserven gesetzt hatte, werden in Krisenzeiten zunichte. Weder kann eine Bankenkrise durch eine eingeschränkte Bankenpublizität verhindert werden, noch ist eine individuelle Bankenpolitik unter der täglichen gedanklichen Einbeziehung eines "run" möglich.³⁾ Berechtigt

1) vgl. Jenkins-Report, a.a.O., Seite 157

2) vgl. Wolfgang Stützel: Bankpolitik, a.a.O., Seite 36

3) Dies machte auch Sir Oliver Franks deutlich, als er vor dem Jenkins-Ausschuß sagte: "I at once say that I do not contemplate a run on any Clearing Bank as a matter of probability. It is not something which I take into account in my normal thoughts about my bank." (in: Jenkins-Report, Minutes of Evidence, a.a.O., Ziff. 3083, Seite 595)

erscheint jedoch die Furcht der Banken vor unbedachten Reaktionen der Einleger aber dann, wenn Verluste einer einzigen oder weniger kleinerer Banken veröffentlicht werden müßten, ohne daß darin schon Anzeichen für eine allgemeine Krise zu sehen wären. Um einer solchen Entwicklung zu begegnen, sei auf die Möglichkeit der Schaffung eines wirksamen Einlegerschutzes durch eine Depositenversicherung hingewiesen. Ein solches System, das CROSSE als "stout bulwark of confidence"¹⁾ bezeichnet, wirkt bereits seit langer Zeit in den USA "satisfactorily"²⁾. Hierdurch könnte die Furcht vor dem "irrationalen" Verhalten der Einleger, die einer wirksamen Verbesserung der Bankenpublizität im Wege steht, ausgeräumt werden, denn gerade "the man in the street is very much aware of deposit insurance".³⁾

Die Schlußfolgerungen der hier angestellten Betrachtung wären folgende: die von den Befürworthern der eingeschränkten Bankenpublizität vorgetragenen Argumente zur Stützung der Ausnahmestellung der Banken erweisen sich zum großen Teil als nicht stichhaltig. Vor allen Dingen wird durch das Geheimhalten wichtiger Tatbestände nicht erreicht - wie erhofft und argumentiert wird -, daß das Vertrauen der Bankkunden und der Öffentlichkeit gesichert bleibt. Die "Geheimhaltungspolitik" vieler Banken und die "Gleichheit" der Bankbilanzen fördert das Mißtrauen und begünstigt beim Zusammenbruch einer Bank die Annahme der Bankgläubiger, daß es um die anderen Banken auch nicht besser stünde. Auf der anderen Seite wird vor allem die Gruppe der Aktionäre durch die gegenwärtige Publizitätspraxis wesentlich in der Ausübung ihrer Rechte beein-

1) Howard D. Crosse, a.a.O., Seite 59

2) Harold Rose, a.a.O., Seite 52

3) Howard D. Crosse, a.a.O., Seite 162
vgl. hierzu auch: Heinz Voigt: Schutz der Bankdepositen, Diss. Frankfurt 1962; Arnulf Gnam: "Einlegerschutz im Kreditwesen", in: ZfgK. Nr. 8 1959, Seite 311 ff.; James R. Fiddes: Der gegenseitige Hilfsplan der britischen Trustee Savings Banks. Das Sparwesen der Welt 1954, Nr. 4, Seite 138 ff. (Abdruck aus: Journal of the Savings Banks Institute)

trächtigt. Schließlich wird das "run"-Argument - Kernpunkt der gesamten Diskussion über das Ausmaß der Bankenpublizität - erheblich überschätzt. Vor allem die Großbanken werden in beiden Ländern hervorragend geleitet, und die Anlagepolitik dieser Institute ist so vorsichtig und solide, daß auch durch möglicherweise eintretende Verluste eine Schmälerung der Vertrauensbasis nicht befürchtet zu werden braucht. Schließlich könnten bei einem "run" auf diese Banken der Staat und die Notenbank nicht untätig abseits stehen, wenn der Zusammenbruch des gesamten Bankensektors verhindert werden soll. Allerdings - und das muß zugegeben werden - liegt in möglichen menschlichen Reaktionen und Verhaltensweisen immer ein Unsicherheitsfaktor, der exakte Prognosen unmöglich macht. Ob aber der "run" in dem erwarteten und befürchteten Maße vom Umfang der Bankenpublizität abhängt, darf allerdings bezweifelt werden.

2. Möglichkeiten einer Verbesserung der Bankenpublizität

Im folgenden Abschnitt sollen einige Überlegungen angestellt werden, wo reale Möglichkeiten bestehen, die Bankenpublizität zu verbessern. Würden die im folgenden angeregten und erwogenen Verbesserungen der Publizität durchgeführt, wäre den Forderungen der Aktionäre, der Einleger und der breiten Öffentlichkeit weitgehend Rechnung getragen; auch die Interessen der Banken wären berücksichtigt, da sie in der Möglichkeit der Bildung stiller Reserven gegenüber dem jetzigen Zustand nicht wesentlich eingeschränkt würden.

21. Deutschland

Die Publizität der deutschen Großbanken wurde durch die Verabschiedung des AktG 1965 wesentlich verbessert. So ist der Umfang der erheblichen Beteiligungen dieser Banken deutlich

geworden, da auf Grund der §§ 20 und 21 bestimmte Beteiligungen von den Beteiligungsinhabern der betreffenden Gesellschaft mitzuteilen und von dieser in gewissen Fällen in den Gesellschaftsblättern bekanntzumachen sind. Umfang und jeweiliger Inhaber der Beteiligungen sind anzugeben. Die Formulierung entsprechend den gesetzlichen Vorschriften zwingt die Gesellschaften jedoch nicht, die genaue Höhe ihrer Schachtel- und Mehrheitsbeteiligungen zu nennen, da eine Beteiligung von "mehr als 25%" bis zu 50%, eine "Mehrheit" bis zu 100% gehen kann.

Bei den Bewertungsvorschriften für das Anlagevermögen wurde für die Kreditinstitute keine gegenüber anderen Unternehmungen gesonderte Regelung getroffen. Man hat den von der Bankenseite vorgetragenen Wünschen, auch für die Güter des Anlagevermögens die Bildung bilanzpolitischer stiller Reserven zuzulassen, eine Absage erteilt. Der Rechtsausschuß des Deutschen Bundestages war der Auffassung, daß die Übung, Bankgebäude auf Erinnerungsposten abzuschreiben den Erfordernissen "neuzeitlicher Publizität" widerspricht. "Offene Rücklagen machen ein Kreditinstitut mindestens ebenso kreditwürdig wie eine auf Erinnerungsposten abgeschriebene Betriebs- oder Geschäftsausstattung".¹⁾

Schwierig ist dagegen eine genaue Eingrenzung der Formulierung des § 26 a KWG, daß Forderungen und Wertpapiere des Umlaufvermögens mit einem niedrigeren als den im § 155 AktG vorgeschriebenen Wert angesetzt werden können, "soweit dies nach vernünftiger kaufmännischer Beurteilung und Sicherung gegen die besonderen Risiken des Geschäftszweigs der Kreditinstitute notwendig ist". Inwieweit diese Regelung gegenüber der früheren Praxis eine wesentliche Änderung bedeutet und

1) Deutscher Bundestag: Schriftlicher Bericht des Rechtsausschusses (Bericht des Abgeordneten Dr. Wilhelmi), Ergänzung zur Drucksache IV/3296, Bonn 1965, Seite 63

den Banken den Spielraum für die Legung stiller Reserven einengt, ist noch umstritten, weil die Formulierung des § 26 a KWG mehrere Möglichkeiten einer Interpretation zuläßt. Geht man lediglich vom Wortlaut der Bestimmung aus, ließe die elastische Formulierung den Schluß zu, daß der Gesetzgeber die generelle Möglichkeit der Banken zur Bildung stiller Reserven nicht beschränken wollte; die hier getroffene neue Regelung würde also keine grundsätzliche Änderung gegenüber früher bedeuten. FAISST folgert daher, daß, wenn man Ausnahmesituationen wie die Wirtschaftskrise 1931 in die Betrachtung einbezieht, die Formulierung des Gesetzes "praktisch keine Grenzen" für die Bildung stiller Rücklagen setzt, und der Wille des Gesetzgebers jedenfalls zur Zeit noch nicht eindeutig darauf gerichtet sei, "die stille Rücklagenbildung im Umlaufvermögen der Kreditinstitute der Höhe nach zu begrenzen".¹⁾

Zu einer anderen Auffassung würde man dann gelangen, wenn man die Entwicklung, die zu der Verabschiedung des neuen Gesetzeswerkes geführt hat, hinzuzieht. In der ursprünglichen Konzeption der Regierung war nämlich keine Sonderregelung für die Kreditinstitute vorgesehen. Erst die Bedenken der Bankwirtschaft und der den Banken nahestehenden Wirtschaftsjournalisten und Wissenschaftler und der persönliche Auftritt des Präsidenten des Bundesaufsichtsamtes, der sich den Argumenten der Banken weitgehend anschloß, konnten die Ausschüsse zu einer Modifizierung der Bewertungsbestimmungen bewegen. In Verbindung mit der vom Gesetzgeber eingeführten Möglichkeit einer Sonderprüfung, durch die die korrekte Einhaltung u.a. auch der Bewertungsvorschriften für das Umlaufvermögen kontrolliert werden soll, kann in der Formulierung der Bestimmung die Absicht gesehen werden, die völlige Bewertungsfreiheit der Banken einzuschränken. Wenn man auch verschiede-

1) Lothar Faißt: "Aktienrechtsreform", a.a.O., Seite 412 f.

ner Meinung darüber sein kann, ob eine solche Sonderprüfung praktikabel ist, besteht jedoch kein Zweifel, daß die Möglichkeit einer solchen Prüfung als ein "Warnschuß" gegenüber willkürlichen Unterbewertungen aufzufassen ist. Es wird daher wohl zunächst abgewartet werden müssen, wie die Bewertungspraktiken der Banken in den nächsten Jahren aussehen; danach wird man entscheiden müssen, ob in Zukunft noch weitere Einschränkungen der Bildung stiller Reserven im Umlaufvermögen notwendig werden.

Zu den möglichen Verbesserungen der Bankenpublizität in Deutschland könnte die Bilanzierung nach dem Bruttoprinzip gehören. Dies betrifft die Position "Debitoren", die in ihrer jetzigen Form wenig aussagefähig ist. Es ist üblich, daß erfolgte Sammel- und Einzelwertberichtigungen, die meist über das durch das Vorsichtsprinzip gebotene Maß hinausgehen, vom Nominalwert der Forderungen abgesetzt werden. Eine wesentliche Verbesserung wäre es, wenn man dazu überginge, diese Wertberichtigungen indirekt abzusetzen, sie also in einer besonderen Position auf der Passivseite der Bilanz auszuweisen. WEILBACH sieht in der Bilanzierung nach dem Bruttoprinzip die Forderung nach "Wahrheit, Klarheit und Vollständigkeit der Rechnungslegung" verwirklicht.¹⁾

FISCHER schlägt als Polster für wahrscheinlich in Depressionsjahren verstärkt auftretende Forderungsausfälle eine zusätzliche jährliche Risikoprämie vor, die als Delkredereposition auf der Passivseite auszuweisen wäre.²⁾ Es müßte daher geprüft werden, inwieweit dieser Vorschlag anwendbar und damit die Abkehr der stillen Reservebildung zugunsten offener Rücklagen ausbaufähig wäre. Wenn den Banken einge-

1) Erich Weillbach, a.a.O., Seite 68

2) Otfried Fischer: "Reformbedürftige Erfolgsrechnung", a.a.O., Seite 2338

räumt wird, daß sie auf Grund ihrer besonderen Stellung in der Gesamtwirtschaft mehr als andere Unternehmen Reservepolster ansammeln müssen, dann könnten die zusätzlich über das Normalmaß der Bewertungs- und Ermessensreserven hinausgehend gebildeten Reserven offen ausgewiesen werden.

Hauptziel jeder Reform der Bankenpublizität muß es aber sein, die Aussagefähigkeit der Gewinn- und Verlustrechnung der Aktienbanken zu verbessern. Hierzu ist es notwendig, auch für diese Banken baldmöglichst ein verbindlich vorgeschriebenes Formblatt zu entwickeln, mit dessen baldigem Erscheinen aber zur Zeit der Abfassung dieser Arbeit gerechnet wird. Umstritten ist dabei nicht die Berechtigung der Forderung, durch Einführung eines Formblatts und eine genaue und bessere Unterteilung der Aufwendungen und Erträge die Aussagefähigkeit der Gewinn- und Verlustrechnung zu verbessern, als vielmehr der Umfang einer solchen Reform. Die Diskussion über diese Frage hat inzwischen zu einem umfangreichen Schrifttum geführt, so daß hier einige Bemerkungen grundsätzlicher Art genügen können.¹⁾

Die Gewinn- und Verlustrechnung der Aktienbanken wäre nach dem Bruttoprinzip aufzumachen, d.h. der Ausweis möglichst vieler Aufwands- und Ertragsarten müßte vollständig und unsaldiert sein. Ferner sollte so weit wie möglich das Prinzip der Erfolgsspaltung verwirklicht werden. Dabei wäre an erster Stelle eine Aufteilung der Zinsaufwendungen zu nennen,

1) vgl. hierzu u.a.: Karl Nebendorf: "Die stillen Reserven der Kreditinstitute", a.a.O., Seite 59 ff.; Heinrich Birck: "Stille Reserven", a.a.O., Seite 415 ff.; Peter Jordan: "Die Gewinn- und Verlustrechnung der Banken", a.a.O., Seite 121 ff.; Dietrich Faßhauer: "Die Praxis der eingeschränkten Publizität bei den Gewinn- und Verlustrechnungen der Aktienbanken", a.a.O., Seite 448 ff.; Otfried Fischer: "Reformbedürftige Erfolgsrechnung der Aktienbanken", a.a.O., Seite 2335 ff.

wobei sich eine Unterteilung in a. Zinsen für Sicht- und Termineinlagen, b. Zinsen für Spareinlagen, c. Zinsen für aufgenommene Gelder, d. sonstige Zinsaufwendungen, denken ließe. Die Unterteilung der Zinsaufwendungen würde damit der von den deutschen Sparkassen vorgenommenen Aufteilung entsprechen.

Auf der Aufwandseite müßten ferner die Abschreibungen gesondert gekennzeichnet werden, wobei die "Zuweisungen zu den Wertberichtigungen und Abschreibungen auf Forderungen im Kreditgeschäft einschließlich Risikovorsorge"¹⁾ besonders wichtig sind; ebenso wären die Erträge aus der Auflösung von Wertberichtigungen und Rückstellungen kenntlich zu machen. Daneben sollten die Steuern unterteilt werden in "gewinnunabhängige" und "Steuern vom Einkommen und Ertrag".

Schwierigkeiten bereitet die Frage, wie die Ertragsarten zu unterteilen wären, da die Forderung nach einer möglichst weitgehenden Aufschlüsselung der Erträge auf den energischen Widerstand der Banken stoßen dürfte. Die Aufteilung der Position "Zinsen und Diskont", die bei Durchsetzung des Bruttoprinzipis sehr viel aussagefähiger wäre und möglicherweise in a. Zinsen aus Geldanlagen, b. Wechseldiskont, c. Zinsen aus Debitoren und langfristigen Ausleihungen, unterteilt werden könnte, wäre nicht so problematisch wie eine Unterteilung der "Provision und Gebühren". Eine genaue Aufschlüsselung dieser Position kann schon aus Konkurrenzgründen nicht verlangt werden.²⁾ Ebensowenig ließe sich wohl eine Trennung des neutralen Erfolges in "betriebsfremden Erfolg" und "Außerordentlichen Erfolg" (bisher sind die artverschiedenen

1) Heinrich Birk: "Stille Reserven", a.a.O., Seite 421

2) Ein so weitgehender Gliederungsvorschlag, wie ihn z.B. Peter Jordan gemacht hat (Die Gewinn- und Verlustrechnung der Banken, a.a.O., Seite 157) wäre u.E. praktisch wohl nicht zu verwirklichen.

und wesensverschiedenen Posten zusammengefasst) durchsetzen. Als vorläufige Kompromißlösung zwischen modernen Publizitätserwartungen und dem Schutzbedürfnis der Banken wäre daher eine Untergliederung der "Provision und Gebühren" denkbar in a. Erträge aus dem Dienstleistungsgeschäft, b. Erträge aus dem Wertpapiergeschäft (saldiert), c. Erträge aus Beteiligungen, d. sonstige Erträge.

22. England

Die Reform der Bankenpublizität in England ist - mit den Augen eines deutschen Betrachters gesehen - ein sehr dringendes Problem. Man muß sich aber bei allen zu erwägenden Vorschlägen davor hüten, die Möglichkeiten einer Verbesserung der englischen Bankenpublizität unter dem Blickwinkel zu sehen, die Vorschriften für englische Banken denjenigen Deutschlands angleichen zu wollen. Eine exakte Fixierung von Rechtsvorschriften, die für die deutsche Rechtsordnung kennzeichnend ist, dürfte sich in England kaum durchsetzen lassen, da das Recht in England allgemein keine umfassende Kodifizierung erreicht hat. Obwohl darin natürlich ein erheblicher Nachteil bestehen kann, da derjenige, der das Recht sucht, es mehr nach seinem Rechtsgefühl finden muß, hat die Tradition des unkodifizierten Rechts im Laufe der englischen Geschichte keinen Nachteil bedeutet. Im Gegenteil: es hat der Individualität des Engländers einen breiteren Spielraum gegeben und hat den Vorteil, sich ändernden äußeren Situationen schneller anpassen zu können. Obwohl sich viele Kritiker darüber einig sind, daß die gegenwärtigen Vorschriften zur Bankenpublizität "obscure and illogical"¹⁾ sind, wird sich eine exakte Fixierung von Publizitätsvorschriften für Banken politisch nicht durchsetzen lassen. Für das pragma-

1) William Lawson, a.a.O., Seite 41

tische Rechtsdenken des Engländers ist es typisch, daß auch die von der Regierung vorgeschlagene Reform der Bankenpublizität keine speziell auf einzelne Vorschriften abgestellten Vorschläge enthält, sondern daß lediglich dem Board of Trade die allgemeine Ermächtigung übertragen werden soll, im Einzelfalle die den Banken gewährten Ausnahmenvorschriften wieder aufzuheben. Kein Parlamentarier, der diesem Gesetzentwurf seine Zustimmung gibt, weiß also, welche Maßnahmen hinsichtlich der Bankenpublizität die Exekutive im einzelnen in der Zukunft ergreifen wird.

Bei den Überlegungen zu einer möglichen Reform der englischen Bankenpublizität wäre zunächst zu bedenken, ob auch in England der gleiche Weg wie in Deutschland beschritten werden sollte, indem man für die Aufstellung der Bilanz eine möglichst weitgehende Standardisierung schafft.¹⁾ Ganz sicher würde aber eine solche Vereinheitlichung der Bilanzierung dem angelsächsischen Streben nach Individualität widersprechen. Man müßte es also den einzelnen Bankinstituten überlassen, was sie über ein noch näher einzugrenzendes Mindestmaß an Publizität hinaus veröffentlichen wollen. Einer solchen mehr pragmatischen Lösung wäre der Vorzug vor der Einführung beispielsweise eines starren Bilanzformblatts zu geben.

Bestimmte Forderungen an die Publizität, die über das gegenwärtige Maß hinausgehen, wären aber von jedem Institut zu erfüllen. Dazu würden z.B. gehören:

- 1) Bei den Nostroguthaben ("Balances with other Banks") wäre, falls erforderlich, eine Unterteilung in verschiedene Laufzeiten (ähnlich wie bei den deutschen Banken) vorzunehmen.
- 2) Die Aussagefähigkeit der Position "Money at call and short notice" ist für den Bilanzleser nicht ausreichend, da sich

1) Bei der derzeitigen Regelung bleibt es den Banken selbst überlassen, wieviel Positionen sie ausweisen.

hierin sowohl täglich abrufbares Geld als auch Leihgelder bis zu 30 Tagen verbergen. Es wäre zu wünschen, wenn die täglich fälligen Gelder an den Diskontmarkt von den längerfristig ausgeliehenen Geldern getrennt würden.

- 3) Die Wechselposition wäre aufzuteilen in "Commercial Bills", "Treasury Bills" und "Other Bills", da sich hieraus Anhaltspunkte liquiditäts- und bonitätsmäßiger Unterschiede zwischen den Instituten ergeben könnten.¹⁾ HOLGATE ist der Auffassung, daß die Handelswechsel zusätzlich zu unterteilen wären in a. "in Sterling" und b. "in foreign Currencies".²⁾
- 4) Es wäre im Einzelfalle zu prüfen, ob die zu beobachtende zögernde Abkehr der traditionell ausschließlich kurzfristigen Kreditgewährung (in den letzten Jahren waren vereinzelt bei den Großbanken auch längerfristige Kreditengagements zu beobachten) eine Unterteilung der Advances in "kurzfristige" und "langfristige" Ausleihungen erforderlich macht.
- 5) Die in den Bilanzen der Großbanken häufig nicht näher aufgeschlüsselten Wertpapiere müßten mindestens in "British Government Securities" und "Other Investments" unterschieden werden, wie dies in den Veröffentlichungen des London Clearing House bereits geschieht. Wünschenswert wäre weiterhin eine Unterteilung der "Other Investments" in "quoted" und "unquoted", wie sie die Lloyds Bank vornimmt. Sollte sich zudem in Zukunft die Anlagepolitik der englischen Großbanken ändern und auch Aktienwerte in das Depot übernommen werden, wäre eine dementsprechende Position neu zu bilden. Außerdem wäre zu überlegen, ob nicht von den Banken Hinweise auf die Restlaufzeit der festverzinslichen

1) Diese Aufteilung bedeutet für die Banken an sich keine Neuerung, da das Committee of London Clearing Bankers eine solche Unterteilung in seinen monatlichen Veröffentlichungen vornimmt.

2) vgl. H.C.F. Holgate: The Contingent Liabilities of the English Commercial Bank, a.a.O., Seite 13

Werte gegeben werden könnten, etwa nach dem Schema

- a) Laufzeit kürzer als 5 Jahre
- b) Laufzeit kürzer als 10 Jahre
- c) Laufzeit länger als 10 Jahre.

- 6) Die von den einzelnen Instituten zu den Beteiligungen gemachten Angaben hätten mindestens eine Untergliederung zu enthalten, die derjenigen der Lloyds Bank entspricht. Die Beteiligungen wären aufzugliedern in
- a) Bankbeteiligungen
 - b) Beteiligungen an Teilzahlungskreditinstituten
 - c) sonstige Beteiligungen.
- 7) Auf der Passivseite der Bankbilanz wäre die Position der Einlagen, wie dies auch bei den Veröffentlichungen des Londoner Clearing-House geschieht, zu unterscheiden in "Current Accounts", "Deposit Accounts" und "Other Accounts". Dabei wäre also gleichzeitig die Befreiung der Banken von der Bestimmung des § 4 (1) 8. Schedule des Company Act 1948, wonach die Banken in der Bilanz nicht zwischen Reserven, Rückstellungen und Verbindlichkeiten zu unterscheiden haben, rückgängig zu machen.

Neben der Verbesserung der Publizität durch eine genauere und detailliertere Aufschlüsselung der einzelnen Positionen der Bankbilanz, wäre ebenso wie in Deutschland eine Bilanzierung nach dem Bruttoprinzip anzustreben. Dies beträfe vor allem die Position "Advances", bei der die erfolgten Wertberichtigungen direkt abgesetzt werden. Eine Angleichung an die großen amerikanischen Banken, die "the size of reserves against bad debts and contingencies"¹⁾ veröffentlichen, wäre wünschenswert, gleichgültig, ob auch den englischen Banken hierbei die Möglichkeit einer Sonderabschreibung auf Forderungen wie bei den Sammelwertberichtigungen der deutschen Banken gewährt wird oder nicht. Analog wären in der Gewinn- und Ver-

1) o.V.: "Disclosure of Bank Profits", a.a.O., Seite 543

lustrechnung die Zuweisungen zu den Wertberichtigungen ebenso wie ihre Auflösungen darzustellen. Man würde hier ebenso dem Beispiel der großen amerikanischen Banken folgen.

Bei der Verbesserung der englischen Bankenpublizität wären vor allem die Bewertungsvorschriften einer eingehenden Reform zu unterziehen, wobei genauestens geprüft werden sollte, ob die extremen Befreiungen der Kreditinstitute von den Bestimmungen des Company Act 1948 ganz oder teilweise aufzuheben sind. Vor allem bei den Vermögenswerten des Anlagevermögens - und hier speziell bei den "Bank Premises" - ist eine Sonderstellung der Banken nicht notwendig, da stille Reserven in diesen Positionen nur schwer aufzulösen sind und daher bei einer Krise nicht schnell genug in "Liquidität" verwandelt werden können. Die englischen Banken könnten also - genau wie die deutschen Aktienbanken - den Bewertungsvorschriften für das Anlagevermögen voll unterliegen.

Etwas anders steht es dagegen mit den Bewertungsbestimmungen für das Umlaufvermögen. Bei Überlegungen zu einer möglichen Reform der gegenwärtigen englischen Bewertungspraxis wäre den spezifischen Risiken, die mit der Anlage in festverzinslichen Wertpapieren verbunden sind, Rechnung zu tragen. Dabei ist vor allem die Frage zu stellen, ob auch die Wertpapiere nach dem Niederstwertprinzip zu bilanzieren wären. Eine Antwort kann nur dann gegeben werden, wenn nicht nur die Situation der letzten Jahre, in denen alle fünf Großbanken umfangreiche stille Reserven in ihren Wertpapierportefeuilles ansammeln konnten, in die Betrachtung einbezogen wird. Vielmehr wird es notwendig sein, auf die im Zusammenhang mit erheblichen Kurseinbrüchen, die weitgehend auf die Diskontpolitik der Bank von England zurückzuführen sind, entstehende Bewertungsproblematik einzugehen. Hierbei kann es wohl nicht im Interesse aller Beteiligten liegen - auch unter Berücksichtigung moderner Publizitätsinteressen -, wenn die Kreditinstitute gezwungen würden, diese zunächst nur buchmäßigen

Verluste voll auszuweisen, nur um dem Niederstwertprinzip Rechnung zu tragen. Die Wahl eines Wertansatzes für die Wertpapiere, der über dem Zeitwert liegt, wäre wohl immer dann angebracht, wenn die in der Wertpapierposition vorhandenen inneren Reserven nicht ausreichen würden, um die Kursverluste abzufangen. Da aber jede Bank unterschiedliche Möglichkeiten hat, hier stille Reserven aufzulösen, müßte es auch den einzelnen Banken überlassen bleiben, für die Wertpapiere einen eigenen Wertansatz zu finden. Eine genau abgegrenzte Bewertungsnorm kann also für die Wertpapiere nicht entwickelt werden. Ein Bewertungsprinzip, das in solchen Sonderfällen erlaubt, einen Wert zu wählen, der über dem Zeit- bzw. Marktwert liegt, ließe sich wohl auch vom übergeordneten Grundsatz des "fair and true view" rechtfertigen, weil die Kurse dieser Papiere spätestens bei Fälligkeit wieder den Nominalwert, der in der Regel dem Rückzahlungswert entspricht, erreichen. Die Möglichkeit, vom Niederstwertprinzip abzugehen, sollte bei den festverzinslichen Werten also auch in Zukunft gewährleistet sein. Allerdings müßten die Banken verpflichtet werden, einen Bewertungshinweis in den Bilanzerläuterungen zu geben, wenn die tatsächlichen Marktwerte der Wertpapiere niedriger sind als die in der Bilanz ausgewiesenen Werte (eine solche Bewertungsangabe könnte etwa lauten: "at or under cost and below redemption price").¹⁾ Für den ungeschulten Bilanzleser irreführend und daher nicht zu empfehlen wäre es, die genaue Differenz zwischen Bilanz- und Marktwert zu veröffentlichen. Wollte man nämlich den genauen Marktwert zusätzlich angeben, würde beim Bilanzleser u.U. ein falscher Eindruck entstehen, da ja der Marktwert auch über dem Buchwert bzw. Nominalwert liegen kann, der Kurs sich aber spä-

1) Die grundsätzliche Zustimmung zu einem solch obligatorischen Vermerk wurde von den Clearingbanken bereits gegeben (vgl. Supplementary Memorandum by the Committee of London Clearing Bankers, a.a.O., Seite 651)

testens bei der Einlösung der Papiere wieder dem Nominalwert annähert. Die Ausnahmenvorschrift für die englischen Banken (§ 11, Abs. 8, 8. Schedule), wonach sie von der Bestimmung befreit sind, wie die anderen Aktiengesellschaften bei börsennotierten Wertpapieren neben dem Buchwert auch noch den Marktwert anzugeben, kann daher aufrechterhalten bleiben.

Eine erhebliche Verbesserung müßte die Gewinn- und Verlustrechnung der englischen Clearingbanken erfahren. Auch hier könnten die Prinzipien eines Bruttoausweises und der Erfolgsspaltung zur Verbesserung der Publizität teilweise verwirklicht werden:

- 1) Der Zinsaufwand und der Zinsertrag ist nach den Grundsätzen einer Bruttobilanzierung getrennt auszuweisen. Dabei ist eine Aufschlüsselung der Aufwandszinsen nicht weiter erforderlich.¹⁾
- 2) Bei den Aufwendungen wäre mindestens für die Personalaufwendungen eine eigene Position zu bilden.
- 3) Die Abschreibungen auf die Positionen des Anlagevermögens sind aufzuführen.
- 4) Die Wertberichtigungen wären nach der Bruttomethode auszuweisen; dabei wären in der Gewinn- und Verlustrechnung die Zuweisungen zu den Wertberichtigungen ebenso wie ihre Auflösung darzustellen, wie dies bei den großen amerikanischen Banken bereits geschieht.
- 5) Die Steuern sollten nach der Steuerreform des Jahres 1965 mindestens aufgegliedert werden in: "Gewinnunabhängige Steuern" und "Steuern vom Einkommen und Ertrag".
- 6) Die Erträge wären zu unterteilen in a. Erträge aus Wertpapieranlagen, b. Erträge aus Beteiligungen, c. sonstige Erträge.

1) Im Gegensatz zu der deutschen Erfolgsrechnung, vgl. Seite 269 f.

Würde man den englischen Banken eine Erfolgsrechnung zur Pflicht machen, in der die hier aufgeführten Grundsätze verwirklicht würden, dann müßte man die Bestimmungen des § 12, Abs. 1 des 8. Schedule (Company Act 1948) wieder aufheben.

Bei einer Verbesserung des Informationsgehaltes des Geschäftsberichts könnte der Bericht der Lloyds Bank einen gewissen Standard setzen. Danach wäre mindestens über die Entwicklung der Konten, eine Übersicht über die Zahl der Beschäftigten und eine Darstellung der Entwicklung des Zweigstellennetzes zu geben. Es wäre weiterhin wünschenswert, wenn die Großbanken in ihren Geschäftsberichten genauere Auskünfte über die ausgeliehenen Kredite geben würden. Es wäre eine Aufgliederung der Zahl der Kredite nach Größenklassen und des Gesamtbetrages nach Kreditnehmergruppen vorzunehmen.¹⁾

Besondere Überlegungen wären für diejenigen der englischen Banken (u.U. auch Tochtergesellschaften der Großbanken) anzustellen, die im Ausland domizilieren oder ihre Geschäftstätigkeit überwiegend in fremden Ländern haben. Hier ließe sich berechtigterweise die Auffassung vertreten, daß man diese Banken nicht den gleichen strengen Publizitätsbestimmungen unterwerfen kann wie sie für die innerenglischen Kreditinstitute zur Diskussion vorgeschlagen wurden. Die überseeischen Banken könnten im Genuß der Befreiung des Company Act bleiben, da man von ihnen auch bei Berücksichtigung von Gläubiger- oder Aktionärsinteressen kaum verlangen kann, mehr zu publizieren, als die Banken in den jeweiligen Ländern; außer-

1) Auch diese Forderung würde "publizitätsmäßig" für die englischen Großbanken nichts grundsätzlich Neues bedeuten, da eine Aufgliederung der "Advances" nach Kreditnehmergruppen aller englischen Banken bereits durch die "British Bankers' Association" erfolgt. Bei der quantitativen Bedeutung der Großbanken im englischen Bankwesen dürften die dabei veröffentlichten Kreditnehmergruppen und ihr Anteil an der Gesamtsumme der ausgeliehenen Kredite bei den Großbanken nicht wesentlich von dem Ergebnis aller englischen Banken abweichen.

dem sind sie "subject to political and other risks"¹⁾, denen die rein englischen Banken nicht ausgesetzt sind. Es wäre aber vom Board of Trade in jedem Einzelfalle nachzuprüfen, ob die Sonderstellung der jeweiligen Banken notwendig ist, d.h. es wären von Land zu Land verschiedene Lösungen zu finden.

Abschließend wäre zu überlegen, auf welchem Wege und auf welche Weise sich die Reform der englischen Bankenpublizität am besten bewerkstelligen ließe. Das Memorandum der Minorität, die in einer "Note of Dissent" die Beibehaltung der Ausnahmestellung für Banken durch die Mehrheit des JENKINS-Committee kritisierte, forderte folgende Gesetzesänderung:

- 1) Alle Ausnahmenvorschriften des 8. Schedule C.A. 1948 für Banken sind abzuschaffen;
- 2) Nur der Board of Trade sollte im Einzelfalle die Macht haben, Ausnahmeregelungen zuzulassen;
- 3) Die Ausnahmen sollten nicht über das hinausgehen, was der Board of Trade für notwendig erachtet, um das Vertrauen in das englische Bankwesen sicherzustellen.

Der Gesetzesvorschlag der Labourregierung vom Februar 1966 läßt erkennen, daß die Regierung der Anregung dieses Minoritätsberichtes insofern folgen will, als auf eine Kodifizierung von Ausnahmenvorschriften für Banken in einem neuen Gesetzeswerk verzichtet werden soll. Vielmehr soll das Handelsministerium von Fall zu Fall entscheiden, welche Privilegien für die Kreditinstitute notwendig sind, um das Vertrauen der Öffentlichkeit in das Bankwesen nicht zu gefährden, und welche Sondervorschriften nach und nach aufgegeben werden können. Diese Lösung hat den Vorzug, daß sie schnell angewendet werden kann und sich ändernden Umständen rasch anpasst.

1) Note of Dissent, a.a.O., Seite 212

Eine völlige "Gleichschaltung" der englischen Banken mit der übrigen Wirtschaft ist dagegen im gegenwärtigen Zeitpunkt noch verfrüht. Wenn auch an der Stabilität der englischen Institute und der Vernunft und Einsicht des englischen Bankenpublikums nicht gezweifelt zu werden braucht, so wäre es jedoch gegen die Interessen aller Beteiligten, wollte man es den Banken verwehren, zusätzliche stille Reservepolster anzulegen. Das Verbot der stillen Reserven, das für die anderen Aktiengesellschaften besteht und Ausdruck eines modernen und umfangreichen Publizitätsbedürfnisses der englischen Öffentlichkeit ist, kann für die Kreditinstitute derzeit noch nicht gefordert werden. Den berechtigten Publizitätsforderungen der Aktionäre, der Einleger und der Öffentlichkeit wäre aber vollauf Genüge getan, würde man die veröffentlichte Rechnungslegung der englischen Banken in dem hier abgesteckten Rahmen reformieren.

II. Schlußwort ("Publicity, the price of freedom")

In dieser Untersuchung wurde die gegenwärtige Publizität der deutschen und englischen Großbanken miteinander verglichen. Als Ergebnis läßt sich feststellen, daß der Standard der englischen Bankenpublizität bisher noch nicht denjenigen der deutschen Großbanken erreicht hat. Die Argumente, die zur Stützung der Sonderstellung der Banken angeführt werden und durch die die teilweise Befreiung der Kreditinstitute von den für andere Gesellschaften geltenden Vorschriften gerechtfertigt werden soll, erweisen sich zum erheblichen Teil als reine Interessengesichtspunkte, die einer eingehenden, die gesamtwirtschaftlichen Belange berücksichtigenden Prüfung nicht immer standhalten können.

Die Diskussion um die Bankenpublizität, die sich in beiden Ländern bezeichnenderweise der gleichen Argumente bedient, ist noch nicht abgeschlossen, da eine befriedigende Lösung

- vor allem in England - noch aussteht. Die in dieser Arbeit gemachten Einzelvorschläge zu einer möglichen Verbesserung der Bankenpublizität könnten einen Beitrag zur Meinungsbildung liefern.

Die Untersuchung soll mit einer kurzen, mehr die gesamtwirtschaftlichen Belange der Publizität herausstellenden Betrachtung abschließen.

Die moderne Publikumsgesellschaft läßt sich dadurch charakterisieren, daß sich die Verwaltung gegenüber den Aktionären in zunehmendem Maße emanzipiert hat, ja häufig schon völlig unabhängig geworden ist. Neben möglichen organisatorischen Reformen der Unternehmensverfassung kann nur eine bestmögliche Informiertheit der Aktionäre der Tendenz der völligen Entmachtung der Eigentümer entgegenwirken. Das von ROSE in die Debatte gebrachte Schlagwort "Publicity is the price of freedom" meint nichts anderes als die Feststellung, daß eine freiheitliche Wirtschaftsordnung ihre unbestreitbaren Erfolge auf die Dauer nur dann sichern kann, wenn die Grundlagen des Systems in Ordnung bleiben. Hierzu gehört aber auch die Funktionsfähigkeit der Unternehmungsform "Aktiengesellschaft". Es wird freilich schon aus praktischen Gründen nicht möglich sein, eine Entwicklung rückgängig zu machen, die durch eine immer stärker werdende Stellung der Verwaltung gegenüber den Aktionären gekennzeichnet ist. Die Verwaltung zugunsten der Anteilseigner zu entmachten und die Unternehmensführung wieder in die Hand der Aktionäre zu legen, wird bei der jetzigen Form der modernen Publikumsgesellschaft auch in Zukunft wohl kaum möglich sein. Wollte man aber zulassen, daß die Aktionäre neben den ihnen gewährten sehr bescheidenen Mitspracherechten auch noch unzulängliche Informationen erhalten, würden sie in den aus ihrem Eigentum stammenden Rechten erheblich eingeschränkt. Einer Entwicklung, die bewirkt, daß die Aktionäre nur noch Dividendenempfänger werden, ihre Hauptfunktion als Eigentümer aber verlieren, müßte unter allen Umständen entgegen-

gewirkt werden. Hierfür ist aber eine ausreichende Publizität schlechthin unentbehrlich.

Das marktwirtschaftliche Wirtschaftssystem ist aber weiterhin dadurch gekennzeichnet, daß das zur Verfügung stehende Kapital dort eingesetzt werden muß, wo es die höchste Rendite erzielt. Auch hier hat die Unternehmenspublizität eine entscheidende Funktion zu übernehmen: durch sie soll die Transparenz möglicher Anlageentscheidungen gesichert werden. "As the world of finance comes directly to involve wider sections of the public outside the circle of experts, the financial press and specialist intermediaries such as stock-brokers have an increasingly vital task to play as public sentinels."¹⁾ Diese bedeutende Aufgabe als "Wächter" für die Öffentlichkeit kann aber z.B. die Wirtschaftspresse nur durch eine möglichst offenherzige Informationspolitik vor allem der Großunternehmen erfüllen. Kein Zweifel besteht daran, daß die Publizität zu den "essentials" einer freiheitlichen Wirtschaftsverfassung gehört.

Der "Fall" der Banken liegt gegenüber anderen Wirtschaftsunternehmen nicht sehr viel anders. Sie haben zugegebenermaßen gegenüber anderen Unternehmen wegen ihrer besonderen volkswirtschaftlichen Funktion ein gewisses "Schutzbedürfnis", das aber teilweise durch die staatliche Aufsicht kompensiert wird. Daneben sind keine weiteren Gründe für die Beibehaltung der Sondervorschriften für Kreditinstitute zu sehen. Dies gilt vor allem für die extreme Sonderstellung der englischen Banken, die in Zukunft in dieser Form nicht mehr aufrechtzuerhalten sein dürfte. Eine Verbesserung der Bankenpublizität wird sicher auch gewisse Risiken mit sich bringen. Man sollte sich aber an das in einem anderen Zusammenhang gesprochene Wort von Lord BROMWELL erinnern, der sagte: "Bankers who were so anxious to avoid risks, would soon have no risks to avoid".

1) Harold Rose, a.a.O., Seite 8

Literaturverzeichnis

I. Nachschlage- und Sammelwerke, Kommentare

- Banklexikon, herausgegeben von Müller/Löffelholz
5.Aufl., Wiesbaden 1963
- Beck, Heinz: Gesetz über das Kreditwesen v.10.7.1961
Düsseldorf 1962
- Die Bank, herausgegeben von Theisinger/Löffelholz
Wiesbaden 1952
- Handbuch der Wirtschaftswissenschaften, herausgegeben
von Karl Hax und Theodor Wessels, Band I:
Die Betriebswirtschaft, Köln und Op-
laden 1958
- Handbuch des gesamten Kreditwesens, herausgegeben von
Walter Hofmann, 6.Aufl., Frankfurt/M.1960
- Handwörterbuch der Betriebswirtschaft, 3.Aufl., 4 Bände
Stuttgart 1956/1962
- Handwörterbuch der Sozialwissenschaften
Stuttgart/Tübingen/Göttingen 1959
- Lexikon des kaufmännischen Rechnungswesens, herausgegeben
von Karl Bott, 2.Aufl., Stuttgart 1954
- Magnus/Estrin: The Companies Act 1948, London 1948
- Thomsons Dictionary of Banking, herausgegeben von
F.E.Perry, 11.Aufl., London 1965

II. Bücher, Einzelveröffentlichungen

- Achterberg, Erich: Wie liest man Bankbilanzen?
3. Aufl., Frankfurt/Main 1953
- Adler/Düring/
Schmaltz: Rechnungslegung und Prüfung der Aktien-
gesellschaft, 3.Aufl., Stuttgart 1957

- | | |
|--------------------------------|--|
| American Institute of Banking: | Bank Administration
New York 1938 |
| Auburn, H.W.: | Das internationale Bankwesen
Frankfurt/Main 1960 |
| Bagehot, Walter: | Lombard Street
London 1927 |
| Baxter, W.T.: | Studies in Accounting
London 1950 |
| Baxter/Davidson: | Studies in Accounting Theory
London 1962 |
| Beine, Günther: | Die Bilanzierung von Forderungen
in Handels-, Industrie- und Bank-
betrieben, Wiesbaden 1960 |
| Berle, Adolf: | Studies in the Law of Corporation
Finance, Chicago 1928 |
| Berle/Means: | The modern Corporation and private
Property, New York 1932 |
| Birck, Heinrich: | Die Bankbilanz, 2.Aufl.
Wiesbaden 1961 |
| Birnie, Arthur: | An Economic History of the British
Isles, London 1955, 8.Aufl. 1963 |
| Bock, Theodor: | Die Aussagefähigkeit der Bank-
bilanz, Diss., München 1960 |
| Büren, Kurt von: | Analytische und vergleichende Bank-
bilanzkritik, Bern 1948 |
| Chambers, R.J.: | Accounting and action: an Introduc-
tion into the Methods and Scope of
Accounting, Sidney 1957 |
| Clarke, William M.: | The City's Invisible Earnings
London 1958 |
| Clemens, J.H.: | Balance Sheets and the lending
Banker, 3.Aufl., London 1965 |

- Crosse, Howard D.: Management Policies for Commercial Banks, Englewood Cliffs, N.J. 1962
- Dacey, Manning W.: The British Banking Mechanism, 5.Aufl., London 1964
- Dermitzel/Damm/
Richebächer: Das Bankwesen im gemeinsamen Markt, Baden-Baden 1962
- Dessauer, Marie: Die Big Five, Stuttgart 1933
- Deutscher Bundestag: Schriftlicher Bericht des Rechtsausschusses (Bericht des Abgeordneten Dr. Wilhelm), Ergänzung zur Drucksache IV/3296, Bonn 1965, Seite 63
- Diest, Walther von: Die gesetzliche Berichterstattung und die Publizität der Commercial Banks in den Vereinigten Staaten, Diss., Hamburg 1960
- Ehlen, Karl-Josef: Die Filialgroßbanken Stuttgart 1960
- Esenwein-Rothe, Ingeborg: Die Struktur des Bankwesens als Gegenstand wirtschaftsstatistischer Analyse, Berlin 1959
- Esser, J.: Die Gliederung der Bilanz und die übrige Rechnungslegung in internationaler Sicht, Bonn 1959
- Esser, J.: Die Gliederung der Gewinn- und Verlustrechnung in internationaler Sicht, Bonn 1958
- Ferris, Paul: The City, Harmondsworth 1965
- Fischer, Gerald C.: Bank Holding Companies, London and New York 1961
- Fischer, Otfried: Bankbilanz-Analyse Meisenheim/Glan 1956

- Fischöder, Willi: Die deutschen und angelsächsischen Kreditbanken im Lichte ihrer Bilanzen Berlin 1956
- Floittgraf, Hans: Steuerprivilegien und Wettbewerb im Bankwesen, Frankfurt/M. 1964
- Frick, Bruno: Werbung und Bankgewerbe, Diss. Bern 1957
- Gower, L.B.C.: The Principles of modern Company Law London 1954
- Hagenmüller, Karl Fr.: Bankbetrieb und Bankpolitik Wiesbaden 1959
- Hagenmüller, Karl Fr.: Der Bankbetrieb, Band III Wiesbaden 1964
- Hahl, Willy Verhältnis zwischen Geschäftsbankensystem und Zentralbankensystem in verschiedenen Ländern Meisenheim/Glan 1962
- Harder, Ulrich Bilanzpolitik, Wiesbaden 1962
- Heinen, Edmund: Handelsbilanzen, Wiesbaden 1960
- Herlt, Rudolf: Publizität in unserer Zeit Hamburg/Berlin/Essen/Frankfurt (M) 1964
- Hintner, Otto: Wertpapierbörsen, Wiesbaden 1961
- Hobson, Oscar R.: How the City works, London 1962, 7. Aufl.
- Hodder, Herbert G.: Principles of Bank Book-Keeping London 1934
- Hofmann, Walter: Meinungspflege der Banken, Schriftenreihe der Pressestelle Hessischer Kammern und Verbände Frankfurt/M. 1951
- Holgate, H.C.F.: English Bank Accounting, London 1948

- Holgate, H.C.F.: The Contingent Liabilities of the English Commercial Banks
London 1939
- Howard, Leslie R.: Auditing, London 1966
- Humburg, Friedrich: Die staatliche Bankenaufsicht in England, Frankreich und der Bundesrepublik Deutschland,
Diss. Mainz 1958
- Hutchinson, H.H.: Interpretation of Balance Sheets,
2. Aufl., London 1955
- Jaffé, Edgar: Das englische Bankwesen, 2. Aufl.,
Leipzig 1910
- Jones, Frank H.: Guide to Company Balance Sheets and Profit and Loss Accounts
6. Aufl., London 1964
- Jordan, Peter: Die Gewinn- und Verlustrechnung der Banken, Diss. Köln 1960
- Kalveram, Günther: Bankbetriebslehre, 3. Aufl.
Wiesbaden 1961
- Kennedy, W.: Bank Management, Boston (Mass.) 1958
- Knight, Frank H.: Risk, Uncertainty and Profit,
5. Aufl., London 1940
- Knoll, Heinrich: Bilanzkunde mit Grundlagen aus Buchführung und Kostenrechnung,
Wiesbaden 1956
- Köllhofer, Dietrich: Effekten in der Handels- und Steuerbilanz der Kreditinstitute,
Diss. München 1965
- Kraske, Jochen: Die Publizitätspflicht der Großunternehmung
Diss. Freiburg/Breisgau 1962
- Kronstein/Claussen: Publizität und Gewinnverteilung im neuen Aktienrecht, Frankfurt/M. 1960

- Leaf, Walter: Banking, 4. Aufl. 1943
London/New York/Toronto
- Leake, P.D.: Balance Sheet Values: The Limitations
of Industrial Accounting
4. Aufl. London 1940
- Le Coutre, Walter: Grundzüge der Bilanzkunde, Teil 1,
4. Aufl. Wolfenbüttel 1949
- Le Coutre, Walter: Erfordernisse ordentlicher Buch-
führung, Düsseldorf 1958
- Leffson, Ulrich: Die Grundsätze ordnungsmäßiger
Buchführung, Düsseldorf 1964
- Lehmann, Karl Heinz: Aktienrechtsform 1965, herausge-
geben von der Dresdner Bank AG,
Mondorf 1965
- Linguist, R.: The Bank and its Public,
New York 1956
- Linhardt, Hanns: Bankbetriebslehre, Band II:
Bankbilanzen
Köln und Opladen 1960
- Lipfert, Helmut: Einführung in die Währungspolitik,
München 1964
- Mackenzie, Kenneth: The Banking Systems of Great Britain,
France, Germany and the United
States of America, 3. Aufl.
London 1960
- Macrae, Norman: The London Capital Market - its
Structure, Strains and Management,
London 1955
- Mauersberger, Eckhart: Die Wertpapieranlage der westdeut-
schen Kreditinstitute,
Diss. Köln 1963
- Minners, Niels: Konjunktur und Bankbilanz, Diss.
Freiburg/Schweiz 1963
- Minty, M.: English Banking Methods, 3. Aufl.
London 1930

- Moxter, Adolf: Der Einfluß von Publizitätsvorschriften auf das unternehmerische Verhalten, Köln und Opladen 1962
- Obst/Hintner: Geld-, Bank- und Börsenwesen, 35. Aufl. Stuttgart 1963
- Otto, Konrad: Stille Reserven in der Bankbilanz Diss. Nürnberg 1960
- Prather, Charles L.: Money and Banking Chicago 1944
- Radbruch, Gustav: Der Geist des englischen Rechts Göttingen 1956
- Redmond, P.W.D.: The Law relating to Banking London 1965
- Reiniger, Wolfgang: Zur Reform der Vorschriften über Publizität, Rechnungslegung und Prüfung der Aktiengesellschaft Diss. München 1957
- Report of the Committee on Finance and Industry (Macmillan-Report), London 1931
- Report of the Committee on Company Law Amendment (Cohen-Report), London 1945, reprinted 1964
- Report of the Committee on the Working of the Monetary-System (Radcliffe-Report) London 1959, reprinted 1964
- Report of the Company Law Committee (Jenkins-Report), London 1962
- Report of a joint exploratory Committee: Some Accounting Terms and Concepts Cambridge 1951
- Rittershausen, Heinrich: Bankpolitik Frankfurt/M. 1956

- Rodkey, Robert G.: Sound Policies for Bank Management
New York 1944
- Rose, Harold: Disclosure in Company Accounts,
2. Aufl., London 1965
- Rubner, Alex: The ensnared Shareholder
London 1965
- Saage, Gustav: Die stillen Reserven im Rahmen der
aktienrechtlichen Pflichtprüfung,
Köln und Opladen 1959
- Sampson, Anthony: Anatomy of Britain today
London 1964
- Sandig, Curt: Die Führung des Betriebes
Stuttgart 1953
- Sayers, R.S.: Central Banking after Bagehot
London 1958
- Sayers, R.S.: Modern Banking, Oxford 1951
6. Aufl. Oxford 1964
- Schneider, Erich: Einführung in die Wirtschafts-
theorie, Band III, 6. Aufl.
Tübingen 1961
- Schrom, Fritz: Die Wesensbestimmung der bankbetrieb-
lichen Liquidität und die Liquiditäts-
normen im KWG, Diss. München 1963
- Stahl, Günter: Der Ausweis von Bildung und Verwen-
dung von Reserven in der Entwicklung
des Bilanzrechts englischer Aktien-
gesellschaften,
Diss. Nürnberg 1962
- Stein, Hans-Hermann: Strukturwandlungen in der Anlage-
politik der Kreditbanken in der Bun-
desrepublik Deutschland von 1950 -
1960, Berlin 1964
- Stägmeyr, Erhart L.W.: Das Revisionswesen in angelsächsi-
schen Ländern, Diss. München 1963

- Stucken, Rudolf: Geld und Kredit, Tübingen 1949
2. Aufl., Tübingen 1957
- Stucken, Rudolf: Deutsche Geld- und Kreditpolitik 1914
bis 1953, Tübingen 1953
- Stucken, Rudolf: Liquidität der Banken
Berlin 1940
- Stützer, Rudolf: Die Wertpapieranlage der Kreditin-
stitute - Untersuchungen am Bei-
spiel der englischen Banken
Berlin 1957
- Stützel, Wolfgang: Bankpolitik heute und morgen
Frankfurt/M. 1964
- Thorne, W.J.: Banking, 2. Aufl. London 1962
- Thomas, Samuel E.: British Banks and the Finance of
Industry, London 1931
- Trumpler, Hans: Das Bilanz- und Steuerrecht der
Aktiengesellschaft nach englischem
Recht, Basel-Leipzig 1939
- Truptil, R.J.: British Banks and the London Money
Market, London 1936
- Veit, Otto: Volkswirtschaftliche Theorie der
Liquidität, Frankfurt/M. 1948
- Weber, Adolf: Geld und Kredit, Banken und Börsen,
6. Aufl. Heidelberg 1959
- Weber, Karl: Dividendenpolitik, Zürich 1955
- Weilbach, Erich A.: Stille Reserven - nur ein Vorteil?
Stuttgart 1960
- Whittlesey/Freedman/
Herman: Money and Banking: Analysis and
Policy, New York/London 1963
- Young, George K.: Merchant Banking - Practice and
Prospects, London 1966

- Zimmerer, Carl: Auf der Suche nach der Bilanzwahrheit, Wiesbaden 1963
- o.V.: The British Banking System
London 1964

III. Artikel und Aufsätze:

- Anderson, Charles: "Company Law off Course",
in: The Banker 1966, Seite 158 ff.
- Anderson, W.R.: "Should a Company tell? - Disclosure
of Informations to Employees", in:
The Accountant 1961, Seite 403 ff.
- Birck, Heinrich: "Bilanzpolitik der Sparkasse und
Banken", in: Vorträge für Sparkas-
senprüfer 1962
Stuttgart 1963, Seite 81 ff.
- Birck, Heinrich: "Stille Reserven im Jahresabschluß
der Kreditinstitute", in: WPg. 15/16
1964, Seite 415 ff.
- Bouffier, Willy: Artikel "Bilanzpolitik" in: HdB.
3. Aufl. Stuttgart 1957, Sp. 1146
- Butschkau, Fritz: "Die Bilanzen der Großbanken 1924 I",
in: Wirtschaftsdienst Nr. 16
1925, S. 591 ff.
- Chamberlain, Arthur: Artikel "Chairman's Speeches" in:
W.T. Baxter: Studies in Accounting,
London 1950
- Clark, Russell J.: "Trends in European Banking", in:
The Bankers Magazine 1964
S. 157 ff.
- Colbe, Walther Busse von: Artikel "Stille Rücklagen" in:
HdB. 3. Aufl. Stuttgart 1957
Sp. 4723 ff.

Company Law Committee (Jenkins Com.), Minutes of
Evidence, London 1960

Memorandum by W.T. Baxter, Seite 188 ff.

Memorandum by the British Overseas Banks Assoc.,
S. 997 ff.

Memorandum by the Board of Trade, Seite 1565 ff.

Memorandum by the Committee of London Clearing
Bankers, Seite 737 ff.

Memorandum by the Committee of Scottish Bank
General Managers, Seite 495

Memorandum by the Council of the Institute of the
Chartered Accountants of Scotland,
Seite 1324 ff.

Memorandum by the Economist, Seite 258 ff.

Memorandum by Harold E. Edey, Seite 192 ff.

Memorandum by R.F. Henderson and Brian Tew, S. 209 ff.

Memorandum by Gordon Newton, Seite 66 ff.

Memorandum by the Trade Union Congress, Seite 989 ff.

Memorandum by Harold Wincott, Seite 48 ff.

Consbruch, Johannes: "Das neue Aktiengesetz und die Kredit-
institute", in: ZfgK. 24, 1965,
S. 9 ff.

Dienethal, Friedrich: "Die Beteiligungen der deutschen
Kreditinstitute", in: Sparkasse 1966,
Nr. 15, Seite 271 ff./Nr. 16, S. 292 ff.

Döllner, Georg: "Zweck der aktienrechtlichen Publizität", in: BB. 35/36 1958, Seite 1281 ff.

Edwards, Ronald S.: "The Nature and Measurement of Income"
in: W.T. Baxter/Sidney Davidson:
Studies in Accounting Theory,
London 1962, S. 70 ff.

Eisfeld, Curt: "Die Gewinn- und Verlustrechnung der
Kreditbanken", in: ZfB. Nr. 1 1963,
S. 54 ff.

Faist, Lothar: "Bilanzpolitik öffentlicher Sparkas-
sen", in: Sparkasse Nr. 13 1964,
S. 195 ff.

- Faßst, Lothar: "Aktienrechtsreform und Rechenschaftslegung der Kreditinstitute", in: Sparkasse Nr. 20 1965, Seite 409 ff.
- Faßhauer, Dietrich: "Die Praxis der eingeschränkten Publizität bei den Gewinn- und Verlustrechnungen der Aktienbanken", in: Das Wertpapier 1952, S. 448 ff.
- Fiddes, James R.: "Der gegenseitige Hilfsplan der britischen Trustee Savings Banks", in: Das Sparwesen der Welt 1954, Nr. 4, Seite 138 ff.
- Fischer, Otfried: "Die Erfolgsstruktur der Aktienbanken", in: ZfgK. 1958, Seite 94 ff., Seite 161 ff.
- Fischer, Otfried: "Reformbedürftige Erfolgsrechnung der Aktienbanken", in: Volkswirt 1960, Seite 2335 ff.
- Forberg, Kurt: "Die Publizität der Kapitalgesellschaften vom Standpunkt der Banken und Börsen", in: ZfhF. 1958, Seite 442 ff.
- Forster, Karl-Heinz: "Vom Gläubigerschutz zum Aktionärschutz - der Wandel in den Bewertungsbestimmungen des Aktienrechts", in: WPg. 15/16 1964, Seite 426
- Frank, Karl: "Der Januskopf der stillen Reserven", in: Vorträge für Sparkassenprüfer 1964, Stuttgart 1965, Seite 15 ff.
- Frowen, Stephen: "Das britische Börsensystem", in: ZfgK. 1962, Nr. 13, Seite 16 f. Nr. 15, Seite 22 f., Nr. 16, S. 23
- Fürst, Reinmar: "Die Insolvenz als Problem der Bankbetriebslehre", in: ZfgK. 1960, Nr. 4, Seite 158 f.
- Gerwin, Edgar: "England im Banken-Spiegel", in: ZfgK. 1951, Nr. 4, Seite 93 ff.
- Gessler, E.: "Das neue Aktienrecht", in: BB. 1965, Seite 677 ff.

- Günther, Hans: "Einlagensicherung und Wettbewerb", in: ZfgK. Nr. 3 1963, Seite 104 ff.
- Gnam, Arnulf: "Einlegerschutz im Kreditwesen", in: ZfgK. Nr. 8 1959, Seite 311 ff.
- Gnam, Arnulf: "Eine Lücke im Kreditwesen-Gesetzesentwurf", in: ZfgK. Nr. 9 1960, Seite 374 ff.
- Hammerschmidt, Rolf: "Wie sollen die Jahresabschlüsse der Aktienbanken in Zukunft aussehen?", in: Bank-Betrieb Nr. 12 1966, Seite 318 ff.
- Hax, Karl: "Die Behandlung von offenen und stillen Reserven", in: Probleme des Rechnungswesens in internationaler Betrachtung, Düsseldorf 1957, Seite 121 ff.
- Hundhausen, Carl: "Die Bedeutung der Publizität unter besonderer Berücksichtigung der historischen Bedeutung", in: Das Frankfurter Publizitätsgespräch, Frankfurt/M. 1962
- Illetschko, Leopold: "Die Publizität der Kapitalgesellschaften im Auslande", in: ZfhF. 1958, S. 414 ff.
- Janberg, Hans: "Lob und Tadel für stille Reserven", in: ZfgK. Nr. 12 1959, Seite 515
- Jones, R.W.: "Commercial Bank Legislation in England and Wales", in: Journal of the Institute of Bankers 1948, Seite 58 ff.
- Kalveram, Wilhelm: "Rechtfertigung und Grenzen der stillen Reserven", in: ZfB 1950 Seite 345 ff.
- Küppers, Bernd: "Die stillen Reserven als Tabu der Kreditinstitute", in: DSpZ. Nr. 46 1965, Seite 2
- Küppers, Bernd: "Die Gewinn- und Verlustrechnung - wunder Punkt der Bankenpublizität", in: DSpZ. Nr. 46 1965, Seite 2

- Küppers, Bernd: "Die Publizität englischer Geschäftsbanken", in: DSpZ. Nr. 2 1966, Seite 2
- Lawson, William: "Accounts", in: The Banker and the Jenkins Report on Company Law, Journal of the Institute of Bankers 1963, S. 31 ff.
- Linhardt, Hanns: "Die Diskonterhöhung der Bank von England am 19. Sept. 1957", in: ZfhF. 1958, Seite 193 ff.
- MacNeal, Kenneth: "Whats wrong with Accounting?", in: Baxter/Davidson: Studies in Accounting Theory, London 1962, Seite 56 ff.
- Macnut, Oliver: "Wettbewerb mit Habenzinsen in Großbritannien", in: ZfgK. Nr. 13 1964, Seite 13 f.
- Montagu, David: "FreshFields for Merchant Bankers" in: The Banker 1965, Seite 612 ff.
- Morgner, Gerhold: "Die Schutzklausel für den Geschäftsbericht nach neuem Aktienrecht", in: BB. 1965, Seite 1173 ff.
- Murray, A.F.: "What Investors want from Company Accounts", in: The Accountants Magazine 1965, Seite 952 ff., Seite 1059 ff.
- Muthesius, Volkmar: "Klumpen und Knoten", in: ZfgK. Nr. 8 1959, Seite 301 ff.
- Nebendorf, Karl: "Die stillen Reserven der Kreditinstitute", in: WPG. 1965, Seite 57 ff.
- Opie, R.G.: "Western Germany", in: Banking in Western Europe, edited by R.S. Sayers, London 1962, Seite 53 ff.
- Pulay, Georg: "Clearing Banks as Issuers", in: The Banker 1965, Seite 724 ff.

- Reid, Edward J.: "The role of the Merchant Banks today", in: Journal of the Institute of Bankers 1963, Seite 171 ff.
- Richebächer, Kurt: "Wertpapiere als Bankanlagen im Ausland", in: ZfgK. Nr. 9 1959, Seite 362 f.
- Richebächer, Kurt: "England ohne goldene Bankregel", in: Volkswirt 1958, Nr. 20 Seite 868 f.
- Richebächer, Kurt: "Bankenpublizität in Großbritannien und in den USA", in: ZfgK. Nr. 2 1964, Seite 7 ff.
- Runge, Hans-Joachim: "Passive Scheckfähigkeit der Trustee Savings Banks", in: Sparkasse Nr. 1 1966 Seite 12 f
- Samm, Gunter H.: "Öffentlichkeitsarbeit der Banken - an welche Adresse gerichtet?", in: ZfgK, Nr. 14 1964, Seite 14 ff.
- Semler, Johannes: "Die Publizität der Kapitalgesellschaften vom Standpunkt des Kapitalgebers und des öffentlichen Interesses", in: ZfhF. 1958, Seite 453 ff.
- Süchting, Joachim: "Die Bedeutung stiller Reserven bei Kreditinstituten", in: WPg. Nr. 10 1965, Seite 256 ff.
- Scholz, Walter: "Bankenaufsicht, Bankprüfung und Bankbilanzierung in den USA", in: WPg. Nr. 20 1964, Seite 537 ff.
- Schwantag, Karl: "Die Publizität der Aktiengesellschaft", in: Ulrich Leffson: Der Jahresabschluss in der Aktienrechtsreform, Wiesbaden 1961
- Stucken, Rudolf: "Wertpapiere in den Bankbilanzen", in: Bankarchiv 1940
- Stützel, Wolfgang: "Lob der Stille von Reserven"? in: ZfgK. Nr. 11 1959, Seite 460 f.

- Tolfree, W. Reay: "A Bank and its Public", in: Journal of the Institute of Bankers 1963, Seite 67 ff.
- Tolfree, W. Reay: "Bank Balance Sheets in the United Kingdom", in: Journal of the Institute of Bankers 1964, S. 408 ff.
- Uhlig, Johannes: "Die "Big Five" auf neuen Pfaden", in: ZfgK. Nr.6 1967, Seite 223 f.
- Vogt, Fritz: "Stille Reserven", in: StuW. 1954, Seite 79 ff.
- Waldron, R.S.: "The Company Balance Sheet - can it really tell a story?", in: The Accountant's Magazine 1963, Seite 45 ff.
- Waller, Peter: "Mehr Klarheit über die Beteiligungen der Deutschen Bank", in: FAZ v.16.2.1966, Seite 16
- Waller, Peter: "Reichhaltiges Portefeuille der Dresdner Bank", in: FAZ v.19.2.66 Seite 9
- Waller, Peter: "Commerzbank Aktionäre sind Kaufhaus Teilhaber", in: FAZ v.22.2.66 Seite 12
- Weber, Max: "Die "Objektivität" sozialwissenschaftlicher und sozialpolitischer Erkenntnis", in: Gesammelte Aufsätze zur Wissenschaftslehre, Tübingen 1951, Seite 146 ff.
- Weber, Max: "Der Sinn der "Wertfreiheit" der soziologischen und ökonomischen Wissenschaften", in: Gesammelte Aufsätze zur Wissenschaftslehre, Tübingen 1951, Seite 475 ff.
- Wendt, Kurt: "Der Sparer rettet die Expansion - die Großbanken 1965", in: Die Zeit Nr. 18 1966, Seite 50

- Weiß, Alfred: "Die Rechnungslegungsvorschriften der Company Act 1948", in: WPg. 1948 Seite 36 ff.; WPg. 1949, Seite 34 ff.; WPg. 1959, Seite 118 ff.
- Wiethölter, Rudolf: "Die Publizitätsinteressen der Anteilseigner", in: Das Frankfurter Publizitätsgespräch Frankfurt 1962
- Winton, J.R.: "The Liquidity Ratio", in: Journal of the Institute of Bankers 1964, Seite 65 ff.
- Wittgen, Robert: "Die publizitätsorientierte Bilanzgestaltung von Aktienbanken", in: ZfB. Nr. 11 1965, Seite 724 ff.
- Woodland, Don L.: "Diagnosing the Deterioration of Bank Profits", in: The Bankers Magazine)USA) Spring 1966, S. 35 ff.
- Worledge, George: "Neue Wege der britischen Bankwerbung", in: ZfgK. Nr. 10 1964 Seite 12 ff.
- Wulf, Karl: "Aktienrechtsreform und Rechnungslegung der Banken", in: ZfgK. Nr. 14 1960, Seite 694
- o.V. "Die Big Five konnten ihre Gewinne kräftig steigern", in: FAZ Nr. 18 1966, Seite 9
- o.V. "Englands Firmen sollen mehr aussagen", in: Handelsblatt Nr. 56 1966 Seite 8
- o.V. "Lob der stillen Reserven", in: ZfgK. Nr. 8 1959, Seite 305
- o.V. "Bayerische Vereinsbank verteidigt ihre Rücklagen-Politik", in: SZ vom 2.4.1965, Seite 34

- o.V. "The Banks Investments - and their Reserves", in: The Banker 1952 Seite 63 ff.
- o.V. "The Banks and their Reserves", in: The Banker 1952, Seite 76 ff.
- o.V. "What is a Bank?", in: The Banker 1966, Seite 382 ff.
- o.V. "Should the Bankers stick to his last?", in: The Banker 1966, Seite 312 ff.
- o.V. "Disclosure of Bank Profits", in: The Banker 1966, Seite 538 ff.
- o.V. "British Banking 1966 " - A Survey by the Economist, in: The Economist vom 18. Juni 1966
- o.V. "Getting one's Clores into a Clearing Bank", in: The Bankers Magazine 1962, Seite 161 ff.
- o.V. "The Jenkins Report - its Meaning for the practical Banker", in: The Bankers Magazine 1962, S. 131 ff.
- o.V. "New Capital for the Banks", in: The Banker 1959, Seite 160 ff.
- o.V. "The Chairmen Report - to whom?", in: The Banker 1963, Seite 98 ff.
- o.V. "Facts about Banking", in: The Banker 1964, Seite 114 ff.
- o.V. "Should the Banks disclose their inner Reserves?", in: The Banker 1961, Seite 340 ff.
- o.V. "Balance Sheets", in: Thomsons Dictionary of Banking, 11. Aufl. London 1965, Seite 42 ff.

o.V.

"Banking Survey", in: The Banker
Nr. 2 1967, Seite 134 ff.

IV. Geschäftsberichte, Jahresberichte u.ä.

- Deutsche Bundesbank 1960 ff.
(dergl. Monatsberichte)
- Bank of England 1960 ff.
(dergl. Quaterly Bulletins)
- Deutsche Bank 1960 ff.
- Dresdner Bank 1960 ff.
- Commerzbank 1960 ff.
- Barclays Bank 1960 ff.
- Midland Bank 1960 ff.
- Lloyds Bank 1960 ff.
- National Provincial Bank 1960 ff.
- Westminster Bank 1960 ff.
- Financial Statistics 1960 ff.

Abkürzungen:

a.a.O	am angegebenen Ort
Abs.	Absatz
AktG	Aktiengesetz
a.M.	anderer Meinung
Anm.	Anmerkung
BA	Bankarchiv
BB	Der Betriebs-Berater
BBG	Bundesbankgesetz
BoT	Board of Trade
C.A.	Company Act
DSPZ	Deutsche Sparkassenzeitung
EG/AktG	Einführungsgesetz zum Aktiengesetz
EstG	Einkommensteuergesetz
FAZ	Frankfurter Allgemeine Zeitung
HdB	Handwörterbuch der Betriebswirtschaft
KWG	Kreditwesengesetz
NB	Neue Betriebswirtschaft
o.J.	ohne Jahr
o.V.	ohne Verfasserangabe
SZ	Süddeutsche Zeitung
Tz	Textziffer
WPg	Die Wirtschaftsprüfung
ZfB	Zeitschrift für Betriebswirtschaft
ZfHf	Zeitschrift für Handelswissenschaftliche Forschung
ZfgK	Zeitschrift für das gesamte Kreditwesen

Lebenslauf des Verfassers:

Am 7. April 1938 wurde ich als Sohn des Mühlenbesitzers Fritz Küppers und seiner Gemahlin Ursel Küppers geb. Weismann in Düsseldorf geboren. Nach Besuch der Volksschule in Nussdorf/Baden trat ich 1948 in das Städtische Gymnasium in Homberg/Niederrhein ein. Im Jahre 1950 wechselte ich auf die Schule Schloß Salem in Salem/Bodensee, wo ich im März 1957 das Abitur im altsprachlichen Zweig ablegte. Danach absolvierte ich eine kaufmännische Lehre bei der Deutschen Bank AG, Filiale Duisburg. Im Oktober 1959 legte ich die Kaufmannsgehilfenprüfung vor der Handelskammer in Duisburg ab. Nachdem ich meiner Wehrpflicht genügt hatte (Oktober 1959 bis Oktober 1960), begann ich an der Ludwig-Maximilians- Universität zu München das Studium der Betriebswirtschaftslehre, das ich im Januar 1965 mit dem Grade eines Diplom-Kaufmann abschließen konnte. Anschließend verbrachte ich einen mehrmonatigen Studienaufenthalt in England, bei dem ich mit freundlicher Unterstützung des "Institute of Bankers" in London das für die vorliegende Arbeit benötigte Material gesammelt habe. Im Juli 1967 konnte ich die Promotion mit Erfolg abschließen.

